

bestehe darin, daß eine nukleare Großmacht sich auf einen Weg begeben habe, auf dem sie weniger stabil und weniger berechenbar geworden sei.¹⁹

Erklärung müsse diese Aspekte berücksichtigen. Zu Beginn müsse dargelegt werden, warum Westen starke und verlässliche Verteidigung, auch in Zeiten Gorbatschows, brauche. Dies sei Grundlage für darauf folgende Botschaft, die nicht ein Weißbuch über alle Weltprobleme werden dürfe. Wichtig sei eine attraktive Sprache. Harmel²⁰ habe Begriffe „Verteidigung und Dialog“ zum Inhalt, er sei gegen Abfassen von Harmel II, doch sollte entsprechende Erklärung unter Begriffen „Dialog und Verteidigung“, dagegen nicht unter Begriff „Kooperation“ stehen. „Burden sharing“ als internes Problem Bündnisses müsse angesprochen werden.

Auch müßten Forderungen an Osten, auf die dieser antworten müsse, gestellt werden (z. B. Abbau der Mauer, Frage, was „Ende Kalten Krieges“ bedeuten würde, Rüstungskontrolle und Abrüstung, Forderung nach offenen, transparenten Gesellschaften in Osteuropa).

Gesamtkonzept solle am ersten Tag, Erklärung am zweiten Tag Gipfels veröffentlicht werden.

StV TUR²¹ wies auf schwierige Aufgabe Bündnisses hin, eigener Öffentlichkeit zu verdeutlichen, daß NATO auf Änderungen im Osten positiv antworte, andererseits ihre Verteidigungsanstrengungen fortsetze. Es gelte, auf Bildung öffentlicher Meinung aktiv Einfluß zu nehmen und nicht deren Gefangener zu werden.

Strategische Einheit und Unteilbarkeit der Sicherheit müssen betont werden.

Vertreter KAN legte Wert auf Passage über Transparenz. Man solle nicht zuviel Analyse der Situation im Osten betreiben, völlige Veränderung Verhältnisse sei nicht über Nacht zu erwarten.

StV F²² sprach sich wie L für kurze und straffe Erklärung aus. Bedeutung Allianz sei zu würdigen. Frage, was Allianz angesichts sich verändernder Umstände tun werde, müsse behandelt werden. Dazu gehöre auch Behandlung Veränderungen im Westen (Europa).

Herzstück Erklärung müsse Passage über Aufgaben Bündnisses sein. Allianz solle sich dabei nicht wie ein Angeklagter darstellen. Sie erfülle ihre Aufgaben und brauche sich für ihre Existenz nicht zu entschuldigen. Man erwarte zu viel von ihr. Sie sei nicht Instrument für Veränderungen im Osten.²³ Diese vollzögen sich ohne die Allianz, und ohne ihre Einwirkung vielleicht sogar besser. Warum in diesem Zusammenhang von Kooperation bzw. Management des Wandels²⁴ gesprochen werde, verstehe er daher nicht, dies sei nicht Aufgabe des Bünd-

19 Dieser Satz wurde von Staatssekretär Sudhoff hervorgehoben. Dazu Ausrufezeichen.

20 Für den Wortlaut des „Berichts des Rats über die künftigen Aufgaben der Allianz“ (Harmel-Bericht), der dem Communiqué über die NATO-Ministerratstagung am 13./14. Dezember 1967 in Brüssel beigelegt war, vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1949-1974, S. 198-202. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1968, D 75-77. Vgl. dazu auch AAPD 1967, III, Dok. 435, und AAPD 1968, I, Dok. 14.

21 Ünal Ünsal.

22 Gabriel Robin.

23 Dieser Satz wurde von Staatssekretär Sudhoff hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Richtig! Aber zu einseitig!“

24 Die Wörter „Management des Wandels“ wurden von Staatssekretär Sudhoff hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Dieses Wort ‚management‘ ist in der Tat falsch + gefährlich.“

nisses. Betonung dritter Dimension sei nicht wichtig. Betonung Bedeutung Verteidigung sei wichtig, da strategische Lage zwischen West und Ost sich nicht geändert habe. Fragen wirtschaftlicher Beziehungen zum Osten seien durch KSZE-Prozeß bzw. EG abgedeckt. Europäische Integration sei hilfreich für Bündnis. Notwendigkeit einer besonderen Behandlung „Burden-sharing“-Themas sehe er nicht, über Rhetorik werde man hier nicht hinauskommen. Er verstehe zwar Wunsch, SU westlichen Forderungen etwa im Bereich der Menschenrechte auszusetzen, doch zweifele er an Zweckmäßigkeit solchen Vorgehens. SU könnte auf solche Forderungen eingehen. Was würde das an grundsätzlichen sicherheitspolitischen Fakten ändern?

StV ISL²⁵ erkannte zwar an, daß europäische Integration insgesamt gesehen für Bündnis positiv sei, doch müßten Probleme, die für einige Bündnismitglieder durch weitere Integration entstünden, gelöst werden.

GS kündigte an, daß IS Entwurf einer Erklärung sobald wie möglich vorlegen werde. Datum nannte er nicht. Frühe Vorlage sei auch deshalb nötig, um zu großen Zeitdruck zu vermeiden und Gefahr spät eingebrachter Entwürfe von Bündnispartnern entgegenzuwirken.

[gez.] Hansen

Referat 240 (220), Bd. 163090

89

**Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem
Mitglied des Politbüros des ZK der SED, Mittag**

7. April 1989¹

Der Bundeskanzler empfing Dr. Mittag am 7. April 1989 zu einem etwa einstündigen Gespräch.² Dr. Mittag wurde begleitet von Minister Dr. Beil, dem

²⁵ Einar Benediktsson.

¹ Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirigent Stern, Bundeskanzleramt, gefertigt und am 11. April 1989 an Staatssekretär Bertele, Ost-Berlin, sowie an die Staatssekretäre Priesnitz (Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen), von Würzen (Bundesministerium für Wirtschaft) und Sudhoff zur Unterrichtung übermittelt.

Hat Sudhoff vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Bächmann am 12. April 1989 vorgelegen, der die Weiterleitung an das Ministerbüro, Staatssekretär Lautenschlager, die Ministerialdirektoren Jelonek und Kastrup, Ministerialdirigent Höynck und Vortragenden Legationsrat I. Klasse Lambach verfügte.

Hat Jelonek am 14. April 1989 vorgelegen, der die Weiterleitung an Ministerialdirigent Trumpf und Referat 411 verfügte.

Hat Trumpf am 17. April 1989 vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Rosengarten am 19. April 1989 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „S. 2 unten, das ist Weisung BK! Bitte z[u] d[en] A[ktien] EG – DDR nehmen.“ Vgl. Anm. 11.

Hat Vortragendem Legationsrat Leonberger am 19. April 1989 vorgelegen. Vgl. das Begleitschreiben; Referat 411, Bd. 160515.

² Das Mitglied des Politbüros des ZK der SED, Mittag, besuchte die Bundesrepublik am 6./7. April 1989.

Leiter der Ständigen Vertretung der DDR, Neubauer, und Prof. Dr. Krömke. Auf unserer Seite nahmen BM Dr. Schäuble und MDg Stern teil.

Der *Bundeskanzler* begrüßte ausdrücklich, daß dieses Gespräch jetzt geführt werde. Es gebe die Gelegenheit, alle anstehenden Fragen offen zu erörtern – auch Beschwernisse. Er möchte zwei Punkte ansprechen, und zwar erstens die jüngsten Fälle von Schüssen und Gewalt gegen Flüchtlinge.³ Er habe sich bisher in der Öffentlichkeit mit Äußerungen zurückgehalten. Derartige Vorfälle seien jedoch für uns völlig unakzeptabel. Er bedauere, wenn solche Vorfälle zu einer Verschlechterung der Beziehungen führen. Zum anderen möchte er betonen, daß es natürlich Sache der DDR sei, mit wem sie auf unserer Seite sympathisiere. Aber es gebe eine Reihe von Aktivitäten der DDR, die kritische Reaktionen hervorriefen. Er möchte das Verhalten der DDR gegenüber Berlin (West) und auch gegenüber dem Saarland erwähnen (Eisrevue⁴ quasi als Wahlkampfunterstützung). Man müsse sich gegenseitig parteipolitisch richtig einschätzen. Zunächst solle einmal das Wahlergebnis der nächsten Bundestagswahl⁵ abgewartet werden. Öffentlich habe er sich nicht geäußert, aber jetzt möchte er dies deutlich zum Ausdruck bringen. Er wolle nicht, daß Mißmutstimmung aufkomme.

Der *Bundeskanzler* fuhr fort, die Grundsatzposition der Bundesregierung sei unverändert. Wir kämen gut miteinander aus, wenn wir die Grundbedingung akzeptierten, daß es Systemunterschiede gebe. Dies sei die Geschäftsgrundlage. Bei dieser Basis sollten wir es belassen; wir seien bisher damit gut gefahren. Er bat darum, dies auch dem Generalsekretär auszurichten. Falls es Probleme gebe, sollten wir miteinander Kontakt halten, sei es durch Telefongespräche, sei es durch Verabredung von Gesprächen. Weltpolitisch sei ein günstiger Rahmen für uns gegeben. Angesichts der Entwicklung der West-Ost-Beziehungen dürften die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR nicht ausgeklammert werden. Die Entwicklung dürfe nicht an unseren beiden Staaten vorbeigehen.

Dr. Mittag richtete Grüße von Generalsekretär Honecker aus. Der *Bundeskanzler* bat, diese Grüße zu erwidern. *Dr. Mittag* betonte, daß es auch nach seiner Auffassung gut sei, daß zu diesem Zeitpunkt dieses Gespräch geführt werde. Dieses Gespräch habe Tradition. Es gebe Gelegenheit, das zu erörtern, was sonst nicht gesagt werden könne.

³ Vortragender Legationsrat I. Klasse Lambach teilte der Botschaft in Moskau am 19. April 1989 mit: „1) Die Zwischenfälle an den Berliner Sektorengrenzen am 5.2.1989 (Fluchtversuch Gueffroy mit tödlichem Ausgang, Verletzung einer Person, deren Flucht vereitelt wurde), am 14.2.89 (Fluchtversuch Notev, der schwimmend das Spreeufer im britischen Sektor bereits erreicht hatte und mit Gewalt zurückgeholt wurde), am 10.3.89 (gescheiterter Fluchtversuch von drei Personen, wobei mindestens eine durch Schüsse verletzt wurde), sind gegenüber der DDR Gegenstand von Demarchen des Bundeskanzleramts, des Ständigen Vertretung sowie des spanischen Botschafters in Berlin (Ost) im Namen der Zwölfe, auch im Sinne des Mechanismus des Wiener Abschlußdokuments, gewesen. 2) Gegenüber den SU wurden die ersten beiden Zwischenfälle in Gesprächen der drei AM mit AM Schewardnadse in Wien zur Sprache gebracht. Sowjetischer AM sagte Prüfung zu, ist jedoch in der Zwischenzeit nicht darauf zurückgekommen. Nach entsprechender Absprache in der Vierergruppe hat Foreign Office britische Botschaft Moskau angewiesen, auf möglichst hoher Ebene im SAM im Namen der Drei bezüglich der Zwischenfälle zu demarchieren.“ Vgl. Referat 210, Bd. 140741.

⁴ Am 23. März 1989 fand in Dillingen an der Saar unter Schirmherrschaft des saarländischen Ministerpräsidenten Lafontaine eine Eiskunstlaufgala mit zahlreichen Spitzenathleten aus der DDR, darunter der zweifachen Olympiasiegerin Katarina Witt, statt. Vgl. dazu den Artikel „Eiskunstläufer aus der DDR begeisterten im Saarland“; NEUES DEUTSCHLAND vom 25./26. März 1989, S. 7.

⁵ Die Wahlen zum Bundestag fanden am 2. Dezember 1990 statt.

Er möchte zunächst zu der Hannover Messe⁶ sagen, daß dort eine gute, freundliche Atmosphäre gewesen sei. Auf vielen Gebieten beginne die Kooperation. Diesen Weg wolle die DDR weitergehen. Auch für mittelständische Firmen beständen gute Chancen. Die Firmenkooperation sei für die DDR zur Zeit die beste Form der Zusammenarbeit. In Hannover sei die Bedeutung des Gemeinsamen Kommuniqués vom September 1987⁷ deutlich zu spüren gewesen. Dies Kommuniqué sei nicht Papier geblieben; vieles sei umgesetzt worden, weiteres könne und solle verwirklicht werden.

Dr. Mittag wies dann auf die weitere Zunahme des Reiseverkehrs hin und über gab den anliegenden Vermerk mit Reisezahlen.⁸ Der *Bundeskanzler* warf ein, daß er diese Entwicklung ausdrücklich begrüße, ebenso wie die neuen Reiseregelungen der DDR.⁹

Unter Bezugnahme auf die Ausführungen des Bundeskanzlers erklärte *Dr. Mittag*, die DDR halte sich aus den inneren Angelegenheiten der Bundesrepublik Deutschland heraus. Sie führe Gespräche mit den Ländern. Mit MP Späth habe es ein sehr gutes Gespräch gegeben.¹⁰ Bei dessen Besuch seien neue, gute Grundlagen für die Kooperation zwischen Firmen begründet worden. Die Eisrevue habe er nicht gesehen. Es sei eine andere Sache, was daraus politisch gemacht werde.

Dr. Mittag stimmte den Ausführungen des Bundeskanzlers, daß die bisherige Geschäftsgrundlage der Zusammenarbeit trotz der Systemunterschiede beibehalten werden solle, ausdrücklich zu.

Dr. Mittag wies auf die Bedeutung des EG-Binnenmarktes hin. Anstrengungen seien jetzt erforderlich. Es sei vereinbart worden, Gespräche über Standardisierung und Normen aufzunehmen. Hier müsse für die Zukunft vorgesorgt werden.

Der *Bundeskanzler* unterstrich die große Bedeutung des EG-Binnenmarktes. Viele hätten dies noch nicht begriffen. Jetzt würden die Weichen für die Zukunft

⁶ Die Hannover Messe fand vom 5. bis 12. April 1989 statt.

⁷ Für den Wortlaut des Gemeinsamen Kommuniqués über den Besuch des Generalsekretärs des ZK der SED, Honecker, vom 7. bis 11. September 1987 in der Bundesrepublik vgl. BULLETIN 1987, S. 710–713. Zum Besuch vgl. AAPD 1987, II, Dok. 244, Dok. 245, Dok. 255 und Dok. 258.

⁸ Den Vorgang beigelegt. Für den undatierten Vermerk über „Privatreisen von Bürgern der DDR“ sowie über „Privatreisen von Bürgern der DDR (ohne Alters- und Invalidenrentner)“ vgl. Referat 411, Bd. 160515.

⁹ Ministerialdirigent Staab, Ost-Berlin, informierte am 31. März 1989, am folgenden Tag würden Durchführungsbestimmungen zur Reiseverordnung der DDR in Kraft treten: „Künftig erhalten auch Ehegatten die Möglichkeit, zu Tanten, Onkeln, Nichten und Neffen des anderen Ehepartners zu reisen. Dies gilt auch für lebensgefährliche Erkrankungen und Sterbefälle. [...] Zentraler Punkt der Neuregelung ist die Erweiterung des Kreises der Antragsberechtigten bei Ehepaaren. Es ist zu erwarten, daß es künftig nunmehr vermehrt Ehepaare wieder gestattet wird, gemeinsam zu Verwandten zu fahren.“ Der Hintergrund dieser Erleichterungen sei die „Verärgerung in weiten Teilen der DDR-Bevölkerung über die seit dem 1.1.89 geübte restriktive Genehmigungspraxis für Reisen in die B[undes]R[epublik] Deutschland einschl[ießlich] Berlin (W[est]) unterhalb des Rentenalters“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 690; Referat 210, Bd. 140732.

Für den Wortlaut der Ersten Durchführungsbestimmung zur Verordnung über Reisen von Bürgern der Deutschen Demokratischen Republik nach dem Ausland vom 14. März 1989 vgl. GESETZBLATT DER DDR 1989, Teil I, S. 119 f.

¹⁰ Der baden-württembergische Ministerpräsident Späth traf am 23. Februar 1989 in Ost-Berlin mit dem Generalsekretär des ZK der SED, Honecker, zusammen. Vgl. KOALITION DER VERNUNFT, Dok. 75.

Für das Gespräch mit dem Mitglied des Politbüros des ZK der SED, Mittag, am selben Tag vgl. COUNTDOWN ZUR DEUTSCHEN EINHEIT, Dok. 29.

gestellt. Es komme darauf an, diese Weichen richtig zu stellen, um später andere anstehende Probleme (große Bedeutung des pazifischen Raums, Nord-Süd-Konflikt, Umwelt u.a.) bewältigen zu können. Der EG-Binnenmarkt sei eine neue Dimension. Es sei unser Interesse, daß die DDR hier nicht abgehängt werde.¹¹

BM Dr. Schäuble erklärte, wir seien über die Ausführungen der DDR in der letzten Verhandlung über den Ausbau der Eisenbahn Berlin–Hannover¹² – gelinde gesagt – überrascht. Die Vorstellungen der DDR seien nicht realistisch. Es komme darauf an, die Verhandlungen so zu führen, daß die bestehenden Erwartungen erfüllt werden könnten und daß wir bald zu Lösungen kämen. Es könne nur das gemacht werden, was wir uns gegenseitig zumuten könnten.

BM Dr. Schäuble fuhr fort, bezüglich Berlins bestünden bei der Bundesrepublik Deutschland und der DDR unterschiedliche Auffassungen. Damit hätten wir bisher gelebt. Ein anderer Senat sollte hieran nichts ändern. Bezuglich der Elbe hätten wir uns trotz unterschiedlicher Auffassungen über den Grenzverlauf¹³ auf die Aufnahme von Gesprächen über die Elbereinhaltung geeinigt¹⁴. Auch hieran sollte nichts geändert werden. Das Problem der Reinhaltung müsse gelöst werden. Bezuglich der Verhandlungen über die Eisenbahn Hannover–Berlin befürchte er, daß uns die letzte Verhandlungsrunde zurückwerfen könne.

Dr. Mittag erwiderte, er kenne die letzte Verhandlungsrunde Eisenbahn nicht, er werde sich der Angelegenheit annehmen. Im übrigen sei ihm in Hannover vorgeschlagen worden, eine Magnetbahn zu bauen. Er gehe von dem Grundsatz aus, man solle nie etwas ablehnen, sondern solle alles prüfen.

¹¹ Dieser Satz wurde unterschlängelt und durch Kreuz hervorgehoben. Vgl. Anm. 1.

¹² Staatssekretär Bertele, Ost-Berlin, berichtete am 7. April 1989 über das fünfte Expertengespräch zum Schnellbahnprojekt Berlin–Hannover am Vortag: „Einziges Ziel der ganztägigen Sitzung war es, nähere Aufklärung über die neue DDR-Konzeption eines drei- statt zweigleisigen Ausbaus der Nordtrasse und über das uns am 31.3.89 präsentierte Kostengerüst zu erhalten. [...] Neu ist, daß die DDR mit uns nur über den geforderten Kostenanteil am Projekt in Höhe von 6,0 Mrd. DM verhandeln will. Die Gesamtaufwendung, die sie zur Realisierung der Strecke zu erbringen habe, sei ihre interne Angelegenheit und könne nicht Gegenstand der Gespräche mit uns sein.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 752; Referat 210, Bd. 140742.

¹³ Vortragender Legationsrat I. Klasse Lambach vermerkte am 29. Juli 1987, die DDR strebe „in der Grenzkommission eine Regelung des Grenzverlaufs auf der Elbe, entsprechend dem internationalen Recht“ (Flußmitte) an. Weiter führte Lambach aus: „Die Grenzfeststellung im Elbe-Bereich ist sehr kompliziert, weil die Besatzungsmächte den im Text des Londoner Protokolls enthaltenen Grenzverlauf („springende Grenze“) erkennbar nicht vollzogen haben. Die Ermittlung der davon abweichenden Grenze der ehemaligen britischen und sowjetischen Besatzungszone muß auch die nachfolgende Praxis der ehemaligen Besatzungsmächte berücksichtigen. Hierüber liegen umfangreiche, zum Teil widersprüchliche Dokumente vor.“ Die Bundesrepublik halte an der Auffassung fest, „daß der Grenzverlauf seinerzeit von den Alliierten an das Ostufer gelegt worden ist. Diese Haltung findet auch im Londoner Protokoll selbst, insbesondere in der beigefügten „Map A“, eine Stütze.“ Vgl. Referat 210, Bd. 145253.

¹⁴ Staatssekretär Bertele, Ost-Berlin, informierte am 31. März 1989 über die Gespräche mit der DDR zur Reinhaltung der Elbe: „Erstes Gespräch der neuen Gesprächsrunde fand am 30.3.1989 in Berlin (Ost) in einer überaus offenen, konstruktiven Atmosphäre statt. Die Sacherörterungen konnten an einem Tag abgeschlossen werden. Gesprächsrunde knüpfte an die im Oktober 1983 in Hamburg unterbrochenen Gespräche an.“ Folgende Punkte seien diskutiert worden: Herkunft der Schad- und Nährstoffe; Vermeidungs- und Verminderungstechnologien, konkrete Maßnahmen; langfristige Zusammenarbeit; Verhältnis der Elbe-Gespräche zum Umweltabkommen. Bertele zog folgendes Fazit: „Das Gespräch wurde von DDR-Seite mit erstaunlicher Offenheit und erkennbarem Interesse geführt. Die wiederholte Betonung der Klärung der Finanzierungsfrage machte den Eindruck, daß dieser Punkt für die DDR die Schlüsselfrage darstellt. Gelegentlich entstand der Eindruck, daß die DDR auf diesem Wege letztlich die [...] Totalsanierung der Abwasserprobleme ihrer Elb-Industrien beabsichtigt.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 689; Referat 210, Bd. 140831.

BM *Dr. Schäuble* erklärte, dies sei nicht der Vorschlag der Bundesregierung. Nach unserer Auffassung müsse sich der Neubau Hannover–Berlin in das bestehende Eisenbahnsystem einpassen.

Der *Bundeskanzler* erklärte, BM *Dr. Schäuble* habe einen wichtigen Punkt angesprochen. In dem dichtbesiedelten mitteleuropäischen Gebiet habe ein schneller Zug Zukunft. Leider seien früher dementsprechende Entscheidungen nicht getroffen worden, sondern es habe eine Fehlentwicklung zugunsten der Autobahn gegeben.

Dr. Mittag bat um die Aufnahme von Gesprächen über den Gebirgsschlag im Werra-Kali-Revier am 13.3.1989. In der DDR seien große Schäden entstanden. Seit 1968 beschäftige sich die DDR mit der Frage, ob durch Verpressungen Veränderungen in der Struktur bewirkt würden. Damals habe die DDR für sich entschieden, daß die Verpressung eingestellt werde. Dies habe viel Geld gekostet. Jetzt komme es darauf an, sich ein vollständiges Bild darüber zu machen, wie die Zusammenhänge seien. Die Gespräche könnten in einer internen Gruppe geführt werden und bräuchten nicht an die Öffentlichkeit zu dringen. Es gehe auch nicht darum, Schuldzuweisungen zu machen; es solle jedoch alles auf den Tisch gelegt werden.

BM *Dr. Schäuble* erwiderte, daß nach unserer Auffassung nicht die Verpressung, sondern Sprengungen für den Gebirgsschlag ursächlich gewesen seien. Aber er habe keine Einwände, daß Sachverständige miteinander redeten.¹⁵ Er möchte bei dieser Gelegenheit darauf hinweisen, daß der Zustand der Elbe viel dramatischer sei als die Beschaffenheit der Werra. Es stünden nur begrenzte Ressourcen für Maßnahmen zur Reinhaltung der Gewässer zur Verfügung.

Der *Bundeskanzler* stimmte der Aufnahme von Gesprächen über den Gebirgsschlag im Werra-Kali-Revier zu.

Referat 411, Bd. 160515

¹⁵ Zu möglichen Expertengesprächen nach dem Gebirgsschlag in der Grube „Ernst Thälmann“ am 13. März 1989 informierte die Ständige Vertretung in Ost-Berlin am 16. Juni 1989, das Außenministerium der DDR habe mitgeteilt, daß der Terminvorschlag (19. bis 23. Juni 1989 in Bonn) für die DDR-Seite nicht passend sei. Möglicherweise komme ein Termin im Juli in Frage. Genauere Vorschläge könnten noch nicht gemacht werden. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 1271; Referat 210, Bd. 140832.

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Derix

214-320.10 POL

7. April 1989

Über Dg 21¹, D 2², Herrn Staatssekretär³ Herrn Bundesminister⁴

Betr.: Abschluß der Gespräche am Runden Tisch;
hier: Erste vorläufige Bewertung

Zweck der Vorlage: Zur Unterrichtung

1) Die wichtigsten Ergebnisse

Mit einer Plenarsitzung und der Unterzeichnung des Schlußkommunikates⁵ durch Arbeiterführer Wałęsa und Innenminister Kiszcak sind die Gespräche am Runden Tisch nach achtwöchiger Dauer am Abend des 5. April 1989 abgeschlossen worden. Nicht alle Fragen konnten gelöst werden. Mittels einer Verständigungskommission soll der Dialog fortgesetzt werden. Beim Zustandekommen der Ergebnisse des Runden Tisches hat die Kirche eine wichtige und konstruktive Rolle gespielt.

Die wichtigsten Ergebnisse sind:

Politischer Bereich

- Wiederzulassung der Solidarität sowie der Land-Solidarität.
- Zulassungen von politischen Clubs, Vereinen und Unabhängigem Studentenverband NZS⁶.
- Beteiligung der Opposition an den bereits für Anfang Juni vorgesehenen Parlamentswahlen⁷ (im Sejm Reservierung von 60% der Sitze für die Blockparteien nur für die Juni-Wahl; freie Wahlen zur zweiten Kammer/Senat; Senat mit suspensivem Veto).
- Schaffung des Staatspräsidentenamtes (Berufung MP, Erlaß von Dekreten, Veto gegen Gesetze, Auflösung des Parlaments); Wahl auf sechs Jahre.

¹ Hat Ministerialdirigent Höynck, auch in Vertretung des Ministerialdirektors Kastrup, am 7. April 1989 vorgelegen, der maschinenschriftlich vermerkte: „Wichtig ist schnelle wirtschaftliche Hilfe, damit die für den politischen Reformprozeß unabdingbare Stabilität erhalten bleibt; durch enge westliche Abstimmung koordinierter Einsatz des internationalen Hilfsinstrumentariums (vor allem Pariser Club und IWF) und der bilateralen Hilfsmöglichkeiten (Bereitschaft USA jetzt vorhanden!); zusammen mit F und USA muß Bundesregierung führende und drängende Rolle bei Konkretisierung internationaler Hilfsmöglichkeiten übernehmen; dieser neue Rahmen (Veränderungen in Polen und breite westliche Hilfsbereitschaft) bietet jetzt alle Voraussetzungen für schnellen Durchbruch im deutsch-polnischen Verhältnis.“

² Dieter Kastrup.

³ Hat Staatssekretär Sudhoff am 7. April 1989 vorgelegen.

⁴ Hat Bundesminister Genscher am 8. April 1989 vorgelegen.

Hat Oberamtsrat Kusnezow am 11. April 1989 vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre an Referat 214 verfügte.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Bächmann am 12. April 1989 vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Derix am 13. April 1989 erneut vorgelegen.

⁵ Für den Wortlaut des Abschlußdokuments der Verhandlungen am „Runden Tisch“ in Polen vom 5. April 1989 vgl. OSTEUROPA 39 (1989), A 642-645 (Auszug).

⁶ Nieuzeleńskie Zrzeszenie Studentów.

⁷ Zu den Parlamentswahlen am 4. Juni 1989 in Polen vgl. Dok. 168.

- Zugang der Opposition zu den Medien (Herausgabe Tageszeitung; wöchentliche Sendezeiten im Rundfunk – eine Stunde – und TV – 30 Minuten).

Wirtschaft

- Verbesserung der Versorgung; Reduzierung von Auslandsverschuldung und Budgetdefizit.
- Koppelung der Löhne an die Inflationsrate (Ausgleich um vier Fünftel der Inflationsrate).
- Schrittweise Schaffung eines freien Marktes für Agrarprodukte.

Justiz

- Ernennung der Richter am Obersten Gericht auf unbestimmte Zeit; Vorbereitung einer Strafrechtsreform.

2) Bewertung

2.1) Daß die Gespräche am Runden Tisch ungeachtet aller Schwierigkeiten und bis in die letzten Minuten auftretender Hindernisse einvernehmlich zu Ende gebracht werden konnten, zeigt den Willen aller Beteiligten zu positiven Ergebnissen in einem evolutionären Reformprozeß. Erstmals in einem WP-Land beschränkt eine bis dahin regimetragende Partei ihre Monopolstellung, indem sie sich – für die erste Wahl durch Quotenregelung allerdings noch abgefедert – dem Wettbewerb mit einer Opposition stellt. Auch wenn im Ausgleich dazu die Funktionen des Präsidenten deutlich gestärkt werden und seine Amtsperiode (sechs Jahre) über die des erstmals unter Beteiligung der Opposition gewählten Parlaments (vier Jahre) hinausreicht, ist hier eine Entwicklung eingeleitet, die in die Richtung auf eine Demokratisierung von Staat und Gesellschaft in der VR Polen zielt. Durch die Beteiligung der Opposition an den Parlamentswahlen und die Zulassung der Solidarität beginnt der politische und gewerkschaftliche Pluralismus in Polen konkrete Gestalt anzunehmen. Der Zugang der Opposition zu den Medien und die Möglichkeit der politischen Vereinsbildung auf Grund des neuen Vereinsgesetzes runden das Bild ab. Die polnische Führung hat auf dem Wege zu einem nationalen Konsens wichtige Konzessionen gemacht und durch einen „Gesellschaftsvertrag“ (Kiszczak) positive Akzente gesetzt.

2.2) Die qualitativen Veränderungen in der VR Polen leiten eine Entwicklung ein, deren Endpunkt heute noch nicht absehbar ist. Ihre Bedeutung reicht aber schon heute über Polen hinaus.

2.3) Der weitere Verlauf der Entwicklung in Polen ist trotz dieser positiven Aspekte mit erheblichen Risiken und Fragezeichen verbunden:

- Da nicht alle Erwartungen erfüllt und nicht alle Probleme gelöst werden konnten, wird jetzt viel davon abhängen, wie die getroffenen Vereinbarungen verwirklicht werden und ob die Verständigungskommission die ihr zugesetzte Aufgabe erfüllen kann.
- Zu den Unsicherheitsfaktoren gehört auch die Akzeptanz der Ergebnisse des Runden Tisches durch die Bevölkerung. Die Bereitschaft der Bevölkerung zu aktiver Unterstützung, ein wichtiger psychologischer Faktor, ist angesichts der großen wirtschaftlichen Probleme des Landes keineswegs sicher.
- Zweifelhaft ist auch, in welchem Maße konservative Elemente in der Partei die Umsetzung der Ergebnisse des Runden Tisches künftig beeinflussen werden

und ob sich die Partei in ihre neue Rolle einer Wettbewerbssituation hereinfinden wird.

- Ungewiß ist schließlich, ob die Opposition ihre für die weitere Durchführung der Reformen so wichtige Geschlossenheit bewahren kann oder ob sich ihre Kräfte nach der Legalisierung in Interessengruppen auffächern und dabei extreme Kräfte an Einfluß gewinnen werden. Nicht zu übersehen ist, daß die Vorbereitungszeit bis zu den bevorstehenden Parlamentswahlen weniger als knapp ist und von Chancengleichheit keine Rede sein kann.
- Nicht gebannt ist auch die Gefahr, daß Streiks die wirtschaftliche Lage des Landes weiter paralysieren.

In dieser Situation wird viel davon abhängen, daß alle Beteiligten Mäßigung zeigen und mit dem Erreichten behutsam umgehen.

2.4) Auch wenn die bisherigen Ergebnisse des Reformprozesses in Polen beeindruckend sind, wird die Entscheidung über das Schicksal der Reformen auf wirtschaftlichem Gebiet fallen. Nachdem für wichtige politische Fragen wie die Zulassung der Solidarität und die Beteiligung der Opposition an Wahlen konkrete Lösungen vorliegen, stellt sich die Bewältigung der ungeheuren wirtschaftlichen Probleme Polens nunmehr mit besonderer Dringlichkeit. Im Gegensatz dazu steht aber, daß die Ergebnisse des Runden Tisches im wirtschaftlichen Bereich im wesentlichen nur Absichtserklärungen darstellen, deren Verwirklichung mangels vorhandener Verfügungsmasse nicht absehbar ist. Die Probleme sind identifiziert. Konkrete Lösungen stehen aus. Das bedeutet, daß die polnische Führung in den schwierigen Wirtschaftsfragen noch ganz am Anfang zu bewältigender Aufgaben steht.

2.5) Angesichts der Dimension der wirtschaftlichen Probleme (Auslandsverschuldung und damit zusammenhängende Fragen) ist eine Lösung nicht ohne fremde Hilfe möglich. Für den Westen stellt sich jetzt die Frage, ob er bereit ist, an einer Schuldenregelung für Polen und an der Sanierung seiner Wirtschaft mitzuwirken. In der Vergangenheit hat der Westen diesbezügliche polnische Fragen mit der Forderung nach Herstellung eines nationalen Konsenses in Polen durch Aufnahme eines Dialogs mit allen gesellschaftlichen Kräften beantwortet. Die polnische Seite hat darauf mit dem Runden Tisch nunmehr positiv geantwortet. Sie wartet jetzt auf ein Zeichen des Westens. Dies hat Innenminister Kiszczak in seiner Abschlußrede deutlich gemacht.

In dieser Situation kommt den westlichen Gläubigerländern eine gewichtige Mitverantwortung für das weitere Schicksal des Reformprozesses in Polen zu. Die Antwort sollte die Bereitschaft zu einer umfassenden Zusammenarbeit sein. Wie sich die westlichen Länder jetzt gegenüber Polen verhalten, wird in den anderen mittel- und osteuropäischen Staaten mit großer Aufmerksamkeit verfolgt werden.

Auch wenn die verbleibenden Unwägbarkeiten groß sind, steht Polen heute an einer historischen Wegkreuzung. Der Westen sollte darauf verantwortlich, d.h. mit einem positiven Signal, reagieren. Er sollte sich bewußt sein, daß in dieser Stunde nicht nur die polnische Reformentwicklung auf dem Prüfstand steht.

Derix

Referat 214, Bd. 139853

91

**Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem
israelischen Minister für Wissenschaft und Entwicklung,
Weizman**

10. April 1989¹

Vermerk über das Gespräch des Bundeskanzlers mit dem israelischen Minister für Wissenschaft und Entwicklung, Ezer Weizman, am Montag, den 10.4.1989, 18.20 bis ca. 19.00 Uhr²

Teilnehmer auf deutscher Seite: der Bundeskanzler, VLR I Dr. Ueberschaer als Note-taker, Frau VLR Siebourg als Dolmetscherin;

auf israelischer Seite: Minister Weizman, Botschafter Navon, Arie Shoumer, Ministerialdirektor im israelischen Wissenschafts- und Entwicklungsmiesterium.

Minister *Weizman* überreicht dem Bundeskanzler eingangs ein Schreiben des israelischen Finanzministers Shimon Peres mit Vorschlägen für potentielle gemeinsame Entwicklungsprojekte. Grundlage dieses Briefes ist die von FM Peres bei dessen letztem Gespräch mit dem Bundeskanzler³ vorgeschlagene Schaffung eines Sonderfonds, in den die Rückflüsse aus deutscher Kapitalhilfe an Israel eingezahlt und aus dem heraus Entwicklungsprojekte finanziert werden sollen.

Auf Bitte des Bundeskanzlers bewertet Weizman sodann die Lage im israelisch-arabischen Konflikt. Als Israeli müsse er dem jüngsten Besuch von MP Shamir in Washington⁴ Erfolg wünschen. Als Realpolitiker könne er an einen solchen

¹ Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Ueberschaer, Bundeskanzleramt, am 13. April 1989 gefertigt und am selben Tag über Ministerialdirigent Hartmann an Ministerialdirektor Teltschik, beide Bundeskanzleramt, „mit der Bitte um Zeichnung“ geleitet. Hat Hartmann und Teltschik am 13. April 1989 vorgelegen. Vgl. den Begleitvermerk; Bundesarchiv, B 136, Bd. 59727.

² Der israelische Minister für Wissenschaft und Entwicklung, Weizman, besuchte die Bundesrepublik vom 6. bis 12. April 1989.

³ Der israelische Finanzminister Peres hielt sich vom 18. bis 21. Januar 1989 in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu Dok. 18.

Zum Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Peres am 18. Januar 1989 vgl. Dok. 45, Anm. 24.

⁴ Der israelische Ministerpräsident Shamir hielt sich ab 4. April 1989 zu einem zehntägigen Besuch in den USA auf. In dieser Zeit präsentierte er einen Friedensplan für den Nahen Osten. Botschafter Haas, Tel Aviv, übermittelte am 13. April 1989 Informationen des israelischen Außenministers Arens dazu: „Bekräftigung des Friedensvertrags mit Ägypten: Israel rufe die Signatar-Staaten von Camp David dazu auf, die Fortgeltung des Vertragswerkes als wichtige Grundlage für eine umfassende Friedensregelung zu bekräftigen. Friedensappell an arabische Staaten: Israel appelliere an die arabische Staatenwelt [...], den Kriegszustand zu beenden und normale Beziehungen mit Israel aufzunehmen. Wohnraum für Flüchtlinge: Israel sei bereit, [...] die sozialen Mißstände in den Flüchtlingslagern durch ein umfassendes Wohnungsbauprogramm zu mildern. Die seit Jahrzehnten andauernde katastrophale Situation habe erheblich zum Entstehen der Intifada beigetragen. [...] Wahlen in den IBG: Kernpunkt der Initiative Shamirs sei die Abhaltung von Wahlen in Judäa, Samaria und Gaza. Dies sei der einzige richtige Weg, „authentische Repräsentanten“ zu bestimmen, die die Bevölkerung der IBG in Gesprächen mit Israel vertreten könnten.“ Vgl. den Drahbericht Nr. 404; Referat 310, Bd. 147545. Für den Wortlaut des Friedensplans in der Fassung vom 14. Mai 1989 vgl. <https://mfa.gov.il/MFA/ForeignPolicy/MFADocuments/Yearbook8/Pages/54%20Israel-s%20Peace%20Initiative-%202014%20May%201989.aspx>.

Erfolg nicht glauben. Er selbst sei der Auffassung, daß eine friedliche Lösung des Nahostkonflikts nur dann denkbar sei, wenn Israel mit der PLO einen Kompromiß aushandle, der dann Inhalt eines Abkommens zwischen Israel, Jordanien und der PLO werden müßte.

Ägyptens Präsident Mubarak, den er vor drei Wochen gesehen habe, würde sich nachdrücklich für das Zustandekommen eines solchen Kompromisses einsetzen, wenn Israel sich nur gegenüber der PLO gesprächsbereit zeige. Politisch sei Mubarak gegenwärtig in einer starken Position. Er habe die meisten arabischen Staaten auf seiner Seite. Wirtschaftlich habe er Probleme „wie wir alle“.

Für Ägypten gelte das gleiche wie für die Bundesrepublik Deutschland – es habe den Krieg verloren, aber den Frieden gewonnen. Er, Weizman, habe großen Respekt vor der deutschen Wiederaufbauleistung. Sein eigenes Land, Israel, könnte ein Gleiches erreichen – insbesondere in Zusammenarbeit mit Ägypten und Jordanien –, wenn nur der Konflikt durch eine Verhandlungslösung beendet würde.

Peres habe als FM nicht mehr die gleiche starke Position wie früher. Er, Weizman, wolle dazu beitragen, daß Peres sein politisches Gewicht wiedergewinne. Als Peres das Finanzressort übernommen habe, sei er, Weizman, zuerst dagegen gewesen. Inzwischen habe er den Eindruck, daß Peres hierdurch politisch doch mehr wiedergewinnen könne als erwartet.

Der *Bundeskanzler* bemerkt, daß er Peres' Entscheidung, das Finanzressort zu übernehmen, gut gefunden habe. Er wolle gern das Seine dazu beitragen, um Peres' politische Stellung zu festigen.

Weizman äußert, daß der Bundeskanzler durch Unterstützung von Peres die Chancen des Friedensprozesses verbessern könne. Gemeinsame, aus den FZ-Rückflüssen finanzierte Entwicklungsprojekte seien ein guter Weg.

Das israelische Budget sei gegenwärtig durch die Verpflichtung zur Abdeckung von Netto-Rückflüssen aus der deutschen Kapitalhilfe, die jährlich ca. DM 100 Mio. ausmachten, erheblich belastet. Im bilateralen Handel gebe es zudem ein Defizit zu Lasten Israels von rd. 1 Mrd. Dollar pro Jahr.

Der *Bundeskanzler* bemerkt, daß Weizman hierzu nicht ins Detail zu gehen brauche. Über die Frage der Netto-Rückflüsse habe er, BK, bereits mit Peres gesprochen: Sie sei ein wichtiger Punkt auf seiner Vormerkliste. Er wolle aus einer Reihe von Gründen – ohne daß es unter diesen eine Rangfolge gebe – einen substantiellen Beitrag leisten, um die Vorbedingungen für einen Verhandlungsfrieden im Nahen Osten zu verbessern.

Für eine friedliche Lösung des arabisch-israelischen Konflikts zeige die Uhr wenige Minuten vor zwölf. Wichtige Voraussetzungen hierfür seien gegenwärtig – man wisse nicht, wie lange noch – gegeben. Präsident Mubarak und König Hussein, die er beide als zuverlässig kenne und vor denen er hohen Respekt habe, seien ideale Helfer für eine Friedenslösung. Deren Chancen könnten sich unter ihren Nachfolgern nicht verbessern, sondern nur verschlechtern.

Die Bundesregierung habe auch ein hohes Interesse, Mubaraks Stellung festigen zu helfen – z. B. durch Unterstützung der ägyptischen Position bei Weltbank und IWF. Wenn Mubarak stürze, „so Gnade uns Gott“. Auch Hussein sei ein sehr tapferer, weiser Staatsmann.

Es wäre gut, wenn Israel die gegenwärtig noch bestehenden Chancen wahrnehme, zumal sich ja auch dort ein Erstarken radikaler Kräfte bemerkbar mache. Er, BK, wolle in dieser Situation keine Ratschläge erteilen – schon gar nicht in der Öffentlichkeit –, er wolle aber doch sein Interesse als Regierungschef wie als CDU-Vorsitzender an einem baldigen Verhandlungsfrieden im Nahen Osten unterstreichen.

Der Bundeskanzler schildert Minister Weizman den Stand der inneren Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland, vor allem im Hinblick auf die psychologische „Befindlichkeit“ der Bevölkerung.

Sein Problem sei ein deutlicher Rückfall der Deutschen in die Provinzialität. 15 Millionen Deutsche verbrauchten jährlich für ihren Urlaub rd. 25 Mrd. DM (dies sei wenigstens ein gut präsentabler Ausgleich für unsere Handelsbilanzüberschüsse), seien aber nicht bereit, sich für Fragen unserer Außenbeziehungen zu engagieren. Dies gelte z. B. für den Zusammenschluß Europas, obwohl wir Deutschen den größten Nutzen aus der Entwicklung der EG zögen. Dieser überproportionale Nutzen für die Deutschen wachse ständig, was aus außenpolitischer Sicht gar nicht so günstig sei: Die Schere der wirtschaftlichen Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland auf der einen Seite und der Entwicklung ihrer elf Partnerländer auf der anderen Seite gehe immer mehr auseinander.

Im vergangenen Jahr hätten Staat und Wirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland insgesamt 60 Mrd. DM in die Forschung investiert. Dies entspräche in der Relation den Investitionen der USA wie Japans im Forschungsbereich. Die Deutschen seien nach wie vor gut organisiert und relativ fleißig, das duale Berufsausbildungssystem trage seine Früchte, selbst die deutschen Universitäten faßten langsam wieder Tritt. Er, BK, habe im vergangenen Jahr eine Gruppe von 16 Vorsitzenden der wichtigsten Universitäten und Hochschulen der Vereinigten Staaten empfangen.⁵ Dabei habe ihm der Präsident der Harvard-Universität⁶ bedauernd erklärt, daß die dort arbeitenden deutschen Wissenschaftler wieder „nach Hause zurückkehrten“. Er habe dies als Kompliment empfunden. Die jungen Deutschen sollten ruhig an ausländischen Forschungsstätten lernen und arbeiten, später aber in die deutsche Forschung zurückkehren. Die deutsche Forschung sei auf gutem Wege, wenn sie auch den Vorkriegsstand noch nicht wieder erreicht habe. Es habe eine Zeit gegeben, wo es allein an der Universität Göttingen zwölf Nobelpreisträger gegeben habe, darunter fünf Juden. Die Bundesregierung sehe es als ihre Aufgabe an, hier noch mehr zu tun, habe innenpolitisch gegenwärtig aber einen schweren Stand.

GS Gorbatschow erscheine vielen Deutschen als Friedensengel, dessen Verheißung jede weitere Verteidigungsanstrengung unnötig mache. Gorbatschows Friedeninitiativen mögen durchaus ernst gemeint und glaubwürdig sein – dennoch sei die Invasionsfähigkeit der Truppen des Warschauer Paktes nach wie vor unverändert. Nach wie vor gebe es zwischen Kiew und der deutsch-

⁵ Bundeskanzler Kohl traf am 6. Juli 1988 mit Spitzenvertretern amerikanischer Universitäten zusammen. Themen des Gesprächs waren die deutsch-amerikanischen Beziehungen, insbesondere ein stärkerer Austausch im Wissenschafts- und Forschungsbereich, die europäische Integration, die deutsch-deutschen Beziehungen sowie die Lage an den Universitäten in den USA. Vgl. dazu die Gesprächsaufzeichnung; Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 76; B 150, Aktenkopien 1988.

⁶ Derek Bok.

deutschen Grenze über 150 000 Mann sowjetischer Sturmtruppen. Dies hörten die Deutschen nicht gern.

Ähnliche Akzeptanzprobleme gebe es im Bereich der Ab- und Nachrüstung, der lebensnotwendigen Reformen für die Zukunft und bei der Bereinigung unseres Verhältnisses mit Polen.

Der Bundeskanzler kommt sodann auf die von Weizman angesprochene Frage des Sonderfonds für FZ-Rückflüsse zurück; er bittet ihn, Peres zu sagen, daß er diese Frage in der zweiten Jahreshälfte selbst wieder aufgreifen werde.

Weizman sagt dies zu. Er geht sodann auf die vom Bundeskanzler angesprochenen sowjetischen Friedensinitiativen ein. Eine veränderte sowjetische Haltung mache sich auch im Nahen Osten bemerkbar. Die SU helfe den Syrern weniger als früher. Anders als bei dem Camp-David-Abkommen vor zehn Jahren⁷ zeige sie Bereitschaft zu ernsthaftem Engagement im nahöstlichen Friedensprozeß. Seine eigenen Leute (gemeint ist die Arbeiterpartei) verständen den politischen Aspekt dieser veränderten sowjetischen Haltung nicht, wohl aber Shimon Peres.

Auf Frage des Bundeskanzlers äußert sich Weizman sehr positiv zu Arbeit der deutsch-israelischen Stiftung für wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit. Sie arbeite besser als jede andere bilaterale Stiftung, die Israel mit dem Ausland betreibe. Israel wolle daher auch die wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit mit der Bundesrepublik Deutschland in erheblich größerem Umfange fortsetzen. Wenn der Bundeskanzler dafür die erforderliche finanzielle Lösung finden könne, werde sein, Weizmans, und Peres' Leben besser sein.

Er selbst sei vor allem am politischen Aspekt dieser Kooperation interessiert, nicht so sehr am wissenschaftlich-technischen. Er sei nicht in die Politik gegangen, um Wissenschaftsminister zu werden.

Er könne sich für die Zukunft ein politisch sehr nützliches dreiseitiges israelisch-deutsch-ägyptisches Projekt über Solarenergiefragen vorstellen.

Weizman kommt sodann erneut auf die innenpolitischen Probleme Israels zu sprechen: Die Angebote Shamirs über Gespräche mit den Vertretern der Palästinenser in den besetzten Gebieten würden in Washington als unzureichend empfunden. In der Arbeiterpartei hege man die Einsicht, daß der Friedensprozeß bei Ausschluß der PLO nur unzureichende Fortschritte machen könne. Er, Weizman selbst, sei der Auffassung, daß, wenn man Probleme mit den Arabern habe, man sich direkt an diese und nicht an die USA als Vermittler wenden sollte. Er selbst ziehe es vor, sich an König Fahd, König Hussein oder Präsident Mubarak zu wenden.

Die Angebote Shamirs könnten eine Welt, die friedliche Lösungen sucht, nicht überzeugen. Diese Welt habe klar erkannt, daß der Ausbruch eines neuen Krieges im Nahen Osten zu schrecklichen Folgen für alle führen könne. Für ihn, Weizman, sei es schwer vorstellbar, daß Shamir und Arens wirklich in der Lage sein könnten, für Frieden zu sorgen.

Der Bundeskanzler unterstreicht, daß er gerade vor diesem Hintergrund und im Hinblick auf die nächsten Wahlen Shimon Peres helfen wolle. Er bitte Weizman, Peres zu grüßen. Er werde selbst auf dessen Anliegen zurückkommen. Gegen-

⁷ Zum Camp-David-Prozeß vgl. Dok. 45, Anm. 19.

wärtig müsse er sich mit einer Reihe vorrangiger, sehr kostenaufwendiger Fragen befassen, die einer umgehenden Lösung bedürften.

Weizman stellt abschließend die Frage, ob der Bundeskanzler Peres und ihm gestatte, ihm gelegentlich eine politische Botschaft zukommen zu lassen, falls sich dies als notwendig erweise. Eine solche Botschaft könne über den israelischen Botschafter Navon übermittelt werden. Der *Bundeskanzler* erklärt sich damit einverstanden.

Bundesarchiv, B 136, Bd. 59727

92

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Seibert

220-371.61-495/89 geheim

10. April 1989¹

Über D2A², Herrn Staatssekretär³ Herrn Bundesminister⁴

Betr.: SNF-Modernisierung und -Rüstungskontrolle;
hier: Schreiben Präsident Bush an BK Kohl vom 22.3.1989 mit talking points für Botschafter Burt

Bezug: 1) Mündliche Weisung StS Sudhoff vom 6.4.1989: Bewertung für BM
2) Randweisungen StS Sudhoff auf Vorlage vom 7.4.1989

Anlg.: (nur beim Original)

- 1) Im Betreff genanntes Schreiben Bush mit talking points Burt⁵
- 2) Vorlageentwurf vom 7.4.1989 mit Randweisungen StS Sudhoff – 220-371.61-492/89 geheim⁶
- 3) Vorlage D2A vom 10.2.1989 – 220-371.61 SNF VS-NfD⁷
- 4) DB Brüssel NATO Nr. 351 vom 22.3.1989 – IX-363.20/30-768/89 VS⁸

Zweck der Vorlage: Zur Unterrichtung

¹ Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Seibert und Vortragendem Legationsrat Wagner konzipiert.

² Hat Botschafter Holik am 10. April 1989 vorgelegen.

³ Hat Staatssekretär Sudhoff am 10. April 1989 vorgelegen.

⁴ Hat den Vortragenden Legationsräten I. Klasse Elbe und Mützelburg am 10. April 1989 vorgelegen.
Hat Mützelburg am 16. Mai 1989 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung über das Büro Staatssekretäre an Botschafter Holik verfügte und handschriftlich vermerkte: „Hat BM vorgelegen.“
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Bächmann am 16. Mai 1989 vorgelegen.
Hat Holik am 17. Mai 1989 erneut vorgelegen.

⁵ Dem Vorgang beigelegt. Für das Schreiben des amerikanischen Präsidenten Bush vom 22. März 1989 an Bundeskanzler Kohl sowie die undatierten „Talking Points for Burt – Kohl Meeting“ vgl. VS-Bd. 12247 (220).

⁶ Dem Vorgang beigelegt. Für die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Wagner vgl. VS-Bd. 12247 (220); B 150, Aktenkopien 1989.

Staatssekretär Sudhoff notierte auf der Aufzeichnung am 7. April 1989 handschriftlich für Bundesminister Genscher: „Die Analyse bedarf der Ergänzung, die ich für Montag, 10.4., erbeten habe.“

⁷ Dem Vorgang nicht beigelegt. Vgl. Anm. 16.

⁸ Dem Vorgang beigelegt. Vgl. Anm. 17.

Hinweis: Vorlage wurde gemäß den Randweisungen des Herrn Staatssekretärs überarbeitet.

I. Thema des Schreibens von Präsident Bush sowie der das Schreiben nicht wesentlich⁹ weiterentwickelnden „talking points“ sind Fragen der SNF-Moder-nisierung und -Rüstungskontrolle.

1) Modernisierung

- Bush ist eindeutig in der Sache: Gefordert wird deutsche Zustimmung zu einer Bündnisaussage anlässlich des Gipfels¹⁰, aus der hervorgeht, daß ein Nachfolgesystem für die Lance-Rakete (Follow-on to Lance) erforderlich ist. Damit erwarten die USA eine spezifischere¹¹ Aussage als in der letzten NATO-Gipfel-erklärung (2./3. März 1988), die generell von „einer geeigneten Zusam-mensetzung angemessener und wirksamer nuklearer und konventioneller Streit-kräfte“ spricht, „die weiterhin auf dem gebotenen Stand gehalten werden, wo dies erforderlich ist“¹².
- Flexibel zeigt sich Bush in der Frage, wie diese Aussage formuliert werden könnte.
- Offen ist Bush hinsichtlich der erst später („eventually“) vom Bündnis zu tref-fenden Entscheidung, wie viele neue Raketen-systeme erforderlich sind.
- Zu erwähnen ist, daß in der Argumentation Bushs kein Hinweis mehr auf Forderungen des Kongresses nach einer deutlichen Bündnisaussage zu einem Nachfolgesystem für Lance erscheint. Dies bestätigt unseren Eindruck, daß der Kongreß sich in dieser Frage nicht ohne weiteres zum Erfüllungsgehilfen der Administration machen will.

2) SNF-Rüstungskontrolle

- Eindeutig ist Bush in der Ablehnung von SNF-Verhandlungen, die aus seiner Sicht „unter den gegenwärtigen Umständen ein schwerer Fehler“ wären.

Bush wiederholt damit wörtlich seine Aussage in seinem Fernschreiben an BK Kohl vom 25.1.1989.¹³ Er bleibt in dieser Frage bei der bereits von Präsident Reagan und AM Shultz vertretenen Position. Die USA wie GB hatten die For-mel von Reykjavík vom Juni 1987¹⁴ von Beginn¹⁵ als zeitliche Sequenz inter-pretiert und SNF-Rüstungskontrolle als zeitlich nachrangig gegenüber der Verwirklichung der NATO-Rüstungskontrollziele im konventionellen und chemischen Bereich bezeichnet. Begründet wird die Ablehnung von SNF-Rüstungskontrollverhandlungen mit der Sorge, daß damit eine Erosion der

⁹ Die Wörter „nicht wesentlich“ wurden von Botschafter Holik gestrichen.

¹⁰ Zur NATO-Gipfelkonferenz am 29./30. Mai 1989 in Brüssel vgl. Dok. 153, Dok. 154 und Dok. 156.

¹¹ Dieses Wort wurde von Botschafter Holik gestrichen. Dafür fügte er handschriftlich ein: „wesentlich weitergehende“.

¹² Vgl. dazu Ziffer 5 der Erklärung der NATO-Gipfelkonferenz am 2./3. März 1988 in Brüssel; NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1986–1990, S. 19. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1988, D 202. Zur Konferenz vgl. AAPD 1988, I, Dok. 75.

¹³ Für das Schreiben des amerikanischen Präsidenten Bush vom 25. Januar 1989 an Bundeskanzler Kohl vgl. VS-Bd. 13041 (204).

¹⁴ Vgl. dazu Ziffer 7 der Erklärung der NATO-Ministerratstagung am 11./12. Juni 1987 in Reykjavík; NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1986–1990, S. 16. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1987, D 383 f. Vgl. dazu ferner AAPD 1987, I, Dok. 170 und Dok. 174.

¹⁵ An dieser Stelle wurde von Botschafter Holik handschriftlich eingefügt: „an“.

westlichen Nuklearpräsenz in Europa bis hin zur vollständigen Denuklearisierung eingeleitet werden könnte. Daneben machen die USA geltend, daß SNF-Kontrollverhandlungen mit ungemein komplexen Problemen verbunden seien. Die in den talking points genannten Gründe gegen SNF-Rüstungskontrollverhandlungen sind uns weitgehend aus einem amerikanischen Papier vom 1.2.1989 bekannt. Bewertende Vorlage vom 10.2.1989 liegt als Anlage 3 bei, siehe dort insbesondere Seiten 8 und 9.¹⁶ Zusätzlich ist darauf hinzuweisen, daß Probleme mit der Zähleinheit (unit of account) – Werfer oder Flugkörper? – bei SNF-Verhandlungen sowie damit zusammenhängende Verifikationsfragen bei der HLG-Sitzung am 21./22.3.1989 vom HLG-Vorsitzenden Lehman herausgestellt wurden. Hierzu DB Brüssel NATO 351 vom 22.3.1989, insbesondere Ziffer 2 c (als Anlage 4 beigelegt¹⁷).

- Als Mittel, um gleichwohl das in Reykjavik niedergelegte SNF-Rüstungskontrollziel zu erreichen, werden Dialog mit der SU und entsprechendes¹⁸ Verhalten der Allianz bezeichnet, um die Sowjetunion dazu zu bringen, sich, wie das Bündnis, einseitige Zurückhaltung aufzuerlegen.¹⁹
- Eine Perspektive von Reduzierungen des westlichen SNF-Potentials wird²⁰ unter der Voraussetzung der Einführung eines Lance-Nachfolgesystems eröffnet. Diese Perspektive ist nicht neu. Sie wird von den USA sowohl öffentlich (Rede Nitze in Brüssel am 5.12.1988²¹) als auch vertraulich uns gegenüber

¹⁶ Dem Vorgang nicht beigelegt.

Vortragender Legationsrat Wagner resümierte die amerikanischen Rüstungskontrollüberlegungen im SNF-Bereich: „SNF-Verhandlungen könnten dazu führen, die konventionelle Raketenfähigkeit des Bündnisses zu beeinträchtigen. Der Ausschluß rein konventioneller Raketen aus SNF-Verhandlungen würde der SU die Möglichkeit eröffnen, ein Umgehungspotential nuklear einsetzbarer Systeme zu schaffen. [...] SNF-Verifikation wäre schwierig, da es sich um kleine, bewegliche Systeme handelt. Der Druck auf eine Null-Lösung, die Verifikationsvoraussetzungen verbessern würde, wäre groß. Gemäß dem Reykjavik-Kommuniqué sollen nur amerikanische und sowjetische Kurzstreckenraketen erfaßt werden. Kooperative Systeme im Besitz anderer Partner der USA bzw. der SU werden nicht genannt, ebenfalls nicht die französischen Kurzstreckenraketen.“ Vgl. Referat 220, Bd. 144785.

¹⁷ Dem Vorgang beigelegt. Botschafter Hansen, Brüssel (NATO), berichtete über die Ausführungen des Abteilungsleiters im amerikanischen Verteidigungsministerium, Lehman: „Im Hinblick auf Rüstungskontrolle sei ‚Werfer‘ kein geeignetes Verifikationskriterium, da Systeme hochmobil, schnell nachladefähig und technisch rasch von konventionell auf nuklear umrüstbar. Deshalb spiele Unterscheidbarkeit zwischen konventionellen und nuklearen Werfern keine Rolle. [...] Im übrigen habe SU auch Mehrfachraketenwerfer, deren Zahl sie wohl nicht durch Rüstungskontrolle begrenzen wolle. [...] Auf Frage, ob US andere Möglichkeiten für Verifizierbarkeit von SNF-Rüstungskontrolle geprüft hätten, antwortete Lehman, es gebe bei SNF ‚no practical and feasible way‘, ein Verifikationsregime zu etablieren. [...] Als Fazit bleibt: Da US keinen Weg für Verifikation von SNF-Rüstungskontrolle sehen, werden sie sich dem auch deshalb weiterhin verschließen.“ Vgl. VS-Bd. 12247 (220), B 150, Aktenkopien 1989.

¹⁸ An dieser Stelle wurde von Botschafter Holik handschriftlich eingefügt: „eigenes“.

¹⁹ An dieser Stelle wurde von Botschafter Holik handschriftlich eingefügt: „Bush verweist also auf den Weg unilateraler Reduzierungen der SU.“

²⁰ An dieser Stelle wurde von Botschafter Holik handschriftlich eingefügt: „ausschließlich“.

²¹ Vortragender Legationsrat I. Klasse Seibert vermerkte am 16. Dezember 1988 zur Rede des amerikanischen Sonderbotschafters Nitze anlässlich der Entgegennahme des Atlantic Award: „Grundsätzlich sieht er Modernisierungsbedarf, damit das Bündnis aus einer Position der Stärke verhandeln könne. Er differenziert allerdings bei den einzelnen Waffengattungen. [...] Bei den nicht-strategischen Nuklearwaffen spricht er sich klar für Modernisierungen aus. Er tut das allerdings in knapper Form und läßt kein besonderes Engagement erkennen. Bezuglich der SNF fordert er ein vorsichtiges Vorgehen, da die Chance bestehe, die Gesamtmenge des Arsenals zu verringern.“ Vgl. Referat 220, Bd. 144785.

Vgl. dazu auch das Gespräch des Bundesministers Genscher mit Nitze am 6. Dezember 1988; AAPD 1988, II, Dok. 354.

(Fernschreiben Bush/Kohl vom 25.1.1989) wie auch in Bündnisgremien (HLG-Studie zu „The role of short-range nuclear forces in NATO strategy“ vom 23.9. 1988²²) aufgezeigt. Die USA argumentieren, daß weiterreichende und präzise westliche Kurzstreckenraketen eine größere Zahl möglicher Ziele unter Nuklearrisiko halten können und damit den Verzicht auf einen Teil der nuklearen Artilleriegefechtsköpfe des Bündnisses ermöglichen.

3) Operativ

- Bush geht davon aus, daß deutsch-amerikanische Übereinstimmung entscheidend ist, um Einvernehmen aller Bündnispartner herbeizuführen und dem bevorstehenden Gipfel zu dem erforderlichen Erfolg zu verhelfen.
- Er schlägt daher vor, daß eine deutsche Delegation unter Leitung von MD Teltschik bald zu den in Aussicht genommenen bilateralen Expertengesprächen nach Washington kommt.²³

II. Bewertung und operative Schlußfolgerungen

1) Die von Bush dargelegte Position zu dem Fragenkomplex SNF-Modernisierung/Rüstungskontrolle enthält kein Angebot eines deutschen und amerikanischen Positionen in einem ausgewogenen Geben und Nehmen berücksichtigenden Mittelwegs. Bushs Ausführungen laufen darauf hinaus, die eigene Position als unverrückbar richtig zu bekräftigen (und uns damit implizite zur Änderung unserer Position aufzufordern). Er gibt keine Begründung für die Notwendigkeit einer auf ein Lance-Nachfolgesystem bezogenen Gipfelaussage zum jetzigen Zeitpunkt und geht insoweit nicht auf die von BK Kohl und Ihnen²⁴ öffentlich dargelegte deutsche Position zum Zeitrahmen einer Entscheidung ein. Das Argument der Verlagerung auf Systeme größerer Reichweite (shift of emphasis) stammt aus den Allgemeinen Politischen Richtlinien (GPG²⁵). Dort bezieht es sich aber auf das Ziel, sowjetisches Territorium unter Nuklearrisiko zu stellen. Dieses Ziel ist mit bei uns stationierten SNF-Raketen nicht zu erfüllen. Deshalb ist dieses Argument im Zusammenhang der Lance-Modernisierung falsch, obwohl es immer wieder von USA, GB und auch vom BMVg benutzt wird.

2) Die von Bush aufgezeigten Rüstungskontrollperspektiven sind nicht befriedigend:

- Die Erwartung, die Sowjetunion durch Dialog und entsprechendes eigenes Handeln zur Reduzierung ihres SNF-Potentials zu veranlassen, ist nicht überzeugend, insbesondere wenn das eigene Handeln darin besteht, die SNF-Raketen zu modernisieren.
- Eine künftige weitere Reduzierung der nuklearen Gefechtsköpfe (dabei wird es sich in erster Linie um Artilleriegefechtsköpfe handeln) nach Einführung eines Lance-Nachfolgesystems ist eine relativ fernliegende Zukunftsaussicht; sie

²² Zur Studie der High Level Group (HLG) der NATO vgl. AAPD 1988, II, Dok. 206.

²³ Zur Absage des Besuchs des Ministerialdirektors Teltschik, Bundeskanzleramt, in den USA vgl. Dok. 111, Anm. 4.

²⁴ Hans-Dietrich Genscher.

²⁵ Die auf der Ministersitzung der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) am 21./22. Oktober 1986 in Gleneagles verabschiedeten General Political Guidelines (GPG) der NATO regelten das Vorgehen beim Nuklearwaffeneinsatz innerhalb einer Bandbreite vom Erstschlag bis zum nuklearen Vergeltungsschlag im Rahmen der Strategie der „flexible response“. Vgl. dazu AAPD 1986, I, Dok. 178, und AAPD 1986, II, Dok. 229, Dok. 246 und Dok. 302.

wäre im übrigen kein geeignetes Mittel, um die Reduzierung der sowjetischen SNF-Raketen zu erreichen.

3) Richtig ist die Herausstellung der besonderen Bedeutung der USA (Herstellerland) und der Bundesrepublik Deutschland (eventuelles²⁶ Stationierungsland) für die SNF-Modernisierungsentscheidung des Bündnisses. Unsere Aufgabe bei den von BK Kohl vorgeschlagenen und nun von Präsident Bush nachdrücklich befürworteten Expertengesprächen wird sein²⁷, den USA ein Abgehen von für uns nicht akzeptablen Forderungen²⁸ nahezulegen und die Bedeutung der SNF-Rüstungskontrolle zu unterstreichen. Die Bereitschaft der USA, uns in der Sache und bei Formulierungen entgegenzukommen, müßte dabei ausgelotet werden.

RL i. V. 201²⁹ hat mitgezeichnet.

Seibert

VS-Bd. 12247 (220)

93

Gespräch des SPD-Vorsitzenden Vogel mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, in Moskau

11. April 1989¹

Gespräch BM a.D. Dr. Vogel mit Gorbatschow am 11.4.1989²

Zur Unterrichtung

Das Gespräch zwischen dem SPD-Vorsitzenden und Generalsekretär Gorbatschow dauerte ca. 2 1/2 Stunden. Es fand in einer freundschaftlich-aufgeschlossenen Atmosphäre statt.

Auf deutscher Seite nahmen teil: Egon Bahr, Dietrich Stobbe, Karsten Voigt, Frau Däubler-Gmelin und ich³; auf sowjetischer Seite Jakowlew und Falin sowie Tschernjajew und Mitarbeiter des ZK.

²⁶ Dieses Wort wurde von Botschafter Holik gestrichen. Dafür fügte er handschriftlich ein: „ausschlaggebendes“.

²⁷ An dieser Stelle wurde von Botschafter Holik handschriftlich eingefügt: „müssen“.

²⁸ An dieser Stelle wurde von Botschafter Holik handschriftlich eingefügt: „im Hinblick auf die Modernisierungsentscheidung“.

²⁹ Diese Zahl wurde handschriftlich eingefügt.
Friedrich Gröning.

¹ Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Botschafter Meyer-Landrut, Moskau, gefertigt und mit Drahtbericht Nr. 1364/1365 vom 12. April 1989 übermittelt.

Hat Vortragendem Legationsrat Gröning am 13. April 1989 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Dreher verfügte.

Hat Dreher vorgelegen. Vgl. Referat 201, Bd. 151167.

² Der SPD-Vorsitzende Vogel hielt sich vom 10. bis 13. April 1989 in der UdSSR auf.

Für Vogels Gespräch mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vgl. auch das sowjetische Gesprächsprotokoll; GORBATSCHOW UND DIE DEUTSCHE FRAGE, Dok. 31.

³ Andreas Meyer-Landrut.

Nach der Begrüßung eröffnete *Gorbatschow* (G.) mit einem Hinweis auf die am Vortage erfolgte Eröffnung des Büros der Friedrich-Ebert-Stiftung in Moskau, die eine neue Qualität und Etappe in den Beziehungen zur SPD dokumentiere. Wenn zunächst über Fragen der Nachkriegsregelung, dann später über den Erhalt des Friedens gesprochen worden sei, so spreche man jetzt über grundsätzliche Fragen und Ideen. „Wir vertrauen der SPD und schätzen die Zusammenarbeit.“

Dr. Vogel (V.) erwiderte im gleichen Sinne, wobei er auf die politische Leistung von G. verwies, die die Welt verändert habe. Er habe einen Prozeß in Gang gesetzt, der in D und der Welt beeindrucke. *Gorbatschow*: Dies sei nur möglich bei einem gemeinsamen Vorgehen, alleine könne nichts bewirkt werden. Dazu gehöre auch die Zusammenarbeit mit den USA. Freilich dauere der Prozeß des Überdenkens der Positionen in Washington etwas lange, was er jetzt auch öffentlich festgestellt habe. Mit den USA Politik zu machen, sei nicht einfach, doch ohne sie sei es unmöglich, etwas zu bewegen.

Vogel verwies auf die Leistung der SPD im Prozeß der Annäherung unter Betonung des Moskauer Vertrages⁴. Es sei ermutigend, daß heute auch die seinerzeitige Opposition diesen Kurs als richtig erkannt habe, wobei er besonders den Bundeskanzler und in der Regierung den Bundesaußenminister erwähnte.

Die Perestroika werde in unserem Lande mit Sympathie und großer Aufmerksamkeit verfolgt. Er wünsche ihr Erfolg.

Er habe gerade Gespräche in den USA geführt⁵ und möchte feststellen, daß die verantwortlichen Leute dort eine positivere Einstellung zur SU hätten, als er dies bei der vorigen Administration gefunden habe. Er erwähnte Bush, Baker und zahlreiche Gesprächspartner aus dem Kongreß.

Während seines Aufenthalts in Washington habe George Kennan eine knappe Darstellung seiner Sicht der wünschenswerten US-Politik gegenüber der SU im Auswärtigen Ausschuß des Senats vorgetragen, für die ihm eine stehende Ovation bereitet wurde (V. übergibt den Text an G.). *Gorbatschow* erwidert, es gäbe leider auch unverantwortliche Leute in USA, die nach wie vor die Politik der Zusammenarbeit ablehnten, aber auch Baker habe merkwürdige Äußerungen getan, zu schweigen von Scowcroft. Das seien Äußerungen, wie man sie von Kissinger oder Brzezinski höre. Wenn Kissinger ihm an diesem Tisch gesagt habe, er stimme mit ihm (G.) im Grundsätzlichen überein, weiche aber in Details ab, so sei das nicht richtig. Das grundsätzliche Herangehen sei von einem Denken von gestern geprägt. Seine Sorge sei, daß diese Leute Präsident Bush beeinflussen könnten, mit der Folge einer Wendung zum Schlechten. *Vogel*: Im Mai werde die Überprüfung in Washington beendet sein. Bush müsse eine auf beide Parteien gestützte Außenpolitik betreiben, deshalb werde sie anders aussehen, als der Generalsekretär befürchte. Bereits sei der Schwenk in der Lateinamerika-Politik erfolgt sowie der Brady-Plan⁶ vorgelegt worden, das sei ermutigend.

⁴ Für den Wortlaut des Vertrags vom 12. August 1970 zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR vgl. BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 354 f. Vgl. dazu auch AAPD 1970, II, Dok. 387 und Dok. 388.

⁵ Der SPD-Vorsitzende Vogel hielt sich vom 2. bis 5. April 1989 in den USA auf. Vgl. dazu Dok. 85.

⁶ Zu den Vorschlägen des amerikanischen Finanzministers Brady für eine Lösung der internationalen Schuldenkrise vgl. Dok. 71.

Zu Zentralamerika habe er noch die Bitte von Bush vorzutragen, Waffenlieferungen in dieses Gebiet einzustellen.

Gorbatschow: Er habe einen – wie er sagen müsse nicht sehr diplomatischen – Brief von Bush hierzu vor der Kuba-Reise⁷ erhalten, der dieses Thema behandle. Dieser Brief werde in diesen auf der Grundlage dessen, was mit Castro besprochen worden sei.⁸ Er, G., habe hierzu etwas zu sagen. Im übrigen habe sich Castro zu einem reifen Politiker entwickelt, vom Linksradikalismus befreit und sich in die allgemeine Linie der Politik eingefügt.

Vogel leitete über zur europäischen Politik, Europäischem Haus und Helsinki. *Gorbatschow* wies Unterstellungen zurück, die im Westen kursierten, daß er mit dem Begriff des Europäischen Hauses die USA aus Europa verdrängen wolle. Dies sei falsch, ebenso wie die Amerikaner nicht versuchen sollten, die UdSSR zurückzudrängen.

Die deutsch-sowjetischen Beziehungen – und zwar zu beiden deutschen Staaten – hätten eine große Bedeutung. Er habe allen Politikern, dem Herrn Bundespräsidenten und dem Herrn Bundeskanzler diese Einschätzung vorgetragen und dafür geworben. Aber es gebe auch Zweifler in D, sei es aus Rücksichtnahme auf Verbündete, sei es aus anderen Gründen. Dies sei auch die Einschätzung von Kwidinskij, der sich sehr für die Entwicklung der Beziehungen einsetze. Auch deutsche Wirtschaftskreise seien zögerlich, besonders im Chemie-Bereich. F und IT machten häufig bessere Angebote. *Vogel* wies diese Einschätzung unter Hinweis auf die ihn begleitende Wirtschaftsdelegation zurück und leitete auf ein anderes Thema über. Er schlage vor, darüber nachzudenken, ein Mahnmal an die jeweils anderen Kriegstoten in D und in der SU zu errichten.

Gorbatschow erwiderete, dies sei politisch interessant, allerdings eine sehr emotionale Frage. Sie sei sicherlich den Menschen in Weißrussland und einigen anderen Gegenden nicht verständlich zu machen, aber man werde darüber nachdenken.

Vogel fragte dann nach der Einschätzung des Abrüstungsprozesses.

Gorbatschow: „Wir wollen die Initiative nicht verlieren und werden den Prozeß weitertreiben, selbst wenn sich Hindernisse auftun.“ Es gäbe recht gute Perspektiven bei START. Die beiden Hauptprobleme seien: SDI und ABM-Vertrag⁹ sowie die Marschflugkörper auf Schiffen. Im erstenen Bereich könne es möglicherweise mit der neuen Administration Fortschritte geben, weil Bush mit SDI nicht emotional verbunden sei, wie Reagan es war. Was den zweiten anbetrifft, so könne man nicht eine ganze Kategorie von Waffen unberücksichtigt lassen¹⁰ – er wisse, wovon er rede, die SU verfüge selbst über diese Waffen. Die anderen Probleme (z. B. mobile oder stationäre Systeme) erschienen ihm überwindbar.

⁷ Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, hielt sich vom 3. bis 5. April 1989 in Kuba auf.

⁸ Unvollständiger Satz in der Vorlage.

⁹ Für den Wortlaut des Vertrags vom 26. Mai 1972 zwischen den USA und der UdSSR über die Begrenzung der Raketenabwehrsysteme (ABM-Vertrag) vgl. UNTS, Bd. 944, S. 14–22. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1972, D 392–395.

¹⁰ Vgl. dazu ferner das Protokoll vom 3. Juli 1974 zum ABM-Vertrag, DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 71 (1974), S. 216 f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1974, D 363 f.

¹⁰ Korrigiert aus: „unberücksichtigt zu lassen“.

Zu den C-Waffen wisse er, wie die Einstellung von Bush hierzu sei. Z.Zt. zögere GB, was er Frau Thatcher gesagt habe¹¹. Die SU bereite sich darauf vor, das Thema mit Baker im Mai¹² aufzunehmen.

In Wien¹³ sei die SU bereit, weit zu gehen. Sie werde auch unabhängig vom Verhandlungsverlauf ihre Streitkräftestrukturen im Sinne einer defensiven Doktrin verändern. Bei den Verhandlungen müßten allerdings alle Angriffswaffen eingeschlossen werden (z. B. Flugzeuge und Hubschrauber), doch sei SU bereit, etappenweise vorzugehen.

In diesem Zusammenhang komme das Thema Modernisierung auf. Derartige Kompensationen könnten das Erreichte null und nichtig machen. Dann sollte man lieber bei den alten Systemen bleiben, statt auf Neuentwicklungen zu gehen. Wir können eine dritte Null-Lösung vorschlagen. „Aber wir wollen jedenfalls mit parallelen Verhandlungen über taktische Kernwaffen beginnen.“

Man könne natürlich auch über Zonenkonzepte und andere Vorstellungen reden, wie sie in der Arbeitsgruppe SPD–KPdSU entwickelt worden seien. Man könne auch weitere Arbeitsgruppen über Europäisches Haus einrichten. Er begrüße Beiträge von allen Seiten.

Es gäbe Realitäten, z. B. WP und NATO, die sind nicht so bald abzuschaffen, aber die Blöcke sollten politisiert werden. Militärs sollten untereinander reden. Der KSZE-Prozeß wird dieses Denken unterstützen.

Es sei eine falsche Philosophie, wenn man annehme, daß es gut für einen selbst sei, wenn es dem anderen schlecht gehe.

Europa habe alle Möglichkeiten: Kultur, Ressourcen wirtschaftlicher und menschlicher Art.

„Wir haben das Privateigentum abgeschafft und sozialisiert zur Überwindung der Entfremdung, aber durch die Kommandowirtschaft, das System des Kommandierens, ist dieses weder im politischen noch im wirtschaftlichen Prozeß gelungen.“

Vogel übergibt G. das Grundsatzprogramm der SPD – *Gorbatschow* überfliegt die Überschriften: Das sind unsere Begriffe und Fragestellungen, und verweist darauf, daß sowjetische Führung Entwicklungen in langzeitlich sozialistisch geführten Ländern wie Schweden studiere.

Vogel kommt auf die Abrüstungsproblematik zurück: SPD habe hier Differenzen mit der Bundesregierung: Sie fordere Parallelverhandlungen über taktische

¹¹ Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, besuchte Großbritannien vom 5. bis 7. April 1989. Botschafter Freiherr von Richthofen, London, bewertete den Besuch am 10. April 1989. Dieser sei für die britische Regierung und insbesondere Premierministerin Thatcher ein Erfolg gewesen: „Mrs. Thatcher hatte im Vorfeld des Besuchs bereits im Sommer letzten Jahres die sowjetische Seite wiederholt wissen lassen, daß sie größten Wert darauf lege, daß Gorbatschow London als erste Besuchsstation in Europa wählt. Gorbatschow erwies der britischen Premierministerin diesen Gefallen. [...] Die sachliche Ausbeute der Gespräche war eher gering. Die Positionen beider Länder zu den Themen nukleare Komponente der Abschreckung und SNF-Modernisierung blieben unverändert. Die sowjetische Ankündigung zur Einstellung der Produktion von Plutonium erscheint eher auf Beeindruckung der westlichen Öffentlichkeit als den Fachleute ausgerichtet zu sein.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 716/717; Referat 213, Bd. 147159. Für das Gespräch Thatchers mit Gorbatschow am 6. April 1989 vgl. MASTERPIECES OF HISTORY, Dok. 56.

¹² Der amerikanische Außenminister Baker besuchte die UdSSR am 10/11. Mai 1989. Vgl. dazu Dok. 136.

¹³ Zu den VKSE vgl. Dok. 74.

Zu den VSBM-Verhandlungen vgl. Dok. 75.

Nuklearwaffen (wobei er meine, daß die Bundesregierung hier auch aufgeschlossen sei, aber wohl die Verbündeten Schwierigkeiten machten). Insbesondere bei Kernwaffenartillerie gäbe es Übereinstimmungen. Es wäre schön, wenn bei taktischen Raketen, wenn schon nicht auf Null, dann zunächst auf Obergrenzen unterhalb des gegenwärtigen Lance-Potentials verhandelt würde. Zum anderen sei SPD gegen Modernisierung, weil die vorgesehene Form eine Einführung neuer Systeme bedeutete.

Gorbatschow: Dies wäre auch ein Betrug, weil SU Raketen sogar von der Reichweite von 480km liquidiert habe. Wahrscheinlich liege das Problem bei den USA, dem militärisch-industriellen Komplex, der insgesamt gegen eine Verbesserung der Beziehungen mit der SU sei, wie er aus einem Geheimbericht von einer Strategiesitzung im Weißen Haus wisse.

G. kommt dann auf die Perestroika zu sprechen: Es sei ein schwieriger, tiefgreifender Prozeß, kein „Tapetenwechsel“, wie Hager gesagt hat.¹⁴ Er befürchte nicht, daß die Ziele nicht erreicht würden, das Problem liege in den Zeiträumen, in denen dieser Prozeß verwirklicht werde. Er sei gegen „große Sprünge vorwärts“, aber man könne den Dingen auch nicht ihren Lauf lassen. Der Konservatismus müsse überwunden werden. „Wir kommen alle aus dieser Ecke und haben Komplexe.“ Der Widerstand sei nicht politischen Charakters, er liege in den Menschen. Vieles sei neu und ungewohnt in der Politik, in der Wirtschaft, in der Kultur. Es sei ein schmerzhafter, aber positiver revolutionärer Prozeß, der sich im Kampf entwickele. Doch schon jetzt sei Perestroika nicht rückgängig zu machen. Die Wahlen¹⁵ seien ein Referendum für die Perestroika gewesen, trotz der Probleme in den Städten, trotz der leeren Regale, trotz der für viele schwierigen Umstellung der Wirtschaftsstrukturen. 86 v. H. der Gewählten seien KP-Mitglieder.

Das Wichtigste, die Menschen müssen umdenken. Es gehe weiter, aber nicht ohne Leiden und ohne Fehler. Vorrangig sei jetzt die Schaffung eines Rechtssystems, das Perestroika und Demokratie schütze.

Vogel: Wir überlegen, wie wir helfen können. Er könnte mit Hilfe der sozialdemokratisch geführten Länder 100 Ausbildungsplätze für je drei bis vier Monate anbieten.

Zur Frage des militärisch-industriellen Komplexes: Diesen gäbe es wohl überall, aber die Tendenz nehme zu, die entsprechenden Ressourcen zur Lösung der Menschheitsprobleme zu nutzen (Nord–Süd, Überbevölkerung, Umweltschutz, Klimafährdung), d.h., es gehe um die Konversion vom militärischen in zivilen Bereich.

Gorbatschow erwidert, dies geschehe in SU bereits in beträchtlichem Umfang (340 Rüstungsbetriebe arbeiten heute für die Konsumgüterproduktion).

Ein großes Problem sei der Geldüberhang. Die wirtschaftliche Leistung sei um fünf Prozent angestiegen, was nicht schlecht sei, die Löhne aber um 9,5 Prozent.

¹⁴ In einem am 20. März 1987 geführten und am 9. April 1987 veröffentlichten Interview mit der Wochenzeitschrift „Stern“, das am Folgetag in der Tageszeitung „Neues Deutschland“ abgedruckt wurde, erklärte das Mitglied des ZK der SED, Hager, mit Blick auf die Reformen in der UdSSR: „Würden Sie, nebenbei gesagt, wenn Ihr Nachbar seine Wohnung neu tapeziert, sich verpflichtet fühlen, Ihre Wohnung ebenfalls neu zu tapezieren?“ Vgl. den Artikel „Kurt Hager beantwortete Fragen der Illustrierten „Stern““, NEUES DEUTSCHLAND vom 10. April 1987, S. 3.

¹⁵ Die Wahlen zum Kongreß der Volksdeputierten fanden am 26. März 1989 statt. Vgl. dazu Dok. 78.

Das Budgetdefizit muß verringert, der Geldüberhang eingedämmt werden, ohne zu große soziale Härten. Er habe aber auch Probleme dazubekommen: 7 Mio. Rubel an Deviseneinnahmen sind durch verschlechterte „terms of trade“ verlorengegangen, 8 Mio. habe Tschernobyl¹⁶ gekostet, 12–14 Mio. koste Armenien, 40 Mio. Rubel seien dem Budget durch die Wodka-Einschränkung verlorengegangen.

Dennoch werde weiter in die Modernisierung, besonders im Maschinenbau und der Computertechnik investiert, sonst bleibe man hoffnungslos zurück.

Vogel leitet über zum bevorstehenden Besuch¹⁷, spricht Einladung nach NRW und zum Besuch (Rede vor 6–7000 Arbeitern) bei Hoesch aus.

Gorbatschow: Er wolle dieses Bundesland besuchen.

G. macht dann den Vorschlag gemeinsamer Feiern der bevorstehenden Jahrestage der Ersten und Zweiten Internationale. *Vogel* verweist auf Willy Brandt.

V. kommt dann noch auf das Europäische Haus zu sprechen und Berlin: Auf den Fluren zwischen den einzelnen Wohnungen dürfe nicht geschossen werden. Vielleicht könne die Arbeitsgruppe sich auch mit dieser Frage beschäftigen.

Gorbatschow: Berlin bedürfe gewiß gemeinsamer Aufmerksamkeit. Zunächst müsse man mit dem arbeiten und leben, was man habe, aber im gemeinsamen Haus müsse es integriert werden.

Er wolle noch auf die Sowjetdeutschen zu sprechen kommen. Die sowjetische Führung habe vor, eine Form zu finden, in der Interessen der Sowjetdeutschen in kultureller, nationaler Hinsicht gewahrt würden.

Insgesamt denke man über die Harmonisierung des Zusammenlebens der Nationalitäten nach. Spannungen müßten abgebaut werden. Destruktiven Elementen, die antisowjetische Politik vertrüten, sei der Kampf angesagt. In Georgien¹⁸ seien Parolen wie: Erschießt die Kommunisten, oder die NATO soll einmarschieren, oder Ruf nach einer provisorischen Regierung verkündet worden. Dies könne nicht geduldet werden. Es gehe letztendlich um die Machtfrage. Glasnost und Demokratie hätten ihren Platz im Rahmen des Sozialismus. Gegen Mißbrauch müsse nicht willkürlich vorgegangen werden, sondern auf der Grundlage von Gesetzen, doch unsere Gesetzgebung ist ein „weißes Feld“. Deshalb habe man sich über Staatsschutzgesetzgebung in anderen Staaten kundig gemacht, die, besonders in den USA, sehr streng sei.

Vogel dankt für Ausreisepolitik in bezug auf die Deutschen, wir wären aber auch dankbar, wenn Überlegungen angestellt würden hinsichtlich nationaler Kultur, Sprache und auch autonomen Gebiets. *Gorbatschow* gibt positive Einschätzung

¹⁶ Zum Reaktorunfall von Tschernobyl am 26. April 1986 vgl. Dok. 3, Anm. 7.

¹⁷ Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, und der sowjetische Außenminister Schewardnadse besuchten die Bundesrepublik vom 12. bis 15. Juni 1989. Vgl. dazu Dok. 178, Dok. 179 und Dok. 182.

¹⁸ Botschafter Meyer-Landrut, Moskau, berichtete am 14. April 1989, nach Demonstrationen der muslimischen Volksgruppe der Abchasen, die aus der mehrheitlich christlichen Georgischen SSR ausscheiden und eine eigene Autonome Republik errichten wollten, sei es zu Gegendemonstrationen nationalistischer „Groß-Georgier“ gekommen: „Eine dieser Demonstrationen erhielt am 8.4.89 einen neuen Charakter, als Lösungen aufkamen wie ‚Es lebe das selbständige freie Georgien‘ und ‚Tod den russischen Besetzern‘.“ In den frühen Morgenstunden des 9. April 1989 sei es schließlich zum Einsatz von Truppen gekommen, in dessen Folge mindestens 19 Menschen ums Leben gekommen seien. Damit hätten „der georgische Nationalismus und die Unabhängigkeitsbestrebungen“ ihre „ersten Märtyrer“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 1437; Referat 213, Bd. 151795.

der Deutschen, nennt Namen von in den Obersten Sowjet gewählten Personen und erwähnt besonders das ZK-Mitglied Frau Gellert, die beim Landwirtschaftsplenum¹⁹ der Führung derartig die Leviten gelesen habe, daß sie alle mit hängenden Köpfen dagesessen seien.

Das Gespräch wurde abgeschlossen mit einer beiderseits positiven Beurteilung des substantiellen Meinungsaustauschs.

Referat 201, Bd. 151167

94

**Aufzeichnung des
Vortragenden Legationsrats I. Klasse Schönfelder**

412-424.01/10-4

14. April 1989

Über Dg 41¹, D4², Herrn Staatssekretär³ Herrn Bundesminister⁴ zur Unter-richtung

Betr.: Bericht des Delors-Ausschusses über eine Wirtschafts- und Währungs-union (WWU) in der Europäischen Gemeinschaft;
hier: Erste Analyse und Bewertung

1) Der Ausschuß hat den Bericht am 12. April 1989 einstimmig angenommen.⁵ Allein dies ist ein großer Erfolg. Der Bericht erfüllt aber auch inhaltlich alle Erwartungen. Er könnte der erhoffte Ausgangspunkt für die Schaffung einer Wirtschafts- und Währungsunion sein.

Ein Junktim zur Schaffung des Binnenmarkts besteht nicht (ein Thema, das in einigen Zeitungen eine Rolle spielte), war aber auch von niemandem gefordert worden.

Delors hat den Bericht am 13.4.1989 an die Regierungschefs übersandt und wird ihn am 17.4.1989 auf dem EcoFin-Rat⁶ den zwölf Finanzministern vorstellen.

¹⁹ Am 15./16. März 1989 fand in Moskau ein Plenum des ZK der KPdSU zu Fragen der Landwirtschaft statt.

¹ Hat Ministerialdirigent Trumpf am 14. April 1989 vorgelegen.

² Hat Ministerialdirektor Jelonek am 14. April 1989 vorgelegen.

³ Hat Staatssekretär Lautenschlager am 14. April 1989 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Mit dem Hinweis, daß ich den Bericht noch nicht gelesen habe.“

⁴ Hat Bundesminister Genscher am 14. April 1989 vorgelegen, der um Rücksprache bat.

Hat Oberamtsrat Kusnezow am 17. April 1989 vorgelegen, der die Weiterleitung an das Büro Staatssekretäre „für Rücksprache StS bei BM“ verfügte.

Hat Staatssekretär Lautenschlager am 8. Mai 1989 erneut vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „1) Die R[ück]sprache ist durch die BM-Rede Gütersloh inhaltlich erledigt. 2) H[err] D 4 – wie tel[efonisch] bespr[ochen]: Wir brauchen bald einen prozeduralen Vorschlag für ER Madrid.“

Hat Ministerialdirektor Jelonek am 9. Mai 1989 erneut vorgelegen, der handschriftlich für Referat 412 vermerkte: „B[itte] mit 410 R[ücksprache] zu prozedurellem Vorschlag.“

⁵ Für den Wortlaut des Delors-Berichts („Report on economic and monetary union in the European Community“), der am 17. April 1989 offiziell vorgestellt wurde, vgl. EUROPA-ARCHIV 1989, D 283–304.

⁶ Die EG-Ratstagung auf der Ebene der Wirtschafts- und Finanzminister fand in Luxemburg statt.

Die Finanzminister werden sich sodann auf ihrem informellen Treffen vom 19.–21. Mai⁷ offiziell mit dem Bericht befassen.

Vorher sollte eine Position der Bundesregierung feststehen.

2) Der Bericht besteht aus drei Teilen.

Teil I ist mehr historischer Natur. Er beschreibt die vergangenen und gegenwärtigen Entwicklungen in der wirtschafts- und währungspolitischen Integration in der Gemeinschaft.

In Teil II werden die ordnungspolitischen Rahmenbedingungen für eine Wirtschafts- und Währungsunion dargestellt.

In Teil III wird ein Drei-Phasen-Konzept entwickelt mit konkreten Vorschlägen für die Schaffung einer Wirtschafts- und Währungsunion sowie mit Vorschlägen für das unmittelbare weitere Procedere.

3) Wichtig sind Teil II und III.

Im ordnungspolitischen Teil sind zahlreiche deutsche Belange berücksichtigt worden, insbesondere

- die Notwendigkeit der parallelen Entwicklung bei der Integration im wirtschaftlichen und währungspolitischen Bereich,
- die Schaffung eines Europäischen Zentralbanksystems, das
 - politisch unabhängig,
 - der Geldwertstabilität verpflichtet sowie
 - föderal strukturiert ist.

Es ist ein großer Erfolg, daß sich alle Mitglieder des Ausschusses auf diese Kriterien festgelegt haben.

4) In Teil III werden drei Phasen zur Schaffung einer Wirtschafts- und Währungsunion vorgeschlagen, ohne daß allerdings konkrete Zeitpläne aufgestellt werden. Zeitpläne sind häufig nicht realisierbar, manchmal auch kontraproduktiv. Deshalb dürfte der Ansatz des Ausschusses realistisch und richtig sein.

Hinsichtlich der Beteiligung von Mitgliedstaaten hält der Bericht die Möglichkeit offen, daß zunächst nicht alle Mitgliedstaaten an allen Vereinbarungen vom gleichen Zeitpunkt an teilnehmen.

Es wird weiter festgestellt, daß eine einheitliche europäische Währung zwar ein nicht unbedingt notwendiges, aber wünschenswertes Element einer Währungsunion wäre. Es wird vorgeschlagen, die ECU zu einer solchen europäischen Währung (allerdings nicht als Korbwährung) zu entwickeln.

⁷ Das informelle Treffen der Finanzminister der EG-Mitgliedstaaten fand in S'Agaró statt. Ministerialdirektor Jelonek vermerkte dazu am 22. Mai 1989: „1) Die Minister bekräftigten das Ziel der Schaffung einer WWU. [...] Sie empfahlen, daß der ER Madrid die zuständigen Gremien (EcoFin, KOM, Währungsausschuß, Ausschuß der Zentralbankgouverneure) beauftragt, entsprechend den Vorschlägen des Delors-Ausschusses möglichst schnell mit den vorbereitenden Arbeiten zur Implementierung von Phase I zum 1.7.1990 zu beginnen sowie die operationellen Elemente der in dem Bericht vorgeschlagenen Phasen II und III zu definieren [...]. 2) Diese Einigungsformel scheint allerdings von den Teilnehmern unterschiedlich interpretiert zu werden. Der britische Schatzkanzler Lawson sieht keinen Zusammenhang zwischen der von ihm mitgetragenen Implementierung von Phase I und dem Auftrag für Vertragsverhandlungen zur Verwirklichung der Phasen II und III.“ Vgl. Referat 412, Bd. 168780.

Die Kontinuität des mit Phase I begonnenen Prozesses würde am besten gewährleistet, wenn die politischen Gremien der Gemeinschaft sich verpflichteten, mit den Verhandlungen über einen neuen Vertrag zur Schaffung einer Wirtschafts- und Währungsunion zu beginnen. Die vorbereitenden Arbeiten für solche Verhandlungen sollten sofort beginnen.

5) In Phase I werden u. a. folgende konkrete Schritte vorgeschlagen:

- Im Wirtschaftsbereich Vollendung des Binnenmarkts und Ausarbeitung von neuen Verfahren zur Verbesserung der wirtschaftlichen Konvergenz, welche die Konvergenzrichtlinie von 1974⁸ ersetzen würden. Die verstärkte wirtschaftliche Koordinierung würde im Rahmen bestehender Institutionen erfolgen (EcoFin, Währungsausschuß, Zentralbankgouverneure);
- im währungspolitischen Bereich Teilnahme aller (!) Währungen der Mitgliedsländer am EWS-Wechselkursmechanismus, mehr Befugnisse für den Ausschuß der EG-Zentralbankpräsidenten im Geld- und Währungsbereich; Formulierung von Vorschlägen zur Koordinierung der nationalen Geld- und Währungspolitik; Gründung von drei Unterausschüssen
 - für Währungspolitik,
 - für Wechselkurspolitik gegenüber Drittewährungen,
 - für Bankenaufsicht.

6) Die zweite Phase soll beginnen, wenn der neue Vertrag zur Schaffung einer Wirtschafts- und Währungsunion in Kraft getreten ist. U. a. wird vorgeschlagen:

- im Wirtschaftsbereich weitere Maßnahmen zu mehr wirtschaftlicher Konvergenz, insbesondere engere haushaltspolitische Abstimmung zwischen den Mitgliedstaaten,
- im währungspolitischen Bereich Schaffung eines Europäischen Zentralbanksystems.

7)⁹ In Phase III sollen

- im Wirtschaftsbereich die auf Gemeinschaftsebene getroffenen, vor allem makro-ökonomischen Entscheidungen für die MS bindend werden und
- im währungspolitischen Bereich eine europäische Währung geschaffen werden¹⁰, welche die nationalen Währungen ersetzt.

8) Für das unmittelbare Follow-up wird vorgeschlagen, daß

- der Europäische Rat Madrid¹¹ und der Ausschuß der Zentralbankgouverneure die notwendigen Entscheidungen zur Implementierung von Phase I treffen und
- vorbereitende Arbeiten für die Aushandlung eines neuen Vertrags sofort beginnen.

Die zuständigen EG-Institutionen sollen auf der Basis des Berichts konkrete Vorschläge zu Phase II und III ausarbeiten, welche in den neuen Vertrag Eingang finden würden.

⁸ Für den Wortlaut der Richtlinie des Rates vom 18. Februar 1974 über die Stabilität, das Wachstum und die Vollbeschäftigung in der Gemeinschaft (74/121/EWG) vgl. AMTSLATT DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN, Nr. L 63 vom 5. März 1974, S. 19f.

⁹ Korrigiert aus: „6“. Die nachfolgende Numerierung wurde durchgehend korrigiert.

¹⁰ Korrigiert aus: „Währung geschaffen“.

¹¹ Zur Tagung des Europäischen Rats am 26./27. Juni 1989 vgl. Dok. 189 und Dok. 194.

– Diese Vorschläge sollten dann als Basis der Verhandlungen für einen neuen Vertrag im Rahmen einer vom Europäischen Rat einzuverlebenden Regierungskonferenz dienen.

9) Wie zu erfahren war, soll BBK¹²-Präsident Pöhl ursprünglich hinsichtlich der einzuleitenden Vertragsverhandlungen gemeinsam mit GB, NL und DK eine sehr viel restriktivere Linie vertreten haben.

Daß er letztlich dem Bericht in der vorliegenden Fassung zugestimmt hat, dürfte auch die innenpolitische Diskussion erleichtern.

Schönfelder

Referat 412, Bd. 168729

95

Vortragender Legationsrat I. Klasse Scheel an die Botschaft in Peking

341-321.00 CHN-Tibet 141145

14. April 1989¹

Fernschreiben Nr. 325

Betr.: Haltung der Bundesregierung zur Tibet-Problematik

Bezug: DB Nr. 652 vom 5.4.1989²

1) Grundlagen der Haltung der Bundesregierung zu Tibet

- Wir gehen davon aus, daß die autonome Region Tibet zum Staatsverband der Volksrepublik China gehört.
- Wir unterstützen keine Tätigkeit, die eine Sezession Tibets fördert.
- Wir halten daran fest, daß eine tibetische Exilregierung von der Bundesregierung nicht anerkannt wird und der Dalai Lama³ in der Bundesrepublik nur als religiöses Oberhaupt des tibetischen Lamaismus auf Touristenvisum einreist. Um Mißverständnisse auszuschließen, werden offizielle Kontakte der Bundesregierung oder von Landesregierungen zum Dalai Lama⁴ vermieden.

¹² Bundesbank.

¹ Der Drahterlaß wurde von Vortragendem Legationsrat Schröder konzipiert.

² Botschafter Hellbeck, Peking, berichtete: „Nach heftiger Reaktion Pekings auf Tibet-Resolution des Europäischen Parlaments vom 16.3.89 erscheint es möglich, daß ich im zeitlichen Zusammenhang mit der am 20./21. April 1989 stattfindenden Tibet-Anhörung ins chinesische Außenministerium einbestellt werde. Bei dieser Gelegenheit würde chinesische Seite voraussichtlich Anhörung und mögliche weitere Resolution des Bundestages als Einmischung in Chinas innere Angelegenheiten verurteilen und Bundesregierung auffordern, auf Abgeordnete entsprechend einzuwirken. [...] Für Hinweise zur Gesprächsführung in solchem Gespräch wäre ich dankbar.“ Vgl. Referat 341, Bd. 161875.

³ Tenzin Gyatso.

⁴ Die Wörter „zum Dalai Lama“ wurden von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Scheel handschriftlich eingefügt.

2) Zu den jüngsten Ereignissen in Lhasa (5.–8. März)

- Die Bundesregierung verfolgt die Entwicklungen in Tibet mit großer Aufmerksamkeit.
- Das Auswärtige Amt hat mit dem Botschafter der Volksrepublik China in Bonn ein eingehendes Gespräch geführt⁵ und ihm dargelegt, daß die Bundesregierung, der Deutsche Bundestag und weite Teile der Öffentlichkeit die Anwendung von Gewalt in Tibet bedauern. Ihm ist bei dieser Gelegenheit auch gesagt worden, die Bundesregierung würde es begrüßen, wenn die Regierung der VR China sich möglichst bald in der Lage sehen würde, den Ausnahmezustand in Lhasa wieder aufzuheben, Journalistenreisen nach Tibet zuzulassen und das angekündigte Gespräch mit dem Dalai Lama zu führen.
- Am 21. März 1989 brachte der spanische Botschafter in Peking⁶ zusammen mit seinem griechischen⁷ und französischen Kollegen⁸ im Namen der zwölf EG-Mitglieder im chinesischen Außenministerium die Lage in Tibet zur Sprache und wies auf die Zusage der chinesischen Behörden hin, die Menschenrechte voll zu respektieren.

3) Zu Ereignissen in der Bundesrepublik und im Europäischen Parlament

- Der Dalai Lama reist vom 14.4. bis zum 17.4.1989 auf Einladung des Oberbürgermeisters⁹ von Offenburg¹⁰ in die Bundesrepublik Deutschland. Er besucht dabei nur Offenburg, gibt dort Audienzen, hält einen Vortrag zu einem religiösen Thema und gibt öffentliche religiöse Unterweisungen. Außerdem veranstaltet der Bürgermeister eine Pressekonferenz.¹¹ Der Dalai Lama reist am 17.4. nach Straßburg weiter und kehrt auf seiner laufenden Europareise nicht nach Deutschland zurück. Bonn oder das Internationale Tibet-Hearing besucht er nicht.
- Internationale Tibet-Anhörung in Bonn, 20./21.4.1989: Es handelt sich um eine Anhörung, die von MdB Petra Kelly organisiert und von der Fraktion der Grünen getragen wird und für die die SPD-Fraktion des Deutschen Bundestages wegen der Größe ihren Fraktionssaal zur Verfügung gestellt hat. Es handelt sich nicht um eine Veranstaltung des Deutschen Bundestages. Die Bundesregierung hat keinen Einfluß auf diese Veranstaltung oder ihre Träger. Sie hat Einladungen an BM und StM Schäfer zur Anhörung ausdrücklich zurückgewiesen und wird sich nicht beteiligen (Länderreferat wird beobachten).
- Resolution des EP zu Tibet vom 16.3.1989¹²: Das Europäische Parlament ist selbstständig und nicht von der Bundesregierung zu beeinflussen. Die Resolution

⁵ Für das Gespräch des Ministerialdirektors Schlagintweit mit dem chinesischen Botschafter Mei Zhaorong am 14. März 1989 vgl. Dok. 62.

Für das Gespräch des Ministerialdirigenten Zeller mit Mei Zhaorong am 12. April 1989 vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 341, Bd. 161875.

⁶ Eugenio Bregolat Obiols.

⁷ Emmanuel Megalokonomos.

⁸ Charles Malo.

⁹ Dieses Wort wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Scheel korrigiert aus: „Bürgermeisters“.

¹⁰ Martin Grüber.

¹¹ An dieser Stelle wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Scheel gestrichen: „Nach unserem Verfassungsverständnis ist das keine politische Tätigkeit.“

¹² Zur Resolution des Europäischen Parlaments zu Tibet vom 16. März 1989 vgl. Dok. 62, Anm. 8.

ist nicht bindend und spiegelt nicht notwendigerweise die Meinungen der EG-MS wider.

- Frau P. Kelly, MdB, und die Fraktion der Grünen haben erneut den Antrag auf eine Entschließung des Bundestages zu Menschenrechtsverletzungen und Kriegsrecht in Tibet gestellt.¹³ Zum Stand der Diskussion im Bundestag wird auf den Vermerk 341-300.16 AS vom 16. März 1989¹⁴ hingewiesen (liegt dort vor). Kopie des Antrages der Grünen folgt mit Kurier.
- 4) StS Sudhoff hat am 10.4.1989 gegenüber dem chinesischen VAM Zhou Nan¹⁵ folgendes zu Tibet gesagt:

Die Bundesregierung habe Verständnis für die chinesischen Sorgen hinsichtlich Tibets. Es gebe für uns keine Frage hinsichtlich der Zugehörigkeit Tibets zum chinesischen Staatsverband. Die Bundesregierung habe weder den Wunsch noch die Absicht, Bestrebungen für die Selbständigkeit Tibets zu fördern. Die Bundesregierung erkenne die großen sozialen Verbesserungen in Tibet an.

Es sei richtig, daß in bestimmten Bereichen der öffentlichen Meinung und Teilen des politischen Spektrums Äußerungen gefallen seien, die China Sorgen bereiten. Diese Meinungen würden von uns nicht geteilt und nicht unterstützt. Wir hätten dies im Parlament und in der Öffentlichkeit eindeutig klargemacht.

Zutreffend sei andererseits auch, daß in der Öffentlichkeit und in Teilen des Parlaments Sorge herrsche wegen der Unruhen in Tibet. Es sei nicht unsere Aufgabe, China Empfehlungen zu geben, aber es würde zur Versachlichung beitragen, wenn China es möglich machen würde, daß Journalisten und andere Reisende wieder nach Tibet reisen könnten, um sich dort ihre Meinung bilden zu können. Auch die Aufhebung des Ausnahmezustandes würde zur Beruhigung der Öffentlichkeit beitragen.

Es sei wichtig, daß die VR China ihre politischen Maßnahmen in Tibet fortsetze, um die Tibet-Frage aus der Welt zu schaffen.¹⁶

- 5) Die Analyse in DB Nr. 724 vom 14.4. (gemeinsamer Bericht EG-Botschafter) wird hier geteilt; ihren Schlußfolgerungen¹⁷ wird zugestimmt.

Scheel¹⁸

Referat 341, Bd. 161875

¹³ Für den Wortlaut des Antrags der Abgeordneten Kelly und der Fraktion Die Grünen vom 22. März 1989 vgl. BT DRUCKSACHEN, Nr. 11/4264.

¹⁴ Zur Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Scheel vgl. Dok. 62, Anm. 5.

¹⁵ Der chinesische Stellvertretende Außenminister Zhou Nan hielt sich anlässlich der deutsch-chinesischen Staatssekretärskonsultationen vom 7. bis 11. April 1989 in der Bundesrepublik auf.

¹⁶ Für das Gespräch des Staatssekretärs Sudhoff mit dem chinesischen Stellvertretenden Außenminister Zhou Nan am 10. April 1989 vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 341, Bd. 161826.

¹⁷ Botschafter Hellbeck, Peking, übermittelte einen Bericht der Botschafter der EG-Mitgliedstaaten in Peking zur Lage in Tibet vom 12. April 1989. Darin hieß es: „Consideration of policy on Tibet must start from the recognition that China will neither give up the region nor tolerate any degree of political autonomy approaching statehood. The Twelve should make clear whenever speaking about Tibet that they recognize it as part of China and do not question the unity of the Chinese state. [...] The question of abuses of individual human rights in Tibet can and should be approached separately by subscribing to the UN 1948 Universal Declaration and by taking a more active part in international debates on human rights issues“. Vgl. Referat 341, Bd. 161875.

¹⁸ Paraphe.

96

Gespräch der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten mit den Außenministern der „Gruppe der Acht“ in Granada

15. April 1989¹

Die Außenminister der Gemeinschaft² (nur Irland ließ sich durch den Staatsminister³ vertreten) und die Außenminister der „Gruppe der Acht“⁴ (außer Panama) trafen am 15. April 1989 in Granada zu einer halbtägigen Sitzung mit anschließendem Mittagessen zusammen.

Die gesamte Vormittagssitzung war praktisch nur dem Thema Verschuldensfrage, Analyse und Therapie, gewidmet.

Der *argentinische Außenminister* führte in das Thema „Internationale Wirtschaftslage und Demokratie in Lateinamerika“ ein. Er erklärte, Ende 1989 werde so gut wie der ganze Subkontinent demokratisch sein. Die Entwicklung zur Demokratie sei aber gegenläufig zur Wirtschaftslage. Das BIP in LA betrage heute 7% weniger als 1980. Man könne also sagen, es habe nie soviel Demokratie, seit 1930 aber auch keine so große Wirtschaftskrise mehr gegeben wie heute.

Die Demokratien Lateinamerikas seien arme Demokratien. Durch die neuen Entwicklungen in der Weltpolitik, insbesondere in der Sicherheitspolitik, in der Ökologie, in der Weltwirtschaft, seien die Staaten dieser Welt mehr miteinander verflochten als je zuvor.

Wirtschaft und Politik seien wichtige Transmissionsriemen, um Ungleichgewichte, wie etwa auf dem Gebiet der Ökologie, gerecht zu verteilen. Der Minister benutzte ein Bild: Niemand könne in Ruhe in der ersten Klasse sitzen, wenn im gleichen Flugzeug jemand aus der Economy-Klasse eine Bombe im Gepäck mit sich führe.

Der Minister machte darauf aufmerksam, daß es in der Welt der Wirtschaft und Finanzen wichtige Veränderungen gegeben habe. Finanzmittel, die eigentlich Instrumente für andere Ziele sein sollten, seien zu Zielen in sich geworden. Während früher Mittel aus den hochindustrialisierten Ländern in die Entwicklungsländer gegangen seien, um dort Investitionen vorzunehmen, hätte die Nettoausfuhr an Kapital aus LA in die Industriestaaten zwischen 1982 und 1988 169 Mrd. Dollar betragen. Früher hätte das Finanzsystem den Rahmen für Handel und Finanztransaktionen geboten. Heute bräuchten die Staaten

¹ Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirektor Schlagintweit am 17. April 1989 gefertigt.
Hat Vortragendem Legationsrat Schmiegelow am 19. April 1989 vorgelegen.

² Giulio Andreotti (Italien), Hans van den Broek (Niederlande), Roland Dumas (Frankreich), Uffe Elleman-Jensen (Dänemark), Francisco Fernández Ordóñez (Spanien), Hans-Dietrich Genscher (Bundesrepublik), Geoffrey Howe (Großbritannien), Karolos Papoulias (Griechenland), João de Deus Pinheiro (Portugal) und Leo Tindemans (Belgien).

Luxemburg war durch den Staatssekretär im Außenministerium, Goebbels, vertreten.

³ Seán Calleary.

⁴ Roberto Costa de Abreu Sodré (Brasilien), Luis Barrios Tassano (Uruguay), Dante Mario Antonio Caputo (Argentinien), Guillermo Larco Cox (Peru), Julio Londoño Paredes (Kolumbien), Fernando Solana Morales (Mexiko) und Enrique Tejera París (Venezuela).

Lateinamerikas Devisen, um die Schulden zu bedienen. Der Handel müsse dazu herhalten, um solche Devisen aufzubringen. Zwischen 1982 und 1988 seien die OPEC-Staaten Finanzüberschüsse gewesen. Diese würden nunmehr ersetzt durch Japan und einige europäische Staaten. Die Vereinigten Staaten seien dagegen an die Stelle der Entwicklungsländer als Kapitaleinfuhrland getreten. Der Grund seien interne Ungleichgewichte in den USA. Es gebe also einen Kapitalfluß von Norden nach Norden statt von Norden nach Süden.

Der Minister folgerte daraus, die Welt brauche ein neues Finanzsystem und eine neue Konzeption. Die Frage bleibe bestehen, wieviel Armut die Freiheit, wieviel Armut die Demokratie ertragen könne.

Anschließend machte der Präsident der Interamerikanischen Bank, *Iglesias*, Ausführungen zur Schuldenfrage. Er erklärte, nach sieben Jahren der Anpassung in LA müsse man feststellen, daß das letzte Jahrzehnt hinsichtlich der wirtschaftlichen Entwicklung ein verlorenes Jahrzehnt war. Der Lebensstandard sei heute etwa ebenso niedrig wie vor zehn, zum Teil sogar vor 20 Jahren. Die Investitionsrate habe damals 25 % betragen. Jetzt betrage sie 15 % des Brutto- sozialprodukts. Die internationale Gemeinschaft habe zwar mit Aktionen reagiert, die die Gefahren eines Zusammenbruchs des internationalen Finanzsystems gebannt hätten, die Opfer hätten aber die lateinamerikanischen Staaten gebracht, die ihren Lebensstandard einschränken mußten. Das ging so nicht weiter. Die Jahre zwischen 1982 und 1985 seien Jahre der Anpassung, Schuldenprobleme seien Probleme der Liquidität gewesen. Diesen Problemen wollte der Baker-Plan⁵ entsprechen. Er habe nicht zu Resultaten geführt. Nunmehr müßten IWF und Weltbank große Anteile an den Schulden übernehmen. Die entsprechenden Reformen gingen aber nicht tief genug. Für LA habe dies zu folgenden Weiterungen geführt:

- Einschränkung der Einführen.
 - Aufwendungen für die Schuldenbedienung.
Hier müßten 50–60 % der Haushaltssmittel herangezogen werden, das führe zu einem starken inflationären Druck.
 - Investitionen unterblieben, auch aufgrund der Kapitalflucht.
- All dies würde die Wirtschaft Lateinamerikas schwächen statt stärken. Der Brady-Plan⁶ sei ein wichtiger Wendepunkt von einer Politik der Liquidität zu einer Politik der Solvenz. Lösungen könnten aufbauen auf:
- Fortsetzung der Reformen in Lateinamerika,
 - Mechanismen, um die Schulden zu vermindern,
 - Zufluß neuen Kapitals.

Anschließend führte der Präsident der Kommission, *Delors*, aus, die Gemeinschaft und die Kommission legten großen Wert auf die Beziehungen zu LA. Er habe sich seit 1982 in Weltbank und Währungsfonds dafür eingesetzt, daß die Mittel des IWF für Hilfe an die EL aufgestockt würden. Inzwischen könne man eine schubweise Steigerung des allgemeinen Bewußtseins für die Dringlichkeit des Schuldenproblems feststellen.

⁵ Zum Baker-Plan vom 8. Oktober 1985 vgl. Dok. 57, Anm. 5.

⁶ Zu den Vorschlägen des amerikanischen Finanzministers Brady für eine Lösung der internationalen Schuldenkrise vgl. Dok. 71.

Seit zwei Jahren sei der internationale Handel stark gewachsen. Hierzu habe die EG beigetragen. Die Strukturen seien verbessert worden.

In diese Entwicklung müsse der Süden mit einbezogen werden.

Er forderte:

- Der multilaterale Charakter des Handels müsse verstärkt werden.
- Die Kapitalströme müßten besser gelenkt werden (von Nord nach Süd).
- Das Währungssystem müsse verbessert werden; der Vorrang des Dollars sei bedenklich.

Ermutigend sei, daß die Vereinigten Staaten und Europa verstanden hätten, daß der Umfang der Schulden ein großes Hindernis sei und daher vermindert werden müsse. Bisher habe man geglaubt, Land für Land, d.h. fallweise, vorgehen zu sollen. Heute wisse man, daß man einen allgemeinen Rahmen zu setzen habe. Im Rahmen eines allgemeinen Konzepts seien dann natürlich fallweise Regelungen zu treffen. Bisher habe man Konzepte für die ärmsten EL gefunden, so auch beim letzten Weltwirtschaftsgipfel⁷. Heute brauche man mehr Aufmerksamkeit und Lösungen für die verschuldeten Länder mit mittlerem Einkommen. Daneben müßten sich die Märkte in den EL öffnen, damit sie in das Weltwirtschaftssystem besser einbezogen würden. Schließlich müßten die Industriestaaten den EL während der Laufzeit der Strukturanpassung eine Erhöhung der Einfuhr ermöglichen, auch damit diese die Inflation bekämpfen und eine gesunde Entwicklung für die Zukunft vorbereiten könnten.

In diesem Rahmen sähe er die Vorschläge von Brady, aber auch Überlegungen aus Japan und Europa. Noch gäbe es hierüber keine wirkliche Übereinstimmung. Angesichts dieser Schwierigkeiten sei es erforderlich:

- nicht übertriebene Hoffnungen zu wecken,
 - nicht von der Konditionalität abzugehen.
- Heute sei jede Lösung, die eine Abweichung der Konditionalität mit sich bringe, nicht akzeptabel.
- Der Transfer der Risiken vom privaten zum öffentlichen Sektor hin sei eine gefährliche Entwicklung, denn so⁸ drohe allgemeine Instabilität. Die Privatbanken müßten auch künftig am Risiko beteiligt bleiben, auch angesichts ihrer Gewinne und Rückzahlungen in früheren Jahren. Es sei wichtig, die Marktkräfte wirken zu lassen. Alle Länder, auch die Vereinigten Staaten, müßten dazu beitragen, daß die Banken besser als bisher Rückstellungen vornehmen könnten.

Delors schloß mit der Hoffnung, daß die Gemeinschaft noch unter der spanischen Präsidentschaft⁹ eine gemeinsame Haltung zur Verschuldensfrage für Länder mit mittlerem Einkommen ausarbeite, die dann auf dem nächsten Weltwirtschaftsgipfel¹⁰ eingebracht werden könnte.

⁷ Der Weltwirtschaftsgipfel fand vom 19. bis 21. Juni 1988 in Toronto statt. Vgl. dazu AAPD 1988, I, Dok. 181–184.

⁸ Korrigiert aus: „sonst“.

⁹ Spanien hatte vom 1. Januar bis 30. Juni 1989 die EG-Ratspräsidentschaft inne.

¹⁰ Zum Weltwirtschaftsgipfel vom 14. bis 16. Juli 1989 in Paris vgl. Dok. 231.

In der anschließenden Diskussion wies der *mexikanische Außenminister* darauf hin, wie dringend die Lage in LA geworden sei. Lateinamerika gebe mehr als 6% seines Bruttosozialprodukts für den Schuldendienst aus. Das könne so nicht weitergehen.

BM *Genscher* erklärte, Europa hätte den Prozeß der Demokratisierung in LA begrüßt. Europa dürfe die Demokratien mit ihren Problemen nicht allein lassen, sonst käme die innere Stabilität auf wirtschaftlichem, sozialem und auch politischem Gebiet zu Schaden. Heute erkenne man besser die Interdependenz bei diesen Fragen sowie bei Fragen der Umwelt und der regionalen Konflikte. Es gehe heute um eine globale Stabilität. Daher müßten alle Staaten an den Chancen des Wachstums teilhaben können.

In den Industriestaaten müßte eine wichtige Frage gelöst werden: wie die staatliche Politik den Privatbanken die Möglichkeit eröffne, den Realitäten in der Dritten Welt Rechnung zu tragen. In Deutschland könnten Banken Forderungen, die sie nicht eintreiben können, abschreiben. Dadurch bekämen sie ein hohes Maß an Flexibilität. Es ginge aber nicht, wenn dies nur in Deutschland der Fall sei. Die Industriestaaten müßten ihre Politik hinsichtlich der Privatbanken harmonisieren.

In der amerikanischen Administration gebe es heute gute Voraussetzungen, um den Problemen der Verschuldung näherzukommen. Wir betrachteten die Vorschläge Bradys positiv. Präsident Mitterrand habe wichtige Beiträge geleistet¹¹. Delors von einem allgemeinen Konzept gesprochen. Die Bundesrepublik Deutschland sei bereit, zu diesem Prozeß, den sie für notwendig erachte, beizutragen, gerade im Verhältnis zu LA, weil es dort gute Voraussetzungen gebe.

Die Gemeinschaft befindet sich in einer dynamischen Phase. Alle Befürchtungen, Europa werde sich festungsartig abschließen, seien unbegründet. Europa sei besonders auf einen offenen Welthandel angewiesen. Der gemeinsame Binnenmarkt werde weltweit neue Möglichkeiten aktivieren.

Der *französische Außenminister* lud die LA zu einer Sitzung dieser Art im zweiten Halbjahr 1989 nach Frankreich ein. Die Themen sollten ausgedehnt werden auf Fragen der internationalen Politik, um dem immer größeren Anteil Lateinamerikas an der internationalen Szene Rechnung zu tragen.

Auf wirtschaftlichem Gebiet bestehe die Gefahr, daß die Kluft zwischen Industriestaaten und LA noch größer werde, da die Risiken wüchsen. Daher sei eine Globalisierung der Bewältigung dieser Probleme notwendig. Man brauche eine neue Weltkonferenz, ein neues Bretton Woods¹² für das ganze Thema.

¹¹ Korrigiert aus: „gelöst“.

Vgl. dazu die Rede des französischen Staatspräsidenten Mitterrand am 29. September 1988 in New York vor der VN-Generalversammlung; Dok. 55, Anm. 22.

¹² Vom 1. bis 22. Juli 1944 fand in Bretton Woods (USA) eine Währungskonferenz der Vereinten Nationen mit dem Ziel einer Neuordnung des Weltwährungssystems statt, an der 44 Staaten teilnahmen. Im Abkommen von Bretton Woods vom 27. Dezember 1945 wurde die Errichtung des Internationalen Währungsfonds und der Internationalen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung beschlossen. Für den Wortlaut vgl. UNTS, Bd. 2, S. 39–205. Für den deutschen Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1952, Teil II, S. 638–683.

Für die am 31. Mai 1968 beschlossene, geänderte Fassung vgl. UNTS, Bd. 726, S. 266–319. Für den deutschen Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1968, Teil II, S. 1227–1250.

Der *brasilianische Außenminister* führte aus, die wirtschaftliche Stagnation in LA dürfe nicht anhalten, die Schulden müßten vermindert, die Zinsen gesenkt, neues Kapital nach LA geführt werden.

Er erklärte, er sei durchaus für ein Junktim zwischen der Schuldenproblematik und dem Umweltproblem.¹³ Es müsse aber für die ganze Welt gelten. Brasilien wolle eine stabile Umwelt und leiste wichtige Beiträge. Die Vorschläge für Amazonien seien realistisch. Allerdings müsse man sich auch klar darüber sein, daß beide Probleme, Umwelt und Verschuldung, nicht so rasch gelöst werden könnten.

Der *italienische Außenminister* forderte mehr internationale Solidarität, mehr konkrete Schritte. Staaten und Banken müßten die Zinsen senken. Die italienischen Banken seien in LA nicht besonders stark engagiert. Es gebe aber zwei Gesetze für Steuererleichterungen bei der Senkung der Schulden und von Zinsen. Italien hätte sich auch an der Erhöhung der Mittel für Weltbank und Währungsfonds für diese Probleme beteiligt. Man bräuchte aber auch neue Bedingungen für den Schutz der Investitionen. Es sei wichtig, die Umweltproblematik mit zu berücksichtigen.

Der *britische Außenminister* betonte den Zusammenhang zwischen Verschuldung, Demokratie und Entwicklung. Die Probleme der Verschuldung könnten nicht gelöst werden ohne schwierige Prozesse der Anpassung. Es seien im wesentlichen Probleme der Geschäftsbanken. Europa sei aber auch aufgerufen, offen zu bleiben und diskriminierende Bestimmungen abzuschaffen. Neben Umweltfragen seien aber auch Drogen- und Terrorismusprobleme sowohl für unsere Partner in LA wie für uns zu lösen. Zusammenarbeit sei notwendig.

Auch der *peruanische Außenminister* wies auf den Zusammenhang zwischen Armut, Gewalt, Schmuggel und Drogen hin. Dies führe in Peru zu einer gefährlichen Polarisierung. Entwicklung und Handel seien wichtig, um diese Probleme zu bekämpfen. Für eine Antwort dürfe man sich daher nicht allein an die Banken wenden.

Der *Außenminister Venezuelas* setzte sich mit Vorwürfen auseinander, daß an der Verschuldensproblematik schlechte Verwaltung, Verschwendungen und Kapitalflucht schuld seien. Venezuela und andere lateinamerikanische Staaten hätten die Lebenserwartung von 40 auf 70 Jahre erhöht. Man hätte eine lateinamerikanische Geburtenzahl, aber europäische Sterbezahlen. Man gebe mehr für die Erziehung als für die Verteidigung aus. Daraus ließe sich ableiten, daß die Verwaltung nicht so schlecht sein könne. Die internationalen Banken verlangten mehr Ordnung in den Finanzen Lateinamerikas. Wäre nicht eine bessere soziale Ordnung wichtiger?

Die Brady-Vorschläge wären theoretisch gut. Die Banken würden aber nicht von sich aus mitwirken. Daher sei die Rolle der Regierungen in den Industrieländern wichtig. Die Hilfe der Bundesrepublik Deutschland für Abschreibungen bei Privatbanken sei ein wichtiger Beitrag. Auch die Vereinigten Staaten müßten etwas in dieser Richtung tun. Es sei ironisch, daß man in den Industriestaaten für das gleiche Phänomen den Begriff Kapitalflucht und den Begriff Investitionen in den USA benutze.

¹³ Vgl. dazu den geplanten Kredit der Weltbank für Brasilien; Dok. 32, Anm. 28.

Die *Außenminister Portugals und Argentiniens* befürworteten den Plan, sich neuerdings in dieser Form in der zweiten Jahreshälfte 1989 zu treffen.

Der *spanische Außenminister* faßte zusammen, man hätte eine wichtige Debatte gehabt. In Lateinamerika gebe es große demokratische Hoffnungen. Sie dürften nicht durch wirtschaftliche Probleme brüchig werden. Der Brady-Plan sei gut, möglicherweise stecke der Teufel aber noch im Detail.

Er wandte sich dann dem Tagesordnungspunkt Beziehungen zwischen Europa und Lateinamerika zu. Es gehe um drei Ebenen:

- informelle Treffen auf Ministerebene,
- Ministerkonferenzen des San-José-Typs¹⁴ mit gleichem Personenkreis,
- Treffen auf Parlamentarierebene.

Anschließend gab der spanische EG-Kommissar *Matutes* eine Analyse der Wirtschaftsbeziehungen. Wirtschaftliches Wachstum sei unmöglich ohne gleichzeitige Entwicklung des Handels. Man müsse vermeiden, daß die Entwicklungsländer sich weniger entwickelten als die Industriestaaten und daß diese technisch immer weiter zurückblieben. Er wies darauf hin, die Gemeinschaft habe 27% der Ausfuhren Lateinamerikas aufgenommen, nach LA jedoch nur 4% ausgeführt. 1981 seien es noch 6% gewesen. Hierfür wären drei Gründe verantwortlich:

- die Schuldenlast,
- die nicht ausreichende Diversifizierung lateinamerikanischer Ausfuhren. Lateinamerika führe zu viele Rohstoffe, zuwenig Fertigwaren aus.
- Zuviel Protektionismus in LA, aber auch in der Gemeinschaft, vor allem für Produkte der Textil- und Stahlindustrie.

Lösungen müßten auf folgenden Gebieten gefunden werden:

- Die finanziellen Einschränkungen müssen erleichtert werden.
- Die Möglichkeiten für den Handel müssen verbessert werden.
- LA müsse seine Produkte diversifizieren und seine natürlichen Wettbewerbsvorteile (Klima und Arbeitskräfte) zur Geltung bringen.

LA müsse mehr bei seinem menschlichen Kapital investieren. Hierbei müsse Europa der natürliche Partner sein und vor allem bei der wirtschaftlichen und technischen Zusammenarbeit mehr investieren. Außerdem müßten Regelungen für die Steigerung der Ausfuhren gefunden werden. Lateinamerika genieße zwar Präferenzen, aber man empfinde die Ursprungsregelung bei uns als zu hart.

Dem könnten zwei Regelungen Rechnung tragen:

- Die Gemeinschaft müsse den regionalen Ursprung anerkennen für Produkte, die aus Gegenen kommen, wo es eine regionale Integrität gebe, z.B. Zentralamerika, Andenpakt¹⁵ und ähnliches.

¹⁴ In San José fand am 28./29. September 1984 die erste Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten sowie Spaniens und Portugals mit den Außenministern zentralamerikanischer Staaten sowie der Staaten der Contadora-Gruppe statt. Vgl. dazu AAPD 1984, II, Dok. 260.

Die bislang letzte Konferenz fand am 27./28. Februar 1989 in San Pedro Sula statt. Vgl. dazu Dok. 55.

¹⁵ Der Anden-Pakt wurde durch den Vertrag von Cartagena vom 26. Mai 1969 geschlossen, der am 16. Oktober 1969 in Kraft trat. Gründungsmitglieder waren Bolivien, Chile, Ecuador, Kolumbien und Peru. Zum 1. Januar 1974 trat Venezuela bei, die Mitgliedschaft Chiles wurde am 30. Oktober 1976 aufgehoben. Für den Wortlaut vgl. INTERNATIONAL LEGAL MATERIALS 8 (1969), Nr. 5, S. 910–939.

– Man müsse sog. Geberländer-Elemente einführen. Damit würde man verschiedenen Produkten einen bevorzugten Zugang zu Europa verschaffen. LA sollte überlegen, ob es nicht über die Uruguay-Runde¹⁶ einen besseren Zugang zu den Märkten der Industriestaaten finden könne, wenn es den eigenen Handel liberalisiere, wie Mexiko, Kolumbien und Chile es getan hätten.

Er warf dann die Frage eines neuen, internationalen Rahmens auf und sprach sich insbesondere für eine Verbesserung des Informationsnetzes aus.

Unterabteilung 33, Bd. 146587

97

Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem malischen Präsidenten Traoré

17. April 1989¹

Vermerk über das Gespräch des Bundeskanzlers mit dem Präsidenten Malis und Vorsitzenden der Organisation der Afrikanischen Einheit, General Moussa Traoré, am Montag, den 17. April 1989, 15.45 – 16.45 Uhr²

Teilnehmer auf deutscher Seite: der Bundeskanzler, Botschafter Holderbaum, VLR I Dr. Ueberschaer als Note-taker, Frau VLR Siebourg als Dolmetscherin; auf malischer Seite: Präsident Traoré, AM Modibo Keïta, Botschafter Tall.

Der *Bundeskanzler* weist bei der Begrüßung darauf hin, daß Präsident Traoré bereits zum vierten Mal in offizieller Funktion in die Bundesrepublik Deutschland komme. Sein jetziger Arbeitsbesuch sei – ebenso wie der Staatsbesuch des Bundespräsidenten in Mali im März 1988³ – Zeichen der sehr freundschaftlichen deutsch-malischen Beziehungen. Er, BK, sei sehr am weiteren Ausbau dieser Beziehungen interessiert. Traoré habe seinerseits ja bereits bei einem vom DIHT organisierten Gespräch mit Vertretern der deutschen Wirtschaft auf das Interesse Malis an der Vertiefung der Wirtschaftsbeziehungen hingewiesen.

Traoré dankt für den freundschaftlichen Empfang: Die bilaterale Zusammenarbeit sei ausgezeichnet. Er wolle die bilateralen Fragen daher seinen Gesprächen mit den Ressorts überlassen und schlage vor, afrikanische Themen zu erörtern.

¹⁶ Zur „Uruguay-Runde“ des GATT vgl. Dok. 103.

¹ Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Ueberschaer, Bundeskanzleramt, am 20. April 1989 gefertigt und am 5. Mai 1989 an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Bächmann „zur Unterrichtung des Auswärtigen Amtes“ übermittelt.

Hat Bächmann am 5. Mai 1989 vorgelegen.

Hat Legationssekretär Reichel am 5. Mai 1989 vorgelegen, der die Weiterleitung an Ministerialdirektor Schlagintweit, Ministerialdirigent Sulimma und Vortragenden Legationsrat I. Klasse Ganns verfügte „m[it] d[er] B[ü]ttel, ggf. weitere Verteilung vorzunehmen“.

Hat Sulimma, auch in Vertretung Schlagintweits, am 8. Mai 1989 vorgelegen.

Hat Ganns am 8. Mai 1989 vorgelegen. Vgl. das Begleitschreiben; Referat 321, Bd. 154372.

² Der malische Präsident Traoré besuchte die Bundesrepublik vom 14. bis 18. April 1989.

³ Bundespräsident Freiherr von Weizsäcker hielt sich vom 5. bis 10. März 1988 in Mali auf.

Der Bundeskanzler stimmt dem zu.

Traoré hebt hervor, daß die wirtschaftlichen Probleme Afrikas vor allem struktureller Natur seien. Die OAE-Mitgliedsländer seien nach wie vor fast ausschließlich Rohstofflieferanten (Land- und Forstwirtschaft, Bodenschätzungen) und als solche überaus abhängig vom Auf und Ab der Weltmarktpreise. Die zu niedrigen Exporterlöse Afrikas seien Hauptursache seiner Verschuldungsprobleme. Die VN hätten sich in den vergangenen Jahren bemüht, den Ländern Afrikas bei der Konzipierung wirtschaftlicher Rahmenprogramme zu helfen und bei den Geber- bzw. Gläubigerländern um Verständnis für die Schuldensituation Afrikas zu werben.

Angesichts ihrer fortschreitenden Verschuldung hielten es die OAE-Mitgliedsländer jetzt für unerlässlich, die Sache selbst in die Hand zu nehmen, gemeinsam mit den Gläubigerländern Kompromißlösungen zu beraten und sich auf einen Vergleich zu einigen. Die Länder Afrikas seien zwar grundsätzlich zur Schuldenrückzahlung bereit, müßten diese aber von einer vorherigen Kompromißlösung abhängig machen.⁴ Er, *Traoré*, habe als OAE-Vorsitzender die Aufgabe übernommen, die Gläubigerländer von der Einberufung eines „Seminars“ im September 1989 zu unterrichten, in dem Regierungsvertreter beider Seiten und Vertreter der Privatwirtschaft die Frage der afrikanischen Schulden erörtern sollten. Von dem Ergebnis dieses „Seminars“ würden die OAE-Mitgliedstaaten ihr weiteres Vorgehen abhängig machen.

Die Bundesrepublik Deutschland habe in der Schuldenfrage sehr viel für Afrika getan: Sie habe den meisten Staaten südlich der Sahara deren Schulden bereits erlassen. Er, *Traoré*, habe dafür bereits dem Bundespräsidenten seinen Dank abgestattet. Die wichtigste Zukunftsfrage für die Länder Afrikas sei jetzt mehr denn je ihre wirtschaftliche Entwicklung.

Der *Bundeskanzler* unterstreicht seine grundsätzlich positive Haltung zu weiteren konstruktiven Beiträgen zur wirtschaftlichen Sanierung der Staaten Afrikas. Er kenne die Tatsachen und meine, daß ein Ausweg gefunden werden müsse. Er selbst habe auf dem Weltwirtschaftsgipfel in Venedig⁵ die Initiative zu einem umfassenden Schuldenerlaß ergriffen. Die Bundesregierung habe den 21 ärmsten und sieben weiteren Entwicklungsländern Afrikas ihre Schulden aus der FZ erlassen⁶, sie trete für eine konzessionäre Umschuldung staatlich verbürgter Handelsschulden im Pariser Club ein und unterstütze gemeinsame Aktionen von Gläubiger- und Schuldnerseite. Wichtig für das weitere Vorgehen seien jetzt Vorschläge von IWF/Weltbank einerseits und OAE andererseits.

Traoré erläutert, daß die OAE bisher keine konkreten Vorschläge gemacht habe, um jede Konfrontation mit den Gläubigerländern zu vermeiden. Die OAE habe

⁴ Dieser Satz wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Ganns hervorgehoben. Dazu Ausrufezeichen.

⁵ Der Weltwirtschaftsgipfel fand vom 8. bis 10. Juni 1987 statt. Vgl. dazu AAPD 1987, I, Dok. 171 und Dok. 176.

⁶ Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit notierte am 26. November 1987: „Bisheriger Schuldenerlaß, basierend auf Kabinettsbeschuß vom 4.10.1978 in Ausführung einer UNCTAD-Resolution, beträgt DM 4,2 Mrd., d. h. DM 3,6 Mrd. Verzicht auf Tilgungen und DM 0,6 Mrd. Verzicht auf Zinsen. Er galt 24 der am wenigsten entwickelten Länder (LDC), wovon mit DM 2,8 Mrd. allein 20 LDC in Subsahara-Afrika betroffen waren.“ Vgl. Referat 422, Bd. 148936. Vgl. dazu ferner AAPD 1978, II, Dok. 243.

Ein weiterer Schuldenerlaß wurde 1988 vorgenommen. Vgl. dazu AAPD 1988, I, Dok. 166

den Eindruck, daß sie mit zu konkreten afrikanischen Lösungsvorschlägen auf prompte Ablehnung der Gläubigerländer stoßen würde. Aus diesem Grunde wolle sie die Vertreter der betroffenen afrikanischen Staaten und der Gläubigerstaaten sowie interessierte Wirtschaftskreise zu dem erwähnten „Seminar“ nach Kairo einladen. Im Rahmen dieses Seminars werde sie einen gesamtafrikanischen Vorschlag zum Thema „Weitere Entwicklung Afrikas einschließlich der Schuldenfrage“ vorlegen. Auf Frage des Bundeskanzlers erläutert Traoré, daß dieses Seminar am 1. September 1989 beginnen solle. Wenn es keine brauchbaren Ergebnisse erbringe, könne man ihm ein zweites Seminar folgen lassen. Danach wolle man eine gemeinsame Konferenz ins Auge fassen. Auf Frage des Bundeskanzlers fügt Traoré hinzu, daß er von den afrikanischen Staats- und Regierungschefs bereits im Mai vergangenen Jahres bei Übernahme des OAE-Vorsitzes mit der Organisation für dieses Seminar beauftragt worden sei.

Vom Bundeskanzler auf die Erwartungen der afrikanischen Staaten hinsichtlich dieses Seminars angesprochen, erläutert Traoré, daß man dort Lösungen der Entwicklungs- wie der Schuldenfragen finden müsse, die für Gläubiger- und Schuldnerländer gleichermaßen akzeptabel seien. EG-Kommissionspräsident Delors⁷ habe sich bereits sehr positiv über eine gemeinsame Suche nach Mitteln zur Bereinigung der afrikanischen Wirtschaftskrise ausgesprochen und die Bereitschaft der Kommission erklärt, sich hieran zu beteiligen. Gleiches gelte für die VN-Wirtschaftskommission für Afrika.

Der *Bundeskanzler* bemerkt, daß er diesen Bemühungen Erfolg wünsche. Er bittet Traoré um Erläuterung, was er unter „Konfrontation“ verstehe. Traoré berichtet, daß bei einem Gespräch in den USA mit dem damaligen Präsidenten Reagan⁸ ihm dieser kaum Zeit gelassen habe, die schwierige Wirtschafts- und Finanzsituation der Staaten Afrikas zu schildern. Reagan habe ihm nur brüsk versichert, daß die Staaten Afrikas ihre Schulden zu bezahlen hätten; andernfalls müßten die Gläubigerländer ihre künftige entwicklungspolitische Zusammenarbeit mit diesen Ländern überdenken. Traoré habe ihm erwidert, daß die wirtschaftlichen Schwierigkeiten Afrikas nicht mit Strukturanpassungsprogrammen, die von Weltbank oder IWF diktiert würden, beseitigt werden könnten. Im Gegenteil: Die Durchführung der vom IWF vorgeschriebenen Programme destabilisiere die afrikanischen Regierungen.⁹

Er habe dieses Thema mit Reagan dann nicht ausdiskutiert. Inzwischen habe sich nach seinem Eindruck auch die Einstellung in den USA geändert.

Der *Bundeskanzler* fragt, ob die Staaten der OAE die Konfrontation mit den Gläubigerländern wünschten. Traoré verneint dies. Eine Konfrontation bringe nichts. Afrika sei grundsätzlich auch guten Willens, seine Schulden zurückzuzahlen.

Der *Bundeskanzler* bemerkt, daß er in einem solchen Falle auch sehr entschieden reagieren würde.¹⁰ Vernünftigen Vorschlägen stehe er jedoch nach wie vor auf-

⁷ Korrigiert aus: „EG-Präsident“.

⁸ Der malische Präsident Traoré besuchte die USA vom 5. bis 9. Oktober 1988.

⁹ Dieser Satz wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Ganns hervorgehoben. Dazu Ausrufezeichen.

¹⁰ Dieser Satz wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Ganns hervorgehoben. Dazu Ausrufezeichen.

geschlossen gegenüber. Man müsse allerdings auch die Frage stellen, was die einzelnen afrikanischen Länder von sich aus zur Überwindung ihrer Wirtschaftsmisere tun könnten. Es gebe hier sehr erhebliche Unterschiede in den Anstrengungen. Traoré wirft ein, daß dies vom Produktionsniveau des jeweiligen Landes abhänge. Der *Bundeskanzler* entgegnet, daß auch die Politik des jeweiligen Landes eine Rolle spiele. Es gebe sehr arme Länder, die sich intensiv um ihre Entwicklung bemühten, und weniger arme Länder, die diese vernachlässigten. Traoré wendet ein, daß es seit 1986 ein VN-Sonderprogramm für die Entwicklung Afrikas südlich der Sahara gebe. Die meisten Staaten Afrikas hätten sich gegenüber dem IWF zu Strukturanpassungsmaßnahmen oder gegenüber der Weltbank zu Restrukturierungsprogrammen verpflichtet. Ähnliche Programme gebe es auch bei der Zusammenarbeit mit der Afrikanischen Entwicklungsbank. Trotz aller Bemühungen um Einhaltung dieser Verpflichtungen habe sich die Wirtschaftslage dieser Länder nicht verbessert.

Als Beispiel wolle er ein von der Natur bevorzugtes Land, die Elfenbeinküste, nennen. Die elfenbeinische Regierung habe ursprünglich den Kakao-Erzeugern einen Preis von umgerechnet DM 3,60 pro Gewichtseinheit bezahlt. Der Weltpreis für Kakao habe sich inzwischen so verschlechtert, daß für die gleiche Menge jetzt nur mehr ein Erzeugerpreis von DM 1,30 gezahlt werden könne.¹¹

Mali habe ähnliche Exportpreisprobleme. Wegen des internationalen Preisverfalls für Erdnüsse habe man den Anbau von Erdnüssen gedrosselt und bau e statt dessen Soja an, aus dem man Öl für den heimischen Markt wie für den Export herstelle.

Mali verdanke sehr viel der Initiative eines privaten deutschen Unternehmens, das den Betrieb einer heimischen Ölmühle, die für die Erzeugung von Ölkuchen konstruiert war, auf die Herstellung von Erdnußpaste umgestellt habe. Diese sei – wenn es nur gelinge, die Verbraucher zu überzeugen – preisgünstiger in der Herstellung als Ölkuchen oder Öl.

Im übrigen erzeuge Mali Baumwolle; auch da seien die Weltmarktpreise nicht gut. Auf Frage des Bundeskanzlers: Mali könnte noch Häute und Felle exportieren und eventuell auch Gold.

Als weiteren Gesprächspunkt schlägt der *Bundeskanzler* die Namibia-Frage vor.

Traoré berichtet von einer Konferenz, zu der er als OAE-Vorsitzender mit den Staatschefs der Länder des südlichen Afrika am 20.3. d.J. in Harare/Simbabwe¹² zusammengetroffen sei. Man habe bei dieser Konferenz die Entwicklungen in Namibia, in Südafrika und in den Frontstaaten¹³ erörtert. Bei diesen Gesprächen kurz vor Beginn des Übergangsprozesses seien alle Teilnehmer sich einig gewesen, daß 4600 Mann statt der ursprünglich vorgesehenen 7500 Mann VN-Truppen zur Überwachung des Friedensprozesses unzureichend seien.¹⁴ So habe man beschlossen, den VN-GS¹⁵ darum zu bitten, zusätzliche Reserveeinhei-

¹¹ Dieser Satz wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Ganns hervorgehoben. Dazu Fragezeichen und handschriftlicher Vermerk: „M[eines] E[rachtens] falsch.“

¹² Die Konferenz der Staats- und Regierungschefs der OAE-Mitgliedstaaten fand am 21./22. März 1989 in Harare statt.

¹³ Angola, Botswana, Mosambik, Sambia, Simbabwe und Tansania.

¹⁴ Zur Truppenstärke der UNTAG vgl. Dok. 47, Anm. 14.

¹⁵ Javier Pérez de Cuéllar.

ten für die VN-Friedenstruppe bereitstellen zu lassen, die im Bedarfsfalle schnell nach Namibia überführt und dort eingesetzt werden könnten.

(Die Entwicklung habe dann gezeigt, wie recht die Konferenzbeteiligten mit ihren Befürchtungen gehabt hätten.)

Bei der Konferenz in Harare habe man auch das Problem der Rückführung der außerhalb des Landes befindlichen namibischen Flüchtlinge erörtert. Man sei sich darüber einig gewesen, daß der VN-GS Wege für deren sichere Rückführung in ihre Heimat finden müsse.

Auf Frage des Bundeskanzlers erläutert Traoré, daß die Zahl dieser Flüchtlinge nicht bekannt sei. Bei den von SWAPO genannten Zahlen wisse man nicht, ob sie stimmten. Es liege im Interesse von SWAPO, eine möglichst große Zahl dieser Flüchtlinge unter Betreuung durch die VN in ihr Land zurückzuführen, um ihnen Gelegenheit zu geben, sich in die Wählerlisten eintragen zu lassen. Nur dann könnten sie sich an der Wahl¹⁶ beteiligen, da es eine Briefwahl nicht geben werde.

Schließlich hätten die Konferenzteilnehmer auch an den VN-GS appelliert, die Sicherheit der Wahlen selbst zu gewährleisten.

Trotz all dieser Appelle an den VN-GS habe es dann doch gleich bei Beginn des Übergangsprozesses die bekannten Schwierigkeiten gegeben. Alle afrikanischen Staaten legten größten Wert darauf, daß der Übergangsprozeß fortgeführt werde und daß man den Südafrikanern nicht gestatten dürfe, die Durchführung von 435¹⁷ zu vereiteln.

Bei der Erörterung der Südafrika-Frage seien die Teilnehmer der Konferenz in Harare sich darüber einig gewesen, daß die Politik der Apartheid unverändert praktiziert werde. Mandela und die übrigen politischen Gefangenen seien weiterhin in Haft, ja es gebe ständig neue Verhaftungen. Man sei sich darüber einig gewesen, daß eine Beendigung der Apartheid nur durch internationalen Druck und durch Einführung mandatorischer Sanktionen möglich sei.

Im Hinblick auf die Frontstaaten hätten die Konferenzteilnehmer einvernehmlich festgestellt, daß Südafrika seine Politik der Destabilisierung fortsetze.

Vor diesem Hintergrund hätten die Konferenzteilnehmer sich dazu entschlossen, an alle OAE-Mitgliedstaaten zu appellieren, Südafrika weiterhin so lange jeden Dialog zu verweigern, solange es selbst nicht in einen Dialog mit seinen eigenen schwarzen Bürgern eintrete. Wenn sich dennoch vorher ein Gespräch mit Südafrika aus der Sicht der OAE als notwendig erweisen sollte, müsse es durch den OAE-Vorsitzenden geführt werden.

Auf die Bemerkung des *Bundeskanzlers*, daß es nicht gut um Namibia stehe, bemerkt *Traoré*, daß dies die Teilnehmer des Harare-Gipfels vorausgesehen hätten. Es sei das Ziel Südafrikas, eine Durchführung der Resolution 435 zu torpedieren.¹⁸

¹⁶ Zu den geplanten Wahlen in Namibia vgl. Dok. 45, Anm. 16.

¹⁷ Für den Wortlaut der Resolution Nr. 435 des VN-Sicherheitsrats vom 29. September 1978 vgl. UNITED NATIONS RESOLUTIONS, Serie II, Bd. XI, S. 21. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1978, D 597f.

¹⁸ Dieser Satz wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Ganns hervorgehoben. Dazu Ausrufezeichen.

Der *Bundeskanzler* erklärt, daß er hier anderer Auffassung sei.

Er selbst habe sich sehr zugunsten einer baldigen Freilassung Mandelas eingesetzt, um das Entstehen einer explosiven Situation in Südafrika zu verhindern. Er erhoffe sich einen entschiedenen Wandel in der Politik Südafrikas für die Zeit nach dem Scheiden P. W. Bothas aus dem Amt.¹⁹ Er habe selbst die Erfahrung gemacht, daß man mit Botha nicht weiterkomme: Er sei inflexibel, da er keine Perspektiven mehr für sich selbst sehe. Inzwischen gebe es jedoch einen neuen und bedeutend jüngeren Kandidaten für das Präsidentenamt²⁰, dem an neuen Perspektiven gelegen sein müsse. Namibia könne ein gutes Beispiel dafür abgeben, wie sich ein künftiges Miteinander zwischen Schwarz und Weiß in der Republik Südafrika gestalten könnte.

Traoré entgegnet, daß Südafrika aber alles tue, um die Durchführung der Resolution 435 zu verhindern und die Besetzung Namibias fortzuführen.

Der *Bundeskanzler* erwidert, daß nach seiner Meinung der Dekolonisierungsprozeß in Namibia nicht aufzuhalten sei. *Traoré* stimmt dem auf lange Sicht zu: Wenn es Südafrika aber gelinge, die Durchführung von Resolution 435 zu vereiteln, werde zunächst alles beim alten bleiben.

Der *Bundeskanzler* bemerkt, daß er nicht verstehen könne, welchen Nutzen Südafrika von einer Vereitelung der Durchführung der SR-Resolution 435 haben sollte. Es hätte sich ja gar nicht auf die Durchführung dieser Resolution einzulassen brauchen.

Traoré bemerkt, daß dies in der Tat absurd anmute, der *Bundeskanzler* könne dies nicht verstehen, weil er selbst kein Kolonialherr sei: Kolonialherren handelten eben absurd.

Der *Bundeskanzler* bemerkt, daß auch verbohrte Menschen oft durchaus Sinn für ihren eigenen Vorteil hätten. Eine von Südafrika betriebene Vereitelung der Durchführung von SR-Resolution 435 würde auf dessen Verhältnis zu den USA wie zur SU eine sehr negative Wirkung haben. Die Einstellung Washingtons gegenüber Südafrika sei unter Bush nicht mehr dieselbe wie unter Reagan.

Traoré gibt dies zu, meint aber, daß Namibias Unabhängigkeit das „Apartheid-Regime Südafrikas“ notwendigerweise schwächen würde.

Er weist darauf hin, daß Südafrika während des 20-jährigen bewaffneten Kampfes der SWAPO niemals zuvor ein vergleichbares Massaker unter den SWAPO-Kämpfern wie zu Beginn der Übergangszeit angerichtet habe. Diese SWAPO-Kämpfer seien am 1.4. – entsprechend den getroffenen Absprachen – mit ihren Waffen nach Namibia übergewechselt, um sich dort den VN-Einheiten zu stellen.²¹ Statt dessen seien sie von kampfbereiten südafrikanischen Elitetruppen erwartet und dezimiert worden.²²

¹⁹ Zur Erkrankung des südafrikanischen Präsidenten Botha vgl. Dok. 45, Anm. 9.

²⁰ Frederik Willem de Klerk.

²¹ Dieser Satz wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Ganns hervorgehoben. Dazu Ausrufezeichen.

²² Botschaftsrat I. Klasse Massmann, z. Z. Windhuk, berichtete am 4. April 1989: „Nach letzten Informationen sollen Kämpfe im Norden Namibias abflachen, aber noch nicht beendet sein. SWAPO-Kämpfer, die auf Länge von ungefähr 400 km westlich und östlich von Ruakana ins Ovamboland eingesickert waren, werden von südwestafrikanischer Polizei und drei regulären Kampfbataillonen (darunter berüchtigtes Bataillon 101) bekämpft. [...] Beobachtermission konnte in Erfahrung bringen,

Der *Bundeskanzler* bleibt bei der Auffassung, daß sich auf namibischer Seite die südwestafrikanische Polizei wie auch der Namibia-Beauftragte des VN-GS²³ abredegemäß verhalten und daß es die SWAPO sei, die ihre Friedenspflicht während des Übergangsprozesses verletzt habe.

Traoré äußert, er hoffe auf ein gelegentliches erneutes Zusammentreffen mit dem Bundeskanzler, um mit ihm die Erörterung von Fragen des südlichen Afrika zu vertiefen. Der *Bundeskanzler* stimmt dem zu.

Referat 321, Bd. 154372

98

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Derix

214-320.10 UNG

17. April 1989¹

Über Dg21², D2³ Herrn Staatssekretär⁴

Betr.: Zur Situation des ungarischen Reformkurses nach den jüngsten Personalveränderungen im Politbüro der USAP

Zweck der Vorlage: Zur Unterrichtung

I. 1) Die Sitzung des ZK der USAP am 11. April 1989 hat mit dem Ausscheiden des reformkritisch-konservativen Parteiideologen János Berecz, der gleichwohl ZK-Sekretär bleibt, und dreier weiterer, noch vom früheren Parteichef Kádár berufener Mitglieder aus dem Politbüro sowie der Berufung zweier als Reformanhänger geltender Mitglieder ins auf nunmehr neun Mitglieder verkleinerte USAP-Politbüro eine weitere Stärkung des Reformflügels in der Führung der Partei gebracht und möglicherweise eine Spaltung der Parteiführung in Verfechter und Gegner des Reformkurses verhindert. Die Personalveränderungen im Politbüro deuten auf tiefgreifende Spannungen in der Parteiführung hin.

Fortsetzung Fußnote von Seite 443

daß ins jetzige Kampfgebiet erfahrene s[üd]a[frikanische] Offiziere aus Südafrika eingeflogen wurden, um ihre Sachkenntnis bei Kämpfen zu nutzen. SWAPO-Kämpfer sind offensichtlich mit modernsten Waffen von angolanischem Gebiet aus eingesickt. Vermutungen werden geäußert, daß sie sich noch nicht beendeten Aufbau der UNTAG-Truppen zunutze machen wollten, um Basen im Ovambo-land aufzubauen.“ Über die Motive der SWAPO werde spekuliert. Diese habe sich möglicherweise nicht ausreichend auf den Wahlkampf vorbereitet gefühlt: „Einfall wurde daher mit Billigung der SWAPO-Spitze durchgeführt, um Implementierungsprozeß zu verlangsamen und Zeit zu gewinnen.“

Vgl. den Drahtbericht Nr. 43; Referat 320, Bd. 155889.

²³ Martti Ahtisaari.

¹ Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Derix und Legationsrat I. Klasse Annen konzipiert.

Hat Annen am 18. April 1989 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an Derix „z[ur] K[enntnisnahme]“ verfügte.

² Hat Ministerialdirigent Höynck am 17. April 1989 vorgelegen.

³ Hat Ministerialdirektor Kastrup am 17. April 1989 vorgelegen.

⁴ Hat Staatssekretär Sudhoff am 18. April 1989 vorgelegen.

2) Die vom ZK vollzogene Neuwahl des gesamten Politbüros durch das ZK entspricht den parteiinternen Spielregeln. Sie ist indes auch ein deutliches Zeichen für die seit der Wende im Mai 1988⁵ zu beobachtenden Gewichtsverschiebung zwischen Politbüro und ZK: Das Politbüro hat seine frühere dominante politische Führungsrolle als „Überregierung“ und Entscheidungszentrale inzwischen weitgehend eingebüßt. Mehr und mehr sieht sich das Politbüro auf den innerparteilichen Regelungskreis verwiesen, wenngleich ihm nach wie vor die einflußreichsten Mitglieder der Parteiführung angehören.

Reformentscheidungen von nationaler Tragweite fallen zunehmend im ZK. Dies entspricht dem Bemühen der Reformer um Transparenz und Öffentlichkeit ihrer politischen Tätigkeit. Die Reformentscheidungen in den letzten Wochen (Vereinigungs-, Parteiengesetz, Verfassungsreform, Verwaltungsgerichtsbarkeit, Streikgesetz) sind vom ZK vorbereitet oder getroffen worden. Im ZK haben die Reformer seit dem vergangenen Jahr eine deutliche Mehrheit.

II. Für den Fortgang des Reformkurses in Ungarn ergibt sich nach den jüngsten Personalveränderungen im Politbüro folgendes Bild:

1) Angesichts der derzeitigen personellen, organisatorischen und finanziellen Schwäche der im Aufbau begriffenen oppositionellen Parteien und Gruppierungen, denen es an überzeugenden personellen und programmatischen Alternativen weitgehend mangelt, liegt die Verantwortung für den Reformprozeß bei der USAP, die allein über die notwendigen Machtmittel zur Durchsetzung durchgreifender Veränderungen verfügt. Noch muß die USAP die Auseinandersetzung mit der Opposition nicht fürchten. Diese hat jedoch hervorragende Entwicklungsperspektiven. Ihr Wählerpotential im Falle demokratischer Wahlen übersteigt das der USAP bei weitem.

2) In der Führung der Partei herrscht Uneinigkeit über Methoden und Ziele des Reformkurses.

Unmittelbarer Reformdruck geht vorwiegend vom radikal-reformerischen, deutlich sozialdemokratisch orientierten Parteiflügel um Pozsgay und Nyers aus. Dieser argumentiert ideologiefern, will eine vollkommene politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Umgestaltung in Richtung auf pluralistische parlamentarische Demokratie und soziale Marktwirtschaft westlichen Zuschnitts und wäre notfalls sogar bereit, bis an die Grenze einer Spaltung der Partei zu gehen. Das Reformkonzept der Radikalreformer birgt innen- (Zerbrechen des gesellschaftlichen Konsenses) und außenpolitische Risiken.

3) Nach dem Ausscheiden des konservativen Parteiideologen Berecz aus dem engeren Führungskreis der Partei gerät Parteichef Grósz zunehmend in die Rolle des konservativen Mahners, der in immer deutlicherem Ton an die innen- und außenpolitischen Grenzen und Bedingtheiten des ungarischen Reformweges (Fortbestehen der sozialistischen Grundorientierung, Fortgelten des Machtanspruchs der USAP, Einbindung in WP und RGW) erinnert und um die Einheit der Partei bemüht ist. GS Gorbatschow hat Grósz bei dessen Moskau-Besuch im März d.J.⁶ unverblümt diese Grenzen vorgehalten.

⁵ Zu den personellen Veränderungen in der USAP im Mai 1988 vgl. Dok. 20, Anm. 2.

⁶ Der Generalsekretär des ZK der USAP, Grósz, hielt sich am 23./24. März 1989 in der UdSSR auf. Für die englische Übersetzung des ungarischen Protokolls über sein Gespräch mit dem Generalsekretär

III. Der Parteiführung verbleiben drängende Aufgaben für die nahe Zukunft:

1) Wahrung der Einheit und Stärkung der Schlagkraft der Partei

Die konsequente Reformpolitik der USAP-Führung seit Mai 1988 hat die Partei in eine tiefe Identitäts- und Vertrauenskrise gestürzt, deren Symptom ein rapider Mitgliederschwund ist (bislang ca. 1/8 des gesamten Mitgliederstandes). Unzufriedene Anhänger der Reform kehren der Partei ebenso den Rücken wie enttäuschte Altkommunisten, die jahrzehntelang vertretene hehre Ziele verraten glauben.

Die Abberufung des für Parteifragen zuständigen PB-Mitglieds Lukács ist eine Reaktion auf fortbestehende organisatorische Schwächen in den Gliederungen. Mit der Berufung lokaler Reformpolitiker in das Führungsgremium der Partei will diese ihre Verankerung im Lande stärken.

2) Behebung der Glaubwürdigkeitskrise in der Bevölkerung

In der Bevölkerung, die unter der Wirtschaftsmisere stärker denn je zu leiden hat, herrscht Reformverdrossenheit. Die USAP ist nach über 40 Jahren Alleinherrschaft weithin diskreditiert. Ihre wirtschaftspolitische Kompetenz wird angesichts der andauernden Krise gering veranschlagt.

Lediglich Imre Pozsgay, seit jeher mit den Zügen eines Volkstribunen aufwändig, ist einigermaßen populär. Ihm könnte es am ehesten gelingen, die Bevölkerung für die Reformlinie der Partei zu gewinnen.

In der Wirtschaft wird sich das Schicksal des Reformkurses mit entscheiden. Auf Dauer sind politische Reformgeschenke für die seit Jahren bis an die Leidensgrenze belastete Bevölkerung kein akzeptabler Ersatz für wirtschaftliche Besserung.

IV. Der innerparteiliche Konflikt zwischen gemäßigten Reformern um Grósz und dem radikaleren Flügel um Pozsgay scheint vorprogrammiert. Fürs erste hat Grósz mit den jüngsten Personalentscheidungen, die ihn als GS bestätigten, Zeit gewonnen. Sollte die Krise der Partei jedoch anhalten und fühlbare Erfolge in der Wirtschaftspolitik auf längere Sicht ausbleiben, ist seine Position gefährdet. Der ambitionierte Imre Pozsgay könnte sein Nachfolger sein.⁷

Derix

Referat 214, Bd. 139936

Fortsetzung Fußnote von Seite 445

tär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vgl. <http://digitalarchive.wilsoncenter.org/document/116225>
bzw. MASTERPIECES OF HISTORY, Dok. 52.

⁷ An dieser Stelle vermerkte Staatssekretär Sudhoff handschriftlich: „Und dann?“

99

Botschafter Dufner, Bern, an das Auswärtige Amt**Fernschreiben Nr. 233****Citissime****Aufgabe: 17. April 1989, 09.25 Uhr¹****Ankunft: 17. April 1989, 11.12 Uhr**

Betr.: Offizieller Besuch des Bundeskanzlers Dr. Helmut Kohl in der Schweiz
(13./14.4.1989)

Zur Unterrichtung

1) BK Helmut Kohl hielt sich vom 13.–14.4.1989 auf Einladung von Bundespräsident Jean-Pascal Delamuraz als erster deutscher Regierungschef zu einem offiziellen Besuch in der Schweiz auf. Er wurde von Frau Kohl, ferner von Staatsminister Dr. Lutz Stavenhagen, StS Friedhelm Ost und einer Delegation hochrangiger Vertreter des Auswärtigen Amts und des Bundeskanzleramts begleitet. Das Besuchsprограмm sah Arbeitsgespräche mit der Schweizer Regierung am Ankunftsstag und ein Bankett, gegeben von Bundespräsident Delamuraz, ferner ebenfalls in Bern am 14.4. eine Sitzung der beiden Delegationen, ein Gespräch mit Spitzenvertretern der Wirtschaft und eine Pressekonferenz vor. Anschließend lud Gastgeber Delamuraz die deutsche Delegation zu einer Fahrt im Sonderzug in den Kanton Wallis ein (Besuch des Grabes von Rainer Maria Rilke und Begegnung mit Gemeindebehörden in Schloß Sitten, Abendessen gegeben von Bundespräsident Delamuraz). Der Bundeskanzler flog am späten Abend des 14.4. von Genf zurück.

2) Unmittelbar nach Ankunft traf BK zu zweistündigem Arbeitsgespräch mit Bundespräsident Delamuraz, Vizepräsident Bundesrat Arnold Koller (Leiter des Eidgen. Justiz- und Polizeidepartements), und Bundesrat René Felber (Leiter des Eidgen. Departements für ausw. Angelegenheiten) zusammen. Weitere Teilnehmer von deutscher Seite: StM Stavenhagen, StS Ost, Botschafter Dufner, MDg Neuer, VLR I Bitterlich.

Delamuraz dankte BK für seinen Einsatz als Brückenbauer in Europa, besonders auch gegenüber Osteuropa. Im Zentrum der Gespräche stehe, da bilaterale Beziehungen ohnehin freundschaftlich und unproblematisch, die Europapolitik. Vollmitgliedschaft der Schweiz in EG sei derzeit nicht möglich, jedoch wolle Schweiz ihren Beitrag zu Zusammenarbeit leisten: GATT-Uruguay-Runde², Namibia-Hilfscorps³, bisher 132 Abkommen mit EG, Intensivierung der EG-EFTA-Annäherung, Schweiz wolle „kein Schloß in Europa“ sein, sondern trete pragmatische Annäherung i.S. von Geben und Nehmen, aber auch Stärkung des Bilateralismus, an. Positive Haltung Bundesregierung gegenüber Schweizer Position werde sehr dankbar begrüßt. Derzeitige GATT-Runde zeige Kompatibilität der Stärkung Europas gegenüber USA und der Welt.

¹ Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Nestroy am 17. April 1989 vorgelegen.

² Zur „Uruguay-Runde“ des GATT vgl. Dok. 103.

³ Zur UNTAG vgl. Dok. 47, Ann. 14.

Botschafter Bräutigam, New York (VN), berichtete am 24. Februar 1989, die Schweiz stelle ziviles Personal für die UNTAG-Logistik, nämlich eine medizinische Einheit von 155 Mann. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 318; Referat 320, Bd. 155907.

BK legte ausführlich dar, EG sei nicht das ganze Europa. Kulturelle Dimension sei wesentliches Element der Einheit Europas. Er bestärke die Schweizer Haltung, sowohl im Rahmen der EFTA-Arbeit fortzufahren als auch bilaterale Kooperation zu stärken. Neue Weltwirtschaftszentren Nordamerika, Japan, Europa verlangten beschleunigte Integration Europas, insbesondere auch im Hinblick auf rasch wachsende pazifische Wirtschaftskraft. Datum für Binnenmarkt werde eingehalten, Römer Verträge⁴ gingen jedoch über gemeinsamen Binnenmarkt hinaus. Seit Churchills programmatischer Rede in Zürich⁵ habe Europa ein ungeheures Stück Weges zurückgelegt. Europ. Parlament sei bester Beweis hierfür.

3) Bei Gespräch beider Delegationen am 14.4.89, das auf Weisung von Bundespräsident Delamuraz im Spiegelsaal des ehemaligen Hotels Bernerhof stattfand, in dem beim Staatsbesuch 1912 der Deutsche Kaiser begrüßt worden war⁶, nahmen auf Schweizer Seite u.a. teil: Bundesrat Otto Stich (Leiter des Eidgen. Finanzdepartements), Bundesrat René Felber, Bundesrat Adolf Ogi (Leiter des Eidgen. Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartements), StS Prof. Blankart (Leiter des Bundesamtes für Außenwirtschaft).

Ogi wies auf die durch Topographie seines Landes erschwerte Transitrolle im zusammenwachsenden Europa hin. Fernverkehr müsse nach Vorstellung der Schweizer Regierung auf die Schiene, die Feinverteilung auf den Straßenverkehr verlegt werden. Ein „neues Eisenbahn-Zeitalter“ und ein europ. Verkehrskonzept seien herbeizuführen. Schweiz sei zu großen finanziellen Beiträgen bereit, welchem der in Prüfung befindlichen Alpentransversal-Projekte auch immer die Schweizer Regierung und Legislative im Herbst ds. Jahres zustimmen werde.⁷ BK machte sich die Schweizer Position der Stärkung des Schienenverkehrs zu eigen, StM Stavenhagen deutete Bevorzugung des Gotthard-Projektes aus Gründen des projektierten Ausbaus der Oberrhein-Bahnstrecke an.

Stich erklärte zu Währungsfragen, Zusammenarbeit mit EG-Währungsverbund habe sich gut entwickelt. Weltwährungsprobleme wie Verschuldung, Zinssteigerungen, Inflationstendenzen, Kapitalflucht, aber auch Hilfe an osteurop. Staaten zur Kräftigung von Demokratiebewußtsein und Produktivität verlangten dringend nach Lösungen. BK wies auf Notwendigkeit eines Junktums von Kredithilfe und Umweltschutz (Brasilien⁸), ferner auf Bereitschaft der Bundesregierung hin,

⁴ Für den Wortlaut der Römischen Verträge vom 25. März 1957 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1957, Teil II, S. 756–1223.

⁵ Am 19. September 1946 regte der Vorsitzende der britischen Konservativen Partei, Churchill, in der Universität Zürich die Schaffung „einer Art Vereinigte Staaten von Europa“ an. Für den Wortlaut der Rede vgl. THE COLLECTED WORKS OF SIR WINSTON CHURCHILL. Centenary Limited Edition, Bd. XXVIII: Post-War Speeches, Bd. 1, Teil 1: The Sinews of Peace, [London] 1975, S. 165 f.

⁶ Kaiser Wilhelm II. besuchte die Schweiz vom 3. bis 6. September 1912.

⁷ In der Presse wurde dazu berichtet: „Die Schweiz will die zwei neuen Bahntunnel in den Alpen, die bis zum Jahre 2010 fertiggestellt sein sollen, unter dem Gotthard und am Lötschberg bauen. [...] Damit hat die Bundesregierung einen Plan verworfen, statt eines fünfzig Kilometer langen Bahntunnels unter dem Gotthard eine weiter östlich gelegene Linienführung vorzusehen, die einen direkten Anschluß an das Rheintal gehabt hätte. Bei dem Beschuß über die ‚Neue Eisenbahn-Alpentransversale‘ Anfang Mai war diese Variante noch offengelassen worden. Der Gotthard-Basisstunnel, so hieß es jetzt, habe den Vorzug erhalten, weil er billiger sei und weniger technische Schwierigkeiten bereite.“ Vgl. den Artikel „Bern will Bahntunnel durch den Gotthard bauen“, FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 7. Juli 1989, S. 3.

⁸ Zur Haltung der Bundesregierung zu einem Kredit der Weltbank für Brasilien vgl. Dok. 32, Anm. 28.

Öffnungsexperimente in Ungarn und Polen mit Signalwirkung auf ČSSR und DDR zu unterstützen. Felber regte in diesem Zusammenhang Unterstützung des osteurop. Demokratisierungsprozesses durch konzentrierte Hilfsaktion im Rahmen Europarates durch OECD oder Weltbank an („Marshallplan für Polen“). BK pflichtete bei, die Stunde sei gekommen, jetzt im Europarat entsprechende Hilfsaktionen zu diskutieren.

4) Wertung

Arbeitsgespräche konzentrierten sich im wesentlichen auf das von Schweizer Seite zum Ziel gesetzte Thema der Zusammenarbeit in Europa. Schweizer Erwartungen auf Zusicherung weiterer deutscher Unterstützung pragmatischer Annäherung der Schweiz an die EG sind von BK voll erfüllt worden. Schweizer Regierung, Bevölkerung und Medien sahen in diesem „historischen Besuch“ (Delamuraz) außerordentliche Bedeutung und Ausdruck der Freundschaft zwischen beiden Ländern. Der Besuch verlief in Atmosphäre besonderer Herzlichkeit. Demonstration von ca. 30 RAF-Sympathisanten vor dem Bundesparlament wurde von Schweizer Polizei schnell zerstreut. Hiesige Medien haben Demonstration nur am Rande gestreift und über den Besuch ausführlich und sehr positiv berichtet. Daß bislang nie ein deutscher Regierungschef dem südlichen Nachbarland einen offiziellen Besuch abgestattet hatte, wurde von beiden Delegationen als Kuriosum vermerkt.

[gez.] Dufner

Referat 203 (202), Bd. 140595

100

Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem sowjetischen Ministerpräsidenten Ryschkow in Luxemburg

18. April 1989¹

MP *Ryschkow* begrüßt den Bundeskanzler² und bestellt herzliche Grüße von Generalsekretär Gorbatschow.

¹ Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirigent Neuer, Bundeskanzleramt, am 19. April 1989 gefertigt.

Hat Bundeskanzler Kohl vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Teltschik erl[edigen].“

Hat Ministerialdirektor Teltschik, Bundeskanzleramt, am 9. Mai 1989 vorgelegen.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Kaestner, Bundeskanzleramt, am 10. Mai 1989 an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Bächmann „zur Unterrichtung des Herrn Staatssekretärs“ übermittelt.

Hat Bächmann am 11. Mai 1989 vorgelegen.

Hat Ministerialdirektor Kastrup am 12. Mai 1989 vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Neubert am 17. Mai 1989 vorgelegen. Vgl. das Begleitschreiben; Referat 213, Bd. 147129.

² Bundeskanzler Kohl hieß sich anlässlich der Feierlichkeiten zum 150. Jahrestag der Unabhängigkeit am 18. April 1989 in Luxemburg auf.

Der *Bundeskanzler* bedankt sich und erwidert die Grüße. Er berichtet anschließend über die Regierungsumbildung.³ Leider müsse er nach dem Gespräch wieder zurück nach Bonn, um weitere verfassungsmäßige Vorbereitungen zu treffen. Er habe mit Befriedigung vernommen, daß die Vorbereitungen für den offiziellen Besuch des Generalsekretärs in der Bundesrepublik Deutschland⁴ gut vorankommen. Der Bundeskanzler bittet MP Ryschkow, GS Gorbatschow zu übermitteln, daß alles so bleiben solle, wie es besprochen worden sei. Beide Seiten hätten am Erfolg des Besuches großes Interesse. Auf allen besprochenen Gebieten solle weitergearbeitet werden. Hierzu gehöre nicht zuletzt der Bereich der Wirtschaft. Er habe den interessanten Bericht der ersten Gruppe von Wirtschaftsmanagern, die in der Sowjetunion gewesen seien, gesehen. Der Bundeskanzler erkundigt sich nach Reaktionen in der Sowjetunion.

MP *Ryschkow* teilt mit, die Gruppe sei mit Silajew zusammengetroffen. Der Eindruck sei gut gewesen. Die sowjetische Seite sei der Meinung, daß die Vereinbarung vom Herbst über die Durchführung der Bildung und Weiterbildung von Wirtschaftskadern⁵ von großer Bedeutung sei.

Der *Bundeskanzler* unterstreicht, daß zwei Aspekte von Wichtigkeit seien, nämlich der gerade von MP Ryschkow erwähnte sowie das Haus der Wirtschaft⁶.

³ Am 13. April 1989 gab Bundeskanzler Kohl vor der Bundespressekonferenz eine Erklärung zur Umbildung des Kabinetts ab. U.a. werde der CSU-Vorsitzende Waigel das Amt des Bundesministers der Finanzen übernehmen. Der bisherige Amtsinhaber Stoltenberg werde neuer Bundesminister der Verteidigung. Das Amt des Bundesministers des Innern übernehme der bisherige Chef des Bundeskanzleramts, Bundesminister Schäuble, dem der Parlamentarische Geschäftsführer der CDU/CSU-Fraktion, Seiters, folge. Bundesminister Zimmermann wechsle vom Innen- in das Verkehrsministerium. Bundesminister Klein werde neuer Leiter des Presse- und Informationsamts. Zudem kündigte Kohl eine Reihe von Veränderungen bei den Parlamentarischen Staatssekretären an. Vgl. dazu BULLETIN 1989, S. 297 f.

Bundespräsident Freiherr von Weizsäcker entließ die alten und ernannte die neuen Bundesminister am 21. April 1989. Vgl. dazu BULLETIN 1989, S. 309 f.

⁴ Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, und der sowjetische Außenminister Schewardnadse besuchten die Bundesrepublik vom 12. bis 15. Juni 1989. Vgl. dazu Dok. 178, Dok. 179 und Dok. 182.

⁵ Korrigiert aus: „Wissenschaftskadern“.

Beim Besuch von Bundeskanzler Kohl und Bundesminister Genscher vom 24. bis 27. Oktober 1988 in der UdSSR wurden „Projekte zur Aus- und Weiterbildung sowjetischer Fach- und Führungskräfte der Wirtschaft in folgenden Bereichen vereinbart: Aus- und Weiterbildung von sowjetischen Führungskräften (Managern) durch Industrie-Stagen und Weiterbildungsseminare in der Bundesrepublik Deutschland. Aus- und Weiterbildung von Fachkräften (Meister, Facharbeiter). Durchführbarkeitsstudie für das Projekt eines Maschinenparks in der Sowjetunion und damit verbundene Ausbildungsmöglichkeiten. Zusammenarbeit bei Berufsbildungsforschung (Erstellung von Lehrmitteln, Austausch von Ausbildern und Berufsbildungsforschern).“ Vgl. die „abgestimmten Besuchsergebnisse“, BULLETIN 1988, S. 1275. Zum Besuch vgl. AAPD 1988, II, Dok. 300, Dok. 301, Dok. 303, Dok. 304 und Dok. 309.

⁶ Vortragender Legationsrat I. Klasse Gerhardt vermerkte am 20. Oktober 1988, das Bundesministerium für Wirtschaft habe den Entwurf eines „Memorandum of Understanding“ über die Errichtung und den Betrieb eines „Zentrums für Industrie, Handel und Kulturaustausch zwischen der UdSSR und der Bundesrepublik Deutschland“ zugeleitet. Es handele sich um ein „Joint-venture mit 51% sowjetischer und 49% deutscher Beteiligung (Projektkosten 500 Mio. DM)“. Mit dem Memorandum „zwischen der Deutschen Bank und dem Maschinenbaubüro der UdSSR sind die Planungen für das sogenannte „Haus der Deutschen Wirtschaft“ in ein konkretes Stadium getreten. Mit der Deutschen Bank als Konsortialführer kann man von einer soliden Finanzierungsbasis ausgehen.“ Eine Fertigstellung sei 1991 möglich, nach Angaben der Deutschen Bank 1993. Vgl. Referat 213, Bd. 143594.

Beim Besuch des Bundeskanzlers Kohl vom 24. bis 27. Oktober 1988 in der UdSSR „wurde die Idee der Einrichtung von Industrie- und Handelszentren in der Bundesrepublik Deutschland und in der

Besonders für den Mittelstand habe das Haus der Wirtschaft eine große Bedeutung.

MP *Ryschkow* stimmt zu und bemerkt, der Beschuß, ein Haus der Wirtschaft zu gründen, sei eine sehr gute Sache. Die Arbeit gehe auch gut voran. Ein Platz sei schon gefunden. Es sei auch gut, daß der Chef der Deutschen Bank⁷ die Leitung habe. Er hoffe, daß auch bald ein Ort für das Haus der sowjetischen Wirtschaft in Deutschland gefunden werde. Für das Haus des Maschinenbaus sei der sowjetische Vorschlag Leningrad. MP Späth habe sich daran interessiert gezeigt, ein solches Haus für den sowjetischen Maschinenbau in Stuttgart einzurichten.

Der *Bundeskanzler* wirft ein, Stuttgart sei als Ort diskutiert worden; er halte diese Ortswahl für vernünftig.

MP *Ryschkow* fährt fort, er habe mit BM Haussmann eingehend über den Besuch des Generalsekretärs in der Bundesrepublik Deutschland gesprochen.⁸ Silajew habe berichtet, daß ein Teil der Dokumente, die beim Besuch unterzeichnet werden sollen, schon paraphiert sei. Die sowjetische Seite sei der Auffassung, daß der Besuch durch die Lösung konkreter Fragen bereichert werde. Es sei auch eine Bilanz der Gemeinschaftsunternehmen gezogen worden. Von 300 Unternehmen, die die Sowjetunion mit ausländischen Partnern betreibe, entfielen 55 auf die Bundesrepublik Deutschland. Der Besuch des Bundeskanzlers in der Sowjetunion habe einen starken Impuls für die Entwicklung der Beziehungen gegeben. Jetzt müsse man die Beteiligung der mittleren und kleineren Betriebe ausweiten. Diese könnten flexibler und pragmatischer reagieren als die Großbetriebe.

Der *Bundeskanzler* stimmt zu. Eine stärkere Beteiligung dieser genannten Betriebe würde sich günstig für die Sowjetunion auswirken. Die mittleren und kleineren Betriebe zeigten oft mehr Dynamik und Flexibilität als Großbetriebe.

MP *Ryschkow* vergleicht die großen Firmen mit einem Gebäude aus großen Steinquadern. Sie könnten nicht die Fugen füllen.

Der *Bundeskanzler* erkundigt sich nach dem Verlauf der Reformen. Er beobachte die Entwicklung mit größtem Interesse und viel Sympathie.

MP *Ryschkow* bemerkt, der Bundeskanzler wisse ja, daß die Reformen auf breitem Weg vorangingen. Begonnen habe man 1985 mit den Wirtschaftsreformen,

Fortsetzung Fußnote von Seite 450

UdSSR mit Befriedigung aufgenommen“. Vgl. die „abgestimmten Besuchsergebnisse“, BULLETIN 1988, S. 1275.

Am 3. Januar 1989 teilte Gerhardt der Botschaft in Moskau mit, die Deutsche Bank und das sowjetische Büro für Maschinenbau hätten am 21. Dezember 1988 ein „Memorandum über gegenseitiges Einverständnis“ unterzeichnet. Vgl. dazu Referat 213, Bd. 147191.

⁷ Alfred Herrhausen.

⁸ Bundesminister Haussmann besuchte die UdSSR vom 2. bis 4. März 1989. Botschafter Meyer-Landrut, Moskau, berichtete am 4. März 1989 über das Gespräch mit dem sowjetischen Ministerpräsidenten: „Ryschkow begrüßte zu Beginn des eineinhalbstündigen Gesprächs neuen Wirtschaftsminister außergewöhnlich freundlich. [...] Wirtsch[aftliche] Beziehungen zu D unterschieden sich bemerkenswert von denen zu anderen westlichen Ländern. Auch in Zeiten politisch „nicht wolkenfreier“ bilateraler Beziehungen hätten sich beide Seiten stets an ihre Verpflichtungen im Wirtschaftsbereich gehalten und sie nie mißbraucht. [...] SU wolle Beziehungen zur EG ausbauen. Im Zeitalter sich rasant entwickelnder neuer Technologien würde sich jedes Land selbst zum langsamsten Absterben verurteilen, welches sich in einem engen nationalen Rahmen wirtschaftlich abzukoppeln trachtete.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 860; Referat 213, Bd. 147145.

habe jedoch nach einiger Zeit gesehen, daß eine Wirtschaftsreform ohne politische Reformen keinen Erfolg haben könne. Deshalb sei man auch zu politischen Reformen übergegangen. Nach ihrer Eigenart könnten solche Reformen schneller vorangehen. Die Wahlen⁹ seien ein gewaltiger Schritt auf dem Weg der Demokratisierung. Das politische Selbstbewußtsein der Menschen sei stark gestiegen. Dies sei ein positiver Schritt, der von der sowjetischen Führung hoch eingeschätzt werde. Es sei ein erster Schritt; es gebe Gebiete, wo man noch weiter vorangehen könne. Im großen und ganzen sei die Entwicklung positiv. Es müßten auch Lehren aus ihr gezogen werden. Insbesondere müßten dies solche Funktionäre tun, die ein Mißtrauensvotum erhalten hätten. Sie müßten sich nach einer anderen Aufgabe umsehen. Im Wirtschaftsbereich müsse noch viel getan werden. Das Beharrungsvermögen sei sehr groß. Der wichtigste Punkt sei die Durchführung der Umstrukturierung. Dies könne nicht über Nacht geschehen. So brauche die Umstellung der Industrie, die bisher nur militärische Güter produziert habe, auf zivile Produktion zwei bis drei Jahre. Schwierig sei es auch, eine Änderung der Denkweise zu erreichen.

Der *Bundeskanzler* erkundigt sich nach den Fortschritten im Bereich der Landwirtschaft. Er habe den Eindruck, dies sei schwieriger als in den übrigen Wirtschaftsbereichen.

MP *Ryschkow* bestätigt, daß dieser Eindruck richtig sei. Die Industrie nehme insgesamt gesehen eine dynamischere Entwicklung.

Der *Bundeskanzler* äußert seine Überraschung. Er habe eher erwartet, daß dies umgekehrt sei.

MP *Ryschkow* stimmt zu. Er habe dies auch erwartet. Man arbeite inzwischen intensiv an der Verbesserung der Lage in der Landwirtschaft. Das März-Plenum¹⁰ habe entsprechende Beschlüsse gefaßt. So gebe es jetzt z.B. innerhalb einer Kolchose Pachtbeziehungen. Große Investitionen würden für die Produktion landwirtschaftlicher Geräte getätigt. Dies sei deshalb besonders wichtig, weil ca. 30% der Ernte als Verlust abgeschrieben werden müssen. Auf die Frage des *Bundeskanzlers*, wie groß das Pachtland sein könne, erwiderte MP *Ryschkow*, dies sei nicht festgelegt. Festgelegt sei nur, daß die Pachtdauer sich bis auf 50 Jahre belaufen könne. Das Minimum der Pachtdauer belaufe sich auf fünf Jahre. Die Bauern rissen sich nicht um das Land. Die Menschen auf dem Land seien an einen gemäßigten Lebensstandard gewöhnt. Sie sagten, 200 Rubel reichten ihnen aus zum Leben. Die Bauern müßten erst wieder daran gewöhnt werden, selbst Land zu haben. Man habe ihnen dies zu lange abgewöhnt. Viel Arbeit stehe auf diesem Sektor bevor. Es werde nicht nur ein Jahr, sondern viele Jahre dauern, bis man hier Erfolg haben könne.

Der *Bundeskanzler* bemerkt, es werde sehr wichtig sein, ein Umdenken bei den Bauern zu erreichen.

MP *Ryschkow* fährt fort, die Bauern gehörten zu der „beharrenden“ Schicht der Gesellschaft. Wenn sie sich aber erst umgestellt hätten, würden sie sicherlich mehr an ihrer Arbeit und ihrem Land hängen als die Arbeiter an ihren Betrieben.

⁹ Am 26. März 1989 fanden in der UdSSR Wahlen zum Kongreß der Volksdeputierten statt. Vgl. dazu Dok. 78.

¹⁰ Am 15./16. März 1989 fand in Moskau ein Plenum des ZK der KPdSU zu Fragen der Landwirtschaft statt.

Auf Frage des Bundeskanzlers führt MP Ryschkow weiter aus, daß das Entwicklungs niveau der Landwirtschaft in verschiedenen Regionen der Sowjetunion in der Tat sehr unterschiedlich sei. Der Süden sei hier am weitesten entwickelt, die Infrastruktur am besten. Der europäische Teil des Landes sei vernachlässigt worden. Dies gelte insbesondere für die Nicht-Schwarzerde-Gebiete. Die Ernteerträge seien niedriger, die Infrastruktur schlecht. Jetzt würden große Investitionen getätigt. So werde man allein für den Straßenbau in diesen Regionen bis 1995 etwa 35 Milliarden Rubel ausgeben.

Der *Bundeskanzler* erkundigt sich danach, ob die Politik der Gewinnung von Neuland fortgesetzt werde.

MP *Ryschkow* verneint dies. Praktisch sei dies nicht mehr der Fall. Es werde nur das in Ordnung gebracht bzw. gehalten, was an Neuland schon erschlossen sei. Das vorhandene Land reiche bei richtiger Nutzung voll für die Versorgung der Bevölkerung aus. Je schneller die Landwirtschaftsprobleme gelöst werden könnten, desto eher schwänden die Probleme der Bevölkerung. Früher seien die Wohnungsfrage und die Versorgung mit Konsumgütern im Vordergrund gestanden. Das habe sich heute geändert. Es gebe zwar immer noch ein Wohnungsproblem und auch Probleme im Konsumgütersektor. Aber einen neuen Fernseher oder eine neue Waschmaschine brauche man vielleicht alle fünf Jahre; ernähren müsse man sich jeden Tag. Deshalb stehe die Landwirtschaft im Vordergrund. Es gebe insbesondere nicht genügend Fleisch- und Milchprodukte. Das Futtergetreide fehle. Ein schwieriges Problem sei, daß die Preise nicht den Kosten entsprechen. Es gebe große staatliche Subventionen. Man habe die Absicht gehabt, eine Preisreform durchzuführen. Diese müsse jedoch verschoben werden. Die Disproportionalitäten auf dem Markt seien zu groß. Es sei unmöglich, jetzt so etwas zu machen; es könnte zu sozialen Explosionen führen. Die Wirtschaft sei noch nicht imstande, ohne Subventionen die Kosten zu tragen.

Der *Bundeskanzler* erkundigt sich danach, ob in den Erdbebengebieten die Probleme jetzt geringer geworden seien.

MP *Ryschkow* bejaht dies. Er bedankt sich herzlich für die Hilfe, die die Bundesrepublik Deutschland geleistet habe.¹¹ Er habe eine Gruppe deutscher Spezialisten auf dem Weg ins Erdbebengebiet getroffen. Sie hätten viel geholfen. Er wolle sich nochmals für die moralische und materielle Hilfe der Bundesrepublik Deutschland und die Entsendung der Spezialisten bedanken. Er wolle auch die Hilfe durch die Lieferung von Zuchtvieh besonders erwähnen. Die deutschen Firmen und Privatpersonen hätten etwa 120 Millionen DM gesammelt. Für dieses Geld sollten Prothesenteile geliefert werden, die dann in der Sowjetunion zusammengesetzt würden. Über diese Frage habe er mit Botschafter Meyer-Landrut gesprochen. Auch für die Hilfe mit einer (?) künstlichen Niere wolle er sich bedanken. Dadurch seien wesentlich weniger Tote zu beklagen gewesen, als normalerweise bei durch Verschüttungen Verletzten zu beklagen seien. Jetzt werde wieder aufgebaut in Armenien. Er sei im Januar zweimal dort gewesen. Der Aufbau werde zehn bis zwölf 12 Milliarden Rubel kosten.

Der *Bundeskanzler* weist darauf hin, daß er persönlich das deutsche Engagement stark unterstützt habe. Dies habe er um der Menschen willen getan, und er

¹¹ Zum Erdbeben am 7. Dezember 1988 in Armenien und zu den Hilfeleistungen der Bundesrepublik vgl. Dok. 3, Anm. 6.

halte diese Unterstützung auch psychologisch für sehr wichtig. Er habe Berichte darüber gelesen, wie die armenische Bevölkerung reagiert habe. Er sei von der großen Dankbarkeit und Herzlichkeit beeindruckt gewesen. Dies schaffe wichtige Bindungen zwischen den Völkern.

MP *Ryschkow* bestätigt, daß es eine so starke Zusammenarbeit bei den Bemühungen, den Opfern zu helfen, noch nie gegeben habe.

Der *Bundeskanzler* bemerkt, dies sei seine Absicht gewesen. Es sei eine kleine positive Nebenwirkung bei dem schrecklichen Unglück.

Der Bundeskanzler verabschiedet sich. MP *Ryschkow* dankt dem Bundeskanzler für sein Kommen.

Das Gespräch endet nach 45 Minuten Dauer.

Referat 213, Bd. 147129

101

Bundesminister Genscher an Bundeskanzler Kohl

VS-NfD

18. April 1989¹

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler,
die unkontrollierte Beteiligung von deutschen Firmen und deutschen Staatsangehörigen bei der Entwicklung und Herstellung von Raketen in Ländern des Nahen Ostens² und in Argentinien³ erfüllt mich zunehmend mit Sorge.

Bei einigen Ländern im Nahen Osten wissen wir, daß sie bereits über C-Waffen verfügen bzw. an deren Entwicklung und Herstellung – z. T. mit deutscher Hilfe – arbeiten. Es ist zu befürchten, daß diese Länder versucht sein könnten, C-Waffen und möglicherweise auch B-Waffen mit Hilfe dieser Raketen in ihr Ziel zu befördern.

Im Falle Argentiniens ist die Beteiligung von Deutschen an der Entwicklung und Herstellung einer nuklearfähigen Rakete deshalb besonders problematisch, weil Argentinien dem NV-Vertrag⁴ nicht beigetreten ist und sich damit die Option, im Nuklearbereich militärische Programme zu entwickeln, offen gehalten hat.

Ich bin der Auffassung, daß es in der Logik der von der Bundesregierung beschlossenen gesetzgeberischen Maßnahmen zur Verhinderung der Beteiligung von Deutschen bei Entwicklung und Herstellung von ABC-Waffen liegt, auch eine Beteiligung von Deutschen bei der Entwicklung und Herstellung von Raketen, die solche Waffen befördern können, zu verhindern.

¹ Ablichtung.

² Zur Beteiligung deutscher Staatsangehöriger und von Unternehmen aus der Bundesrepublik an der Entwicklung und Herstellung von Raketen im Irak vgl. Dok. 82.

³ Zum argentinischen „Condor“-Projekt vgl. Dok. 82, Anm. 9.

⁴ Für den Wortlaut des Nichtverbreitungsvertrags vom 1. Juli 1968 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1974, Teil II, S. 786–793. Vgl. dazu auch AAPD 1974, I, Dok. 143.

Ich halte deshalb für dringend geboten, bisherige Vorstellungen zu dieser Thematik kritisch zu überprüfen und insbesondere eine Genehmigungspflicht für Dienstleistungen von deutschen Staatsangehörigen im Ausland, die im Zusammenhang mit der Entwicklung, Herstellung oder dem Gebrauch von Waren der Liste A der Ausfuhrliste⁵ stehen, einzuführen. Als Rechtsgrundlage hierfür käme eine Rechtsverordnung der Bundesregierung gemäß § 7 AWG⁶ in Betracht. Dienstleistungen in OECD-Ländern könnten von einer solchen Genehmigungspflicht ausgenommen werden. Da häufig solche Dienstleistungen in Verbindung mit genehmigungspflichtigen Warenlieferungen stehen dürften, dürfte sich der zusätzliche Verwaltungsaufwand in Grenzen halten.

Falls nach Einführung einer Genehmigungspflicht solche Dienstleistungen ungenehmigt erbracht werden, sollten alle Möglichkeiten einer Paßversagung oder Paßentziehung nach geltendem Recht ausgeschöpft werden. §§ 7 und 8 Paßgesetz⁷ gäben dafür Möglichkeiten.

Ich halte es ferner für erforderlich, das Verhalten der Fa. MBB auch seitens der Bundesregierung kritisch zu durchleuchten. Nicht nur sind ehemalige Mitarbeiter dieser Firma immer noch an der Entwicklung und Herstellung von Raketen in Ländern des Nahen Ostens und in Argentinien beteiligt. Die „Abwicklung“ der offiziellen Mitarbeit der Firma an dem „Condor“-Projekt in Argentinien hat, wie wir heute wissen, viel länger gedauert, als bisher auf Grund von Angaben der Firma anzunehmen war. Die Bundesregierung hat in dieser Angelegenheit nicht nur die Pflicht, die deutschen Interessen einschließlich des guten Rufs der deutschen Wirtschaft durch entsprechendes Vorgehen wahren zu helfen. Sie muß auch den sich abzeichnenden wachsenden negativen internationalen Reaktionen gegen diese oben genannten Aktivitäten rechtzeitig und überzeugend begegnen.

Ich habe Abschriften dieses Briefes an den Bundesminister der Finanzen, den Bundesminister für Wirtschaft und Bundesminister der Justiz übermittelt.⁸

Mit freundlichen Grüßen
Ihr Hans-Dietrich Genscher

Referat 010, Bd. 257750

⁵ Für den Wortlaut von Teil I, Abschnitt A (Liste für Waffen, Munition und Rüstungsmaterial) der Ausfuhrliste – Anlage AL zur Außenwirtschaftsverordnung – in der Fassung vom 6. November 1984 vgl. BUNDESANZEIGER, Nr. 213a vom 10. November 1984, Beilage Nr. 55 a, S. 5–9.

Vgl. ferner die 61. Verordnung zur Änderung der Ausfuhrliste vom 23. Dezember 1988; BUNDESANZEIGER vom 21. Januar 1989, Beilage Nr. 15 a, S. 3 f.

⁶ Für den Wortlaut von § 7 des Außenwirtschaftsgesetzes vom 28. April 1961 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1961, Teil I, S. 484.

⁷ Für den Wortlaut von § 7 und § 8 des Paßgesetzes vom 19. April 1986 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1986, Teil I, S. 539.

⁸ Für die Schreiben des Bundesministers Genscher vom 18. April 1989 an die Bundesminister Engelhard, Haussmann und Stoltenberg vgl. Referat 010, Bd. 257750.

Bundeskanzler Kohl antwortete Genscher am 10. Mai 1989: „Ich teile Ihre Besorgnis und habe [...] den federführenden Bundesminister für Wirtschaft gebeten, geeignete Vorschläge durch sein Haus erarbeiten zu lassen und sie im Ressortkreis abzustimmen. Angesichts der Dringlichkeit der Frage habe ich ihn gebeten, dem Kabinett bis Ende Mai d. J. über den Fortgang dieser Arbeiten einen ersten Bericht zu erstatten.“ Vgl. das Schreiben; Referat 424, Bd. 162342.

102

Aufzeichnung des Legationsrats I. Klasse Schanze18. April 1989¹

Betr.: Gespräch einer Herero-Delegation bei RL 320² am 11.4.1989 unter Leitung von D. H. Zeze, Vorsitzender des Herero-Kulturrats der ethnischen Administration der Hereros

Aus dem Gespräch, das auf Wunsch der Gäste stattfand, wird folgendes festgehalten:

- 1) Die Delegation kam in Begleitung eines Namibia-Deutschen namens Gauerke, der sich intensiv in das Gespräch einschaltete.
- 2) Folgende Themen wurden erörtert:

(1) Die Delegation erneuerte die von Vertretern der Hereros in der Vergangenheit bereits mehrfach erhobene Forderung, den seit dem Kolonialkrieg 1904 bis 1907 in Botsuana lebenden Hereros die Rückkehr nach Namibia zu ermöglichen. Ihre Zahl wurde auf ca. 40 000 beziffert. Die Regierung Botsuanas habe hiergegen angeblich keine Bedenken. Für die Rücksiedlung seien Land, Wasser, Infrastruktur und insbesondere finanzielle Mittel erforderlich. Bei der Finanzierung erhoffe man sich einen namhaften Beitrag von der Bundesrepublik Deutschland. Darüber hinaus müßten rechtliche Barrieren überwunden werden, die es bisher verhindert haben, daß die nomadisierenden Hereros ihre Viehherden über die Grenze nach Namibia treiben konnten.

Die Hereros bemühten sich bereits seit vier Jahren um die Rückführung ihrer Stammesangehörigen nach Namibia. Dies habe nichts mit den Wahlen zur Verfassunggebenden Versammlung³ zu tun, es handele sich vielmehr um ein langfristiges Projekt. Man hoffe, aus eigenen Mitteln in diesem Jahr die Rückführung von 3000 Hereros zu ermöglichen. Im nächsten Jahr hoffe man, eine ähnlich hohe Zahl aufgrund eigener Finanzierung zurückführen zu können.

RL 320 unterstrich, daß aufgrund unserer Verpflichtung zur Neutralität während des Unabhängigkeitsprozesses wir keine finanzielle Hilfe an einzelne Gruppierungen in Namibia geben würden. Er wies darauf hin, daß eine „Rückführung“ vor dem Wahltermin als Versuch der Wahlbeeinflussung verstanden werden könne. Falls es der Wunsch der jetzt in Botsuana lebenden Hereros sei, nach Namibia zurückzukehren, so könne man sich dies nur in der Form vorstellen, daß nach der Unabhängigkeit Namibias die Regierungen von Botsuana und Namibia sich hierüber verständigten. In diesem Fall sei durchaus eine Unterstützung durch die Bundesrepublik Deutschland vorstellbar.

(2) Die Herero-Vertreter hoben auf die Frage nach der politischen Entwicklung in Namibia hervor, daß nach ihrer Auffassung die SWAPO nicht die absolute

¹ Legationsrat I. Klasse Schanze leitete die Aufzeichnung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Nöldeke „mit der Bitte um Billigung“.

Hat Nöldeke am 25. April 1989 vorgelegen.

² Eberhard Nöldeke.

³ Zu den geplanten Wahlen in Namibia vgl. Dok. 45, Anm. 16.

Mehrheit der Stimmen bei den Wahlen zur Verfassunggebenden Versammlung Anfang November 1989 gewinnen werde.

(3) Als Motiv für das Eindringen von SWAPO-Verbänden nach Nordnamibia seit dem 1.4.1989⁴ nannten sie den Versuch, SWAPO-Lager in Namibia durchzusetzen.

Schanze⁵

Referat 320, Bd. 155884

103

**Aufzeichnung des
Vortragenden Legationsrats I. Klasse Rosengarten**

411-433.90

18. April 1989¹

Über Herrn Dg 41², Herrn D4³ Herrn Staatssekretär⁴

Betr.: Abschluß der Halbzeitevaluierung der Uruguay-Runde des GATT in Genf (5.–8.4.1989)

Bezug: Ortez vom 11.4.1989⁵

Anlg.: 1⁶

Zweck der Vorlage: Zur Unterrichtung, auch im Hinblick auf den Besuch von GATT-GD Dunkel in Bonn am 27.4.89⁷

⁴ Zu den Kampfhandlungen im Norden Namibias Anfang April 1989 vgl. Dok. 97, Anm. 22.

⁵ Paraphe.

¹ Durchdruck.

² Hat Ministerialdirigent Trumpf am 18. April 1989 vorgelegen.

³ Hat Ministerialdirektor Jelonek am 21. April 1989 vorgelegen.

⁴ Hat Staatssekretär Lautenschlager am 24. April 1989 vorgelegen.

⁴ Hat Ministerialdirektor Jelonek am 25. April 1989 erneut vorgelegen, der den Rücklauf an Referat 411 verfügte.

⁵ Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Rosengarten am 27. April 1989 erneut vorgelegen.

⁵ Vortragender Legationsrat Bettzuge teilte mit: „Nichteinigung über diffizilen Komplex eines Abbaus handelsverzerrender Agrarsubventionen war wesentliches Hindernis für Abschluß der Halbzeitevaluierung bereits in Montreal. Verhandlungen dieser Schlüsselfrage in Genf prozedierten (wie auch in den drei anderen noch offenen Themenbereichen) auf Grundlage eines von GATT-GD Dunkel Ende März d. J. vorgelegten Kompromißvorschlag, der entsprechend den Interessen der jeweiligen Verhandlungsparteien sowohl langfristige (USA, Cairns) wie kurzfristige (EG) Maßnahmen zum Abbau der Agrarstützung vorsah. [...] USA konnten zwar ihre Forderung nach langfristiger Eliminierung aller Stützungsmaßnahmen nicht durchsetzen (aus regional- und sozialpolitischen Gründen in der EG nicht realisierbar), jetziger Kompromiß im Langfristbereich über einen substantiellen, schrittweisen Abbau der Agrarstützung und des Agraraußenschutzes durch noch auszuhandelnde Verpflichtungen kommt jedoch Vorstellungen der USA und von Cairns-Gruppe entgegen. [...] Andererseits war bei den kurzfristigen Maßnahmen zur Entlastung der Weltmärkte wesentlich das EG-Konzept eines Einfrierens des Stützungsniveaus und anschließender Reduzierung (auf einem noch zu definierenden Umfang) beteiligt.“ Vgl. den Runderlaß Nr. 24; Referat 411, Bd. 160546.

⁶ Dem Vorgang beigefügt. Vgl. Anm. 5.

⁷ Ministerialdirektor Jelonek vermerkte am 12. Mai 1989, der Besuch des Generaldirektors des GATT, Dunkel, in der Bundesrepublik sei verschoben wurden. Bundesminister Genscher habe Bundespräsident Freiherr von Weizsäcker nach Dänemark begleiten und Bundesminister Haussmann seinen

I. 1) Mit dem vom Trade Negotiations Committee (TNC) in Genf am 8.4.1989 erzielten Kompromiß über die seit Montreal⁸ noch offenen vier Verhandlungsbereiche (Agrarhandel, Textil- und Bekleidungshandel, handelsbezogene Aspekte des Schutzes geistigen Eigentums/TRIPS⁹, Schutzklausel) ist das Risikounternehmen einer Halbzeitevaluierung der UR erfolgreich abgeschlossen. Das Gesamtpaket von 15 Entscheidungsdokumenten (davon elf seit Montreal blockierte Texte) wurde vom TNC am 8.4. ohne weitere Diskussion verabschiedet.

2) Die UR wird nunmehr fortgeführt. Die Sitzungen der Verhandlungsgruppen haben am 18.4. begonnen. Auf der Basis der in Montreal und Genf festgeschriebenen Verhandlungsfortschritte sollen, entsprechend dem vereinbarten Prinzip der „Globalität“ (d.h. Fortschritte in allen Verhandlungsbereichen im großen und ganzen mit derselben Geschwindigkeit), bis Ende 1990 substantielle Abschlußergebnisse in allen Sektoren (Agrar, tropische Produkte, Textil, Zölle, nichttariäre Maßnahmen, TRIPS, Dienstleistungen, Direktinvestitionen, Schutzklauseln, Rohstoffhandel, Streitschlichtung, Subventionen, Anpassung der GATT-Kodizes, Revision von GATT-Artikeln, verbesserte Funktionsweise des GATT) erreicht werden. Neben traditionellen Problemen wie Agrarhandel werden im zweiten Teil der Verhandlungen die expandierenden „neuen Bereiche“, so ein mögliches Abkommen über den internationalen Dienstleistungshandel, im Mittelpunkt stehen. Der Handel mit Dienstleistungen (wie Telekommunikation, Bank- und Versicherungswesen) hat (z. B. 14% der US-Exporte) wachsende Bedeutung für die Weltwirtschaft, ebenso der Schutz von handelsbezogenem geistigen Eigentum (wichtiges Beispiel: Pharma-Patente!).

II. 1) Besorgt über die möglichen negativen Folgen eines Scheiterns der UR für den freien Welthandel, den Wachstumsmotor der Weltwirtschaft, haben die beiden großen, zunehmend exportorientierten bzw. exportabhängigen „Welthandelsmächte“ USA und EG in Genf eingelenkt. Durch wechselseitige Zugeständnisse im Schlüsselbereich Agrarhandel haben sie auch die Zustimmung der EL zu den in Montreal ausgehandelten, aber noch nicht förmlich beschlossenen Zwischenergebnissen ermöglicht. Für die konstruktive Haltung der großen Welthandelspartner war nicht zuletzt auch ihr Interesse maßgebend, durch Abbau von Handelskonflikten im Dreieck EG–USA–Japan die bereits erzielten Verhandlungsfortschritte in den „neuen Bereichen“ Dienstleistungshandel und TRIPS (großes materielles Interesse der IL) abzustützen.

Die Halbzeitevaluierung der UR wurde damit auch zu einem multilateralen Forum eines vor allem europäisch-amerikanischen Interessenausgleichs und Zweckbündnisses.

2) Die Entwicklungsländer haben sich in Genf bei den neuen Themen (TRIPS) kooperativ verhalten. Für sie sind insbesondere die festgeschriebenen Zwischenergebnisse zu Agrarhandel, Textil und tropischen Produkten von exportpolitischer Bedeutung. Die in den weiteren Verhandlungen zu erwartende Umsetzung des Erreichten in konkrete Abkommen bzw. innerstaatliche Gesetzgebung (bei tropischen Produkten sind Marktzugangserleichterungen durch die IL bereits einsei-

Fortsetzung Fußnote von Seite 457

Gesprächstermin kurzfristig absagen müssen. Der Besuch solle zu einem späteren Zeitpunkt nachgeholt werden. Vgl. dazu Referat 411, Bd. 160546.

⁸ In Montreal fand vom 5. bis 9. Dezember 1988 im Rahmen einer Ministertagung die sogenannte „Halbzeit-Konferenz“ statt. Vgl. dazu AAPD 1988, II, Dok. 368.

⁹ Trade-Related Aspects of Intellectual Property Rights.

tig in Kraft gesetzt) könnte den Marktzugang dieser Staaten in den kaufkräftigen IL verbessern (z.B. bei Agrar und tropischen Produkten: für ASEAN, Lateinamerika; Textil: für Türkei, Indien, Pakistan). Für die EL werden, ein positives Abschlußergebnis vorausgesetzt, weltwirtschaftlich bereits ab Ende 1990 von der UR wichtige Wachstums- und Exportimpulse auch im Hinblick auf ihre Verschuldungslage ausgehen. Erhöhte Ausfuhrerlöse könnten zum Abbau ihrer Schulden und damit weltwirtschaftlicher Ungleichgewichte beitragen und die innenpolitische Stabilität der EL erhöhen.

Die Abschlußerklärungen unter anderem der Vertreter Brasiliens und Indiens im TNC machen das Interesse der EL an den volkswirtschaftlichen und politischen Vorteilen einer Nord-Süd-Zusammenarbeit im Rahmen des nunmehr gestärkten multilateralen Welthandelssystems deutlich. Die UR ist heute aus Sicht dieser Ländergruppe zu einem wichtigen Instrument der Handelsinteressen der Dritten Welt geworden.

III. Gesamtbewertung

1) Entscheidendes Verdienst an der schließlich zustande gekommenen Einigung von Genf hatte GATT-GD Dunkel. Seine am 22.3. vorgelegten Kompromißvorschläge zu den vier noch offenen Verhandlungsthemen haben nach dem Urteil einer großen Anzahl der TNC-Delegationen nach dem Stillstand von Montreal den Verhandlungsdurchbruch in Genf erst ermöglicht. Die Position von GD Dunkel ist durch das Ergebnis der Halbzeitkonferenz gestärkt worden.

2) Nach dem Rückschlag in Montreal und im Vorfeld des TNC-Treffens in Genf stand das multilaterale Handelssystem an einer entscheidenden Wegemarke zwischen unilateraler protektionistischer Bedrohung (US-Trade Bill¹⁰, Regionalisierungsinitiativen im pazifischen Raum) und der multilateralen Alternative eines reformierten GATT als umfassendem, dem Freihandel verpflichteten weltweiten Ordnungssystem.

Das Ergebnis von Genf hat

- eine der Welthandelsrunde drohende akute Krise durch Kompromisse im Vier- eck EG–USA–Japan–EL abgewendet;
- den vielfach befürchteten Rückfall in den handelspolitischen Bilateralismus, insbesondere die Gefahr einer endgültigen Wendung der USA zu regionaler Blockbildung und externer Abschottung, vorerst vermieden und damit nachhaltige Schäden für den internationalen Handelsaustausch verhindert;
- die übergeordneten gemeinsamen Interessen der großen IL und der EL am Erfolg der UR verdeutlicht (bei Abwägung der Verhandlungsergebnisse in

¹⁰ Vortragender Legationsrat I. Klasse Rosengarten vermerkte am 2. September 1988, Präsident Reagan habe das neue amerikanische Handelsgesetz am 23. August 1988 in Kraft gesetzt. Zwar seien die „schärfsten protektionistischen Spitzen der ursprünglichen Kongressentwürfe“ abgemildert worden. Dennoch bleibe das Handelsgesetz ein „Rezeptbuch für Protektionisten“. „Das Gesetz regelt völlig unterschiedliche Sachbereiche: Öffnung fremder Märkte, Abwehr „unfaire“ Importe, Novellierung der Schutzgesetze, Anpassungshilfen für Arbeiter, Exportförderung, Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit (u.a. Forschungs- und Ausbildungsförderung), Deregulierung, gesamtwirtschaftliche Forderungen an Drittländer, Defizit des US-Bundeshaushalts, Liberalisierung der Exportkontrollen, sektorale Bestimmungen (PKW, Stahl, Telekommunikation, Landwirtschaft, Maschinen, Luftfahrzeuge, Computerchips, Dienstleistungen), internationale Schuldenkrise/US-Entwicklungshilfe, inhaltliche Vorgaben für die GATT-Runde.“ Möglich seien u.a. Ausgleichszölle bei „unfaire“ Praktiken ausländischer Regierungen: Die Bestimmung „Super 301“ dränge den Präsidenten „zu Vergeltungsmaßnahmen gegenüber Handelspartnern mit Überschüssen im bilateralen Warenaustausch“. Vgl. Referat 411, Bd. 160379.

- allen 15 Bereichen scheinen allerdings bisher die IL mehr Vorteile aus der UR zu ziehen als die EL);
- das auf weltwirtschaftlicher Arbeitsteilung und den Grundsätzen der Meistbegünstigung und Nichtdiskriminierung basierende System des internationalen Freihandels materiell durch substantielle Zwischenergebnisse in den traditionellen und neuen Verhandlungsbereichen gefestigt; mit weiteren Verhandlungsfortschritten ist nunmehr zu rechnen;
 - die notwendige institutionelle Stärkung des GATT durch Verabschiedung der Reformvereinbarungen von Montreal (Länderexamina der Handelspolitik der MS beginnend Ende 1989, reguläre Treffen der Handels-/Wirtschaftsminister mindestens im Zwei-Jahres-Rhythmus, effektiveres System der Streitschlichtung) ermöglicht. Die damit verbundene vermehrte Übernahme handelspolitischer Pflichten und die Verbesserung des Funktionierens des GATT-Systems werden dem Ansehen des GATT zugute kommen.

Rosengarten¹¹

Referat 411, Bd. 160546

104

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Ritter von Wagner

431-466.21 FRA – SB 3

18. April 1989¹

Über Herrn Dg 43², D4³, Herrn Staatssekretär⁴ Herrn Bundesminister⁵

Betr.: Zusammenarbeit VEBA–Cogema

Zweck der Vorlage: Unterrichtung⁶

¹¹ Paraphe.

¹ Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Ritter von Wagner und Vortragendem Legationsrat Blankenstein konzipiert.

² Hat Ministerialdirigent Pabsch am 18. April 1989 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Diese Darstellung orientiert sich an dem vom BMU, BMWi und BMFT für den Bundeskanzler erarbeiteten Positionspapier, das als Anlage beigefügt ist.“

³ Hat Ministerialdirektor Jelonek am 18. April 1989 vorgelegen.

⁴ Hat Staatssekretär Lautenschlager am 18. April 1989 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Diese erste Stellungnahme wird zur Unterrichtung im Hinblick auf das Koalitionsgespräch heute abend vorgelegt. Sie bedarf der Ergänzung in folgenden Fragen: Bedarf es einer völkerrechtlichen Absicherung u. was müßte diese beinhalten? Was geschieht mit dem gewonnenen Plutonium? (Rückgabe unter welchen – politischen? – Bedingungen, Hinweis auf den existierenden Briefwechsel von 1978 mit Fr[ankreich]?) Ggf. nichtverbreitungspol[itischer] Aspekte (wohl keine, aber doch Klarstellung zur Geltung des EURATOM-Vertrages in allen seinen Teilen). Der Komplex bedarf weiterer Prüfung. Deshalb ist der Vorschlag, mit Fr. zu sprechen, richtig u. geboten u. die Einsetzung einer deutsch-fr[an]z[ösischen] Arbleitsgruppe (Seite 6) erwägenswert. Auch sollte eine einheitliche europäische Lösung ernsthaft geprüft werden – mindestens mittelfristig. (Was macht die Kommission?)“ Vgl. Anm. 16 und 17.

I. Zwischen der deutschen VEBA und der französischen Cogema ist am 3. April 1989 ein Memorandum of Understanding geschlossen worden, das im wesentlichen vorsieht:

- Wiederaufarbeitung von mindestens 400t abgebrannter Brennelemente aus deutschen Kernkraftwerken ab 1999 zum Preise von ca. 1800 DM/kg.
- 49-prozentige Beteiligung der VEBA an der bereits weitgehend fertigen Erweiterung UP3 der französischen Wiederaufarbeitungsanlage in La Hague.
- Spätere Zusammenarbeit auf anderen Gebieten, vor allem Mischoxid-Brenn-element-Fertigung, Anreicherung.
- Zustimmung der Regierungen und völkerrechtliche Vereinbarung D–F als flankierende Maßnahme.

Problemlage

II. Sollte das MoU realisiert werden (Bindungsfrist ein Jahr), so ist mit Entwicklungen von außerordentlich großer Wirkung für die Gebiete der deutschen nuklearen Entsorgungspolitik, der Technologie- und Forschungspolitik sowie der Energie- und Industriepolitik zu rechnen.

1) Das integrierte Entsorgungskonzept der Bundesregierung geht auf Dauer von einem Vorrang der Verwertung vor der direkten Endlagerung und von der Wiederaufarbeitung im Inland aus und weist der Auslandswiederaufarbeitung Interimscharakter bis zur Fertigstellung einer deutschen Wiederaufarbeitungsanlage zu. Die nukleare Inbetriebnahme der WAA Wackersdorf soll 1996 erfolgen, ihre Verarbeitungskapazität soll anfangs 350t abgebrannter Brennelemente pro Jahr, später 500t umfassen. Insgesamt werden dann etwa 530t pro Jahr anfallen. Die Genehmigungsbescheide der deutschen Kernkraftwerke stellen auf diese Entsorgungsgrundsätze ab. Eine Änderung des integrierten Entsorgungskonzepts stellt die Genehmigungen bestehender Kernkraftwerke in Frage.⁷

Die in Aussicht genommene Wiederaufarbeitung von mindestens 400t abgebrannter deutscher Brennelemente pro Jahr in Frankreich entzieht der deutschen Wiederaufarbeitungsanlage die wirtschaftliche Grundlage und bedeutet⁸ den Verzicht auf eine nationale Wiederaufarbeitung. Das Entsorgungskonzept der

⁵ Hat Legationsrat I. Klasse Gerdts am 18. April 1989 vorgelegen.

Hat Legationsrat Berger am 2. Juni 1989 vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre, Ministerialdirektor Jelonek und Ministerialdirigent Pabsch an Referat 431 verfügte und handschriftlich vermerkte: „Vorlage ist überholt, in Absprache mit RL zurück an 431.“

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Bächmann am 2. Juni 1989 vorgelegen, der die Weiterleitung an Staatssekretär Lautenschlager verfügte und handschriftlich vermerkte: „1) BM-Rücklauf. 2) D 4.“

Hat Jelonek am 5. Juni 1989 erneut vorgelegen.

Hat Pabsch am 6. Juni 1989 erneut vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Ritter von Wagner am 6. Juni 1989 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat Blankenstein „n[ach] R[ückkehr]“ verfügte.

⁶ An dieser Stelle wurde von Ministerialdirigent Pabsch handschriftlich eingefügt: „Anlage: Positionspapier der Ressorts.“

Für das Positionspapier vom 17. April 1989 vgl. Referat 431, Bd. 160693.

⁷ Dieser Satz wurde von Staatssekretär Lautenschlager wie folgt umformuliert und ergänzt: „Eine Änderung des integrierten Entsorgungskonzepts könnte die Genehmigungen bestehender Kernkraftwerke in Frage stellen (Unsicherheit, wie unabhängige Gerichte ggf. urteilen werden).“

Dazu vermerkte er handschriftlich: „M[eines] W[issens] schließt das Atomgesetz eine Auslandsentsorgung nicht aus.“

⁸ An dieser Stelle wurde von Staatssekretär Lautenschlager handschriftlich eingefügt: „praktisch“.

Bundesregierung muß neu formuliert werden, eine Grundvoraussetzung für den Betrieb der deutschen Kernkraftwerke wird damit gefährdet.⁹

2) Bis heute ist die Entwicklung der Wiederaufarbeitungstechnologie in der Bundesrepublik Deutschland mit über 3 Mrd. DM aus öffentlichen Mitteln gefördert worden. Ziel dieser Förderung war es, einen nationalen nuklearen Entsorgungsweg sicherzustellen und die dazu notwendigen Techniken in eigener Verantwortung und aus eigenem Wissen zu beherrschen.

Der jetzt erreichte Wissensstand auf diesem Gebiet der anspruchsvollsten Hochtechnologie und die ihn repräsentierenden Wissenschaftler gehen der Forschung und Anwendung in der Bundesrepublik Deutschland verloren, ein selbst verursachter „brain drain“ ist zu erwarten, wenn die jahrzehntelang geförderten Vorhaben zur Verwirklichung eines nationalen Entsorgungsweges eingestellt und darüber hinaus weitere Bereiche der Nukleartechnologie wie Anreicherung oder MOX¹⁰-Brennelementherstellung verlagert werden.

Schließlich steht auch die Glaubwürdigkeit deutscher Hochtechnologiepolitik im In- und Ausland auf dem Spiel. Neben dem Ansehensverlust wären auch Einfluß und Kompetenz deutscher Mitarbeit in internationalen Organisationen und bei multilateralen Programmen betroffen, die sich mit nuklearer Entsorgung, Sicherheit und letztlich mit Nuklearfragen ganz allgemein befassen. Demgegenüber würde Frankreich auch hier, wie z.B. schon bei Weltraum, Luftfahrt und Kommunikationstechnik, die europäische Führung im Bereich besonders prestigeträchtiger Hochtechnologien übernehmen, zu denen international die Kerntechnologie nach wie vor zählt.

3) Der Verzicht auf eine deutsche Wiederaufarbeitungsanlage und die Verlagerung von weiteren nuklearindustriellen Tätigkeiten ins Ausland werden zu einem Abbau deutscher Ingenieurkapazität führen und damit eine Schwächung der deutschen Kernenergieindustrie insgesamt zur Folge haben (Siemens beschäftigt allein für Wackersdorf 700 Ingenieure). Nachdem bereits im Zusammenhang mit den Unregelmäßigkeiten bei der Nukleartransportfirma „Transnuklear“¹¹ deren Muttergesellschaft die gewinnträchtige Fertigung von Brennelementen für Forschungsreaktoren in Hanau einstellte und nach Frankreich verlagerte, und nachdem die Firma Siemens (KWU) ihre Zusammenarbeit mit dem französischen Reaktorbauer Framatome über eine in Paris anzusiedelnde Tochterfirma verwirklichen will, bedeutet die Zusammenarbeit VEBA-Cogema in der im MoU

⁹ Dieser Satz wurde von Staatssekretär Lautenschlager wie folgt umformuliert: „Das Entsorgungskonzept der Bundesregierung müßte dann neu formuliert werden, eine Grundvoraussetzung für den Betrieb der deutschen Kernkraftwerke wäre damit gefährdet.“

¹⁰ Mischoxid.

¹¹ Im Abschlußbericht des 2. Untersuchungsausschusses der 11. Wahlperiode des Bundestags wurde dazu festgehalten: „Im Jahre 1987 rückten die Hanauer Nuklearbetriebe durch das Bekanntwerden des Verdachtes von Unregelmäßigkeiten in das öffentliche Interesse. Diese Unregelmäßigkeiten sollten im Zusammenhang mit der Beseitigung von radioaktivem Abfall geschehen sein. Eine Rolle spielte dabei die Abfallbearbeitung in Mol (Belgien). Zu den Unregelmäßigkeiten, über deren Vorliegen in der Presse spekuliert wurde, gehörte auch, daß unter Beteiligung deutscher Unternehmen entgegen den Intentionen des Atomwaffensperrvertrags eine Abzweigung spaltbaren Materials stattgefunden habe und dieses nach Libyen und Pakistan verbracht worden sei. [...] Diese Verdachtsmomente veranlaßten die zuständigen Behörden, nach ersten Prüfungen die Beförderungsgenehmigungen für die Transnuklear GmbH und die atomrechtlichen Genehmigungen für die NUKEM GmbH vorläufig auszusetzen.“ Vgl. BT DRUCKSACHEN, Nr. 11/7800 vom 15. Oktober 1990, S. 12.

dargelegten Form eine weitere Verstärkung der bereits sehr starken Stellung der französischen Kernenergieindustrie. Kartellrechtlich wird dann von Bedeutung sein, daß ohne Wackersdorf die VEBA einziger Anbieter von Wiederaufarbeitungsleistungen in der Bundesrepublik Deutschland sein wird.

4) Nach bisheriger Schätzung wird eine Wiederaufarbeitung in Wackersdorf etwa doppelt so teuer sein wie das gegenwärtige Angebot der Cogema an die VEBA. Die Wirtschaft errechnet daraus einen Kostenvorteil von 985 Mio. DM jährlich (ab 1999).

Nicht berücksichtigt sind dabei allerdings

- die Folgekosten eines Abbruchs des Projekts Wackersdorf,
- Unsicherheiten wegen der im MoU enthaltenen Preisöffnungsklausel,
- Kostensteigerungen wegen möglicher Nachrüstungen der in ihren Umweltschutz- und Sicherheitsanforderungen bisher unter deutschen Standards liegenden Anlage in La Hague.

5) Erste Reaktionen in der Öffentlichkeit haben gezeigt, daß eine innenpolitische Entlastung der Bundesregierung nicht zu erwarten ist. Die Militanz der Kernenergiegegner richtet sich gegen die Kernenergienutzung allgemein und hat mit dem schon fast greifbaren Erfolg gegenüber der WAA Wackersdorf vorerst noch zugenommen. Eine Wiederherstellung des energiepolitischen Konsenses der 70er Jahre, der durch die ungehinderte Nutzung der Kernenergie für die Stromerzeugung in der Grundlast eine Mischkalkulation zugunsten des Einsatzes der teuren einheimischen Steinkohle ermöglichte, ist nicht zu erwarten. Eher wird auch diese Energiepolitik durch das VEBA-Cogema-Projekt gefährdet.

6) Das Vorgehen der VEBA birgt die Gefahr, mehrere ständige Streitpunkte in das deutsch-französische Verhältnis einzubringen. Energiepolitik und Sicherheitsphilosophien in bezug auf kerntechnische Anlagen werden auch in Zukunft noch lange in nationaler Entscheidung verbleiben. Nicht übersehen werden darf auch, daß Frankreich nach wie vor keine eindeutige Trennung des militärischen vom zivilen Kernbrennstoffkreislauf kennt und eine solche auch nicht vornehmen will. Hier begeben wir uns mit der völligen Übertragung der Wiederaufarbeitung von Kernbrennlementen aus der friedlichen Nutzung der Kernenergie an Frankreich in Abhängigkeiten und Verpflichtungen der Energiepolitik, aus denen wir uns seit den Energiekrisen des vergangenen Jahrzehnts zielstrebig herausgearbeitet haben. Wir akzeptieren zusätzlich Bedingungen des Umweltschutzes und der nuklearen Sicherheit¹², die nicht mehr den Anforderungen in der Bundesrepublik Deutschland entsprechen. Jede umstrittene französische Nuklearexportentscheidung, jeder französische A-Waffen-Test schafft Ansatzpunkte für Druck und Protest der deutschen Anti-Kernkraft-Bewegung gegenüber Frankreich. Gleichzeitig könnten wir auch vermehrt Reflexe des wegen seiner Nuklearpolitik Frankreich-kritischen Auslands (Australien, Afrika) zu spüren bekommen.

7) Positiv zu sehen ist das MoU unter dem Gesichtspunkt einer vertieften deutsch-französischen wirtschaftlichen und industriellen Zusammenarbeit. Dabei wird Frankreich der Partner sein, der am meisten profitiert. Neben der Sicherstellung von Finanzierung und Auslastung seiner Wiederaufarbeitungs-

¹² An dieser Stelle wurde handschriftlich eingefügt: „in der französischen Anlage“.

anlage La Hague werden sich Investitionen, Schaffung von Arbeitsplätzen und technologische Entwicklung vor allem in Frankreich abspielen, während die Probleme der Plutoniumwirtschaft und der Endlagerung des nuklearen Abfalls der Bundesrepublik Deutschland verbleiben.

Eine europäische Lösung würde allerdings eine neue Dimension eröffnen und dazu beitragen, viele der erörterten Probleme zu vermeiden, z. B. Wiederaufarbeitung in einer supranationalen Anlage nach europäischem Recht. Bisher ist jedoch nicht zu erkennen, daß Frankreich zu einer solchen Lösung beitragen könnte, die eine EG-weite Energieversorgungskonzeption, einheitliche Sicherheitsstandards und eine integrierte Entsorgungspolitik voraussetzen würde.¹³ Im Gegenteil könnte Frankreich sich durch diese Entwicklung darin bestärkt sehen, seine Rolle als unabhängige Nuklearmacht auch auf dem Gebiet der friedlichen Nutzung der Kernenergie weiter auszubauen. Die Interessen der übrigen EG-Partner sind nicht so ausgeprägt, daß sie sich diesem Trend widersetzen würden.

III. Weiteres Vorgehen

Die Ressorts (Arbeitsebene BMU, BMWi, BMFT unter zeitweiser Beteiligung des AA) haben der Bundesregierung¹⁴ empfohlen, sich ernsthaft mit den Überlegungen der VEBA auseinanderzusetzen und die deutsch-französischen Konsultationen am 19./20. April 1989¹⁵ dazu zu nutzen, die offizielle Position der französischen Regierung zu dem Projekt abzuklären¹⁶. Falls die französische Seite positiv reagiert, sollte ihr gegenüber angeregt werden, die Problematik in Fachgesprächen zu vertiefen. Diese Gespräche sollten über den Komplex Wiederaufarbeitung hinaus den Gesamtzusammenhang deutsch-französischer Kooperation auf nuklearem und energiewirtschaftlichem Gebiet behandeln und außerdem auch europäische Optionen, wie z. B. Eurobrüter und Anreicherung, aufgreifen. Zu diesem Zweck sollte eine hochrangige, nur wenige Personen umfassende deutsch-französische¹⁷ Arbeitsgruppe (auf deutscher Seite AA, BMWi, BMFT und BMU) eingesetzt werden und einen ersten Bericht bis zu Regierungskonsultationen im Herbst 1989¹⁸ vorlegen. Parallel dazu sollen (durch BMWi) die wirtschaftlichen und unternehmerischen Positionen der deutschen Versorgungswirtschaft geklärt werden.

Wagner

Referat 431, Bd. 160693

¹³ Der Passus „Eine europäische ... voraussetzen würde“ wurde von Staatssekretär Lautenschlager hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Trotzdem sollte dies ernsthaft geprüft werden.“

¹⁴ Die Wörter „der Bundesregierung“ wurden von Staatssekretär Lautenschlager gestrichen.

¹⁵ Zu den deutsch-französischen Konsultationen vgl. Dok. 106, Dok. 108 und Dok. 109.

¹⁶ Dieses Wort wurde von Staatssekretär Lautenschlager hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „1“. Vgl. Anm. 4.

¹⁷ An dieser Stelle vermerkte Staatssekretär Lautenschlager handschriftlich: „2“. Vgl. Anm. 4.

¹⁸ Zu den deutsch-französischen Konsultationen am 2./3. November 1989 vgl. Dok. 342, Dok. 346 und Dok. 351.

105

Botschafter Vestring, Islamabad, an das Auswärtige Amt

114-12064/89 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 366

Aufgabe: 18. April 1989, 10.20 Uhr¹

Ankunft: 18. April 1989, 12.32 Uhr

Betr.: Das pakistanische Militär und Afghanistan

Bezug: DB New York UNO Nr. 643 vom 11.4.1989 Pol 381.47 AFG²

Zur Unterrichtung

1) Aus der Sicht dieser Botschaft ist zu den Vorwürfen des afgh. AM Wakil bei der SR-Sondersitzung am 11.4. zu bemerken:

- Es gibt keine Anzeichen dafür, daß PAK
 - aktive mil. Trainingslager für den Widerstand unterhält,
 - den Widerstand direkt militärisch unterstützt oder
 - die Rückkehr afghanischer Flüchtlinge behindert.
- Es ist allerdings richtig, daß der militärische Geheimdienst ISI dem Widerstand seit Beginn der sowj. Okkupation³ logistische Unterstützung bei seinen Kampfoperationen einschließlich der Weiterleitung von Waffen, Munition und Versorgungsgütern gewährt hat und noch gewährt. Er hat ferner an dessen freilich noch bescheidenen politischen Anstrengungen zur Machtübernahme mitgewirkt (Druck in Richtung Schura und Übergangsregierung). Dieser Bereich hat seit Beginn des sowj. Rückzugs⁴ auch für den ISI an Bedeutung gewonnen. Unter PM Benazir Bhutto wird er dabei stärker in die zivile Wilensbildung eingebunden. Der Gedanke einer pak.-afgh. Konföderation hat hier keinerlei operative Bedeutung und wird nicht diskutiert.

2) Hierzu im einzelnen

2.1) Für einen direkten Einsatz pakistanischer Streitkräfte oder einzelner ihrer Angehörigen gibt es keinen Hinweis. Sie sind eindeutig auf die Verteidigung gegenüber Indien eingestellt. Afghanistan spielt weder für ihre Aufstellung noch für strategische Überlegungen eine erkennbare Rolle.

Im Grenzgebiet zu Afghanistan operieren lediglich paramilitärische Einheiten, die fast ausschließlich aus den Bewohnern dieser Stammesgebiete rekrutiert sind

¹ Das Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 8.

² Botschafter Vergau, New York (VN), berichtete über eine vom afghanischen Außenminister Wakil beantragte Sitzung des VN-Sicherheitsrats: „Wakil warf in langer, umständlicher Rede PAK anhand einer Reihe von behaupteten Einzelfällen immer offensere Aggressionen gegen AFG vor, die sich nun als regelrechter Krieg darstellten. PAK unterhalte im Widerspruch zu den Genfer Abkommen und zum Völkerrecht 125 aktive militärische Trainingscamps für den Widerstand, leiste diesem direkte und logistische militärische Unterstützung, leite weiterhin Waffen „aus Übersee“ an den Widerstand weiter und behindere die Rückkehr der afghanischen Flüchtlinge. Das politische Ziel hinter der mit Hilfe des pakistanischen Geheimdienstes (I[nter-]S[ervices]I[ntelligence]) geschaffenen „Interims-Regierung“ sei in den Plänen zu suchen, AFG unter dem Deckmantel einer Konföderation zu annexieren.“ Vgl. AV, Neues Amt, Bd. 16542.

³ Am 24. Dezember 1979 intervenierten Streitkräfte der UdSSR in Afghanistan. Vgl. dazu AAPD 1979, II, Dok. 393-395.

⁴ Zum Abzug der sowjetischen Truppen aus Afghanistan vgl. Dok. 80, besonders Anm. 5.

und deren Aufgaben etwa denen unseres BGS entsprechen. Hierbei handelt es sich um das „Frontier Corps Baluchistan“ und das „Frontier Corps North West Frontier Province“, die dem Innenministerium unterstehen. Beide umfassen je etwa 35 000 Mann. An ihrer Spitze stehen pakistanische Offiziere, die meist für drei Jahre von den regulären Streitkräften freigestellt worden sind. Da die Durand-Linie zwischen AFG und PAK für die im Grenzgebiet lebenden Stämme keine praktische Bedeutung hat, wird sie von deren Angehörigen, die natürlich immer bewaffnet sind, ständig in beiden Richtungen überschritten. Es ist daher davon auszugehen, daß auch einzelne Angehörige sowie kleinere Einheiten der Frontier Corps gelegentlich über die Grenze gehen. Bisher sind jedoch keine Kampfhandlungen aus solchem Anlaß bekannt geworden.

Ähnliches galt entsprechend für die „Border Militia“ des Kabul-Regimes. Deren Einheiten sind jedoch seit einigen Monaten aus dem Grenzgebiet in Garnisonsstädte verlegt worden. Vermutlich meinte das Regime, sie nicht militärisch halten zu können, und hat ihren Rückzug in die Städte mit Waffenstillstandsangeboten begleitet, um noch politischen Gewinn aus der militärischen Schwäche schlagen zu können.

Aus dieser Situation rührten regelmäßige Protestnoten Kabuls an UNGOMAP⁵. Pakistan hat sich erst mit einiger Verspätung entschlossen, ebenfalls aus jedem sich bietenden Anlaß gegen Verletzungen der Grenzen und Vereinbarungen durch Kabul zu protestieren.

Das uniformierte pakistanische Militär hat mit dem Afghanistan-Konflikt eigentlich nichts zu tun. Hiermit ist nicht das General Headquarter (GHQ), sondern der ISI befaßt. Von dieser Regel sind nur zwei Ausnahmen bekannt, nämlich

- „Abwehr“ der Luftraumverletzungen durch Afghanistan, die allerdings weniger als militärische Bedrohung oder Souveränitätsverletzung denn als Anlaß zu militärsportlicher Auseinandersetzung gesehen werden. Vor allem bietet das (meist wohl nicht absichtliche) Eindringen afghanischer Flugzeuge in den pakistanischen Luftraum einen willkommenen Anlaß, die F-16 zu testen.

- Technische Hilfe für den ISI zur Zwischenlagerung von Waffen und Munition.

Es ist zu vermuten, daß das Militär durchaus davon profitiert, daß Waffen, Munition und Versorgungsgüter vorübergehend in seine Depots gelangen. Denn ein Teil des vom ISI angelieferten Materials wird wahrscheinlich nicht weitergeleitet und einiges erstklassiges Material durch älteres oder minderwertiges ersetzt.

Der Afghanistan-Konflikt ist bisher Hauptgrund für die massive amerikanische Hilfe für PAK, von der vor allem das Militär profitiert. So sind für den Zeitraum 1987–1993 insgesamt 4,02 Mrd. US-Dollar vorgesehen, davon 1,74 Mrd., d.h. fast 43 Prozent, für das Militär.

2.2) Der ISI – Inter-Services Intelligence – ist ein militärischer Nachrichtendienst, dem Offiziere, Unteroffiziere und Soldaten aus allen drei Teilstreitkräften, meist in Zivil, angehören (geschätzt auf insgesamt ca. 94 000). Zu den Aufgaben zählen vor allem:

⁵ United Nations Good Offices Mission in Afghanistan and Pakistan.

- Nach innen: „Verfassungsschutz“

Das bedeutete unter Zia relativ offene Überwachung der politischen Linken einschließlich der PPP⁶. Aus dieser Zeit röhrt verständliches Ressentiment der PM Benazir Bhutto und ihrer Mutter⁷, die persönlich vom ISI verfolgt worden waren. Von einer neuen Aufgabenstellung wurde in der Öffentlichkeit bis heute nichts bekannt. Unbestätigt geblieben sind Pressemeldungen, wonach die „political cell“ aufgelöst sein soll. Das innenpolitische „Feindbild“ ist sicherlich im wesentlichen unverändert geblieben. Die Mittel und Methoden zur Kontrolle der progressiven und linken Kräfte sind unter der Herrschaft der PPP jedoch erheblich diskreter geworden.

- Nach außen vor allem Überwachung Indiens und Wahrnehmung des Afghanistan-Problems.

2.2.1) Im Bereich der Afghanistan-Operationen ist ISI für die gesamte Logistik der Mudschaheddin verantwortlich, nämlich Sicherstellung der Versorgung mit Waffen, Munition, Betriebsstoff, Verpflegung und sonstigem Bedarf.

Verfahren: entweder Weiterleitung von Gütern, die vor allem von USA und Saudi-Arabien geliefert werden, ab Hafen Karatschi oder Einkauf der gesamten benötigten Ausrüstungspalette, vor allem mit amerikanischem Geld. Dabei wurden seit letztem Jahr die Kommandanten neben den Parteien direkt versorgt. Saudische Hilfsgüter werden dagegen auch ohne Einschaltung des ISI an afghanische Widerstandsgruppen geleitet.

Alle größeren militärischen Operationen wurden bisher bis ins Detail vom ISI geplant: Beschreibung der Aufgabe und der taktischen Ziele, Auswahl der Mudschaheddin-Gruppe und ihres Kommandanten, Ablaufplanung. An dieser Planungsphase sind auch qualifizierte Afghanen beteiligt. Am prominentesten: Wardak, der sich als Oberst vom Kabul-Regime abgesetzt hatte und nachträglich von Zahir Schah zum General befördert wurde. Diese Operationspläne wurden pro forma von den beteiligten Allianzparteien oder von dessen im übrigen unbedeutenden „Allied Military Council“ (das nunmehr in das Verteidigungsministerium der Übergangsregierung integriert worden ist) übernommen. Während diese Operationspläne innerhalb der Parteien bis zur Kommandoebene weitergeleitet werden, sorgt ISI parallel dafür, daß die Ausrüstungsgegenstände zeitgerecht von Afghanen zum Einsatzort gebracht werden. Auch hierbei werden logistische Details genau vorgegeben. Sicherung der Konvois übernimmt eine der sieben Parteien.

Bei den Kämpfen um Dschalalabad hat sich offenbar ergeben, daß die bisherige Art der Einsatzvorbereitung nicht ausreicht, so daß Koordination u. a. durch Sprechfunk hinzugereten ist. Der (Sprech-)Funkverkehr um Dschalalabad kann von Fachleuten mitgehört werden, woraus sich ergibt, daß die Kommunikationszentrale offenbar in Samarkhel (Festungshügel vor Dschalalabad) installiert ist. Dort dürfte sich auch der o.g. General Wardak zur Koordinierung und Führung befinden. Neben dem örtlichen Funkverkehr gibt es eine Kurzwellenverbindung nach Peschawar. Bei diesem Funkverkehr ist zu beobachten, daß er nicht nur in den afghanischen Landessprachen, sondern auch in beiden Richtungen in

⁶ Pakistan Peoples Party.

⁷ Nusrat Bhutto.

pakistanischem Englisch geführt wird. Obschon hieraus abzuleiten ist, daß Fachleute des ISI beratend und koordinierend auch auf afghanischem Boden die Mudschaheddin unterstützen, so gibt es doch kein Anzeichen dafür, daß sie aktiv kämpfend in vorderster Front eingesetzt sind.

Zu berücksichtigen ist, daß im ISI ebenso wie sonst in der Armee Angehörige der nördlichen Bergvölker, nicht zuletzt der Pathanen, eingesetzt sind. Deren Loyalität gehört in erster Linie dem Stamm und damit oft auch stammesverwandten Mudschaheddin eher als den Institutionen (ISI oder Militär) oder gar der zivilen Zentralregierung.

⁸2.2.2) In zunehmendem Maße hat der ISI auch eine politische Rolle im afghanischen Befreiungskampf erhalten, die zunächst so nicht gesehen worden war. Zu Beginn der Unterstützung – Anfang der 80er Jahre – erschien es dem ISI aus rein militärisch-operativen Gründen geboten, sich mit nur wenigen Einrichtungen Mudschaheddin statt mit den rund 50 bis dahin bestehenden Gruppierungen abzustimmen.⁹ So wurde Druck in Richtung auf Gründung der jetzigen sieben (zunächst fünf) Allianzparteien ausgeübt. Ebenso wurden auch die Parteiführer erst allmählich „aufgebaut“. Einer von ihnen war Hekmatyar, der schon Jahre zuvor im pakistanischen Exil aufgewachsen war. Diese Parteien erhielten ihr Gewicht unter anderem dadurch, daß nur über sie eine Registrierung als Flüchtling mit den dadurch verbundenen Bezugsrechten für Versorgungsgüter des täglichen Bedarfs möglich war. Die Zuordnung der Feldkommandanten, Kämpfer und Funktionäre zu den jeweiligen Parteien folgte oft weniger programmatischen Gesichtspunkten als traditionellen Loyalitätsbeziehungen sowie opportunistischen Erwägungen. So erhielt der offenbar militärisch Erfolgreichste, Hekmatyar, als erster die amerikanischen Stinger-Raketen, die ihm für einige Zeit besondere Zulauf an Feldkommandanten einbrachten. Später hat der ISI immer wieder auf die Bildung repräsentativer Gremien gedrängt, was u. a. zur Etablierung der von niemandem anerkannten ersten Interimsregierung unter Ahmed Schah im Frühjahr 1988 führte.

So stand der ISI offenbar auch Pate bei der Einberufung der Schura im Februar 1989. Der ISI-Chef, Generalleutnant Hamid Gul, war persönlich während der Schura am Tagungsort, dem Gebäudekomplex für Hadsch-Pilger in Rawalpindi, im Hintergrund anwesend. Hierbei dürfte es dem ISI weniger um die Durchsetzung eines bestimmten Personen- oder Sachprogramms gegangen sein als darum, daß die Schura überhaupt die Bildung einer – möglichst repräsentativen – Übergangsregierung beschließt.

Während des Kampfes der Mudschaheddin gegen die sowjetische Besatzungsarmee schienen diese politischen Schritte nur Funktionen militärischer Ziele zu sein. Besonders seit dem Herannahen des 15. Februar begann sich beim ISI aber zunehmend die Einsicht durchzusetzen, daß durch seine Tätigkeit nicht nur militärische, sondern auch politische Fakten gesetzt und in das Kalkül einbezogen werden müssen.

Unter anderem diese Einsicht dürfte dazu geführt haben, daß Hekmatyar schon seit vielen Monaten nicht mehr so bevorzugt wird wie unter Präsident Zia.

⁸ Beginn des mit Drahtbericht Nr. 367 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

⁹ So in der Vorlage.

Früher hat Hekmatyar schätzungsweise etwa 40 Prozent der Waffen, Munition und Versorgungsgüter bekommen und die vier fundamentalistischen Parteien insgesamt bis zu zwei Dritteln.

Natürlich gibt es Meinungsverschiedenheiten zwischen dem ISI und der politischen Führung und sicherlich auch Unterschiede zwischen Außenminister Sahabzada Yaqub Khan und der Premierministerin. Diese sind aber nicht von der tiefgreifenden und grundsätzlichen Natur, als die sie in westlichen Medien gelegentlich geschildert werden. Vermutlich auf Weisung von PM Benazir Bhutto gibt es eine fast tägliche enge Abstimmung zwischen dem Außenminister und Hamid Gul, an der auch die zuständigen Arbeitseinheiten des Außenministeriums sowie der außenpolitische Berater der PM, Akhund, beteiligt sind.

2.2.3) Dem ISI steht eine Reform bevor. Eine vor drei Monaten eingesetzte Kommission unter Leitung des früheren Luftmarschalls Zulfiqar Ali Khan hat soeben einen Bericht mit Empfehlungen zur besseren Abstimmung und Strafung der Aufgaben von ISI, den Sicherheitsdiensten der Teilstreitkräfte, dem zivilen „Intelligence Bureau“ (IB) und weiteren Sicherheitsdiensten für die Provinzverwaltungen und den Luftverkehr fertiggestellt. Zu den wichtigsten Empfehlungen soll die erstmalige Erarbeitung eines Gesetzes als Grundlage und Rahmen für die Tätigkeit dieser Dienste gehören. Ferner soll ein Koordinierungsausschuß unter Einbeziehung der StS von Außen- und Innenministerium gebildet werden, um die Einbindung des ISI in den zivilen Bereich zu vertiefen und die Abstimmung zwischen den Diensten zu sichern. Es bleibt abzuwarten, ob diese Ziele erreicht werden, nachdem die Geheimdienste jahrelang sehr selbstständig operieren konnten.

Ein Auftrag an eine solche Kommission ist kein Novum. Dies ist der sechste seit 1960. Zuletzt hat 1981 Gen. Yaqub Khan, der heutige Außenminister, Vorschläge zur Reform der Geheimdienste erarbeitet.

3) Bewertung

Die maßgebliche Kraft im pakistanischen militärisch-politischen Bereich hinsichtlich Afghanistan ist auch heute noch der ISI – dies allerdings nicht ohne Abstimmung mit der zivilen politischen Führung. Damit ist der ISI nicht nur Hauptverantwortlicher für Erfolge und Fehlschläge in diesem Bereich, sondern dient auch als Sündenbock für alle unangenehmen Entwicklungen. Ein Beispiel sind die Vorwürfe von vor allem gemäßigter afghanischer Seite an den ISI, dieser habe die Madschaheddin in die bisher wenig erfolgreiche Schlacht um die drittgrößte Stadt Afghanistans getrieben (von der überraschend frühen Eroberung des befestigten Hügels Samarkhel vor Dschalalabad abgesehen). In Wahrheit haben sowohl die Führer der Allianzparteien wie auch die beteiligten Feldkommandanten entweder selbst oder durch ihre Vertrauten der Aktion nicht nur zugestimmt, sondern sie in loser Abstimmung miteinander beschlossen und zum damaligen Zeitpunkt gewollt. Für alle Beteiligten ist der Übergang vom bisherigen Guerillakampf in begrenzten Einzelaktionen zu einer konventionellen Kriegsführung neu.

Ferner ist die politische Dimension des Befreiungskampfes nicht nur für den ISI, sondern auch für die Führer der sieben afghanischen Allianzparteien noch ein neues Feld. Weder auf afghanischer noch auf pakistanischer Seite ist ein durchdachtes umfassendes Konzept für die Zukunft eines befreiten Afghanistans

und für die auf dem Wege dorthin (wohin?) erforderlichen Schritte und ihre Realisierbarkeit erkennbar.

4) Obiger Bericht wurde von einer Arbeitsgruppe in der Botschaft erarbeitet und von BR I Nakonz redigiert.¹⁰

[gez.] Vestring

VS-Bd. 13041 (204)

106

Gespräche des Bundeskanzlers Kohl mit dem französischen Staatspräsidenten Mitterrand in Paris

19./20. April 1989¹

Gespräche des Bundeskanzlers mit dem französischen Staatspräsidenten Mitterrand im Rahmen der deutsch-französischen Gipfelkonsultationen am 19. und 20. April 1989 in Paris²

Anlg.: 1³

Gesprächsteilnehmer: der Staatspräsident, M. Attali, M. Védrine, Mme. Guigou, M. Weiser (Dolmetscher);

der Bundeskanzler, MD Teltschik, MDg Neuer, VLR I Bitterlich, Frau Siebourg (Dolmetscherin).

Über die in den beiden Gesprächsrunden behandelten Themen ist im wesentlichen festzuhalten:

I. Gespräch am 19. April 1989, 16.00 Uhr – 17.30 Uhr

1) Der *Bundeskanzler* erläutert eingangs die sachpolitischen Ziele der Regierungs-umbildung⁴ und weist insbesondere auf drei Problemfelder hin:

a) Wehrpflicht

Es habe sich inzwischen herausgestellt, daß man eine „zu große Bugwelle“ von Wehrpflichtigen vor sich herschiebe. Zu viele würden letztlich gar nicht ein-

¹⁰ Vortragender Legationsrat I. Klasse Elias teilte der Botschaft in Islamabad am 20. April 1989 mit: „Das Auswärtige Amt dankt für den umfassenden Bericht zum Thema ‚Das pakistanische Militär und Afghanistan‘. Der Bericht füllt eine wichtige Lücke und hat wegen seiner Darstellung und seiner Analyse hier allgemeine Anerkennung gefunden.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 111; Referat 340, Bd. 156111.

¹ Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Bitterlich, Bundeskanzleramt, am 21. April 1989 gefertigt und von Ministerialdirigent Hartmann, Bundeskanzleramt, am 27. April 1989 über Bundesminister Seiters an Bundeskanzler Kohl geleitet „mit der Bitte um Billigung“. Hat Seiters am 28. April 1989 vorgelegen.

Hat Kohl vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Teltschik erl[edigen].“

Hat Ministerialdirektor Teltschik, Bundeskanzleramt, am 10. Mai 1989 vorgelegen. Vgl. den Begleit- vermerk; Bundesarchiv, B 136, Bd. 33981.

² Zu den deutsch-französischen Konsultationen vgl. auch Dok. 109.

³ Dem Vorgang beigefügt. Vgl. Anm. 30.

⁴ Zur Umbildung der Bundesregierung vgl. Dok. 100, Anm. 3.

gezogen bzw. hätten zu lange Wartezeiten vor der Einberufung. Dies führe zu Ungerechtigkeiten. Zudem müsse man berücksichtigen, daß unter den Aussiedlern viele junge Leute seien. Daher werde man sich entschließen, die Verlängerung des Wehrdienstes auf 18 Monate⁵ jetzt noch nicht durchzuführen, sondern um ca. drei Jahre hinauszuschieben.

b) Quellensteuer

Es gehe nicht um die Abschaffung, sondern um die „Dimension“ der Quellensteuer. Die grundsätzliche Position der Bundesregierung zur Notwendigkeit der EG-Harmonisierung habe sich nicht geändert.

c) Vorvereinbarung Cogema – VEBA⁶

gelte einem sensitiven Bereich. Die Konsequenzen könnten sich als gefährlich für F und D herausstellen, wenn man nicht geschickt vorgehe.

Schaffung der Wiederaufarbeitungsanlage Wackersdorf gehe auf eine Entscheidung von BK Schmidt zurück, die er damals unterstützt habe. Hierdurch werde Bestehen der 24 deutschen KKW gesichert.

In den gerichtlichen Verfahren gegen die KKW in D sei die Frage der Entsorgungssicherheit immer von Bedeutung gewesen. Einige Betriebsgenehmigungen, vor allem in Norddeutschland, nähmen ausdrücklich Bezug auf Wackersdorf.

Wenn Wackersdorf nicht gebaut werde, würden neue Verfahren angestrengt werden, bei denen die KKW-Betreiber dann auf die Anlage in La Hague verweisen würden. Niemand könne die Gerichte daran hindern, die Frage nach der Sicherheit von La Hague zu stellen. Hier sehe er ein erhebliches Risiko einer Belastung der deutsch-französischen Beziehungen; man brauche sich nur an das Saarbrücker Verfahren gegen Cattenom⁷ zu erinnern. Er wolle daher jeglichen Streit mit F in Fragen der Nuklearpolitik vermeiden. Die Verfahren in D seien zudem ein Hebel, um die Kernkraftwerke überhaupt stillzulegen. Leider gingen die Unternehmen bei ihrer Prüfung von rein betriebswirtschaftlichen, nicht aber von politischen Fakten aus.

Er frage sich daher, ob man nicht „zwei Säulen“ der Wiederaufarbeitung, eine in F, die andere in D, schaffen sollte. Man könne sich nicht erlauben, in Zentral-europa nur eine Anlage zu haben – man brauche nur daran zu denken, daß diese eine ausfalle. Er würde es begrüßen, wenn wir uns ein „Gesamtkonzept“ überlegen und es gemeinsam zustande bringen könnten. Es wäre fatal, wenn die Gegner der Kernenergie einen Hebel gegen die KKW in die Hand bekämen und zudem F und D gegeneinander ausspielen würden.

⁵ Der Bundestag beschloß am 17. April 1986, die Dauer des Grundwehrdienstes ab 1. Juni 1989 von 15 auf 18 Monate zu erhöhen. Vgl. dazu BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, 10. WP, 210, Sitzung, S. 16166.

Für den Wortlaut des Gesetzes vom 13. Juni 1986 zur Verbesserung der Wehrgerechtigkeit und

Verlängerung der Dauer des Grundwehrdienstes vgl. BUNDESGESETZBLATT 1986, Teil I, S. 873–878.

⁶ Zur Zusammenarbeit zwischen den Unternehmen VEBA und Cogema vgl. Dok. 104.

⁷ In der Presse wurde dazu berichtet: „Seit Monaten wehrt sich das Saarland politisch und juristisch gegen die Inbetriebnahme der vier Blöcke von Cattenom. Ob die Klage vor französischen Gerichten Erfolg haben wird, ist sehr zweifelhaft; und politisch befindet sich die Bundesrepublik in der unangenehmen Lage, nicht etwas von Frankreich fordern zu können, was Bonn höflich und München grob den Österreichern in Sachen Wackersdorf verwehrt: Mitsprache bei nationalen Entscheidungen.“ Vgl. den Artikel „Überall ist Cattenom“, DIE ZEIT vom 29. August 1986, S. 1.

Der erste Reaktorblock des französischen Atomkraftwerks Cattenom ging am 13. November 1986 in Betrieb.

Er schlage vor, eine gemeinsame kleine hochrangige Expertengruppe zu bilden, die bei uns unter der Leitung von BM Töpfer als seinem persönlichen Beauftragten stehen und an der die wesentlichen Ressorts – AA, BMFT, BMWi – beteiligt würden. Diese Gruppe solle versuchen, ein Gesamtkonzept zu erarbeiten.

Der *Präsident* verweist darauf, daß seine Regierung nichts getan habe, um das Angebot der Cogema zu forcieren – im Gegenteil, seine Mitarbeiter hätten zu Vorsicht geraten. Er verstehe die Besorgnis des Bundeskanzlers. Es sei konsequent, eine Zusammenarbeit in diesem gesamten Bereich auf europäischer Ebene zu fördern. Er werde dem Bundeskanzler morgen früh die Zusammensetzung der Gruppe auf F-Seite mitteilen.⁸

2) Erste Sitzung des Verteidigungsrates⁹

Der Präsident betont, daß er den Entwurf einer Vereinbarung über die Nuklear-konsultationen geprüft habe.¹⁰ Er habe eine Reihe von Änderungsvorschlägen – der von deutscher Seite vorgelegte Textentwurf gehe zu sehr von der NATO-Doktrin aus. Die Mitarbeiter sollten sich am Abend den Text noch einmal ansehen.

Der *Bundeskanzler* ist damit einverstanden.

Der *Präsident* und der *Bundeskanzler* vereinbaren, daß Herr Védrine und General Fleury auf französischer Seite sowie Herr Teltschik und Admiral Wellershoff auf deutscher Seite die Prüfung durchführen.

3) Lage im Libanon¹¹

Der *Präsident* berichtet, daß er in den letzten Tagen eine Reihe telefonischer Kontakte mit verschiedenen Staats- und Regierungschefs mit dem Ziel gehabt habe, sie für folgenden Plan zu gewinnen:

- Aufforderung des VN-Sicherheitsrats an den VN-Generalsekretär, in die Region zu reisen und seine Vermittlung anzubieten;
- während der Reise Waffenruhe;
- Einleitung von Gesprächen mit den Konfliktparteien, um zunächst einen dauerhaften Waffenstillstand herbeizuführen;
- auf dieser Grundlage Herbeiführung von Gesprächen zu einer friedlichen Lösung des Konflikts im Libanon. Er habe hierzu eine Reihe nützlicher Vorschläge in petto:

Er habe weitgehende Zustimmung zu diesen Vorschlägen gefunden.

- PM Thatcher sei einverstanden und habe mit GS Pérez de Cuéllar in diesem Sinne gesprochen.

⁸ Die Sitzung der deutsch-französischen Arbeitsgruppe zur Zusammenarbeit bei der friedlichen Nutzung der Kernenergie fand am 12. Mai 1989 in Garching statt. Vgl. dazu Dok. 164, Anm. 6.

⁹ Die erste Sitzung des Deutsch-Französischen Rats für Verteidigung und Sicherheit fand am 20. April 1989 in Paris statt. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Generalmajors Naumann, Bundesministerium der Verteidigung, vom 11. Mai 1989; Referat 201, Bd. 151187.

Vgl. dazu auch die Sitzung des Ratskomitees des Deutsch-Französischen Rats für Verteidigung und Sicherheit am 20. April 1989 in Paris; Dok. 108.

¹⁰ Zur deutsch-französischen Konsultationsvereinbarung zu einem möglichen Einsatz französischer prä-strategischer Nuklearwaffen vgl. Dok. 107.

¹¹ Zur Lage im Libanon vgl. Dok. 110.

- Präsident Bush finde den Plan gut, sei aber skeptisch, ob er Erfolg haben könne, wolle aber hilfreich sein.
- Präsident Mubarak sei sehr einverstanden – verständlich vor dem Hintergrund seiner Einstellung zu Syrien.
- Was noch, aufgrund des Einflusses im Nahen Osten, wichtiger sei, auch der algerische Präsident Chadli stimme zu.
- Gleiches gelte für König Hussein, den Emir von Kuwait¹² und MP González.
- Generalsekretär Gorbatschow sei ebenfalls grundsätzlich einverstanden, in dieser Richtung diplomatische Anstrengungen zu unternehmen. Er wolle darüber im einzelnen noch mit seinen Leuten sprechen (er sagte nicht: Warten Sie meine Antwort ab).
- Am 20.4. wolle er noch mit MP De Mita und König Hassan sprechen.
- Auch der VN-Generalsekretär habe sich zustimmend geäußert – er sei im Nahen Osten sehr geachtet, auch bei Präsident Assad.

Er werde öffentlich machen, mit wem er und mit welchem Ergebnis er gesprochen habe, um seiner Aktion Nachdruck zu verleihen. Selbst wenn die USA und die SU sich zögerlich verhalten würden, könnten sie den in Gang gekommenen Prozeß nicht mehr stoppen. Die USA befürchteten – ohne dies laut zu sagen –, daß auf diesem Wege nach Syrien auch die Rolle Israels im Libanon „internationalisiert“ werde. Kernproblem sei Syrien, das historische Rechte auf den Libanon – wie auf Israel – geltend mache. Die Syrer betonten zudem, daß die Christen sie zum Schutz gegen die Palästinenser ins Land gerufen hätten. Nur: Der erste Christ oder Moslem, der offen dagegen etwas sage, werde von den Syrern erschossen.

Die Lage vor allem der christlichen Bevölkerung werde von Tag zu Tag schlimmer. F habe daher aus humanitären Gründen verschiedene Aktionen eingeleitet.

Der *Bundeskanzler* sagt dem Präsidenten die Unterstützung der Bundesregierung zu seinem Plan zu. Wenn er darüber hinaus hilfreich sein könne, bitte er um Nachricht.

4) Entwicklung in Polen

Der *Bundeskanzler* verweist auf die gemeinsame Erklärung vom 6. April¹³, die in Warschau positiv aufgenommen worden sei. Auch US-Präsident Bush habe sich inzwischen dieser Bewertung angeschlossen, er werde wahrscheinlich im Juli nach dem Wirtschaftsgipfel¹⁴ Warschau besuchen.¹⁵

Der *Bundeskanzler* verweist auf das starke Interesse in Polen eines Neuanfangs mit der Bundesrepublik Deutschland. Er sehe beim derzeitigen Stand der Gespräche von MD Teltschik gute Chancen, zu einem vernünftigen Ergebnis zu kommen. Er beabsichtige – voraussichtlich im Sommer –, nach Polen zu reisen¹⁶, um die Vereinbarungen zu unterzeichnen. Wir sollten gemeinsam alle Chancen nutzen, um die Entwicklung in Polen wie in Ungarn zu unterstützen – die erheb-

¹² Dschabir al-Ahmad al-Dschabir al-Sabah.

¹³ Für den Wortlaut der Gemeinsamen Erklärung des *Bundeskanzlers* Kohl und des französischen Staatspräsidenten Mitterrand vom 6. April 1989 zum Abschluß der Verhandlungen am „Runden Tisch“ in Polen vgl. LA POLITIQUE ÉTRANGÈRE 1989 (März/April), S. 48.

¹⁴ Zum Weltwirtschaftsgipfel vom 14. bis 16. Juli 1989 in Paris vgl. Dok. 231.

¹⁵ Der amerikanische Präsident Bush besuchte Polen vom 9. bis 11. Juli 1989.

¹⁶ Zum Stand der Vorbereitungen eines Besuchs von *Bundeskanzler* Kohl in Polen vgl. Dok. 83, Anm. 18.

liche Bedeutung für die DDR und die ČSSR habe. Frankreich und die Bundesrepublik Deutschland sollten sich dabei so eng wie möglich abstimmen.

Der *Präsident* nimmt das Angebot des Bundeskanzlers dankend an, daß MD *Teltschik* den Elysée kurz vor Reise des Präsidenten nach Polen im Juni¹⁷ über den Stand unserer Verhandlungen eingehend unterrichtet.

Auf Bitten des Bundeskanzlers berichtet MD *Teltschik* kurz über den Stand der Verhandlungen, in denen entscheidende Fortschritte erreicht worden seien. Polen sei bereit, umfassend die kulturellen Rechte der Deutschen zu garantieren – bis vor sechs Monaten hätten die Polen die Existenz von Deutschen überhaupt abgestritten. Die polnische Regierung sei über den positiven Ausgang der Gespräche am Runden Tisch¹⁸ erleichtert. Gemeinsame Sorge von Regierung, Partei, Kirche und Opposition sei die negative Wirtschaftslage, wobei selbst von der KP Wałęsa als der einzige angesehen werde, der in der Lage sei, die Opposition zu kanalisieren.

5) Wirtschaftsgipfel Paris

Der *Bundeskanzler* spricht kurz die laufende Vorbereitung des Wirtschaftsgipfels an und betont die Notwendigkeit, in der Umweltproblematik vorwärtsweisende Erklärung zu erreichen. Diese sei gerade auch im Zeichen der 200-Jahr-Feiern der Französischen Revolution und der Menschenrechte¹⁹ von symbolischer Bedeutung: 200 Jahre Menschenrechte, jetzt Recht auf Umwelt.

Der *Präsident* unterstützt diesen Ansatz und betont, daß die Arbeiten in diese Richtung gingen.

6) Europapolitik

a) Währungspolitik

Der Präsident verweist darauf, daß der Delors-Bericht²⁰ in den großen Linien in die Richtung gehe, die der Bundeskanzler und er in Günzburg²¹ positiv bezeichnet haben.

Der *Bundeskanzler* schließt sich dieser Beurteilung an, der Bericht gehe in der Tat in eine Richtung, die wir unterstützen. Kernproblem sei, was GB wirklich wolle. Wir hätten nur dann eine gute Chance, wenn wir zu elft zusammenbleiben.

Der *Präsident* stimmt dem zu. Aus seiner Sicht werde sich GB „absolut“ jeglichen Schritten vorwärts „verweigern“.

b) EG-Erweiterung

Der Präsident greift die Erweiterungsproblematik auf. Er wolle an dieser Stelle nicht auf historische Rechte eingehen. Es sei nicht weise, vor 1993 diese Fragen zu prüfen. Die Gemeinschaft sei voll damit beschäftigt, den Binnenmarkt und die begleitenden Politiken entsprechend der Einheitlichen Akte²² in die Tat umzusetzen.

17 Der französische Staatspräsident Mitterrand besuchte Polen vom 14. bis 16. Juni 1989.

18 Zu den Verhandlungen am „Runden Tisch“ in Polen vgl. Dok. 90.

19 Für den Wortlaut der Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte vom 26. August 1789 vgl. DÉCLARATIONS, S. 11–13. Für den deutschen Wortlaut vgl. REVOLUTION, S. 37–39.

20 Zum Delors-Bericht vgl. Dok. 94.

21 Für das Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem französischen Staatspräsidenten Mitterrand am 4. April 1989 vgl. Dok. 83.

22 Für den Wortlaut der Einheitlichen Europäischen Akte und der Schlußakte vom 17. bzw. 28. Februar 1986 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1986, Teil II, S. 1104–1115. Vgl. dazu ferner AAPD 1986, II, Dok. 189 und Dok. 278.

Der *Bundeskanzler* betont, daß er die Auffassung des Präsidenten teile. Wenn wir jetzt die Diskussion über diese Fragen aufnehmen, würde das dazu führen, 1992 aufzuschieben – die Gemeinschaft brauche aber ihre ganze Kraft, um das Ziel 1992 zum Erfolg zu führen, zumal der Widerstand von vielen Seiten zunehme.

c) EG-Fernsehrichtlinie

Der Präsident spricht das Zustandekommen der EG-Fernsehrichtlinie im Binnenmarkt gegen unsere Stimme an.²³ Er kenne unsere nationalen Probleme, wir dürften jedoch nicht das Ziel aus den Augen verlieren, die europäische Fernsehproduktion nachhaltig zu fördern. Mit diesem Ansatz sei doch der Bundeskanzler in Rhodos²⁴ einverstanden gewesen; auch MP De Mita habe seine ablehnende Haltung geändert.

Auf Bitten des Bundeskanzlers erläutert VLR I *Bitterlich* die deutsche Haltung im Rat vor dem Hintergrund der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts²⁵ und der Kompetenzen der Bundesländer, insbesondere die Haltung zur Quotenproblematik und zur Definition des europäischen Werkes.

Der *Präsident* verweist darauf, daß er entgegen des ausdrücklichen Petitums der französischen – wie deutschen – Künstler und Produzenten und auch der französischen Ministerien, die eine Quote von 60% zugunsten der europäischen Werke gefordert hätten, nicht die Haltung Fs geändert und damit dem Kompromiß zugestimmt habe. In bezug auf die deutschen Bedenken habe er nichts dagegen, daß man die Definition des europäischen Werkes offener gestaltet, um alle Länder Osteuropas von vorneherein einzubeziehen.

²³ Ministerialdirigent Grünhage, Brüssel (EG), berichtete am 13. April 1989 über die EG-Ratstagung auf der Ebene der für den Binnenmarkt zuständigen Minister am selben Tag in Luxemburg: „Der Rat legte – nicht unerwartet – gegen die Stimmen von D, DK und B mit qualifizierter Mehrheit den Gemeinsamen Standpunkt zur R[icht]L[inie] fest (erste Lesung). [...] Von unseren drei essentials konnte mit dem völligen Ausschluß des Rundfunkwesens und der RL-Beschränkung auf den Fernsehsektor lediglich eines in vollem Umfang durchgesetzt werden.“ Zur Frage einer Quote laute die Einigung: „Die MS achten im Rahmen des praktisch Durchführbaren und mit angemessenen Mitteln darauf, daß die Fernsehveranstalter den Hauptanteil ihrer Sendezeit ... der Sendung von europäischen Werken ... vorbehalten“. Unser weitergehendes Anliegen einer völlig zweifelsfreien Interpretation der Quotenregelung als nicht einklagbarer Rechtspflicht der MS fand, nicht zuletzt auch mangels Unterstützung seitens KOM, keine Mehrheit. Zu unserem dritten essential (Definition ‚europäische Werke‘) stimmte der Rat der von uns gewünschten Einbeziehung von DDR-Werken zu. Vor allem an der fehlenden Bereitschaft des Vorsitzes scheiterte aber unser weiteres Anliegen, die Werke aus osteuropäischen Ländern [...] gleichrangig in die RL einzubeziehen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1152; Referat 410, Bd. 160939.

²⁴ Auf Rhodos fand am 2./3. Dezember 1988 die Tagung des Europäischen Rats statt. Vgl. dazu AAPD 1988, II, Dok. 353.

²⁵ Für den Wortlaut des Urteils vom 11. April 1989 vgl. ENTScheidungen des BUNDESVERFASSUNGSGERICHTS, Bd. 80, S. 74–81.

Vortragender Legationsrat I. Klasse Kudlich vermerkte am 12. April 1989, das Bundesverfassungsgericht habe den Antrag des Freistaates Bayern abgelehnt, „der Bundesregierung durch eine Einstweilige Anordnung zu untersagen, auf dem Binnenmarkt-Rat am 13. April 1989 dem Gemeinsamen Standpunkt zur EG-Rundfunkrichtlinie (RL) zuzustimmen [...]. In der mündlichen Verhandlung behauptete Bayern, daß seine Kompetenzen im Bereich des materiellen Rundfunkrechts verfassungswidrig beschnitten würden, wenn die Bundesregierung dem Gemeinsamen Standpunkt zustimme. Das Grundgesetz decke nicht die Übertragung rundfunkrechtlicher Kompetenzen auf die Europäische Gemeinschaft. Die Übertragung dieser Kompetenzen auf die EG unter dem Gesichtspunkt des wirtschaftlichen Charakters von Rundfunksendungen (z. B. Werbung) führe zu einer Aushöhlung der Länderkompetenzen“. Vgl. Referat 410, Bd. 160939.

Der *Bundeskanzler* sagt zu, auch mit Blick auf die zweite Lesung im Rat²⁶ die Angelegenheit mit StM Dr. Stavenhagen aufzunehmen.

II. Gespräch am 20. April 1989, 8.45–9.55 Uhr

1) Vorbereitung Verteidigungsrat

MD *Teltschik* berichtet, daß die Arbeitsgruppe bei der Prüfung des Entwurfs einer Vereinbarung über die Nuklearkonsultationen gestern abend gut vorangekommen sei, man aber in einigen Punkten noch die Experten beider Seiten befragen wolle. Er habe mit Hubert Védrine vereinbart, dem Präsidenten und dem Bundeskanzler den überarbeiteten Entwurf nach Abschluß dieser Prüfung erneut vorzulegen. Finalisierung könne dann bei dem nächsten Treffen des Präsidenten und des Bundeskanzlers²⁷ erfolgen.

2) Deutsch-französischer Kulturfernsehkanal

Auf Bitten des Präsidenten erläutert Madame *Guigou* den Sachstand nach dem Gespräch von MP Späth und Kulturminister Lang am Vortage²⁸. Auf deutscher Seite bestünden Finanzierungsprobleme, da beide Fernsehkanäle sich weigerten, einen Teil der letzten Gebührenerhöhung für dieses deutsch-französische Projekt von hoher symbolischer Wirkung bereitzustellen.

Der *Bundeskanzler* verweist darauf, daß seine Mitarbeiter ihm diesen Sachstand heute morgen vorgetragen hätten. Er werde diese Angelegenheit nach Rückkehr in Bonn aufnehmen und den Ministerpräsidenten klar sagen, daß er diese Haltung nicht akzeptieren könne.

3) Vorvereinbarung Cogema–VEBA

Der *Präsident* teilt dem Bundeskanzler mit, daß Industrieminister Fauroux den Vorsitz der Gruppe auf französischer Seite übernehmen würde. Ihr würden ferner angehören:

- Herr Lévy: Direktor für Energie im Industrieministerium, der sieben Jahre sein persönlicher Mitarbeiter gewesen sei,

²⁶ Ministerialdirigent Trumpf notierte am 18. Mai 1989, die Bundesregierung habe nicht vorhersehen können, daß „der vom Binnenmarkt-Rat am 13.4.1989 festgelegte Gemeinsame Standpunkt gemäß Art. 149 Abs. 2b EWG-Vertragl mit einer Darlegung der Gründe sowie dem Standpunkt der KOM noch am selben Tage dem EP zugeleitet wurde, das EP schon vor formeller Bekanntgabe des Gemeinsamen Standpunktes durch den EP-Präsidenten bereits am 18.4.89 die Beratungen im Rechts- und Wirtschaftsausschuß aufnehmen und am 20.4.89 abschließen würde“, so daß eine abschließende Ratsbefassung (zweite Lesung) noch im Juni 1989 möglich sein könnte. Bei diesem Ablauf habe das Bundesverfassungsgericht zeitlich keine Möglichkeit mehr, „das Verhalten der Bundesregierung bezüglich der R[icht]L[inie] noch bestimmend zu beeinflussen“. Die Bundesregierung wolle alle Anstrengungen unternehmen, „daß die zweite Lesung im Rat nicht vor September 1989 stattfindet“. Vgl. Referat 410, Bd. 160940.

²⁷ Bundeskanzler Kohl und der französische Staatspräsident Mitterrand trafen am 22. Juni 1989 in Paris zusammen. Vgl. dazu DEUTSCHE EINHEIT, Dok. 8.

²⁸ Vortragender Legationsrat Merkel vermerkte am 26. April 1989: „Das Projekt eines d[eu]t[schl]-fr[an]zösischen Kulturfernsehprogramms stand im Mittelpunkt des Gesprächs MP Späth/Kulturminister Lang am 19.4. und auch des Kulturfrühstücks am 20.4. Französische Seite insistierte auf baldige positive deutsche Entscheidung. Finanzierung und vorgesehener Satellitenkanal könnten nur bis Jahresende 1989 gesichert werden. Anzustreben sei eine einheitliche dt.-frz. Gesellschaft mit Programm-autonomie und eigener Produktion. MP Späth erläuterte Tauziehen um Finanzierung aus Gebühren-aufkommen. Anstalten wollten nicht akzeptieren, daß Teil der letzten Gebührenerhöhung für das Projekt bestimmt sei [...]. Anstalten müßten durch Alternativen unter Druck gesetzt werden, dabei eine einheitliche Front der Ministerpräsidenten aufgebaut werden. Anstalten und Länder befürchteten, daß mit supranationalem dt.-frz. Fernsehen Fernsehhoheit der Länder und Anstalten ausgehöhlt werde.“ Vgl. B 97 (Referat 610), Bd. 526.

- Herr Teillac, Hochkommissar für Energie,
- Herr Dufourcq, Politischer Direktor des Quai d'Orsay,
- Herr Lalonde, Staatssekretär für Umwelt.

Der *Bundeskanzler* bestätigt nochmals, daß auf unserer Seite BM Töpfer den Vorsitz übernehmen würde. Er regt an, daß sich BM Töpfer und Minister Fauroux vor dem ersten Zusammentreffen der Gruppe vertraulich treffen, um eine gute Vorbereitung zu gewährleisten. Der Gruppe würden weiterhin die Staatssekretäre des AA, BMFT, BMWi sowie ein Vertreter Bayerns angehören. Er schlägt vor, die Minister Fauroux und Töpfer zuzuziehen, um in deren Beisein den Entwurf der Gipfelerklärung zu besprechen.

Der *Präsident* stimmt dem zu.

4) Strengere Abgaswerte für Kraftfahrzeuge

Der *Präsident* greift die Diskussion um schadstoffarme PKWs auf, in der die Bundesrepublik „Antreiber“ sei. Er stimme unserer Ausrichtung grundsätzlich zu. Es sei auch wichtig, die Industrie zu den entsprechenden Schritten anzuhalten. Nur: „Dies alles sei nicht in drei Monaten zu bewerkstelligen“, vor allem bei den Kleinwagen. Von den großen französischen Automobilherstellern habe sich Renault zum Katalysator bekannt, Peugeot sei bremsend – er habe aber bereits Peugeot öffentlich desavouiert. Man wolle rasch vorgehen, wobei Frankreich und Deutschland möglichst eng zusammenbleiben sollten. Dabei dürften aber keine Wettbewerbsvorteile zugunsten Deutschlands entstehen. Der Automobilsektor habe einen erheblichen Anteil am französischen Handelsbilanzdefizit, das Ungleichgewicht mit Deutschland würde ohne den Automobilsektor nicht bestehen.

Der *Bundeskanzler* stimmt der grundsätzlichen Ausrichtung des Präsidenten zu und betont, daß ihm das Verhalten von Peugeot unverständlich sei. Es habe der Marke in Deutschland geschadet. Renault sei der deutschen Linie gefolgt, die Erfolge bei uns bewiesen die Richtigkeit des Ansatzes.

5) Wirtschaftsgipfel Paris

Der Bundeskanzler kommt auf die Vorbereitung des Wirtschaftsgipfels zurück und spricht die Verschuldungsfrage an. In bezug auf den Brasilien-Kredit²⁹ scheine die Weltbank nunmehr an Umwelt-Auflagen zu denken. Dies sei für ihn sehr wichtig.

Der *Präsident* stimmt dem zu und betont, man werde darauf abzielen, einen Internationalen Fonds zu schaffen. Umstritten sei die Finanzierung, ob über Sonderziehungsrechte oder in anderer Form. Jedenfalls müsse dieser für alle Schwellenländer gelten – leider würden die USA nur auf die drei bis vier Länder, ihre Klientel, abzielen, aber sie begännen, ihre Haltung zu überdenken. Sie wären zudem in der Umweltfrage nicht so problembewußt wie die Europäer.

6) Zusammenarbeit bei der friedlichen Nutzung der Kernenergie (Vorvereinbarung Cogema–VEBA)

Im Beisein der Minister Fauroux und Töpfer wird der von den beiden Ministern erarbeitete Textentwurf einer gemeinsamen Erklärung ausführlich diskutiert und überarbeitet.

²⁹ Zur Haltung der Bundesregierung zu einem Kredit der Weltbank für Brasilien vgl. Dok. 32, Anm. 28.

Wesentliche Sachanliegen waren dabei

- für die französische Seite: Vermeidung des Eindrucks der Einmischung in die innerdeutsche Diskussion um Wackersdorf – bereinigt durch neutrale Formulierung;
- für die deutsche Seite: Betonung, daß beide Regierungen an der Kernenergie festhalten und grundsätzlich die Absicht haben, Anlagen in beiden Ländern zu erstellen bzw. zu unterhalten – durch Textüberarbeitung erfüllt.
- Versuch der französischen Seite, in die Problemschau die Frage der französischen Stromlieferungen ausdrücklich aufzunehmen, wurde von uns zurückgewiesen, statt dessen neutralerer Ausdruck „Energiepolitik in allen ihren Aspekten“.

Endfassung des Textes in deutscher und französischer Sprache wurde anschließend parallel zur Sitzung des Verteidigungsrates in kleiner Arbeitsgruppe, bestehend aus den beiden Ministern und Mitarbeitern des Präsidenten und des Bundeskanzlers, erarbeitet. Text ist als Anlage beigelegt.³⁰

Bundesarchiv, B 136, Bd. 33981

107

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats von Morr

201-360.92 FRA-365/89 geheim

19. April 1989¹

Betr.: Deutsch-französische Konsultationsvereinbarung zum möglichen Einsatz französischer prästrategischer nuklearer Waffen

Anlg.: 1²

1) Auf Weisung des Generalinspekteurs der Bundeswehr, Admiral Wellershoff, unterrichtete Oberst i. G. Fischer (Referatsleiter Militärpolitik im FüS des BMVg) am 18.4.1989 D2³ über den Stand der Konsultationen mit F in Ausfüllung der Erklärung des französischen Staatspräsidenten vom 28.2.1986:

³⁰ Für die deutsch-französische Gemeinsame Erklärung zur Zusammenarbeit bei der friedlichen Nutzung der Kernergnergie vom 20. April 1989 vgl. Bundesarchiv, B 136, Bd. 33981.
Für den Wortlaut der Erklärung vgl. auch BULLETIN 1989, S. 314.

¹ Vortragender Legationsrat von Morr leitete die Aufzeichnung an Ministerialdirektor Kastrup „zur Billigung“.

Hat Kastrup am 19. April 1989 vorgelegen.

Hat Vortragender Legationsrat I. Klasse Mütselburg am 21. April 1989 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Elbe sowie an Referat 201 verfügte und handschriftlich vermerkte: „Original hat BM bei d[eut]t[sch]-fr[an]z[ö]sischem] Gipfel vorgelegen.“

Hat Elbe vorgelegen.

Hat Legationsrat I. Klasse Haller am 26. April 1989 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Dreher, Vortragenden Legationsrat Gröning sowie die Legationsräte I. Klasse Beck und Hoffmann verfügte.

Hat Dreher, Gröning, Beck und Hoffmann vorgelegen.

² Dem Vorgang beigelegt. Vgl. Anm. 7.

³ Dieter Kastrup.

„Der Präsident der Französischen Republik erklärt sich bereit, den Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland über den eventuellen Einsatz der prästrategischen französischen Waffen auf deutschem Gebiet zu konsultieren, und zwar in den Grenzen der außerordentlichen Schnelligkeit, mit der solche Entscheidungen zu treffen sind.

Er ruft in Erinnerung, daß in dieser Sache Entscheidungen nicht teilbar sind.

Der Präsident der Französischen Republik weist darauf hin, daß er mit dem Bundeskanzler⁴ der Bundesrepublik Deutschland beschlossen hat, die technischen Voraussetzungen für eine sofortige und sichere Konsultation in Krisenzeiten zu schaffen.“⁵

Mit den erforderlichen Konsultationen seien Generalinspekteur und französischer Generalstabschef beauftragt worden, die unmittelbar dem Bundeskanzler und dem französischen Staatspräsidenten zu berichten hätten.

2) Während die erforderlichen technischen Einrichtungen seit einem Jahr im Kanzleramt und im Elysée-Palast existierten, seien die Konsultationen in der Sache mit F zäh verlaufen. Erst jetzt liege der Entwurf einer Vereinbarung vor, der sich inhaltlich weitgehend an den GPG der NATO⁶ orientiere. Das Ergebnis sei in einem Schreiben des Generalinspekteurs an den Bundeskanzler enthalten (Kopie des Schreibens anliegend⁷). Den Text des Vereinbarungsentwurfs über gab Oberst Fischer lediglich zur kurzen Durchsicht an D2, händigte ihn jedoch nicht aus. Er führte ergänzend aus:

- Der Entwurf enthalte einen Klammersatz, wonach die Stationierung französischer prästrategischer nuklearer Waffen auf deutschem Boden nicht nur der vorherigen Unterrichtung durch F, sondern der ausdrücklichen Zustimmung der deutschen Seite bedürfe. Die Klammer müsse noch aufgelöst werden. Dies solle bei einem Vier-Augen-Gespräch Präsident–Bundeskanzler beim deutsch-französischen Gipfel am 19./20.4.1989⁸ geschehen.
- Die deutschen Anliegen seien in der Vereinbarung festgeschrieben worden; sie griffen über die unklar formulierte Konsultationszusage des französischen Präsidenten vom Februar 1986 hinaus. In den Anstrichen auf Seite 2 des Schreibens des Generalinspekteurs an den Bundeskanzler seien die wichtigsten Punkte enthalten, in denen wir unsere Petita durchgesetzt hätten. Wichtig sei vor allem:
 - eine Konsultation über den Gesamteinsatz prästrategischer Nuklearwaffen – d.h. keine Beschränkung auf Territorium der Bundesrepublik Deutschland;
 - politische Zielsetzung des Nukleareinsatzes; Zielplanung unter primär politischen Gesichtspunkten. Teilweise sei die Vereinbarung mit F noch günstiger als die Formulierung in den GPG.

⁴ Korrigiert aus: „daß der Bundeskanzler“.

⁵ Vgl. BULLETIN 1986, S. 180. Zu den deutsch-französischen Konsultationen am 27./28. Februar 1986 in Paris vgl. ferner AAPD 1986, I, Dok. 61.

⁶ Zu den General Political Guidelines der NATO vgl. Dok. 92, Anm. 25.

⁷ Dem Vorgang beigelegt. Für das Schreiben des Generalinspekteurs der Bundeswehr, Wellershoff, vom 30. März 1989 an Bundeskanzler Kohl vgl. VS-Bd. 12183 (201).

⁸ Vgl. das Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem französischen Staatspräsidenten Mitterrand am 20. April 1989 in Paris; Dok. 106.

- Umgehend nach der Einigung Bundeskanzler/Präsident im Vier-Augen-Gespräch erhalte der Bundesminister des Auswärtigen ein Exemplar des Entwurfs. Entsprechend werde auf französischer Seite verfahren, auch dort sei bislang der Außenminister noch nicht befaßt.
 - Danach solle die Vereinbarung dem Deutsch-Französischen Rat für Verteidigung und Sicherheit zur billigenden Kenntnisnahme vorgelegt werden. Dies solle jedoch noch nicht bei der konstituierenden Sitzung des Rates am 20.4.⁹ geschehen, sondern erst bei der nächsten Sitzung. Über die Form müsse noch entschieden werden. An eine förmliche Signatur sei nicht gedacht, man könne wie bei den GPG verfahren, die im Konsultationsverfahren zustande gekommen und abschließend von der NPG gebilligt worden seien.
- 3) D2 erklärte, daß es wichtig sei, BM so umfassend und präzise wie möglich zu unterrichten. Daher sähen wir der Übermittlung des Textes des Entwurfs entgegen. Im übrigen betrachte er die Unterrichtung als eine erste Information des AA zur Unterrichtung des BM; sie nehme die politische Entscheidung des Bundeskabinetts in der Sache nicht vorweg¹⁰.

Morr

VS-Bd. 12183 (201)

108

Sitzung des Ratskomitees des Deutsch-Französischen Rats für Verteidigung und Sicherheit in Paris

VS-NfD

20. April 1989¹

53. deutsch-französische Konsultationen am 19./20. April 1989 in Paris²;
hier: Ratskomitee-Treffen am 20. April, 8.30 Uhr–9.20 Uhr

1) Nach der Begrüßung stellte AM *Dumas* heraus, daß das Vierertreffen/erste Ratskomitee-Treffen neue Qualität in die deutsch-französischen sicherheitspoliti-

⁹ Die erste Sitzung des Deutsch-Französischen Rats für Verteidigung und Sicherheit fand am 20. April 1989 in Paris statt. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Generalmajors Naumann, Bundesministerium der Verteidigung, vom 11. Mai 1989; Referat 201, Bd. 151187.

Vgl. dazu auch die Sitzung des Ratskomitees des Deutsch-Französischen Rats für Verteidigung und Sicherheit am 20. April 1989 in Paris; Dok. 108.

¹⁰ Der Passus „sie nehme ... vorweg“ wurde von Ministerialdirektor Kastrup wie folgt geändert: „sie könne nicht als Abstimmung mit dem AA angesehen werden und nehme die politische Entscheidung des Bundesministers nicht vorweg“.

¹ Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Referat FüS III 1 des Bundesministeriums der Verteidigung am 24. April 1989 gefertigt und innerhalb des Bundesministeriums der Verteidigung verteilt. Dazu wurde vermerkt: „1) Beiliegend wird der durch StS Dr. Pfahls gebilligte Protokollvermerk des ersten Treffens des Ratskomitees des Deutsch-Französischen Rats für Verteidigung und Sicherheit übersandt. 2) Die Kenntnis des Vermerks soll auf den Empfängerkreis beschränkt bleiben; eine evtl. Weitergabe ist mit FüS III 1 abzustimmen.“

Hat Ministerialdirigent Hofstetter am 17. Mai 1989 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Von H[errn] Schweinsteiger unter der Hand erhalten am 17.5. (hat RL vorgelegen).“ Vgl. den Begleitvermerk; Referat 201, Bd. 151187.

² Zu den deutsch-französischen Konsultationen vgl. Dok. 106 und Dok. 109.

schen Konsultationen bringe. Die Einrichtung des Rats eröffne Perspektiven zu weiterer intensiver und tieferer Zusammenarbeit und Abstimmung.

Bezogen auf die Tagesordnung des ersten Ratstreffens stellte AM Dumas fest, daß unter Tagesordnungspunkt I. zunächst die Ernennung des Sekretärs und seines Stellvertreters anstünde. Die Bundesrepublik Deutschland habe GenMaj Naumann vorgeschlagen, die französische Seite Monsieur Dufourcq; gegen beide Vorschläge bestanden keine Einwände, so daß die Ernennung im Rat vorgeschlagen werden könne.

2) Auch über die Zusammensetzung des Ständigen Sekretariats in Paris sei Einigung erzielt worden, so seien die beiden diplomatischen Vertreter BR I Dr. Hilger und von französischer Seite Monsieur Bossière; die beiden Militärs seien von französischer Seite Oberst Gosset und von deutscher Seite Oberstleutnant i. G. Zimmermann. Auch diese Vorschläge wären einvernehmlich und könnten dem Rat zur Genehmigung unterbreitet werden.

3) AM *Genscher* begrüßt die Schnelligkeit der Umsetzung der Beschlüsse vom 22. Januar 1988³, was zeige, daß die deutsch-französischen Beziehungen in ein neues Stadium treten würden, und stimmt den Vorschlägen/Entschließungsanträgen in vollem Umfang zu.

4) Zum Bericht des Ausschusses an Ratskomitee und Rat über Stand und Perspektiven der deutsch-französischen sicherheitspolitischen Zusammenarbeit⁴ führt AM *Dumas* aus, daß der Bericht an den Rat einschließlich der von deutscher Seite gewünschten Ergänzungen zum gemeinsamen Sicherheitsraum angenommen sei und der Bericht im Rahmen der Tagesordnung (TOP II) dem Rat ebenfalls zur billigen Kenntnisnahme vorgelegt werden könne. Auf Intervention VM *Chevènement* wurde auf Seite 3 des Berichts bei der Auflistung der bestehenden Rüstungskooperationsvorhaben das Vorhaben KZO⁵/Brevel hinzugefügt.

5) Die Billigung der Einsatzweisung für die deutsch-französische Brigade⁶ wurde nur gestreift; nach Einigung der VM am 19.4.1989 steht der Billigung durch den Rat nichts im Wege.

6) Zum Tagesordnungspunkt III (Fragen der Verteidigung und Abrüstung) wurde ausgeführt, daß der Rat sich in bezug auf den bevorstehenden NATO-Gipfel am 29./30. Mai 1989⁷ insbesondere mit der SNF-Problematik befassen könne, hier wäre evtl. ein Meinungsaustausch des Staatspräsidenten⁸ und des Bundeskanz-

³ Mit Protokollen vom 22. Januar 1988 zum Vertrag vom 22. Januar 1963 zwischen der Bundesrepublik und Frankreich über die deutsch-französische Zusammenarbeit wurde die Schaffung eines Verteidigungs- und Sicherheitsrats sowie eines Finanz- und Wirtschaftsrats beschlossen. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1988, II, S. 1152–1156. Vgl. dazu ferner AAPD 1988, I, Dok. 4 und Dok. 32.

⁴ Für den undatierten „Bericht an den deutsch-französischen Verteidigungs- und Sicherheitsrat“ vgl. Referat 201, Bd. 151187.

⁵ Kleinfluggerät-Zielortung.

⁶ Für die „Durchführungsbestimmungen für Einsatz, Führung und Ausbildung der Deutsch-Französischen Brigade“, die vom Generalinspekteur der Bundeswehr, Wellershoff, und dem Generalstabschef der französischen Streitkräfte, Schmitt, am 20. April 1989 in Paris unterzeichnet wurden, vgl. VS-Bd. 12183 (201).

⁷ Zur NATO-Gipfelkonferenz in Brüssel vgl. Dok. 153, Dok. 154 und Dok. 156.

⁸ François Mitterrand.

lers möglich; AM *Dumas* stellte die Frage, ob deutscherseits hier Fortschritte erzielt worden seien.

VM *Chevènement* fügte hinzu, daß er aufgrund seiner Gespräche in Moskau⁹ den Eindruck gewonnen habe, die Sowjetunion werde versuchen, alle Bereiche gleichzeitig anzusprechen, sowohl den Bereich der nuklearen Kurzstreckenwaffen als auch den Bereich von Luftstreitkräften, Seestreitkräften und konventionellen Streitkräften.

Dieses entspräche nicht der Logik, die geböte, zunächst die konventionelle Komponente und die dort beinhaltete Angriffsfähigkeit, insbesondere hinsichtlich gepanzerter Verbände sowie der Artillerie, der Logistik, der Übersetzkapazitäten, anzusprechen und erst später die anderen Bereiche einzubeziehen.

Seine Gespräche mit VM Jasow hätten ergeben, daß die Sowjetunion tatsächlich schnell (im Laufe der nächsten zwei Jahre) 500 000 Mann abbauen möchte, jedoch die größere Schwierigkeit in der Reorganisation der auf Rüstung ausgerichteten Industrie sieht. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt liegt der Prozentsatz in der Industrie bei 60 zu 40 % zugunsten der Militärproduktion; bis 1995 wolle die Sowjetunion diesen Prozentsatz umkehren.

Ihm komme es darauf an, darauf hinzuweisen, daß insbesondere bei nuklearen Waffen (SNF) die geographische Asymmetrie in Europa beachtet werden müsse; solange ein konventionelles Ungleichgewicht bestehe, müssen SNF sein, um kriegsverhindernd zu wirken. Hier komme den SNF im Instrumentarium der Abschreckung eine besondere Bedeutung zu. Aus seiner Sicht sei Abschreckung ein schlechtes Wort, der französische Terminus „dissuasion“, der in der deutschen Übersetzung eher „abraten“, „abhalten“ bedeuten würde, sei besser.

AM *Genscher* erwiderte, daß er kein Problem mit dem Terminus „Abschreckung“ habe, denn schließlich solle vor dem Krieg abgescreckt werden, der schrecklich genug sei. Er sei nicht einverstanden mit der Darstellung, daß nur SNF die Abschreckung sicherstellen würden.

Hierauf intervenierte VM *Chevènement*, er habe nicht ausgeführt, daß nur SNF abschrecken würden, sondern daß SNF bis zu einem gewissen Grade für eine glaubhafte Abschreckung notwendig seien.

AM *Genscher* führte aus, es komme für ihn darauf an, zu klären, wer abgeschreckt werden solle, und dies sei der potentielle Angreifer. Frankreich solle sein Hauptgewicht mehr auf die strategischen Systeme legen, um den Willenträger einer möglichen Aggression auf seinem Territorium zu erreichen. Nur dann könne Abschreckung auch funktionieren, und jede – auch augenzwinkernde – Übereinstimmung der Supermächte, einen möglichen Konflikt zu regionalisieren, wäre ausgeschlossen.

Das Mandat von Wien¹⁰ müsse beibehalten werden. Er sehe keinen Erfolg, wenn man alles gleichzeitig verhandeln wolle. Der westliche Vorschlag¹¹ sei nachvollziehbar, in sich schlüssig und logisch, zunächst müsse die Invasionsfähigkeit

⁹ Der französische Verteidigungsminister *Chevènement* besuchte die UdSSR vom 3. bis 7. April 1989.

¹⁰ Zum Mandat für Verhandlungen über konventionelle Streitkräfte in Europa (VKSE) vgl. Dok. 13.

¹¹ Für den Wortlaut des VKSE-Vorschlags der NATO-Mitgliedstaaten vom 9. März 1989 vgl. VERTRAG ÜBER KONVENTIONELLE STREITKRÄFTE, S. 471–475. Vgl. dazu auch Dok. 74.

abgebaut werden, dann könne man später über Luftfahrzeuge und andere Systeme verhandeln.

Die geographische Disparität der beiden Bündnissysteme müsse berücksichtigt werden; der Ansatz, vom Atlantik zum Ural einen geschlossenen Sicherheitsraum zu sehen, sei für ihn besonders wichtig, und er könne es nicht akzeptieren, daß nur Zentraleuropa als Raum für Reduzierungen herausgegriffen werde; es könne keine Zonen mit unterschiedlichen Sicherheitsstandards geben. Deshalb müßten die Verhandlungen in Wien entsprechend dem Mandat geführt werden.

Staatssekretär *Dr. Pfahls* ergänzte nach Zustimmung zu den Ausführungen des Außenministers; dabei stellte er den Aspekt der Invasionsfähigkeit besonders heraus. Er machte erneut deutlich, daß insbesondere die Unauflösbarkeit des Gesamtansatzes beachtet werden müsse, Zonen unterschiedlicher Sicherheit nicht akzeptabel wären. Ein derartiger Ansatz würde zu erheblichem innenpolitischen Schaden in der Bundesrepublik führen. Er sehe durchaus einen gewissen Zusammenhang der Wiener Verhandlungen mit einer zukünftigen SNF-Struktur, jedoch seien Verhandlungen hierüber abhängig von Ergebnissen bei VKSE im konventionellen Bereich.

Der französische Verteidigungsminister *Chevènement* erläuterte, daß allein strategische Waffen nicht glaubhaft in der Abschreckung seien. Dies hätten die USA Frankreich seit 30 Jahren deutlich gesagt. Das strategische Potential gäbe zwar den letzten Ausschlag, aber die Glaubwürdigkeit der Abschreckung steht und fällt bis zu einem gewissen Punkt mit den SNF, da nur sie in der Lage seien, dem Gegner in einem bestimmten Spektrum seiner Angriffsfähigkeit starken Schaden zuzufügen, und er sehe hier insbesondere die Bedeutung beim Einsatz gegen Flugplätze, Führungseinrichtungen und gegen logistische Einrichtungen.

Außenminister *Genscher* bestätigte dies; wenn der Aggressor erwarten könne, daß sein Territorium zum Sanktuarium werde, steige auch seine Risikobereitschaft.

Die Ungewißheit über einen möglichen Einsatz müsse bleiben, nur die Ungewißheit berge Risiko und schrecke ab.

Das Vierertreffen/Ratskomitee wurde hier beendet, da die Minister zur Ratsitzung¹² in den Elysée wechseln mußten.

Referat 201, Bd. 151187

¹² Die erste Sitzung des Deutsch-Französischen Rats für Verteidigung und Sicherheit fand am 20. April 1989 in Paris statt. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Generalmajors Naumann, Bundesministerium der Verteidigung, vom 11. Mai 1989; Referat 201, Bd. 151187.

109

**Aufzeichnung des
Vortragenden Legationsrats I. Klasse Schönfelder**

412-424.01/10-4

21. April 1989¹

Von BM Genscher und StM'in Adam-Schwaetzer noch nicht gebilligt

Betr.: Deutsch-französische Konsultationen am 19./20. April 1989²;
hier: Europapolitische Themen

1) Europapolitische Themen wurden (soweit RL 412³ anwesend) zwischen den beiden Europa-Staatsministerinnen Adam-Schwaetzer und Cresson (anwesend auch Staatsminister Stavenhagen), bei den Konsultationen der Außenminister⁴, beim „Wirtschaftsfrühstück“ (anwesend auf deutscher Seite BM Stoltenberg, BM Blüm, BM Töpfer, BM Haussmann, BM Warnke, StM'in Adam-Schwaetzer, StM Stavenhagen und StS Tietmeyer) und in der Plenarsitzung besprochen.

Außerdem dürften europapolitische Themen in den Gesprächen von Präsident Mitterrand und Bundeskanzler Kohl sowie in den bilateralen Gesprächen der Fachminister eine Rolle gespielt haben.

2) Im Mittelpunkt standen die Schwerpunkte der französischen Präsidentschaft⁵:

- Schaffung einer Wirtschafts- und Währungsunion,
- Steuerharmonisierung,
- soziale Dimension der Gemeinschaft.

Außerdem wurde von französischer Seite immer wieder das Thema „Straßburg“ angesprochen.

In dem Gespräch Adam-Schwaetzer/Cresson wurden außerdem folgende Themen (allerdings nur kurz) angesprochen:

- Außenbeziehungen der Gemeinschaft,
- EG-Marken- und Patentrecht,
- Schengener Abkommen⁶.

¹ Ablichtung.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Schürmann am 21. April 1989 vorgelegen.

² Zu den deutsch-französischen Konsultationen in Paris vgl. auch Dok. 106 und Dok. 108.

³ Wilhelm Schönfelder.

⁴ Bundesminister Genscher und der französische Außenminister Dumas sprachen am 19. April 1989 in Paris ferner über Fragen der Abrüstung und Rüstungskontrolle, vor allem die VKSE, über die Lage im Libanon, im Iran und im Sudan, über die Ost-West-Beziehungen, insbesondere die Entwicklung in Polen, in der UdSSR und in Rumänien, sowie über die Konferenz über die „menschliche Dimension“ der KSZE in Paris, außerdem über bilaterale Fragen, darunter gemeinsame deutsch-französische Auslandsvertretungen und Zugverbindungen im Hochgeschwindigkeitsbereich. Vgl. dazu die Aufzeichnungen des Vortragenden Legationsrats Jess vom 21. April 1989; Referat 203 (202), Bd. 151088.

⁵ Frankreich hatte die EG-Ratspräsidentschaft vom 1. Juli bis 31. Dezember 1989 inne.

⁶ Für den Wortlaut des Übereinkommens vom 14. Juni 1985 zwischen Belgien, der Bundesrepublik, Frankreich, Luxemburg und den Niederlanden betreffend den schrittweisen Abbau von Kontrollen an den gemeinsamen Grenzen (Abkommen von Schengen) vgl. GEMEINSAMES MINISTERIALBLATT 1986, S. 79–81.

3) Die Themen im einzelnen

a) Schaffung einer Wirtschafts- und Währungsunion

Der Bericht des Delors-Ausschusses⁷ wurde allgemein positiv gewertet.

Bei den Außenministerkonsultationen kündigte StM'in Cresson an, daß die französische Präsidentschaft versuchen werde, die Dinge voranzutreiben und möglichst schon einen Zeitplan für das weitere Vorgehen festzulegen.

StM'in Adam-Schwaetzer wies darauf hin, daß der Delors-Bericht ein Ganzes darstelle und bei allen Entscheidungen das Endziel „Schaffung einer Wirtschafts- und Währungsunion“ klar sichtbar erhalten bleiben müsse.

Auf ihre Frage, ob F daran denke, durch den ER Paris⁸ eine Regierungskonferenz einberufen zu lassen, gab AM Dumas eine etwas zögernde Antwort unter Hinweis auf die bisher negative Haltung GB's. Er fragte, wie weiter verfahren werden sollte, wenn GB seine ablehnende Haltung nicht aufgebe.

BM Genscher erinnerte an den vom ER Hannover zum Ausdruck gebrachten politischen Willen.⁹ Der ER Hannover habe keine „akademische Seminararbeit“ in Auftrag gegeben.

Der ER Hannover habe an den in der EEA¹⁰ zum Ausdruck kommenden Willen der MS erinnert, eine schrittweise Verwirklichung der WWU anzustreben, und angekündigt, auf dem ER Madrid¹¹ die Mittel zur Herbeiführung dieser Union prüfen zu wollen. Im Hinblick darauf habe er dem Delors-Ausschuß die Aufgabe übertragen, die konkreten Etappen zur Verwirklichung dieser Union zu prüfen und vorzuschlagen. Dieser Aufgabe sei der Ausschuß mit seinem Bericht in vollem Umfang gerecht geworden.

In Madrid müßten deshalb konkrete Antworten gegeben werden.

Er erinnerte an den ER Mailand¹² und die dort (mit neun gegen drei Stimmen) einberufene Regierungskonferenz zur Aushandlung der EEA. Er gebrauchte das Bild des fahrenden Zuges. Ehe der letzte Wagen des Zuges vorbeigefahren sei, seien damals alle eingestiegen.

Es sei wichtig, daß auch in Madrid ein Zug losfahre – mit offenen Türen, so daß jeder, der einsteigen möchte, einsteigen könne.

Der gemeinsame Binnenmarkt werde unvollständig sein, wenn man nicht das Ziel einer gemeinsamen Währung und einer Europäischen Zentralbank konkret ins Auge fasse.

Vor dem ER Madrid sei eine Abstimmung zwischen Bonn und Paris für die einzuschlagende Strategie notwendig. Voraussetzung dafür sei, daß in beiden Regierungen bald eine Bewertung des Delors-Berichts erfolge.

⁷ Zum Delors-Bericht vgl. Dok. 94.

⁸ Die Tagung des Europäischen Rats fand am 8./9. Dezember 1989 in Straßburg statt. Vgl. dazu Dok. 405.

⁹ Auf seiner Tagung am 27./28. Juni 1988 setzte der Europäische Rat einen Ausschuß unter Vorsitz von EG-Kommissionspräsident Delors ein, der Vorschläge zur Verwirklichung einer Wirtschafts- und Währungsunion unterbreiten sollte. Vgl. dazu AAPD 1988, I, Dok. 191.

¹⁰ Für den Wortlaut der Einheitlichen Europäischen Akte und der Schlußakte vom 17. bzw. 28. Februar 1986 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1986, Teil II, S. 1104–1115. Vgl. dazu ferner AAPD 1986, II, Dok. 189 und Dok. 278.

¹¹ Zur Tagung des Europäischen Rats am 26./27. Juni 1989 vgl. Dok. 189 und Dok. 194.

¹² Zur Tagung des Europäischen Rats am 28./29. Juni 1985 vgl. AAPD 1985, II, Dok. 177.

Wichtig seien auch die Beratungen der Finanzminister auf ihrem informellen Treffen vom 19. bis 21. Mai in Verona.¹³

Die Minister stimmten überein, daß sich D und F auf Ebene der Außen- und Finanzminister abstimmen sollten.

AM Dumas schlug vor, daß D und F in Madrid gemeinsame Vorschläge vorlegen sollten, damit nicht – wie auf dem ER Mailand – beide Seiten unterschiedliche Papiere einbrächten.

BM Genscher war grundsätzlich einverstanden, meinte aber, daß vorher die spanische Präsidentschaft¹⁴ gehört werden müsse.

Bei dem „Wirtschaftsfrühstück“ unterstrich BM Stoltenberg, daß die Bundesregierung den Delors-Bericht „hoch einschätze“. Die nächsten Schritte müßten sein:

- Klärung der notwendigen kurzfristigen konkreten Vorarbeiten,
- Klärung der Voraussetzungen für Verhandlungen der Regierungen über einen neuen Vertrag,
- Klärung der Frage des möglichen Zeitpunkts für die Inkraftsetzung eines solchen Vertrages.

Die jeweiligen nationalen Regierungen sollten sehr schnell über diese Fragen beraten. Das Ziel müsse sein, schnell voranzukommen.

PM Rocard stimmte dem ausdrücklich zu.

b) Steuerharmonisierung

Die Franzosen unterstrichen eindringlich die Bedeutung, die sie der Harmonisierung der Kapitalertragssteuern beimesse.

Sowohl AM Dumas als auch PM Rocard wiesen darauf hin, daß für F die Geschäftsgrundlage für die Kapitalverkehrsliberalisierung entfalle, wenn es – z. B. durch entsprechende Beschlüsse der Bundesregierung – zu keiner europäischen Lösung komme.

BM Genscher und StM'in Adam-Schwaetzer legten bei den Außenministerkonsultationen wie auch in der Plenarsitzung dar, daß die derzeitige Diskussion in der Bundesrepublik Deutschland um die Quellensteuer ausschließlich die Zeit bis zur Einführung einer europäischen Regelung betreffe. Die Bundesregierung stehe zu ihrer politischen Verpflichtung, die sie im Rahmen der Verabschiedung der Kapitalverkehrs-Richtlinie im Juni 1988¹⁵ eingegangen sei.

Auch nach Meinung des neuen Bundesfinanzministers¹⁶ müsse eine europäische Regelung kommen.

c) Soziale Dimension der Gemeinschaft

StM'in Cresson wies darauf hin, daß die Schaffung einer sozialen Dimension der Gemeinschaft eine Priorität für Frankreich darstelle. Z. B. müßten die Rechte

¹³ Das informelle Treffen der Finanzminister der EG-Mitgliedstaaten fand in S'Agaró statt. Vgl. dazu Dok. 94, Anm. 7.

¹⁴ Spanien hatte die EG-Ratspräsidentschaft vom 1. Januar bis 30. Juni 1989 inne.

¹⁵ Für den Wortlaut der Richtlinie des Rates vom 24. Juni 1988 zur Durchführung von Artikel 67 des Vertrages (88/361/EWG) einschließlich der Anhänge vgl. AMTSBLATT DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN, Nr. L 178 vom 8. Juli 1988, S. 5–18.

¹⁶ Theo Waigel.

der Arbeiter festgeschrieben, die europäischen Arbeitsmärkte ständig beobachtet und auch im Bereich der Fortbildung Maßnahmen beschlossen werden.

Sowohl BM Genscher als auch StM'in Adam-Schwaetzer legten dar, daß aus unserer Sicht vor allem auch Regelungen im Bereich der Mitbestimmung wichtig seien. Die Gewerkschaften der einzelnen Mitgliedstaaten sollten zu diesem Thema Konsultationen aufnehmen, da sie in erster Linie betroffen seien.

Wichtig sei, daß im Sozialbereich Mindestnormen konkret und verbindlich festgelegt und formuliert würden (StM'in Adam-Schwaetzer: „Katalog sozialer Grundrechte“). Es dürften nicht nur unverbindliche politische Erklärungen abgegeben werden.

In der Plenarsitzung äußerte sich BM Blüm in ähnlicher Weise.

d) Im Gespräch StM'in Adam-Schwaetzer/StM'in Cresson wurden folgende weiteren Themen kurz angesprochen:

– Außenbeziehungen des Binnenmarkts

Es bestand Einigkeit, daß keine „Festung Europa“ entstehen dürfe. Wettbewerb von und nach draußen müsse weiter möglich sein.

Zum Stichwort Reziprozität:

Das Prinzip der Inländerbehandlung müsse durchgesetzt werden.

Einigkeit bestand weiterhin darüber, daß nicht zugelassen werden dürfe, daß andere den Vorwurf „Festung Europa“ dazu benutzten, um die Gemeinschaft z.B. bei Verhandlungen über Handelsfragen unter Druck zu setzen.

– Straßburg/Markenrecht

StM'in Adam-Schwaetzer unterstrich, daß ein EG-einheitliches Markenrecht Voraussetzung für einen funktionierenden Binnenmarkt darstelle. Sie warb nochmals für unseren Standpunkt in der Sitz-/Sprachenfrage.¹⁷

StM'in Cresson machte deutlich, daß Straßburg seine Verkehrs- und Telekommunikations-Infrastruktur erheblich verbessert habe und insofern auch für den Sitz des Markenamts in Frage komme.

Im übrigen unterstrich sie (wie auch AM Dumas in den AM-Konsultationen) eindringlich die Bedeutung, die F der Frage des Sitzes des EP in Straßburg¹⁸ beimißt.

¹⁷ Zur Frage des Sitzes und der Arbeitssprachen des geplanten Europäischen Markenamts betonte Bundesminister Engelhard in einem Schreiben vom 18. März 1989 an den Vizepräsidenten der EG-Kommission, Bangemann, daß die Bundesregierung an einer Bewerbung von München festhalte und sich dafür ausspreche, Deutsch, Englisch und Französisch zu Arbeitssprachen zu machen: „Unser Eintreten für die Dreisprachenlösung ist [...] vorrangig mit der Praktikabilität dieser Lösung, die sich im Europäischen Patentamt besonders bewährt hat, begründet.“ Vgl. Referat 410, Bd. 160956.

¹⁸ In einer Aufzeichnung des Referats 410-9 vom 18. April 1989 wurde dargelegt, die gegenwärtige Diskussion und die französischen Besorgnisse über die Zukunft Straßburgs als Arbeitsort des Europäischen Parlaments stünden im Zusammenhang mit drei Ereignissen: „1) Die Entschließung des EP vom 24.10.1985 (angenommen im Dringlichkeitsverfahren mit 116 gegen 114 Stimmen bei 12 Enthaltungen), wonach in Brüssel „der Bau eines Gebäudes zu veranlassen ist, das einen Saal mit Sitzplätzen für mindestens 600 Personen, eine Besuchertribüne und zusätzliche Einrichtungen umfaßt“. 2) Die Abweisung der Klage der Französischen Republik gegen die Entschließung des Europäischen Parlaments vom 24.10.1985 durch Urteil des Europäischen Gerichtshofs vom 22.9.1988. [...] 3) Die Vorbereitungsarbeiten an dem Bericht von MdEP Prag „über den Sitz der Organe und den Hauptarbeitsort des Europäischen Parlaments“ und die Entschließung des EP zu diesem Bericht

Sowohl StM'in Adam-Schwaetzer als auch BM Genscher (in den AM-Konsultationen) wie auch BK Kohl (in der Pressekonferenz) erklärten, daß die Bundesregierung F in der Frage des Sitzes des EP in Straßburg voll unterstützte.

- Schengener Abkommen¹⁹

Auf Frage von StM'in Adam-Schwaetzer nach einem möglichen Abschluß der Verhandlungen zum Schengener Abkommen erwiderte StM'in Cresson, daß F in dieser Frage sehr engagiert sei. Präsident Mitterrand habe persönlich Weisung gegeben, wenn irgend möglich die noch offenen Fragen fristgerecht zu lösen.

Die anstehenden Probleme seien aber noch zahlreich und auch schwierig. Z.B. werde die Frage des „hot pursuit“ über Staatsgrenzen hinweg zwar häufig pragmatisch gelöst. Notwendig sei aber eine grundsätzliche Vereinbarung.

Ähnliche Probleme gebe es bei der Frage der Kontrolle von Gebietsansässigen aus Drittländern oder auch der Bekämpfung grenzüberschreitender Kriminalität generell.

Um die Dinge voranzubringen, beabsichtige F zu dem unter seinem Vorsitz stattfindenden Schengener Treffen am 30. Juni d.J.²⁰ die Innen- und Justizminister einzuladen und sie aufzufordern, eine Lösung für die noch offenen Fragen zu finden.

Schönfelder

Referat 416, Bd. 142020

Fortsetzung Fußnote von Seite 487

vom 18.1.1989.“ Die Bundesregierung habe sich „zu der Bedeutung bekannt, die Straßburg für uns sowohl als ‚Symbol der deutsch-französischen Aussöhnung‘ als auch ‚für den laufenden Prozeß des europäischen Aufbaus‘ besitzt.“ Vgl. Referat 410, Bd. 153718.

¹⁹ Zu den Verhandlungen über einen Ergänzenden Staatsvertrag zum Übereinkommen von Schengen vgl. Dok. 147.

²⁰ Zur Tagung des Leitungsgremiums der Verhandlungen über einen Ergänzenden Staatsvertrag zum Übereinkommen von Schengen in Paris vgl. Dok. 204.

110

Aufzeichnung des Legationsrats I. Klasse Worbs**310-322.00 SYR****21. April 1989¹**Betr.: Lage im Libanon²,hier: Gespräche D3³ mit dem syrischen und dem libanesischen Botschafter am 20.4.1989

1) Der syrische Botschafter Haddad suchte Herrn D3 auf eigenen Wunsch auf, um ihm die syrische Libanon-Politik zu erläutern. Seine Regierung achte die Position der Bundesregierung, da sie – ungleich der französischen – neutral sei. Auch wenn er selbst während der Zeremonie anlässlich der Grundsteinlegung der neuen syrischen Kanzlei am 17.4. nicht über Libanon gesprochen habe, so habe er doch Verständnis für die Äußerungen von StS Sudhoff, der über die Feierlichkeit nicht die gegenwärtigen schrecklichen Verhältnisse im Libanon habe vergessen wollen.⁴ Er habe Damaskus darüber unterrichtet. Seine Regierung wolle keine Anklage wegen der syrischen Präsenz im Libanon. Die syrische Armee sei unter zwei Bedingungen jederzeit zum Rückzug aus dem Libanon bereit:

Erstens: Es müsse Frieden herrschen.

Zweitens müßten die Libanesen den Wunsch nach dem Rückzug äußern.

Für die jetzige Politik der christlichen Führung sei der Irak verantwortlich. Die Mehrheit der Christen sei gegen General Aoun und Samir Geagea, wie das Communiqué von Bkerke⁵ gezeigt habe. General Aoun müsse, um Waffenstillstand zu erreichen, Kontakt mit den Libanesen (Hoss etc.) aufnehmen. Statt dessen versuche er, die Residenz von Präsident Hoss zu bombardieren. An den Bombardierungen habe die syrische Armee nicht teilgenommen.

¹ Legationsrat I. Klasse Worbs leitete die Aufzeichnung an Ministerialdirektor Schlagintweit „m[it] d[er] B[itte] um Billigung“ sowie an Vortragenden Legationsrat I. Klasse von Hoessle.

Hat Schlagintweit und Hoessle am 21. April 1989 vorgelegen.

² Referat 310 notierte am 18. April 1989: „Seit dem 15.3.89 kommt es im Libanon zu heftigen Artillerieduellen zwischen dem christlichen Teil der Armee und der drusischen Miliz, die von der syrischen Armee unterstützt wird. Gegenwärtiger Hauptstreitpunkt ist die Kontrolle über die Häfen.“ Der christliche Landesteil sei mittlerweile „von muslimischen Kräften vollständig abgeriegelt. Seit Ostern sind Ost-Beirut und der Rest des christlichen Kantons außerdem fast ständig heftigem Artilleriefeuer muslimischer Kräfte, insbesondere Syriens, ausgesetzt. Syrien fühlt sich herausgefordert durch aggressive Erklärungen von General Aoun, den Libanon von Syrien „befreien“ zu wollen, und den christlichen Beschuß syrischer Stellungen.“ Vgl. Referat 310, Bd. 149781.

³ Reinhard Schlagintweit.

⁴ Für die Manuskripte der Ansprachen des Staatssekretärs Sudhoff und des syrischen Botschafters Haddad vom 17. April 1989 vgl. Referat 310, Bd. 149701.

⁵ In einer Aufzeichnung des Referats 310 vom 10. Mai 1989 wurde dargelegt: „Angesichts der – gerade für den christlichen Landesteil – verheerenden Folgen des militärisch sinnlosen „Befreiungskrieges“ gegen Syrien sowie des Ausbleibens internationaler Unterstützung (mit Ausnahme Frankreichs und Iraks) für die Position General Aouns begann sich auch im christlichen Lager Kritik an der Konfrontationsstrategie General Aouns zu regen: Am 18.4. veröffentlichten 23 beim maronitischen Patriarchen versammelte christliche Abgeordnete eine Erklärung, in der sie zum Ende der Kampfhandlungen und zur Eröffnung eines politischen Dialogs aufforderten. Diese sog. Erklärung von Bkerke wurde auf moslemischer Seite begrüßt, von General Aoun jedoch zunächst kritisiert.“ Vgl. Referat 310, Bd. 149781.

D3 erläuterte die Position der Bundesregierung gegenüber der gegenwärtigen Lage im Libanon:

Wegen der Komplexität der Lage hätte sich die Bundesregierung in ihren öffentlichen Äußerungen bewußt zurückgehalten. Wir hätten uns auf Mitwirkung an den Erklärungen⁶ und Appellen der Zwölf konzentriert. Gleichwohl nähmen wir am Schicksal des Libanon großen Anteil. Von daher seien unsere Appelle – wie die des Staatssekretärs – zu verstehen. Diese richteten sich an alle kämpfenden Parteien. Wir seien im Libanon-Konflikt neutral. Nach unseren Informationen sei die gegenwärtige Kampfrunde weder vom moslemischen Teil der Libanesen noch von der syrischen Armee begonnen worden. Die syrische Armee habe dann aber überreagiert. Alle Beteiligten trügen große Verantwortung für die jetzige Lage. Nach unserer Auffassung könne einzig die Arabische Liga im Libanon-Konflikt vermitteln. In diesem Sinne werde die spanische Präsidentschaft⁷ eine Botschaft an Generalsekretär Klibi⁸ richten.⁹ Ziel unserer Libanon-Politik sei die Wiederherstellung der vollen Unabhängigkeit, Souveränität und territorialen Integrität des Libanon. Dazu bedürfe es der Durchführung von Präsidentschaftswahlen und von Reformen. In unseren bisherigen Appellen hätten wir uns stets gegen die „Präsenz fremder Truppen im Libanon, die ohne Einverständnis der libanesischen Regierung dort seien“, gewandt. Dies sei auch heute noch die deutsche Position. Seiner persönlichen Überzeugung zufolge habe die syrische Armee im Libanon so lange eine Rolle zu spielen, wie es nicht zu Wahlen und zur Einleitung von Reformen gekommen sei. Syrien müsse bei der Lösung des libanesischen Konflikts beteiligt werden. Wir hofften, daß Syrien hierbei hilfreich sein werde. Das Communiqué von Bkerke gehe in die richtige Richtung. Auch der Vorschlag des Sechser-Komitees der Arabischen Liga¹⁰ sei konstruktiv. Ohne uns einmischen zu wollen, unterstützten wir die moderaten Kräfte.

Botschafter Haddad gab seiner Besorgnis darüber Ausdruck, daß Frankreich auf die Bundesregierung Druck ausübe, um die französische Libanon-Politik zu unterstützen. Dabei verwies er auf das Treffen Bundeskanzler Kohls mit Präsident Mitterrand.¹¹ Die Franzosen seien für die gegenwärtige Lage verantwortlich.

⁶ Korrigiert aus: „der Erklärungen“.

⁷ Spanien hatte die EG-Ratspräsidentschaft vom 1. Januar bis 30. Juni 1989 inne.

⁸ An dieser Stelle wurde von Ministerialdirektor Schlagintweit handschriftlich eingefügt: „und AM Sabah“.

⁹ Die spanische EG-Ratspräsidentschaft übermittelte am 25. April 1989 den Text einer Botschaft, die dem Generalsekretär der Arabischen Liga, Klibi, übergeben werden sollte. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 364 aus Madrid (Coreu); Referat 310, Bd. 149781.

Referat 310 notierte am 10. Mai 1989: „Die Zwölf haben am 26.4. in einer Botschaft an den AL-GS Klibi und den kuwaitischen AM Scheich Sabah die Bemühungen der AL ausdrücklich unterstützt und ihre Hilfe zur Beilegung der Krise angeboten.“ Vgl. Referat 310, Bd. 149781.

¹⁰ In einer Aufzeichnung des Referats 310 vom 18. April 1989 wurde erläutert: „Der Sechser-Ausschuß der Arabischen Liga hat nach seiner Anhörung ehemaliger libanesischer Politiker am 1.4.1989 einen Zwischenbericht vorgelegt. Danach konnten bisher keine konkreten Ergebnisse erzielt werden. [...] Eine weitere Beratung fand am 17.4.1989 in Kuwait mit den christlichen Vertretern statt (Front Libanais). Im Anschluß daran rief der kuwaitische AM, der der Libanon-Kommission vorsitzt, erstmals zum Rückzug aller fremden Truppen im Libanon, also auch der syrischen, auf. Der Front Libanais zeigte sich zum Gespräch mit der moslemischen Gegenregierung Dr. el-Hoss' bereit. Dies wird jedoch von General Aoun abgelehnt. Er sieht Dr. el-Hoss wie auch Dschumblatt und Berri, die Führer der moslemischen Seite, als Marionetten Syriens.“ Vgl. Referat 310, Bd. 149781.

¹¹ Für die Gespräche des Bundeskanzlers Kohl mit dem französischen Staatspräsidenten Mitterrand am 19./20. April 1989 in Paris vgl. Dok. 106.

D3 verwies auf die innenpolitisch motivierte Darstellung der französischen Libanon-Politik. Daher sei diese mißverstanden worden. Vielmehr versuchten die Franzosen,¹² ihren Einfluß auf Aoun für einen konstruktiven Weg zu nutzen. An die Syrer appellierten sie, weil die syrische Armee ihre Artillerie eingesetzt habe. Wenn Bundeskanzler Kohl gesagt habe, wir unterstützten die französische Position im Libanon, so habe er diese ausgewogene Haltung Frankreichs vor Augen gehabt. Darüber hinaus hätten wir auch¹³ Vertrauen in die spanische Präsidentschaft.

Botschafter Haddad betonte abschließend, daß die syrische Regierung jederzeit zum Rückzug aus Libanon bereit sei. Zunächst müsse es aber zu einem Waffenstillstand kommen, und dieser setze die Aufhebung der Hafenblockade voraus. Er erklärte sich jederzeit zu weiteren Erläuterungen über die syrische Position zum Libanon bereit.

2) Im Anschluß daran bestellte D3 den libanesischen Botschafter Chammas ein, um ihm die deutsche Position zur gegenwärtigen Lage im Libanon zu erklären. Der Botschafter dankte für die Offenheit der Erklärung wie auch dafür, weiterhin als Botschafter des Libanon akzeptiert zu werden. In dieser Eigenschaft wolle er ein paar Bemerkungen machen. General Aoun habe als verfassungsgemäß eingesetzter Ministerpräsident versucht, seine – legale – Autorität gegenüber den Milizen durchzusetzen, zunächst in Ost-Beirut – mit Unterstützung der westlichen (moslemischen) Armeeteile und von Dr. el-Hoss –, dann in West-Beirut. Aus „irgendeinem Grund“ habe Dr. el-Hoss ihn hierbei nicht mehr unterstützt. Dann habe der Beschuß des im christlichen Teil befindlichen Hafens begonnen. Die Syrer seien seitdem direkt involviert, sie seien Partei im Bürgerkrieg geworden. Erst als die syrische Armee das Verteidigungsministerium und später den Präsidentenpalast zu bombardieren begann, hätte General Aoun zum Befreiungskrieg gegen Syrien aufgerufen. Jetzt gäbe es einen Konflikt zwischen der libanesischen und der syrischen Armee, der die Rolle Syriens im Libanon geändert habe. Ein Ausweg könne die Wiederherstellung eines einheitlichen „Großen Beirut“ sein. Syrien aber mißachte die libanesische Souveränität.

D3 wandte ein, daß General Aoun vom Befreiungskrieg bereits im Dezember 1988 gegenüber unserem Botschafter in Beirut¹⁴ gesprochen habe. Im übrigen seien die Syrer von den Christen in den Libanon gerufen worden. Wir setzten uns – auch gegenüber Syrien – für die Souveränität und Unabhängigkeit des Libanon ein. Unserer Auffassung zufolge führe eine militärische Lösung – nicht nur im Libanon – nicht weiter. Sie verleite nur äußere Mächte zur Einflußnahme. Politisch unterstützten wir die Arabische Liga und seien darüber hinaus zu humanitärer Hilfe bereit. Das IKRK habe uns jetzt um 1 Mio. DM Sondermittel gebeten. Um deren Bewilligung hätten wir gerade das BMF ersucht. Der Botschafter befürwortete ebenfalls die diplomatische Lösung. Er sei zufrieden darüber, daß wir mit allen sprächen. Wenn er seine Position darlege, dann, damit wir unsere guten Kontakte mit Syrien für den Libanon nutzten.

Worbs

Referat 310, Bd. 149781

¹² An dieser Stelle wurde von Ministerialdirektor Schlagintweit handschriftlich eingefügt: „auch“.

¹³ Dieses Wort wurde von Ministerialdirektor Schlagintweit gestrichen.

¹⁴ Wolfgang Göttelmann.

111

Deutsch-amerikanisches Regierungsgespräch in Washington**VS-NfD****24. April 1989¹**

Von BM noch nicht genehmigt!

Bitte Genehmigung des Herrn Bundesministers einholen

Besuch Bundesminister Genschers und Bundesminister Stoltenbergs in Washington am 24. April 1989;

hier: Delegationsgespräch im State Department

Gesprächsteilnehmer: Secretary of State Baker, Secretary of Defense Cheney, National Security Advisor Scowcroft, Assistant Secretary Ridgway, Assistant Secretary Lehman, Botschafter Blackwill, Under Secretary Kimmitt; BM Genscher, BM Stoltenberg, Botschafter Ruhfus, MD Kastrup, Botschafter Holik, VLR I Elbe, Generalmajor Naumann, Oberst Schuwirth.

Gesprächsdauer: 11.45 – 13.00 Uhr

Baker hieß die Gäste willkommen, äußerte aber Enttäuschung über den bisherigen Verlauf der deutsch-amerikanischen Kontakte zur Frage Gesamtkonzept/Modernisierung. Bei seinen Gesprächen mit BM in Wien² und Bonn³ wie auch bei Telefongesprächen zwischen Präsident Bush und Bundeskanzler Kohl⁴ seien Konsultationen im kleinen Kreise ins Auge gefaßt worden, doch nie zustande gekommen. Nunmehr habe die Bundesregierung ihre Position öffentlich gemacht, die Sache habe hohes Profil erhalten. US-Seite habe uns ihrerseits Formulierungen für das Gesamtkonzept vorgeschlagen, die unseren Anliegen weit entgegengekommen seien. Nun stehe man vor einem schwierigen Prozeß. Washington wolle eine volle Erörterung zu zweit, aber letztlich handele es sich um Formulierungen, die alle Bündnispartner angingen. Die Sache müsse vor dem Gipfel⁵ ausgetragen sein. Falls wir zu zweit keine Lösung fänden, müßten wir sie mit den anderen Partnern aufnehmen.

¹ Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Botschafter Holik am 25. April 1989 gefertigt.

² Bundesminister Genscher traf am 6. März 1989 mit dem amerikanischen Außenminister Baker zusammen. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Kastrup vom 7. März 1989; Referat 214, Bd. 139873.

³ Für das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem amerikanischen Außenminister Baker am 12. Februar 1989 vgl. Dok. 40.

⁴ Bundeskanzler Kohl führte am 12. April 1989 ein Telefongespräch mit dem amerikanischen Präsidenten Bush. Vgl. dazu das amerikanische Gesprächsprotokoll; <https://bush41library.tamu.edu/archives/memcons-telcons>.

Staatssekretär Sudhoff notierte am 19. April 1989, Ministerialdirigent Hartmann, Bundeskanzleramt, habe erklärt, „einen eigentlichen Gesprächsvermerk gebe es nicht. Er habe von Herrn Teltschik gehört, der Bundeskanzler habe die Absage der Teltschik-Reise nach Washington mit der laufenden Regierungsumbildung erklärt. Präsident Bush habe sehr auf die Erarbeitung eines deutsch-amerikanischen Standpunktes zur Modernisierungsfrage vor dem NATO-Gipfel gedrängt, um Spekulationen keinen Raum zu geben. Der Bundeskanzler habe erklärt, auch er sei daran interessiert. Sowie die Regierungsumbildung abgeschlossen sei, solle der Kontakt mit der amerikanischen Regierung erneut aufgenommen werden. Letzteres ist, soweit Herr Hartmann weiß, bisher nicht geschehen.“ Vgl. Referat 201, Bd. 151173.

Am 21. April 1989 führten Kohl und Bush ein weiteres Telefongespräch. Vgl. dazu das amerikanische Gesprächsprotokoll; <https://bush41library.tamu.edu/archives/memcons-telcons>.

⁵ Zur NATO-Gipfelkonferenz am 29./30. Mai 1989 in Brüssel vgl. Dok. 153, Dok. 154 und Dok. 156.

BM *Genscher* erinnerte daran, daß er am vergangenen Freitag⁶ telefonisch mit Baker⁷ sich über die Nützlichkeit der Fortsetzung des Gesprächs einig gewesen sei, weil es um eine wichtige Sache für das Bündnis insgesamt gehe, bei der D und US ein besonders wichtiges Wort mitzureden hätten. Der bevorstehende Gipfel sollte eine Konferenz sein, bei der das Bündnis die Richtigkeit seiner bisherigen Politik bestätige und gleichzeitig in großer Geschlossenheit Vorstellungen für seine künftige Politik darlege. Daraus ergebe sich, daß offene Fragen vorher bereinigt werden müßten. Unser Besuch solle hierzu einen Beitrag leisten.

Er wolle in erster Linie die Position der Bundesregierung erläutern: Wo stünden wir, was seien unsere Positionen? Die Bundesrepublik Deutschland leiste den größten Beitrag zur konventionellen Verteidigung, nicht nur, was die bereitgestellten Streitkräfte betreffe, sondern auch im Hinblick auf die Belastung unserer Bevölkerung. Natürlich würden in einem solchen Lande Fragen der Sicherheitspolitik besonders intensiv erörtert. Das Gesamtkonzept für Abrüstung und Rüstungskontrolle sei eine deutsche Idee gewesen, und zwar eine gute Idee. Das Bündnis habe die Abrüstungsdebatte und die Abrüstungsverhandlungen nachhaltig beeinflußt und werde das auch in Zukunft tun. Dies müsse nach außen deutlich gemacht werden.

Die kontinentaleuropäischen Partner hätten eine ähnliche Einstellung zum Gesamtkonzept, einschließlich der Perspektive für Verhandlungen über nukleare Kurzstreckenraketen. Dies sei verständlich, weil das Bündnis schon in Reykjavík⁸ eine grundsätzliche Position bezogen habe, die vom letzten Gipfeltreffen⁹ bestätigt worden sei. Dieser grundsätzlichen Verständigung gelte es, beim bevorstehenden Gipfel etwas hinzuzufügen, sie zu vervollständigen.

Auf dem Gebiet der nuklearen Kurzstreckenraketen bestehe die stärkste östliche Überlegenheit, die die Deutschen bedrücke. Gleiche Obergrenzen würden die Lage wesentlich verbessern.

Cheney machte geltend, daß die NATO landgestützte SNF-Systeme brauche, so lange der WP konventionell überlegen sei.

⁶ 21. April 1989.

⁷ In einem Telefongespräch mit Bundesminister Genscher am 18. April 1989 führte der amerikanische Außenminister Baker zur SNF-Frage aus: „Er und der BM hätten eine besondere Aufgabe, die unterschiedlichen Standpunkte zu überbrücken und eine Lösung zu finden. Man sei sich in Amerika sehr wohl der deutschen Schwierigkeiten bewußt und möchte alles unterlassen, was die Koalition Belastungen aussetze. Es sei aber auch richtig, daß man in Amerika erkenne, daß sich die Bundesrepublik Deutschland auch der amerikanischen Probleme in der Modernisierungsfrage bewußt sei. Er, Baker, habe daher Formulierungen ausgearbeitet, die beiden Interessen gerecht werden wollten. Diese Formulierungen verbünden Aussagen zur Restrukturierung der nuklearen Streitkräfte mit Aussagen über eine abrüstungspolitische Perspektive im SNF-Bereich. [...] Baker wiederholte noch einmal, daß der Gipfel sich nicht ausschließlich auf die Modernisierungsfrage konzentrieren dürfe. Dies sei für beide Seiten schlecht. BM wies darauf hin, daß die überwiegend in der Bundesrepublik Deutschland eingesetzten Lance-Raketen noch mindestens bis 1995 einsatzfähig seien. Man könnte einen Zeitpunkt für die Entscheidung, ob ein Nachfolgesystem notwendig sei, in zeitlicher Parallelität zu dem Verfahren beim NATO-Doppelbeschuß bestimmen.“ Vgl. Referat 010, Bd. 178931.

⁸ Vgl. dazu Ziffer 7 der Erklärung der NATO-Ministerratstagung am 11./12. Juni 1987 in Reykjavík; NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1986–1990, S. 16. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1987, D 383 f. Vgl. dazu ferner AAPD 1987, I, Dok. 170 und Dok. 174.

⁹ Die NATO-Gipfelkonferenz fand am 2./3. März 1988 in Brüssel statt. Für den Wortlaut der Erklärung sowie der Erklärung über Konventionelle Rüstungskontrolle vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1986–1990, S. 18–26. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1988, D 201–208. Vgl. dazu ferner AAPD 1988, I, Dok. 75.

BM *Genscher* meinte, die östliche Überlegenheit von rund 1400 zu 88 bei den Werfersystemen sei ein Faktum. Es liege deshalb im westlichen Interesse, diese Überlegenheit zu beseitigen. Der Vorschlag gleicher Obergrenzen würde bedeuten, entweder die SU zu zwingen, ihre Überlegenheit abzubauen oder sich zu enthüllen. Die Bemerkung *Cheneys* sei interessant. Mit der Möglichkeit, westliche SNF-Systeme in einer weiteren Perspektive abzubauen, befasse sich Ziffer 5 des deutschen Papiers.¹⁰ Als ersten Schritt wollten wir ausschließlich den Abbau der Überlegenheit, keine wesentliche Verminderung der westlichen Systeme. Wir sprächen von einem ersten Etappenziel, das unabhängig von den VKSE angegangen werden sollte; parallele Verhandlungen im strikten Wortsinne seien ohnehin nicht mehr möglich, nachdem in Wien¹¹ bereits eine Runde stattgefunden habe. Für die nächste Etappe wäre zu fragen, wie weit die Bemühungen um konventionelle Stabilisierung gekommen wären. Dabei gingen wir weiter als *Cheney*, der lediglich die konventionelle Überlegenheit der Sowjetunion als Maßlatte erwähnt habe, während die Bundesregierung in Ziffer 5 ihres Positions-papiers ehrgeizigere Vorgaben gemacht habe.

Cheney bezeichnete die neue Haltung der Bundesregierung als signifikanten Rückzieher gegenüber der NPG-Ministertagung¹². Während beim INF-Doppel-beschluß¹³ Modernisierungsentscheidung und Rüstungskontrollangebot gleich-

¹⁰ Staatssekretär Sudhoff übermittelte den Botschaften in London, Paris, Rom und Washington sowie der Ständigen Vertretung bei der NATO in Brüssel am 21. April 1989 ein Positionspapier der Bundes-regierung zum Thema SNF-Modernisierung. Darin hieß es: „1) Die Bundesregierung bekannte sich zu der Feststellung des Bündnisses, daß es – soweit voraussehbar – keine Alternative für das Konzept der Kriegsverhinderung durch Abschreckung auf der Grundlage einer geeigneten Zusammensetzung angemessener und wirksamer nuklearer und konventioneller Streitkräfte gibt. 2) Die Entwicklung eines Nachfolgesystems für die Kurzstreckenrakete Lance ist eine nationale amerikanische Entschei-dung. 3) Das Bündnis erteilt im Rahmen des Gesamtkonzepts für Rüstungskontrolle und Abrüstung einen Auftrag für die baldige Aufnahme von Verhandlungen über die nuklearen Kurzstreckenraketen mit dem vom Bündnis 1987 in Reykjavik und 1988 in Brüssel formulierten Ziel gleicher Obergrenzen auf einem niedrigeren Niveau. 4) Auch für die nukleare Artilleriemunition wird ein Verhandlungs-auftrag mit dem Ziel gleicher Obergrenzen auf einem drastisch verringerten Niveau in das Gesamt-konzept aufgenommen. 5) Im Jahre 1992 wird im Lichte der politischen und sicherheitspolitischen Entwicklung, insbesondere unter Berücksichtigung der Ergebnisse aller Abrüstungsverhandlungen vom Bündnis entschieden, ob für 1996 die Einführung eines Lance-Nachfolgesystems in das Bündnis und demzufolge Produktion und Stationierung erforderlich ist oder nicht. Dafür ist wichtig, ob es gelingt, höhere Sicherheit auf einem niedrigeren Niveau der nuklearen und konventionellen Streit-kräfte insgesamt zu schaffen; verbindliche Vereinbarungen mit dem Warschauer Pakt über die Be-seitigung der Fähigkeit zu Überraschungsangriffen und zu raumgreifend angelegten Offensiven zu schließen; ein gewachses Maß an gegenseitigem Vertrauen aufgrund von erhöhter Transparenz und Berechenbarkeit des militärischen Verhaltens durch entsprechende Vereinbarungen zu schaffen.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 3354; Referat 201, Bd. 151198.

Mit Drahterlaß Nr. 3382 des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Dreher vom 23. April 1989 wurde der Anfang des zweiten Satzes von Ziffer 5 des Papiers wie folgt korrigiert: „Dafür ist ausschlaggebend und entscheidend, ob es gelingt“. Vgl. Referat 201, Bd. 151198.

¹¹ Zu den VKSE vgl. Dok. 74.

¹² Am 27./28. Oktober 1988 fand in Den Haag die Ministersitzung der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) der NATO statt. Für den Wortlaut des Kommuniqués vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1986–1990, S. 98f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1989, D 65f. Eine weitere Ministersitzung der NPG fand am 19./20. April 1989 in Brüssel statt. Vgl. dazu das Kommuniqué: NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1986–1990, S. 110f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1989, D 326f.

¹³ Für den Wortlaut des NATO-Doppelbeschlusses vom 12. Dezember 1979 vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1975–1980, S. 121–123. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1980, D 35–37. Vgl. dazu ferner AAPD 1979, II, Dok. 373, Dok. 375 und Dok. 376.

zeitig entschieden worden seien, wolle Bonn nunmehr die Modernisierung hinausschieben, mit Verhandlungen jedoch sofort beginnen.

BM *Stoltenberg* schloß sich den grundsätzlichen Ausführungen BM *Genschers* an. Die wichtigste Aufgabe des Gipfels sah er darin, in einer sich verändernden politischen Situation die Ziele des Bündnisses vor unseren Völkern zu bekräftigen. Was an neuen Elementen geboten werde, müsse sachgerecht im Sinne der Strategie sein, aber zugleich die Menschen ansprechen. Es gehe um zwei Texte, zu denen es unterschiedliche Positionen gebe: das schwierig ausgearbeitete Positionspapier der Regierungskoalition und der amerikanische Textvorschlag für Formulierungen im Gesamtkonzept. Wenn er richtig verstehe, seien zwei zentrale Punkte offen:

- Wir seien für die baldige Aufnahme von Verhandlungen, wogegen die US Bedenken hätten. Es wäre wichtig, näheres über die amerikanischen Vorbedingungen zu hören.
- Die US gingen davon aus, daß im Prinzip schon jetzt über FOTL¹⁴ entschieden werden sollte, während wir der Meinung seien, daß schon in Vorkontakten Einigkeit erzielt worden sei, daß eine solche Entscheidung nicht vor 1991/92 erforderlich sei. Im Positionspapier der Bundesregierung werde festgestellt, daß die Entscheidung offenbleibe, doch seien die Voraussetzungen für den Fortfall landgestützter Raketen-systeme so formuliert worden, daß drastische Änderungen der Situation erforderlich wären. Wir hätten hier also Positionen, die nicht identisch seien, aber vielleicht Annäherungen.

BM *Genscher* sagte, er wolle den Eindruck zurechtrücken, daß die Bundesregierung in dieser Frage Probleme habe. Unter Hinweis auf kürzliche Äußerungen MdB *Dreggers* unterstrich er die Einigung der Koalitionsparteien.¹⁵

Baker wies auf die Gefahr hin, daß ein voreiliges Eingehen auf Verhandlungen ein Schritt in Richtung auf Denuklearisierung wäre, der die Strategie der flexiblen Erwiderung¹⁶ und der Vorwärtsverteidigung untergraben könnte. Diese Grundsätze seien von zentraler Bedeutung gewesen, um den politischen Druck in den USA auf Verminderung der amerikanischen Präsenz in Europa abzuwehren. Die USA könnten ein Mandat oder die Vorbereitung auf Verhandlungen nicht unterstützen, und diese Position werde sich auch nicht ändern. Sie seien jedoch bereit, uns in den beiden Richtungen ihres Papiers entgegenzukommen.

BM *Genscher* stellte eine Verständnisfrage. Auch wir wollten an Vorwärtsverteidigung und an der flexiblen Erwiderung festhalten, wie in Ziffer 1 des deutschen Papiers gesagt werde. Wie könne man beides gefährden, wenn man eine sowjetische Überlegenheit abbauen wolle? Wo liege hier ein Nachteil für den Westen?

¹⁴ Follow-on to Lance.

¹⁵ In der Presse wurde berichtet: „Außenminister *Genscher* und Verteidigungsminister *Stoltenberg* sind nach Washington abgeflogen, um mit der US-Regierung über das NATO-Gesamtkonzept zu sprechen. Unionsfraktionschef *Dregger* erklärte der WELT: „Grundlage ist der deutsche Vorschlag, der von CDU, CSU und FDP am 21. April erarbeitet worden ist. Er wird von allen Koalitionspartnern ohne Vorbehalt in gleicher Weise getragen. [...] Nach Rückkehr der Minister wird die Koalitions-führung erneut beraten. Selbstverständlich werden auch mit den anderen Allianzpartnern Gespräche über die jetzt anstehen Fragen stattfinden.“ Vgl. den Artikel „*Dregger: Deutscher Vorschlag ist Basis*“, DIE WELT vom 24. April 1989, S. 1.

¹⁶ Zur Strategie der „flexible response“ vgl. Dok. 27, Anm. 15.

Baker bezeichnete landgestützte Raketen systeme als kritisch für Abschreckung und Verteidigung, und die würden verschwinden.

BM *Genscher* stellte klar, daß das Ziel ein Gleichgewicht auf dem gegenwärtigen westlichen Niveau wäre, vielleicht etwas darunter. Die Frage, was nach der Lance komme, brauche heute nicht beantwortet zu werden.

Cheney sah das sicherheitspolitische Hauptproblem in der konventionellen Überlegenheit der SU. Wenn wir uns auf SNF-Rüstungskontrolle einließen, würde dies die SU aus dem Verhandlungsdruck bei VKSE entlassen. Wenn die westeuropäischen Freunde es unmöglich fänden, dem Druck auf SNF-Verhandlungen zu widerstehen, wie sollte man dann einer dritten Null-Lösung als Verhandlungsergebnis widerstehen?

BM *Genscher* stellte klar, daß wir uns nicht unter dem Druck der eigenen Öffentlichkeit fühlten, sondern unter dem sehr konkreten Druck einer drastischen östlichen Überlegenheit. Nachdem der Abbau der konventionellen Überlegenheit in Angriff genommen sei, müsse auch die Überlegenheit der SU auf diesem Gebiet abgebaut werden. Wenn die US Schwierigkeiten hätten mit Festlegung auf Termine, könne man von „baldigen Verhandlungen“ sprechen, wie wir das angeboten hätten. Aber die Beseitigung der östlichen Überlegenheit auf diesem Gebiet sei für uns eine Kernfrage der Sicherheit.

Scowcroft stellte fest, auch für US gehe es um fundamentale Fragen. Es gebe ein absolutes Erfordernis für landgestützte SNF-Raketen, einmal aus Gründen der Glaubwürdigkeit der Abschreckung, zum anderen im Hinblick auf die konventionelle Überlegenheit des WP. Die Höhe der Bestände auf unserer Seite hinge nicht von der Höhe der Bestände auf der Gegenseite ab.

BM *Genscher* fragte, ob *Scowcroft* mit dem gegenwärtigen westlichen Niveau leben könne.

Scowcroft sah nicht recht, wie man mit dem Ziel rein einseitiger Reduzierungen verhandeln könne. Das wäre nicht seriös.

BM *Genscher* meinte, die SU würde es schwer haben, die Verhandlungsverweigerung zu erklären.

BM *Stoltenberg* machte darauf aufmerksam, daß sowohl der im amerikanischen Papier vorgesehene Appell an die Sowjetunion, ihre Überlegenheit abzubauen, wie auch unser Verhandlungsansatz das gleiche Ziel verfolgten. Eine gemeinsame Formulierung müsse erreichbar sein.

BM *Genscher* sah Probleme mit einem rein unilateralen Ansatz. Man müsse das Ergebnis mit einem Vertrag verbindlich machen, gerade weil wir nicht wüssten, wie lange die gegenwärtige Schönwetterperiode dauere.

Die nächste Frage sei, was 1992 geschehen solle. *Cheney* habe auf die Notwendigkeit landgestützter nuklearer Raketen systeme verwiesen, solange die Sowjetunion konventionell überlegen sei. Das deutsche Papier gehe in den drei in Ziffer 5 umrissenen Szenarien eindeutig weiter. Hier würden „decisive and crucial factors“ für die Entscheidung festgelegt, ob ein Nachfolgesystem für die Lance erforderlich sei oder nicht.

Scowcroft sah das Problem mit einem Verhandlungsansatz hauptsächlich in der Gefahr eines sowjetischen Gegenvorschlags. Deshalb sei ein einseitiger Appell besser.

BM *Genscher* fragte, ob Scowcroft niedrigere Niveaus wolle, wie in Reykjavik als Ziel festgelegt. Manche hätten damals gesagt, man könne der SU einseitige Reduzierungen zum Abbau ihrer Überlegenheit nicht zumuten. Uns komme es jedoch nur darauf an, diese Überlegenheit zu eliminieren.

Baker argumentierte, die Erklärung von Reykjavik habe sowohl den Verhandlungsweg wie auch die zeitliche Festlegung offengelassen. Hier gebe es einen fundamentalen Dissens in der Auslegung. Ein einseitiger Appell könne nicht auf einen riskanten „slippery slope“ führen, auch er sehe die Gefahr, daß die öffentliche Aufmerksamkeit von VKSE zumindest abgelenkt werde, die gerade erst begonnen hätten und beträchtliches Potential für Fortschritte hätten.

BM *Genscher* ließ Bakers Argument aus der Formulierung der Erklärung von Reykjavik nicht gelten, da auch im Zusammenhang mit konventioneller Stabilität und chemischen Waffen nicht von Verhandlungen gesprochen worden sei.

Baker meinte, auch wenn man von diesem Argument absehe, bleibe die Festlegung von SNF-Reduzierungen nach Herstellung des konventionellen Gleichgewichts. US seien bereit, uns etwas zu geben, worauf wir unseren Hut hängen könnten. Sie seien jedoch nicht bereit zu verhandeln.

BM *Genscher* verwies darauf, daß in Reykjavik „tangible“ Reduzierungen auf beiden Seiten in den Zusammenhang mit der Herstellung konventioneller Stabilität gestellt worden seien. Man könne eine Wechselwirkung zwischen konventioneller Überlegenheit des WP und dem SNF-Bedarf auf eigener Seite herstellen. Auf amerikanischer Seite solle man jedoch bedenken, daß man den Abbau der sowjetischen Überlegenheit bei den Raketen systemen ohne Beeinträchtigung des eigenen Potentials erreichen müsse. Fast alle Kontinentaleuropäer wollten Verhandlungen über SNF-Flugkörper. Für die andere Frage, wie man das behandeln müsse, was 1996 praktisch wird, hätten wir den Entscheidungszeitpunkt nicht zufällig auf 1992 fixiert. Auch beim Doppelbeschluß seien zwischen der Entscheidung des Bündnisses und dem Beginn der Stationierung vier Jahre gelegen. Wir seien im übrigen die einzigen gewesen, die die mit dem Doppelbeschluß zusammenhängenden Verpflichtungen zeitgerecht erfüllt hätten.

Baker unterbrach an dieser Stelle die Sitzung und regte an, das Gespräch beim Mittagessen fortzusetzen.¹⁷

Referat 010, Bd. 178933

¹⁷ Für die Fortsetzung des Gesprächs vgl. Dok. 112.

112

Deutsch-amerikanisches Regierungsgespräch in Washington24. April 1989¹

Von BM noch nicht genehmigt.

Gespräch BM Genscher und BM Stoltenberg mit AM Baker, Verteidigungsminister Cheney und Sicherheitsberater Scowcroft am 24.4.1989 in Washington; hier: Fortsetzung beim Mittagessen²

AM *Baker* hob hervor, daß die Meinungsbildung innerhalb der Bundesregierung sich rasch entwickelt habe. Was die Modernisierungsfrage anbetrifft, könne ein Weg gefunden werden, um den Bedenken der Bundesregierung Rechnung zu tragen. Anders liege es bei der Frage von SNF-Verhandlungen. Man müsse vermeiden, daß der Gipfel³ durch dieses Thema beherrscht werde.

Auf Frage von Scowcroft nach der Entstehungsgeschichte des Problems der SNF-Verhandlungen führte BM *Genscher* aus, daß der Ausdruck „fire break“ eine öffentliche Diskussion ausgelöst habe. Der nunmehr bestehende Zeitdruck erkläre sich durch den bevorstehenden Gipfel, er sei aber auch durch die Regierungsumbildung in Bonn⁴ entstanden. Der Bundeskanzler sei entschlossen, der Regierungsarbeit personell und in der Sache neue Impulse zu geben. In der für uns wichtigen Frage des Gesamtkonzepts könne er sich in der Regierungserklärung am 27.4. vor dem Deutschen Bundestag⁵ nicht verschweigen.

Das Gespräch wandte sich sodann wieder der Rolle landgestützter Nuklearwaffen in Europa zu. *Scowcroft* bemerkte, das sowjetische Interesse, Europa zu denuklearisieren, verschaffe dem Westen eine taktisch vorteilhafte Position („leverage“), falls er SNF behalte. AM *Baker* wiederholte seinen bereits zuvor mehrfach vorgetragenen Hinweis, für die USA seien landgestützte Nuklearwaffen in Europa absolut erforderlich.

BM *Genscher* wies auf die Bemerkung von Verteidigungsminister Cheney hin, daß Nuklearwaffen gebraucht würden, solange eine konventionelle Überlegenheit der östlichen Seite bestehe. Das Positionspapier der Bundesregierung⁶ gehe in dieser Frage noch weiter, wenn es davon spreche, höhere Sicherheit auf einem niedrigeren Niveau der nuklearen und konventionellen Streitkräfte insgesamt zu schaffen und verbindliche Vereinbarungen mit dem WP über die Beseitigung der Fähigkeit zu Überraschungsangriffen und zu raumgreifend angelegten Offensiven zu schließen.

¹ Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirektor Kastrup am 25. April 1989 gefertigt.

² Für den ersten Teil des Gesprächs vgl. Dok. 111.

³ Zur NATO-Gipfelkonferenz am 29./30. Mai 1989 in Brüssel vgl. Dok. 153, Dok. 154 und Dok. 156.

⁴ Zur Umbildung der Bundesregierung vgl. Dok. 100, Anm. 3.

⁵ Für den Wortlaut der Ausführungen des Bundeskanzlers Kohl zum Gesamtkonzept der NATO für Rüstungskontrolle und Abrüstung vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, 11. WP, 140. Sitzung, S. 10302.

⁶ Zum Positionspapier der Bundesregierung vom 21. April 1989 zum Thema SNF vgl. Dok. 111, Anm. 10.

AM *Baker* erkundigte sich, worin der Unterschied zur Haltung der SPD liege. BM *Genscher* erklärte hierzu, die SPD plädiere für eine dritte Null-Lösung unter den gegenwärtigen Bedingungen.

AM *Baker* bemerkte, man sei in der Administration nicht sicher, daß die Bundesregierung einem möglichen Angebot einer dritten Null-Lösung widerstehen könne.

BM *Genscher* unterstrich noch einmal die eindeutige große Überlegenheit der Sowjets bei SNF, die es zu reduzieren gelte.

BM *Stoltenberg* wies zur Modernisierungsfrage auf die in Ziffer 5 des Koalitions-papiers genannten Bedingungen hin. Für ihn wäre es eine große Überraschung, wenn diese Kriterien bis 1992 erfüllt würden.

AM *Baker* erklärte, das Koalitions-papier stelle für Washington eine dramatische Änderung der deutschen Position dar. Er müsse zwar klarstellen, daß der Außenminister kontinuierlich die in dem Papier reflektierten Auffassungen vertreten habe, der Bundeskanzler habe jedoch früher eine andere Haltung vertreten. Noch in dem Gespräch, das er, Baker, bei seinem Besuch in Bonn mit dem Bundeskanzler geführt habe⁷, sei von diesem die Forderung nach Verhandlungen nicht erhoben worden. Er, Baker, möchte noch einmal klarstellen: Die US-Regierung sehe eine Möglichkeit, in der Modernisierungsfrage einen für uns tragbaren Weg zu finden. Dies gelte jedoch nicht für unseren Wunsch nach der baldigen Aufnahme von Verhandlungen.

BM *Genscher* erwiderte, er müsse den Bundeskanzler verteidigen; dieser habe seine Haltung nicht geändert. Er wies auf den entsprechenden Absatz in der Regierungserklärung vom 18.3.1987⁸ und die Pressekonferenz des Bundeskanzlers vom 26.8.1987⁹ hin.

AM *Baker* betonte, von amerikanischer Seite sei gegenüber dem Bundeskanzler mehrfach betont worden, daß die Aufnahme von SNF-Verhandlungen ein schwerer Fehler sei.

Frau *Ridgway* erkundigte sich, ob das Positionspapier in der Regierungserklärung des Bundeskanzlers behandelt werde.

BM *Genscher* bejahte. Der Bundeskanzler werde ausführen, daß dies als deutsche Position in die Bündniskonsultationen eingeführt würde.

AM *Baker* erklärte, die Fragen „Modernisierung“ und „Aufnahme von SNF-Verhandlungen“ stünden in einem Zusammenhang („interrelated“): Die amerikanische Seite sei in der Lage, der Bundesregierung in der Frage der Modernisierung entgegenzukommen. Man hoffe umgekehrt, daß die deutsche Seite eine Möglichkeit finde, den amerikanischen Bedenken gegen die Aufnahme von Verhandlungen Rechnung zu tragen. „We hope that we can work out a solution“.

Referat 010, Bd. 178933

⁷ Der amerikanische Außenminister Baker hielt sich vom 12. bis 14. Februar 1989 in der Bundesrepublik auf. Für sein Gespräch mit Bundeskanzler Kohl am 13. Februar 1989 vgl. Dok. 41.

⁸ Für den Wortlaut der Ausführungen des Bundeskanzlers Kohl zu nuklearen Mittelstreckensystemen kürzerer Reichweite vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, 11. WP, 4. Sitzung, S. 70.

⁹ Am 26. August 1987 erklärte Bundeskanzler Kohl vor der Bundespressekonferenz, unter welchen Bedingungen die Bundesregierung bereit sei, einem Abbau der Pershing-Ia-Raketen im Zuge der INF-Verhandlungen zuzustimmen. Vgl. dazu AAPD 1987, II, Dok. 235.

113

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Jelonek

430-460 EU

24. April 1989¹Über Herrn Staatssekretär² Herrn Bundesminister³Betr.: EUREKA;
hier: Bilanz nach vier Jahren⁴Anlg.: 8⁵

Zweck der Vorlage: Zur Unterrichtung

1) Im Juli dieses Jahres besteht EUREKA vier Jahre. In dieser Zeit hat sich EUREKA in der europäischen Forschungs- und Technologieszene fest etabliert.

Über 1200 europäische Unternehmen und Forschungseinrichtungen haben mehr als 200 gemeinsame Vorhaben im EUREKA-Rahmen in Angriff genommen. Ihr finanzielles Gesamtvolumen liegt bei 10,4 Mrd. DM. Laufend werden neue Projekte eingereicht. So liegen der bevorstehenden siebten Ministerkonferenz (19.6. 89 in Wien) 50 neue Vorschläge zur Billigung vor. Eine Anzahl von Vorhaben ist inzwischen abgeschlossen; im EUREKA-Verbund entwickelte Produkte sind bereits auf dem Markt.

Unter den neun Schwerpunktbereichen der „Erklärung von Hannover“ liegt die Informations- und Kommunikationstechnik an der Spitze, gefolgt von Roboter-technik und Biotechnologie bzw. Umweltschutz.

¹ Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Rohr und Legationsrat Siffrin konzipiert.

² Hat Staatssekretär Sudhoff am 26. April 1989 vorgelegen.

³ Hat Bundesminister Genscher am 20. Mai 1989 vorgelegen.
Hat Legationsrat Berger am 22. Mai 1989 vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre, Ministerialdirektor Jelonek und Ministerialdirigent Pabsch an Referat 430 verfügte.

Hat Staatssekretär Lautenschlager am 24. Mai 1989 vorgelegen.

Hat Jelonek am 24. Mai 1989 erneut vorgelegen.

Hat Pabsch am 24. Mai 1989 vorgelegen.
Hat Legationsrat Siffrin am 26. Mai 1989 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse von Rohr „n[ach] R[ückkehr]“ verfügte.

Hat Rohr am 6. Juni 1989 erneut vorgelegen.

⁴ In einem am 15. April 1985 vom französischen Botschafter Morizet übergebenen Schreiben an Bundesminister Genscher schlug der französische Außenminister Dumas vor, eine „Koordinierungsstelle für die europäische Forschung einzurichten (auf Englisch: European Research Coordination Agency, „EURECA“). Vgl. Referat 010, Bd. 178936. Vgl. dazu ferner AAPD 1985, II, Dok. 189.

Am 6. November 1985 verabschiedeten die EG-Mitgliedstaaten sowie Vertreter weiterer acht Staaten und der EG-Kommission auf einer Ministerkonferenz in Hannover eine Grundsatzklärung zu den Zielen von EUREKA. Für den Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1986, D 39–44. Vgl. dazu auch BULLETIN DER EG 11/1985, S. 86 f.

⁵ Dem Vorgang beigelegt waren folgende Dokumente: „EUREKA-Mitglieder“ (Anlage 1); „EUREKA-Grundsatzklärung (Auszug)“ (Anlage 2); „Verfahrensschritte für das Zustandekommen von EUREKA-Projekten (Schema)“ (Anlage 3); „Die Struktur von EUREKA“ (Anlage 4); „EUREKA in Zahlen (Stand: Juli 1988)“ (Anlage 5); eine Übersicht über die Beteiligung der EUREKA-Mitglieder an den Projekten sowie graphische Darstellungen zur Aufschlüsselung der Projekte nach Dauer, Finanzvolumen und Anzahl der Teilnehmerstaaten (Anlage 6); Übersichten über die „Verteilung der Projekte nach ihrer Dauer“ und die „Beteiligung von Unternehmen und Forschungseinrichtungen“ (Anlage 7); ein „Verzeichnis deutscher Firmen und Institutionen, die sich an EUREKA-Projekten beteiligen“ (Anlage 8). Vgl. Referat 430 (414), Bd. 163014.

2) Die Bundesrepublik Deutschland nimmt mit der Beteiligung an 65 Projekten nach F (106) und GB (73) den dritten Platz ein.

Ca. 90 deutsche Unternehmen (darunter 25 aus dem mittelständischen Bereich) sowie 15 Hochschulen und 20 andere Forschungseinrichtungen sind beteiligt. Der deutsche Finanzanteil an den Gesamtaufwendungen beträgt ca. 25%. Dabei kommen die Mittel noch überwiegend aus öffentlichen Quellen (BMFT, Länder), doch wächst der Eigenanteil der Industrie, die schon jetzt etwa 1/3 der Projekte voll aus Eigenmitteln finanziert.

3) Das Ziel der Gründung EUREKAs, durch grenzüberschreitende Zusammenarbeit von Unternehmen und Forschungsinstituten auf Gebieten der Hochtechnologie zur Schaffung einer europäischen Technologiegemeinschaft beizutragen und dadurch die Produktivität der Wirtschaft und die Wettbewerbsfähigkeit Europas auf dem Weltmarkt zu stärken, ist zum großen Teil erreicht:

- Die Mitgliedstaaten und vor allem die Wirtschaft haben EUREKA als ein neues europäisches Kooperationsmodell angenommen.
- Die Bereitschaft, „europäisch“ zu forschen, zu entwickeln und zu vermarkten, hat zugenommen. Hemmschwellen, mit ausländischen Konkurrenten projektbezogen zusammenzuarbeiten, wurden abgebaut, vor allem bei kleineren und mittleren Unternehmen. EUREKA hat ferner den Blick von Firmen, die bisher ihre Partner eher in den USA und Japan suchten, stärker auf europäische Kooperationsmöglichkeiten gelenkt.
- Inwieweit EUREKA Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit gestärkt hat, läßt sich angesichts der Vielfalt der Vorhaben und ihrer „Bottom-up“-Struktur noch kaum generell bewerten. Sicher ist, daß dank EUREKA
 - Unternehmen zusammengekommen sind, die sonst nicht kooperiert hätten,
 - Doppelarbeit vermieden, Entwicklungen aufeinander abgestimmt und Personal- und Finanzierungsmittel zusammengefaßt wurden,
 - europäische Unternehmen auf dem Weltmarkt unter dem EUREKA-Etikett gemeinsam auftreten.

Ein wichtiges Indiz für die positive Bewertung EUREKAs durch die europäische Industrie ist deren zunehmende Bereitschaft, EUREKA-Projekte allein mit Eigenmitteln, d. h. ohne staatliche Zuschüsse, zu realisieren.

Andererseits muß man jedoch auch im Auge behalten, daß der Anteil der EUREKA-Projekte am Gesamtumfang der europäischen High-Tech-Entwicklungen immer noch zu gering ist, um das Gesamtbild entscheidend zu beeinflussen (Gesamtvolumen aller EUREKA-Projekte in vier Jahren entspricht IBM-Forschungsbudget eines Jahres).

4) Besonders erfolgreiche und thematisch bedeutende EUREKA-Projekte mit deutscher Beteiligung, die weltweites Interesse hervorgerufen haben, sind:

- HDTV⁶ (Hochauflösendes Fernsehen): Hier haben gemeinsame Anstrengungen dazu geführt, daß es jetzt eine europäische Alternative zu japanischer Technologie beim Kampf um die künftige Weltnorm gibt.

⁶ High Definition Television.

- JESSI⁷ (Submikron-Technologie für höchstintegrierte Silizium-Schaltkreise): Definitionsphase abgeschlossen, Implementierung ab 1989 vorgesehen, Gesamtvolumen etwa 7–8 Mrd. DM. Projekt soll Abhängigkeit Europas von Halbleitererzeugnissen aus USA und Japan verhindern.
 - FAMOS⁸ (Automatisierte Montagesysteme): 16 Einzelprojekte mit großer Bedeutung für Produktivitätsverbesserungen der Industrie.
 - EUROTRAC⁹ (Untersuchungen über Spurenstoffe in der Troposphäre): Europa-weites Umwelt-Forschungsprogramm mit Beteiligung osteuropäischer Institute.
- 5) Unbefriedigend ist noch die Mitwirkung der EG. Nach längerem Zögern bekennt sich zwar auch die Kommission jetzt grundsätzlich zur Zusammenarbeit mit EUREKA, doch lässt die konkrete Beteiligung an Projekten noch zu wünschen übrig.

Ein Grund liegt sicher darin, daß die EG-Kommission grundsätzlich europaweite Forschung vor allem im EG-Bereich verwirklicht sehen möchte, auf den sie über das EG-Rahmenprogramm stärkeren Einfluß ausübt, als ihr dies bei EUREKA möglich ist. Auch zieht sie aus Gründen der Kohäsion (Beteiligung auch der EG-Länder mit schwacher Forschungsstruktur) die Zusammenarbeit europäischer Firmen im Rahmen des EG-Rahmenprogramms der offenen À-la-carte-Struktur von EUREKA vor, auch um Kritik der aus Mangel an Mitteln an bestimmten EUREKA-Projekten nicht beteiligten EG-Mitglieder aus dem Wege zu gehen. Hier könnten die durch die Einheitliche Europäische Akte geschaffene Möglichkeit für Zusatzprogramme gemäß Art. 1301 des EWG-Vertrags, an denen nur bestimmte EG-Mitgliedstaaten teilnehmen, und Beteiligungen gemäß Art. 130 m einen Rahmen für flexible Lösungen bieten.¹⁰ Ein weiteres Hindernis für eine Beteiligung der Kommission liegt ferner in dem anwendungsnahen Charakter der meisten EUREKA-Projekte, da EG-Förderungsmittel nur für die Grundlagenforschung bzw. Arbeiten im außer- und vorwettbewerblichen Bereich zur Verfügung stehen.

Eine wesentliche Rolle könnte die Gemeinschaft jedenfalls bei der Verbesserung des rechtlichen und wirtschaftlichen Umfelds der Forschungstätigkeit in Europa – Normen und Standards, Schutzrechte, Steuern – spielen, was auch für EUREKA-Projekte genutzt werden könnte. Vieles wird hier allerdings durch die Entwicklung des europäischen Binnenmarkts ohnehin erreicht werden.

In jedem Fall ist ein ständiger Dialog mit der Kommission über die Koordinierung von EUREKA-Projekten und Gemeinschaftsprogrammen und über unterstützende Maßnahmen durch die EG notwendig; er wird im Rahmen der „Gruppe Hoher Repräsentanten“ von EUREKA und in den EG-Organen laufend geführt; eine Verbesserung der Zusammenarbeit ist feststellbar.

6) Der Erfolg EUREKAs hat zu wachsendem Interesse aus anderen Ländern geführt. Während eine Aufnahme neuer Staaten als Mitglieder nicht aktuell ist

⁷ Joint European Submicron Silicon Initiative.

⁸ Flexible Automated Manufacturing and Operating System.

⁹ European Experiment on the Transport and Transformation of Environmentally Relevant Trace Constituents in the Troposphere over Europe.

¹⁰ Mit Artikel 23 der Einheitlichen Europäischen Akte vom 17. bzw. 28. Februar 1986 wurde dem Dritten Teil des EWG-Vertrags vom 25. März 1957 ein Titel V hinzugefügt, der u. a. die Artikel 1301 und 130 m umfaßte. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1986, Teil II, S. 1110.

und – zumindest bei kommunistischen und außereuropäischen Ländern – auch auf Zurückhaltung (insbesondere bei F) stoßen würde, gibt es eine fallweise Beteiligung ausländischer Firmen und Institute an Einzelvorhaben (Ungarn, Jugoslawien, USA, Kanada).

Die Haltung der meisten Mitgliedstaaten ist jedoch eher restriktiv. Voraussetzung ist in jedem Fall ein Interesse eines EUREKA-Projektpartners an einer solchen Beteiligung. Darüber hinaus achten die Mitgliedstaaten darauf, daß die Flexibilität der Projektdurchführung erhalten bleibt, es nicht zu einem unerwünschten Know-how-Abfluß kommt und der bewußt europäische Charakter EUREKAs nicht beeinträchtigt wird. Eine Beteiligung amerikanischer und vor allem japanischer Unternehmen könnte daher in Ausnahmefällen nur dort in Betracht kommen, wo europäische Partner auf Technologie und Know-how aus diesen Ländern angewiesen sind. Auch haben USA und Japan ihrerseits bisher keinerlei Neigung gezeigt, ihre öffentliche Forschungsförderung für Unternehmen aus dem Ausland zu öffnen.

7) Gesamtbewertung

EUREKA ist aus dem europäischen Forschungs- und Technologiespektrum nicht mehr wegzudenken. EUREKA hat zwar bisher nicht den von manchen anfangs erhofften spektakulären Durchbruch Europas an die Spitze der Welttechnologie bewirkt, jedoch zweifellos vor allem in der Wirtschaft das europäische Bewußtsein gestärkt, zu einer Bündelung der Anstrengungen geführt und die Umorientierung von nationaler Begrenzung zu europäischer Koordinierung vorangebracht. Dies ist der Wettbewerbsfähigkeit Europas in wichtigen Bereichen der Hochtechnologie zugute gekommen. Der gelegentlich befürchtete Abfall des Interesses nach dem Anfangsschub ist ausgeblieben. Die Wirtschaft hat den Nutzen des flexiblen, an den Wünschen der Partner orientierten Kooperationsinstruments erkannt und schätzt die mit dem EUREKA-Etikett verbundenen Vorteile (international anerkannter Statuswert, politische Unterstützung, Vorzugsbehandlung bei nationaler Förderung, größere europaweite Marktchancen, flankierende Maßnahmen der Regierung).

Für die Zukunft sollten die Mitgliedstaaten das Hauptaugenmerk darauf richten,

- EUREKA verstärkt in der Öffentlichkeit bekanntzumachen, die Informationsmöglichkeiten über geeignete Vorhaben und Partner zu verbessern und gezielt das Zustandekommen von EUREKA-Projekten zu betreiben,
- die staatlichem Einfluß unterliegenden Investitions- und Beschaffungsbereiche (insbesondere nationale Infrastrukturprojekte im Verkehrswesen, Umweltschutz, Telekommunikation) mehr für EUREKA-Vorhaben zu öffnen,
- projektspezifische Probleme (z. B. bei Normen und technischen Regelungen, bei der Finanzierung) zu lösen und generell auf eine Vereinheitlichung der Rahmenbedingungen (z. B. Angleichung von Rechtsvorschriften, Steuern) für eine europaweite Zusammenarbeit hinzuwirken, soweit dies nicht bereits im Rahmen der Verwirklichung des EG-Binnenmarktes geschieht.

Jelonek

Referat 430 (414), Bd. 163014

114

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Scheel

341-320.10 CHN

25. April 1989¹Über Dg 34², D3³, Herrn Staatssekretär⁴ Herrn Bundesminister⁵

Betr.: Lage in China nach den Beisetzungsfeierlichkeiten für Hu Yaobang am 22.4.

1) Die anhaltenden Demonstrationen von Studenten in Peking, Shanghai, Nanjing und anderen chinesischen Großstädten aus Anlaß des Todes von Hu Yaobang haben in China die innenpolitischen Spannungen ansteigen lassen. Die chinesische Führung hat bisher relativ flexibel reagiert, aber noch keine politische Antwort auf die Forderungen der Studenten gefunden. Die Studenten in China, insbesondere die der Peking-Universität (Beida), spielen traditionell eine wichtige politische Rolle. So setzte sich 1966 die Kulturrevolution erst voll durch, als ihre Anhänger die Beida gewonnen hatten.

2) Studenten gehörten ursprünglich zu den eifrigen Förderern der Reform- und Öffnungspolitik: So ließen sie bei den Feiern zum 35. Jahrestag der chinesischen Revolution im Oktober 1984 beim Vorbeimarsch Deng Xiaoping hochleben. Als es im Spätherbst 1985 an den Pekinger Universitäten unruhig wurde, diskutierten hochrangige Mitglieder der chinesischen Führung mit den Studenten und trugen damit zur Beruhigung der Lage bei.

Die Studentendemonstrationen von Dezember 1986 führten dazu, daß der damalige Generalsekretär der KP Chinas, Hu Yaobang, am 15.1.1987 zurücktreten mußte. Einer der gegen ihn erhobenen Vorwürfe bestand darin, daß er gegen die Demonstrationen nicht öffentlich Stellung genommen habe. Hu behielt zwar seinen Sitz im Politbüro und war bei Sitzungen des Nationalen Volkskongresses an prominenter Stelle noch zu sehen, war aber sonst nicht mehr politisch aktiv; er traf z. B. nicht mehr mit ausländischen Gesprächspartnern zusammen. Die posthume politische Rehabilitierung Hus ist eine der jetzt erhobenen Forderungen der Studenten.

3) Die Kundgebungen sind Ausdruck einer wachsenden Unzufriedenheit mit der Politik der chinesischen Führung. In den Slogans der Studenten wurde Kritik an allen Parteiführern laut: Sowohl Ministerpräsident Li Peng als auch Generalsekretär Zhao Ziyang werden genannt. Unüberhörbar ist die Kritik an Deng

¹ Hat Legationsrat I. Klasse Gerdts am 27. April 1989 vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Elbe am 28. April 1989 vorgelegen.

² Hat Ministerialdirigent Zeller am 25. April 1989 vorgelegen.

³ Hat Ministerialdirektor Schlagintweit am 25. April 1989 vorgelegen.

⁴ Hat Staatssekretär Sudhoff am 26. April 1989 vorgelegen.

⁵ Hat Legationsrat I. Klasse Gerdts am 15. Mai 1989 erneut vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre und Ministerialdirektor Schlagintweit an Referat 341 verfügte.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Bächmann am 18. Mai 1989 vorgelegen.

Hat Schlagintweit am 18. Mai 1989 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an Ministerialdirigent Zeller verfügte.

Hat Zeller erneut vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Scheel am 22. Mai 1989 erneut vorgelegen.

Xiaoping selbst. Diese Äußerungen reflektieren die Schwierigkeiten, in die die Reformpolitik geraten ist und die insbesondere Stadtbewohner treffen. Das gilt vor allem für die stark angewachsene Inflation.

Nach offiziellen Angaben erreichte sie 1988 18%, nach inoffiziellen in den Städten fast 30%; sie liegt bei einigen Produkten bei 40%. Diese Preissteigerungen treffen Studenten, Wissenschaftler und Bezieher fester Einkommen besonders hart. Die Studenten begreifen auch nicht, daß sie nach Abschluß ihres Studiums weit geringere Verdienste zu erwarten haben als etwa Restaurantbesitzer und Taxifahrer.

Bisher haben die Studenten folgende Forderungen geäußert:

- mehr Geld für Erziehung,
- Abschaffung der Privilegien der Führung,
- Offenlegung ihrer finanziellen Verhältnisse,
- Kampf gegen die Korruption,
- Einführung der Demokratie und Pressefreiheit.

Diese Forderungen gehen weiter als die von den Studenten im Dezember 1986 erhobenen.

4) Die chinesische Führung reagierte zunächst flexibel auf die Ereignisse. Die Polizei griff im allgemeinen nicht gegen die Demonstranten ein. Allerdings verhinderte sie ein Eindringen in den geschlossenen Bezirk der Parteiführung in Zhongnanhai und in die Große Halle des Volkes. Anders als noch vor einigen Jahren, findet ein Gespräch der Studenten mit der Parteiführung, Regierung oder dem Parlament nicht statt.

In der Pekinger Volkszeitung und im Fernsehen wurden ernste Warnungen vor weiteren Kundgebungen ausgesprochen. 20000 Soldaten sollen (so die New York Herald Tribune vom 24.4.⁶) um Peking zusammengezogen worden sein. Damit baut die Führung eine Druckkulisse auf und schafft die Voraussetzungen für ein gewaltsames Eingreifen.

5) Bemerkenswert ist, daß weder Ministerpräsident Li Peng noch Generalsekretär Zhao Ziyang oder Deng Xiaoping sich öffentlich zu den Ereignissen geäußert haben. Auch die Reden, die während der Beisetzungsfeierlichkeiten für Hu Yaobang am 22.4. gehalten wurden, enthielten keinerlei Hinweis auf die Vorgänge.

Dieser Haltung kann die taktische Überlegung zugrunde liegen, die Demonstrationen „totlaufen“ zu lassen. GS Zhao Ziyang trat am 24.4. eine lange geplante Reise nach Nordkorea an.⁷ Damit zeigt die Parteiführung, daß sie nicht beunruhigt ist.

Trotzdem spricht manches für Meinungsverschiedenheiten in der Führung. So räumte MP Li Peng Meinungsunterschiede innerhalb der Führung ein, unterstrich aber, daß Einigkeit über die Notwendigkeit und die Grundsätze der Reformpolitik bestehe.

⁶ Vgl. den Artikel „Students in Beijing Organize a Boycott“; INTERNATIONAL HERALD TRIBUNE vom 24. April 1989, S. 4.

⁷ Der Generalsekretär des ZK der KPCh, Zhao Ziyang, besuchte die Demokratische Volksrepublik Korea (Nordkorea) vom 24. bis 29. April 1989.

Seit dem Herbst 1988 macht die Politik der Führung den Eindruck eines gewissen Immobilismus. Nach den Panikkäufen vom August 1988 hatte die KPCh den wichtigsten Bestandteil der Reformpolitik, die Preisreform, zunächst vertagt. Mit dieser Entscheidung wurde zwar die Unruhe unter den Partei- und Wirtschaftsfunktionären abgemildert, aber in den kritischen Punkten der Reformpolitik (Inflation, Nebeneinander von freien und administrierten Preisen mit der Folge der Korruption, zu niedrige Preise für Energie und Rohstoffe) gab es keinen Fortschritt. Der Reformprozeß kam dadurch zu einem gewissen Halt, zumal auch in der Landwirtschaft die dynamische Entwicklung der letzten zehn Jahre ein Ende gefunden hat.

6) Ob sich die gegenwärtige Lage zu einer innenpolitischen Krise weiterentwickelt, ist gegenwärtig schwer zu sagen. Die Pekinger Studenten beschlossen einen Vorlesungsboykott bis zur Annahme ihrer Forderungen durch die Regierung. Ein Datum ist der 4. Mai, an dem vor 70 Jahren Studenten gegen die japanische Vorherrschaft demonstriert und die Demokratie gefordert hatten.

Eine Erfüllung der studentischen Forderungen erscheint kaum vorstellbar, weil die KPCh ihr Machtmonopol nicht aus der Hand geben will. Immer noch gelten die „Vier Prinzipien“:

- Festhalten am sozialistischen Weg,
- Demokratischer Zentralismus,
- Führung durch die KP,
- Marxismus-Leninismus und Mao-Zedong-Ideen.

Hinsichtlich der Reform politischer Strukturen geben die Vier Prinzipien wenig Spielraum.

Die Gewährung von etwas mehr intellektueller Freiheit scheint dagegen denkbar – sie hatte es bis zum Rücktritt Hu Yaobangs im Januar 1987 eine Zeitlang faktisch schon gegeben, war dann aber wieder eingeschränkt worden. Auch könnte der Staat wieder mehr in das in letzter Zeit vernachlässigte Erziehungssystem investieren. Entscheidend ist aber in einem Entwicklungsland wie China der Fortgang der wirtschaftlichen Reform. Während die Reformpolitik in den ersten sechs bis sieben Jahren durchaus wirtschaftspolitische Erfolge verzeichnete:

- hohes Wachstum, insbesondere auf dem Land,
- relative Preisstabilität,
- im allgemeinen außenwirtschaftliches Gleichgewicht,
- nur langsam wachsende Arbeitslosigkeit,

ist seit 1985 die Inflation ein akutes Problem geworden. Es besteht die Gefahr, daß sich beim chinesischen Verbraucher eine Inflationsmentalität mit allen negativen Folgen durchsetzt, die aus den lateinamerikanischen Ländern oder Jugoslawien bekannt sind. Die chinesische Wirtschaftspolitik verfuhr bisher eher nach dem Prinzip des „stop and go“, als daß sie den Wirtschaftssubjekten klare „ordnungspolitische“ Signale setzte. Daran wird sich unter der gegenwärtigen politischen Führung nicht viel ändern.

Nicht auszuschließen sind dagegen personelle Veränderungen. Die demonstrierenden Studenten wollen gewiß den Flügel der Reformer in der Führung stärken. Darin liegt der politische Sinn ihrer Sympathiekundgebungen für Hu Yaobang.

Sie können dabei auf die Unterstützung eines Teils der Parteiführung rechnen – sonst hätten sie gar nicht demonstrieren dürfen.

Die Demonstrationen könnten auch das Gegenteil erreichen – wie im Januar 1987, als sie zum Sturz von Hu Yaobang führten und den Flügel der entschienenen Reformer schwächten. Ein vorzeitiges Ende der Reform- und Öffnungs- politik widerspräche nicht nur dem Trend in den sozialistischen Ländern, sondern auch dem wohlverstandenen Interesse Chinas, das auf die Einfuhr von Technologie aus den marktwirtschaftlichen Ländern angewiesen ist.

Jedenfalls bis zum Besuch Gorbatschows in China (15.–18.5.) wird es keine personellen Veränderungen geben.

Scheel

Referat 341, Bd. 161811

115

Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit der britischen Premierministerin Thatcher in Deidesheim

Geheim

30. April 1989¹

Vermerk über das Gespräch des Bundeskanzlers mit Premierministerin Margaret Thatcher am 30. April 1989 in Deidesheim, 12.15 Uhr bis 14.15 Uhr²

Teilnehmer: Charles Powell, diplomatischer Berater der Premierministerin, Hans Klein, Bundesminister, Horst Teltschik, Ministerialdirektor, zwei Dolmetscher.

Das äußerst intensive und offene Gespräch konzentrierte sich fast ausschließlich auf die bevorstehende Entscheidung über ein Gesamtkonzept der NATO anlässlich des NATO-Gipfels Ende Mai in Brüssel³.

Der *Bundeskanzler* erläuterte einleitend die deutsche Position. Er habe sie am vergangenen Donnerstag im *Bundestag*⁴ erneut erläutert. So halte die Bundesregierung an dem entscheidenden Grundsatz fest, daß die Bundesrepublik Deutschland Teil der westlichen Wertegemeinschaft bleibe. Er habe immer wieder darauf hingewiesen, daß die Westbindung Teil der Staatsräson sei. Diese Westbindung beruhe auf den beiden Säulen der NATO und der Europäischen Gemeinschaft. Freiheit und Friede der Bundesrepublik hänge von dieser Westbindung ab.

Er sei fest entschlossen, alles zu tun, damit noch vor dem NATO-Gipfel in Brüssel eine Übereinstimmung in den Positionen erreicht werden könne. Er sei bereit,

¹ Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirektor Teltschik, Bundeskanzleramt, am 2. Mai 1989 gefertigt.

² Zum Besuch der britischen Premierministerin Thatcher vgl. auch Dok. 116.

³ Zur NATO-Gipfelkonferenz am 29./30. Mai 1989 vgl. Dok. 153, Dok. 154 und Dok. 156.

⁴ Für den Wortlaut der Regierungserklärung des Bundeskanzlers Kohl vom 27. April 1989 vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, 11. WP, 140. Sitzung, S. 10291–10304.

hart daran zu arbeiten. Dieses Ziel habe für ihn absolute Priorität. Anlässlich dieses Gipfels werde Präsident Bush zum ersten Mal nach Europa kommen.⁵ Er sei ein europafreundlicher Präsident. Deshalb sei für ihn ein Erfolg des Gipfels besonders wichtig.

Darüber hinaus gelte es aber auch, die weltweite Entwicklung sorgfältig zu beobachten. Dies gilt auch für die Reformpolitik in der Sowjetunion. In seiner Regierungserklärung habe er seiner Hoffnung Ausdruck gegeben, daß sich der Kurs Gorbatschows durchsetzen werde. Gorbatschow habe einiges erreicht, mehr jedoch angekündigt, daß er allen seinen Überlegungen die Taten und nicht irgendwelche Illusionen zugrunde legen werde.⁶ Dennoch müsse man jedoch feststellen, daß sich die Welt verändert habe.

Ausdruck dafür sei nicht zuletzt das Abkommen über ein weltweites Verbot nuklearer Mittelstreckenraketen.⁷ Er sei ursprünglich kein Anhänger der zweiten Null-Lösung gewesen, dennoch habe er am Ende, wenn auch widerwillig, dem Verzicht der deutschen Pershing Ia zugestimmt.⁸ Dies sei jedoch alles heute bereits Geschichte.

Man könne davon ausgehen, daß sich der Prozeß der Abrüstungs- und Rüstungskontrolle fortsetzen werde. Beide Weltmächte werden die Verhandlungen über START fortführen. Er hoffe, daß es bald zu einem Erfolg komme. Auch ein weltweites Verbot der chemischen Waffen könne sicherlich mittelfristig erreicht werden. Für ihn seien jedoch zwei Bereiche von besonderer Bedeutung: die Verhandlungen über konventionelle Abrüstung in Wien⁹ und der Bereich nuklearer Systeme der Reichweite von 0 bis 500 km. Diese Systeme würden in besonderer Weise die Interessen der Bundesrepublik Deutschland berühren.

Es sei die erklärte Politik der Bundesregierung, die Stabilität der NATO zu sichern und ihr das zu geben, was sie brauche, um den Frieden zu sichern und gleichzeitig fähig zu sein, Verhandlungen zu führen.

In der Bundesrepublik Deutschland findet derzeit eine heftige Diskussion über die nuklearen Kurzstreckensysteme statt. Wie 1982/83 würden die Sozialdemokraten auch jetzt für eine dritte Null-Lösung im Wege einer Vorleistung eintreten. Diese Politik sei für ihn jedoch nicht akzeptabel. Aber auch innerhalb der CDU und CSU werde intensiv diskutiert.

Der Bundeskanzler verweist auf das Positionspapier der Bundesregierung.¹⁰ Dort habe man festgehalten, daß „unter den gegebenen Umständen land-, see- und

⁵ Der amerikanische Präsident Bush hielt sich vom 26. bis 28. Mai 1989 in Italien und im Vatikan auf, vom 28. bis 30. Mai anlässlich der NATO-Gipfelkonferenz in Belgien, am 30./31. Mai in der Bundesrepublik und vom 31. Mai bis 2. Juni 1989 in Großbritannien.

Für das Gespräch zwischen Bush und Bundeskanzler Kohl am 30. Mai 1989 vgl. DEUTSCHE EINHEIT, Dok. 1.

⁶ So in der Vorlage.

⁷ Für den Wortlaut des INF-Vertrags vom 8. Dezember 1987 vgl. UNTS, Bd. 1657, S. 4–595. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1988, D 18–30 (Auszug). Vgl. dazu auch AAPD 1987, II, Dok. 360.

⁸ Am 26. August 1987 erklärte Bundeskanzler Kohl vor der Bundespressekonferenz, unter welchen Bedingungen die Bundesregierung bereit sei, einem Abbau der Pershing-I a-Raketen im Zuge der INF-Verhandlungen zuzustimmen. Vgl. dazu AAPD 1987, II, Dok. 235.

⁹ Zu den VKSE vgl. Dok. 74.

¹⁰ Zum Positionspapier der Bundesregierung vom 21. April 1989 zum Thema SNF vgl. Dok. 111, Anm. 10.

luftgestützte Systeme auch in Europa notwendig“ seien. Er füge hinzu, daß er entschieden dafür sei, daß die britischen und französischen Systeme ausgeklammert blieben. Es sei für ihn sehr beruhigend, daß es diese britischen und französischen Systeme gebe. Viele Gründe sprächen dafür. So sei allein die Entfernung nach Paris und London kürzer als nach Washington.

Damit wolle er nicht zum Ausdruck bringen, daß er gegenüber der jetzigen amerikanischen Administration besondere Bedenken habe. Aber bereits die Wahlkampagne von Dukakis habe gezeigt, daß niemand wissen könne, was einmal später kommen werde.

Besonders verwundere ihn, daß die Frage von „baldigen“ Verhandlungen ein Problem darstelle. Aus seiner Sicht sei diese Auseinandersetzung völlig unnötig. Bei gutem Willen aller müßte eine Lösung gefunden werden.

Der Bundeskanzler unterstrich noch einmal, daß das deutsche Positionspapier für die Entscheidung 1992 drei Kriterien nenne. So sei es „ausschlaggebend und entscheidend, ob es gelinge,

- höhere Sicherheit auf einem niedrigeren Niveau der nuklearen und konventionellen Streitkräfte insgesamt zu schaffen,
- verbindliche Vereinbarungen mit dem Warschauer Pakt über die Beseitigung der Fähigkeit zu Überraschungsangriffen und zu raumgreifend angelegten Offensiven zu schließen,
- ein gewachsesenes Maß an gegenseitigem Vertrauen aufgrund von erhöhter Transparenz und Berechenbarkeit des militärischen Verhaltens durch entsprechende Vereinbarungen zu schaffen.“

Er sei sich bewußt, daß diese Forderungen vor allem im Zusammenhang mit der konventionellen Abrüstung für Generalsekretär Gorbatschow am schwierigsten einzulösen sein werden. Die Beseitigung der Invasionsfähigkeit des Warschauer Paktes bleibe jedoch der entscheidende Punkt.

Der Bundeskanzler warb darum, daß jetzt eine gemeinsame Lösung erreicht werden müsse. Er sei voll guten Willens. Sein Ziel sei es, daß der NATO-Gipfel ein Erfolg werde.

Premierministerin Thatcher erwiderte, daß sich das Bündnis in einer sehr ernsten Lage befände. In Rhodos¹¹ sei der Bundeskanzler dafür eingetreten, daß der NATO-Gipfel möglichst früh stattfinden solle, um über die Frage der Modernisierung der nuklearen Kurzstreckensysteme noch vor den Europawahlen¹² zu entscheiden.

Premierministerin Thatcher wies mit besonderem Nachdruck darauf hin, daß diese bodengestützten nuklearen Kurzstreckensysteme für die Strategie der flexible response¹³ entscheidend seien. Ohne solche Systeme würde die Strategie unwirksam werden. Die Sowjetunion selbst habe 95 % ihrer Kurzstreckensysteme in den letzten fünf Jahren modernisiert. Sie verfüge darüber hinaus über ein 14-faches Potential gegenüber der NATO.

¹¹ Bundeskanzler Kohl und die britische Premierministerin Thatcher trafen am 2. Dezember 1988 am Rande der Tagung des Europäischen Rats zusammen, die am 2./3. Dezember 1988 stattfand. Vgl. dazu AAPD 1988, II, Dok. 349. Zur Tagung vgl. AAPD 1988, II, Dok. 353.

¹² Die Wahlen zum Europäischen Parlament fanden vom 15. bis 18. Juni 1989 statt.

¹³ Zur Strategie der „flexible response“ vgl. Dok. 27, Anm. 15.

Premierministerin Thatcher wies darauf hin, daß sie alle dem NATO-Bündnis angehören würden. Alle Mitgliedstaaten hätten der geltenden Strategie zugestimmt. Diese Strategie bedinge aber nukleare Kurzstreckensysteme.

Sie habe alles getan, damit ein möglichst früher NATO-Gipfel in diesem Jahr erreicht werden könne. Ursprünglich habe sie große Zweifel gehabt, ob Präsident Bush zusagen werde. Er hat dies getan. Jetzt ginge es darum, auf diesem Gipfel eine grundsätzliche Entscheidung über ein Nachfolgesystem der Lance zu treffen.

Premierministerin Thatcher erinnerte an die Gemeinsame Erklärung, die sie mit dem Bundeskanzler anlässlich der deutsch-britischen Konsultationen in Frankfurt besprochen und der Presse bekanntgegeben hätten.¹⁴ Sie zitiert den Wortlaut dieser Erklärung, insbesondere den Passus, der den Wortlaut der Erklärung des NATO-Gipfels vom März 1988 in Brüssel¹⁵ wiederholt. In Frankfurt habe man sich auch geeinigt, sich Ende April noch einmal treffen zu wollen. In der gemeinsamen Pressekonferenz in Frankfurt hätten sie öffentlich erläutert, daß sie über diese schriftlich formulierte Vereinbarung hinaus bis zu ihrem heutigen Treffen nichts sagen würden. Die jetzt eingetretenen Schwierigkeiten seien nicht von London ausgegangen. Im übrigen habe sich seitdem nichts verändert.

Premierministerin Thatcher verweist auf die Rede des französischen Premierministers Rocard, die dieser vor sieben/acht Wochen gehalten habe. Sie habe dieser wichtigen Rede zugestimmt. Sie könne deshalb nicht verstehen, warum die Bundesregierung ihre Position veröffentlicht habe. Sie habe dies bis heute nicht getan, obwohl sie auch eine britische Position öffentlich erläutern könne.

Verhandlungen mit Generalsekretär Gorbatschow müßten immer auf der Grundlage des gegenseitigen Respekts erfolgen. Beide Seiten haben die gleichen Rechte, ihre Positionen zu behaupten. Dies habe sie Gorbatschow bei ihrem letzten Gespräch¹⁶ immer wieder deutlich gesagt. Sie selbst begrüße die Entwicklung in der Sowjetunion. Sie könne dies vor allem deshalb tun, weil sie wisse, daß die NATO bestehen bleibe und alles getan werde, um die NATO zu stärken. Sie habe Generalsekretär Gorbatschow deutlich gesagt, daß sie eine Denuklearisierung Europas ablehne. Die Sowjetunion selbst verfüge über eine kolossale Übermacht. Deshalb sei es ein vorrangiges Ziel, die konventionelle Überlegenheit der Sowjetunion zu reduzieren. Sie habe Gorbatschow auch gesagt, daß sie die sowjetischen Zahlen über den Umfang chemischer Waffen nicht glaube. Die Sowjetunion habe darüber hinaus jede Forderung nach Überprüfung dieser Zahlen abgelehnt.

Die Stärke der NATO wie die geltende NATO-Strategie erfordern es deshalb, daß ein Minimum von nuklearen Kurzstreckensystemen erhalten bleibe, und diese müßten auf den neuesten Stand gebracht werden. Gorbatschow habe zu diesem

¹⁴ Die deutsch-britischen Konsultationen fanden am 20./21. Februar 1989 statt. Vgl. dazu Dok. 44–47. Für den Wortlaut der Gemeinsamen Erklärung des Bundeskanzlers Kohl und der britischen Premierministerin Thatcher vom 21. Februar 1989 vgl. BULLETIN 1989, S. 175.

¹⁵ Die NATO-Gipfelkonferenz fand am 2./3. März 1988 in Brüssel statt. Für den Wortlaut der Erklärung sowie der Erklärung über Konventionelle Rüstungskontrolle vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1986–1990, S. 18–26. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1988, D 201–208. Vgl. dazu ferner AAPD 1988, I, Dok. 75.

¹⁶ Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, besuchte Großbritannien vom 5. bis 7. April 1989. Vgl. dazu Dok. 93, Anm. 11.

Punkt eine wichtige Rede bei seinem Besuch in der Guildhall in London¹⁷ gehalten. Er habe in dieser Rede angedroht, daß im Falle einer Modernisierung der nuklearen Kurzstreckensysteme der NATO er daraus entsprechende Schlußfolgerungen ziehen werde. Auf diese Drohungen dürfe der Westen nicht eingehen. Dieser russische Bär sei der gleiche wie seine Vorgänger.

Premierministerin Thatcher berichtete über Informationen, die der britische Geheimdienst aus Moskau erhalten habe. Normalerweise messe sie solchen Berichten nicht großes Gewicht bei. Es sei ihr jedoch bekannt, daß auch die Amerikaner über die gleichen Informationen verfügten. Leider könne sie die Quelle für diesen Bericht nicht nennen. Aus diesem Geheimdienstbericht ginge hervor, daß es diese Absicht der Sowjetunion sei, die Bundesrepublik Deutschland und Belgien innerhalb der NATO zu isolieren. Es sei der Sowjetunion gelungen, die Bundesrepublik Deutschland in eine Falle zu locken.

Im übrigen werde berichtet, daß die Sowjetunion bei der einseitigen Reduzierung ihrer konventionellen Truppen die Panzer und die Haubitzen nicht reduzieren, sondern lediglich nur hinter den Ural zurückverlegen werde. Sie wolle noch einmal deutlich machen, daß sich an der Gesamtlage nichts verändert habe. Sie selbst hätte sich an alle Verabredungen gehalten, die sie mit dem Bundeskanzler getroffen hätte. Dennoch habe sie vom Bundeskanzler keinerlei Unterrichtung erhalten, bevor die deutsche Position veröffentlicht worden sei. Sie habe lediglich einen Anruf von Präsident Bush erhalten¹⁸, der über die deutsche Position sehr besorgt sei. Aus ihrer Sicht sei deshalb die Lage äußerst ernst. Sie könne immer nur darauf hinweisen, daß die Stärke der NATO nicht durch Worte zu gewährleisten sei.

Premierministerin Thatcher äußerte Verständnis für die Probleme des Bundeskanzlers. Sie müsse jedoch hinzufügen, daß durch die Art und Weise des gegenseitigen Umgangs alles nur noch schwieriger werde. Die NATO müsse durch Taten stark bleiben. Die Strategie fordere konkrete Systeme. Dazu gehören auch nukleare Kurzstreckensysteme. Sie stünden aber jetzt auf dem Spiel.

Die Sowjetunion wisse sehr genau, was jetzt innerhalb der NATO geschehe. Für sie sei jetzt die schwierigste Lage in der NATO eingetreten, die sie persönlich je erlebt habe. Es sei deshalb in jedem Fall erforderlich, daß man auf dem bevorstehenden Gipfel die Erklärung des NATO-Gipfels vom März 1988 wiederhole, damit der amerikanische Kongreß weiterhin bereit ist, die Forschung und

¹⁷ Zur Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 7. April 1989 in der Londoner Guildhall hielt Botschafter Freiherr von Richthofen, London, am 10. April 1989 fest: „Gorbatschow ist es auch in London gelungen – wie schon so oft an anderer Stelle –, Bevölkerung und Medien für sich einzunehmen. Seine Rede in der Guildhall fiel dagegen nach allgemeinem Urteil aller Gesprächspartner eher mager aus, weil er nicht – wie allgemein erwartet wurde – seine Vorstellungen zum gemeinsamen europäischen Haus erläuterte. [...] Offensichtlich konzentrierte sich Gorbatschow in Großbritannien bei seinem ausführlichen Dialog mit Mrs. Thatcher und seiner Rede darauf, Überzeugungsarbeit für seine Politik der Offenheit und Erneuerung zu leisten. Er wollte allen Zweiflern – und davon gibt es gerade in GB nicht wenige – demonstrieren, daß er der Regierungschef einer neuen, demokratischeren, offeneren, zum Dialog und zur Kooperation bereiten Sowjetunion ist und daß diese Entwicklung irreversibel ist.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 716/717; Referat 213, Bd. 147159. Für den Wortlaut der Rede vgl. SOWJETUNION HEUTE, Mai 1989, Beilage, S. IX–XII.

¹⁸ Der amerikanische Präsident Bush führte am 22. April 1989 ein Telefongespräch mit der britischen Premierministerin Thatcher. Vgl. dazu <https://bush4library.tamu.edu/archives/memcons-telcons> (zum Zeitpunkt des Zugriffs nicht freigegeben).

Entwicklung eines Nachfolgesystems der Lance voranzutreiben. Dafür sei nicht erforderlich, jetzt schon die Bereitschaft zur Stationierung zu erklären.

Alles in allem sei sie bestürzt, was inzwischen geschehen sei. Sie habe die Plakate gesehen, als sie jetzt mit dem Bundeskanzler in Deidesheim eingetroffen sei. Sie sehe jedoch auch die Realität in der Sowjetunion. Sie könne sich deshalb nicht vorstellen, daß Präsident Bush in die Vereinigten Staaten von Amerika zurückkehren könne mit der Feststellung, daß sie von alledem abgegangen seien, was sie früher einmal beschlossen hätten. Er werde wie sie nicht bereit sein, daß die amerikanischen und britischen Truppen in Europa ein höheres Risiko eingehen müßten, weil die Modernisierung der nuklearen Kurzstreckensysteme nicht erfolge.

Premierministerin Thatcher wiederholte noch einmal, daß Präsident Bush sehr bestürzt über diese Entwicklung sei. Sie seien jetzt mit der schwierigsten Situation konfrontiert, die es jemals in der NATO gegeben habe. Alle würden sie fragen, was denn mit den Deutschen los sei.

Dies wisse er sehr wohl, erwiderte der *Bundeskanzler*. Der britische Nachrichtendienst habe 1982/83 auch nicht geglaubt, daß die Bundesregierung bereit sei, die amerikanischen Mittelstreckensysteme zu stationieren¹⁹. Für die Deutschen sei es nun mal nicht akzeptabel, daß man die Nuklearraketen bis zu einer Reichweite bis zu 500 km abrüsten würde, aber die Systeme mit einer Reichweite von weniger als 500 km ausklammern wolle.²⁰ Im übrigen hätten die USA in früheren Zeiten nie um die Zustimmung der Bündnispartner gebeten, wenn sie Nuklearsysteme entwickelt hätten. Außerdem handele es sich um Größenordnungen, die vergleichsweise gering seien.

Er selbst habe immer wieder öffentlich gesagt, daß er eine dritte Null-Lösung ablehne. Das Positionspapier der Bundesregierung sage nichts anderes aus.

Der Bundeskanzler verwies auf eine Reihe von Ereignissen, die auch bei ihm Irritationen ausgelöst hätten. Er erinnere nur an das Zonenkonzept, das für die Verhandlungen in Wien²¹ beschlossen worden sei. Die Isolierung der Bundesrepublik Deutschland in eine getrennte Zone habe ihn wie einen Keulenschlag getroffen, weil er immer von dem gemeinsamen Prinzip der ungeteilten Sicherheit ausgegangen sei. Dieses Prinzip sei jetzt verletzt worden. Dies werde er auch auf dem bevorstehenden NATO-Gipfel ansprechen. Das andere Ereignis sei die letzte WINTEX-Übung²² gewesen. Dort sei von SACEUR²³ der Einsatz von 19 Nuklearwaffen befohlen worden. Bei diesem Einsatz sei die Sowjetunion ausgespart worden, obwohl es sich bekanntermaßen um den Hauptaggressor gehandelt habe. Solche Planspiele würden in der Realität dazu führen, daß Mitteleuropa ausgelöscht würde, während der Hauptaggressor ausgeschlossen bliebe. Diese Übung werde in der Bundesrepublik seit vier Wochen intensiv diskutiert. Beide Ereignisse hätten bei ihm alle Warnlampen ausgelöst. Er lehne entschieden innerhalb des Bündnisses Zonen mit unterschiedlicher Sicherheit ab und Überlegungen, die die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland nicht ausreichend berücksichtigen würden.

¹⁹ Korrigiert aus: „reduzieren“.

²⁰ So in der Vorlage.

²¹ Zum regionalen Ansatz bei den VKSE vgl. Dok. 67.

²² Die NATO-Übung „WINTEX-CIMEX 89“ fand vom 24. Februar bis 9. März 1989 statt.

²³ John R. Galvin.

Im übrigen frage er, wo denn ein Risiko gegeben sei, wenn sie beim bevorstehenden Gipfel in Brüssel die Formulierungen der Erklärung vom März 1988 wiederholen würden. Im großen und ganzen stünde dies alles im Positionspapier der Bundesregierung. Der Bundeskanzler liest den Text in großen Zügen noch einmal vor. Außerdem verweist er darauf, daß die NATO bereits 2400 Systeme einseitig reduziert habe.²⁴

Premierministerin *Thatcher* bestätigt dies. Diese einseitige Reduzierung der NATO müsse jedoch genutzt werden, um auch die Sowjetunion zu solchen gegenseitigen Reduzierungen aufzufordern. Dafür seien jedoch keine Verhandlungen erforderlich. Sie bekräftigt noch einmal ihre Haltung, daß kein Mitglied der NATO auf sich allein gestellt seine Sicherheit garantieren könne. Deshalb sei es auch wünschenswert, daß kein Partner seine eigene Verhandlungsposition vor dem Gipfel veröffentlichte. Wenn dies alle Mitgliedstaaten tun würden, hätten sie keine Chance, ein gemeinsames Ergebnis auf dem Gipfel zu erreichen.

Sie seien immer offen zueinander gewesen. Sie müsse leider feststellen, daß sich die Bundesregierung nicht an den Inhalt vereinbarter Kommuniqués halten würde. Sie sei deshalb bestürzt, was die Zukunft der NATO betreffe. Die Strategie der Abschreckung erfordere ein bestimmtes Ausmaß verschiedener Nuklearsysteme. Flexible response könne nicht durchgeführt werden, wenn man die entsprechenden Instrumente nicht zur Verfügung stelle. Deshalb wolle sie ausdrücklich den Bundeskanzler noch einmal fragen, ob für ihn das NATO-Kommuniqué vom März 1988 und die Gemeinsame Erklärung der NPG²⁵ gültig seien. Niemand dürfe sich aus dieser gemeinsamen Verantwortung herausstehlen.

Der *Bundeskanzler* bekräftigt, daß die Bundesrepublik Deutschland ein verlässlicher Partner des Bündnisses sei. Er erinnerte daran, daß er jahrelang als Lakai der Amerikaner gegolten habe. Er akzeptiere jedoch heute nicht, daß es bestimmte Kräfte in den Vereinigten Staaten gebe, die ihn heute genau des Gegen-teils verdächtigen. Die ersten beiden Null-Lösungen seien nicht seine Erfindung gewesen. Dennoch habe er dem Verzicht der deutschen Pershing Ia zugestimmt. Heute könne jedoch die Philosophie nicht darin bestehen, die Bedrohung der Sowjetunion abzubauen und die der Deutschen gleichzeitig zu erhöhen. Das Zonenkonzept in Wien und die WINTEX-Übung hätten deshalb bei ihm alle Warnlampen aufleuchten lassen.

Premierministerin *Thatcher* bekräftigt noch einmal, daß sie Teil der gleichen Gemeinschaft seien. Alle würden aufeinander bauen. Sie müsse doch noch einmal unterstreichen, daß die nuklearen Kurzstreckensysteme für die USA und für alle Mitgliedstaaten von grundsätzlicher Bedeutung seien. Würden sie abgebaut werden, müsse man davon ausgehen, daß die amerikanischen Truppen Europa verlassen werden. Die NATO brauche auch moderne Luft-Boden-Raketen für die Flugzeuge (TASM²⁶). Sie wolle noch einmal sagen, daß sie immer loyal

²⁴ Zum Abzug von 2400 nuklearen Gefechtsköpfen vgl. Dok. 46, Anm. 44.

²⁵ Am 27./28. Oktober 1988 fand in Den Haag die Ministersitzung der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) der NATO statt. Für den Wortlaut des Kommuniqués vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1986–1990, S. 98f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1989, D 65f.

Eine weitere Ministersitzung der NPG fand am 19./20. April 1989 in Brüssel statt. Vgl. dazu das Kommuniqué; NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1986–1990, S. 110f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1989, D 326f.

²⁶ Tactical Air-to-Surface Missile.

zu allen Vereinbarungen gestanden habe, die sie zusammen vereinbart hätten. Es wäre wichtig, wenn sie übereinstimmen könnten, daß es bei den früheren Erklärungen der NATO bleiben würde.

Der *Bundeskanzler* bekräftigte dies. Selbstverständlich stünde er zu den früheren Beschlüssen. Im übrigen werde es die Lance bis 1995/96 weiterhin geben. Erst für 1996 brauche man Nachfolgesysteme. Diese Entscheidung läge in der Zuständigkeit der USA.

Er habe auch immer wieder gesagt, daß er gegen eine dritte Null-Lösung sei. Er verweise in diesem Zusammenhang auf Ziffer 1 des deutschen Positionspapiers. Im übrigen sei dieses Papier kein Ultimatum, sondern beinhalte Überlegungen der Bundesregierung. Es sei ihm bewußt, daß sie gemeinsam in den nächsten vierzehn Tagen mit den USA, mit Großbritannien und den anderen Partnern Formulierungen finden müssen auf der Grundlage der Brüsseler Erklärung vom März 1988 und auf der Grundlage des NATO-Kommuniqués von Reykjavik²⁷.

Erst 1992 müsse man dann über die Produktion und Stationierung entscheiden. Dafür enthalte das Positionspapier der Bundesregierung klare Bedingungen. Sollten diese Bedingungen bis dahin eintreffen, wären sie sicherlich beide sehr glücklich darüber. Heute seien sie sicherlich beide sehr skeptisch, daß dies bis 1992 erreicht werden könne. Es ginge jetzt jedoch darum, den Generalsekretär Gorbatschow auf den Prüfstand zu stellen. Deshalb habe seine Regierung solche Positionen formuliert.

Premierministerin *Thatcher* erwiederte, daß es doch Generalsekretär Gorbatschow sei, der die NATO im Zusammenhang mit dem nuklearen Kurzstreckensystem auf den Prüfstand stelle. Sie selbst werde die britische Position nicht öffentlich erläutern, wie der Bundeskanzler dies getan habe, weil dies nicht gut wäre. Es ginge ihr vor allem darum, die NATO-Erklärung vom März 1988 und die der NPG zu bekräftigen.

Der *Bundeskanzler* wies Premierministerin *Thatcher* noch einmal darauf hin, daß bei der Diskussion über die nuklearen Kurzstreckensysteme zum ersten Mal in der NATO über Systeme diskutiert werde, die praktisch ausschließlich die Deutschen betreffen würden. Die Premierministerin müsse erkennen, daß die gegenwärtige Diskussion in der Bundesrepublik Deutschland nicht nur auf der Seite der politischen Linken, sondern bei Leuten wie Dr. Dregger²⁸ geführt werde, der ein entschiedener Anhänger der NATO und Freund der Amerikaner sei. Es sei nicht die Absicht der Bundesregierung, die NATO zu schwächen. Sie hätten deshalb mit ihrem Positionspapier kein Ultimatum gestellt, sondern eine Diskussionsgrundlage vorgelegt. Im übrigen setze nur einer seinen Kopf bei dieser Diskussion aufs Spiel – und dies sei er ganz persönlich.

²⁷ Vgl. dazu Ziffer 7 der Erklärung der NATO-Ministerratstagung am 11./12. Juni 1987 in Reykjavik; NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1986–1990, S. 16. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1987, D 383 f. Vgl. dazu ferner AAPD 1987, I, Dok. 170 und Dok. 174.

²⁸ In der Presse wurde berichtet: „Der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Dregger, hat abermals verlangt, das Gesamtkonzept der Nato mit einer Abrüstungsinitiative des Westens bei atomaren Kurzstreckenraketen zu verbinden. Zugleich lehnte Dregger die von der britischen Premierministerin Thatcher jetzt noch einmal wiederholte Forderung ab, auf dem NATO-Gipfeltreffen Ende Mai in Brüssel eine Modernisierung zu beschließen. Darüber solle nicht vor 1992 entschieden werden.“ Vgl. den Artikel „Dregger: Kurzstreckenraketen in Abrüstungsinitiative einbeziehen“, FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 10. April 1989, S. 1.

Premierministerin *Thatcher* erklärte erneut, daß alle Argumente für eine Modernisierungentscheidung sprechen würden. Wenn man 1995 stationieren wolle und deshalb 1992 über Produktion und Stationierung entscheiden müsse, dann müßte heute die Grundsatzentscheidung über die Modernisierung getroffen werden, sonst würden 1996 keine Nachfolgesysteme zur Verfügung stehen.

Im übrigen seien Frankreich, Großbritannien und die USA aufgrund ihrer ballistischen strategischen Nuklearsysteme verwundbarer als andere NATO-Partner. Diese Systeme seien auf ihrem Boden stationiert. Sie hätten ebenfalls Flugzeuge mit nuklearen Systemen auf ihrem Territorium stationiert. Sie könne deshalb die Logik des Bundeskanzlers nicht übernehmen, daß die Deutschen besonders verwundbar seien. Alle Partner im Bündnis seien verwundbar. Deshalb habe man sich auch zusammengeschlossen.

Der *Bundeskanzler* stellte noch einmal fest, daß es zwischen ihnen einen elementaren Dissens gebe. Es hätte doch im Bündnis niemand glauben können, daß eine zweite Null-Lösung akzeptabel sein könne, ohne daß man Verhandlungen über die SNF-Systeme führen werde. Dies habe er dem amerikanischen Präsidenten seit 1986 immer wieder mitgeteilt. Wenn außerdem die Premierministerin jetzt sage, daß 1992 keine Entscheidung über Produktion und Stationierung getroffen werden könne, wenn man jetzt nicht der Entwicklung eines Nachfolgesystems von Lance zustimme, dann sei dies zum ersten Mal, daß die Amerikaner von den Bündnispartnern die Zustimmung zur Entwicklung eines nuklearen Systems einfordern würden. Werde die NATO jedoch einer solchen Entscheidung über die Entwicklung eines Nachfolgesystems heute zustimmen, so würde jeder diese Entscheidung als Zustimmung zur Stationierung verstehen. Dies sei nicht akzeptabel.

Premierministerin *Thatcher* wiederholte noch einmal ihre Position, daß das Bündnis einer solchen Entscheidung der USA über die Entwicklung eines Nachfolgesystems zustimmen müsse, sonst sei eine Entscheidung über die Produktion 1992 nicht möglich.

Dies werde er nicht tun, erwiderte der *Bundeskanzler*. Er sei zwar gegen eine dritte Null-Lösung und für sowjetische Reduzierungen, könne jedoch nicht einer Entscheidung über eine Stationierung schon heute zustimmen.

Premierministerin *Thatcher* schlug vor, daß man folgende Erklärungen in das NATO-Kommuniqué aufnehmen sollte:

Die NATO-Partner treffen keine Entscheidung über Produktion und Stationierung eines Nachfolgesystems von Lance. Diese Entscheidung werde erst 1992 getroffen. Um diese Entscheidung jedoch 1992 treffen zu können, müssen Forschung und Entwicklung über ein Nachfolgesystem vorangehen.

Dies sei ihr Kompromiß.

Der *Bundeskanzler* berichtete, daß er mit dem amerikanischen Präsidenten vereinbart habe, sehr kurzfristig eine gemeinsame Position für den Gipfel in Brüssel zu erarbeiten.²⁹ Es sei nach wie vor sein Wille, dem Präsidenten zu helfen und die NATO weiterhin stark zu halten.

²⁹ Vgl. dazu das Telefongespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem amerikanischen Präsidenten Bush am 12. April 1989; Dok. 111, Anm. 4.

Premierministerin *Thatcher* erwiderte, daß sie sich auch anschließend vor der Presse für eine starke NATO erklären werde. Sie akzeptiere die Strategie der flexible response. Diese Strategie erfordere, daß die notwendigen Systeme up to date gehalten werden, where necessary. Sie werde sich außerdem auf das NATO-Kommuniqué vom März 1988 und auf die NPG-Erklärung vom Oktober 1988 berufen. Sie unterstütze diese NATO-Positionen in vollem Umfang; diese könnten auch nur durch die NATO selbst verändert werden.

Der *Bundeskanzler* bekräftigte noch einmal abschließend, daß die Bundesregierung kompromißfähig bleibe. Er werde dazu beitragen, den NATO-Gipfel Ende Mai in Brüssel zu einem Erfolg zu führen.

Premierministerin *Thatcher* bekräftigte noch einmal ihre Haltung, daß Präsident Bush ihr gesagt habe, daß er keine Verhandlungen über nukleare Kurzstreckensysteme führen wolle, und sie werde ihn in dieser Position unterstützen.

Bundesarchiv, B 136, Bd. 59727

116

Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit der britischen Premierministerin Thatcher in Deidesheim

30. April 1989¹

Gespräch des Herrn Bundeskanzlers mit PM Frau Thatcher am Sonntag, den 30. April 1989, in Deidesheim²;
hier: Mittagessen

Weitere Teilnehmer:

Auf unserer Seite: BM Klein; MD Teltschik; MDg Dr. Neuer; Fräulein Kaltenbach, Dolmetscherin.

Auf britischer Seite: Charles Powell; Herr Lederer, Dolmetscher.

Der *Bundeskanzler* schlägt vor, noch europäische Themen anzusprechen. Er weist auf den Bericht von Präsident Delors³ hin und bezeichnet ihn als gute Grundlage. Wir könnten damit arbeiten.

PM *Thatcher* unterstreicht, daß es sich hier um Materien handele, die der Kontrolle der nationalen Parlamente unterstehen. Dies gelte sowohl für die Steuer-

¹ Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirigent Neuer, Bundeskanzleramt, am 5. Mai 1989 gefertigt.

Hat Bundeskanzler Kohl vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Teltschik. Persönlich!“

Hat Ministerialdirektor Teltschik, Bundeskanzleramt, am 8. Mai 1989 vorgelegen, der die Weiterleitung an Ministerialdirigent Hartmann, Bundeskanzleramt, „z[ur] K[enntnisnahme], dann zurück“ verfügte.

Hat Hartmann am 9. Mai 1989 vorgelegen.

Hat Teltschik am 23. Mai 1989 erneut vorgelegen.

² Zum Besuch der britischen Premierministerin Thatcher vgl. auch Dok. 115.

³ Zum Delors-Bericht vgl. Dok. 94.

fragen als auch für die Wirtschaftspolitik. Der erste Schritt bedeute schon die Annahme des endgültigen Ziels dieses Konzepts. Sie könne dies ihrem Parlament nicht vorschlagen. Die Zuständigkeit für Währungsfragen, Wirtschaftspolitik und Finanzpolitik müsse bei dem Parlament bleiben. Sie sei sehr für eine engere Zusammenarbeit in diesen Bereichen; jedoch gegen eine gemeinsame Wirtschaftspolitik. Sie wolle eine eigene Steuerpolitik betreiben. Einer freiwilligen Annäherung auf diesen Gebieten stehe sie positiv gegenüber. Sie befürchte, die Gemeinschaft werde eine „linke Flügel-Gemeinschaft“ werden. Sie sei sehr alarmiert. Sie wolle hier nur an den Bericht über die Betreuung von Kindern erinnern. Jedes Kind in der Gemeinschaft solle bis zum Alter von zehn Jahren durch den Steuerzahler unterstützt werden. So etwas könne sie nicht akzeptieren. Wenn sie einen Schritt in diese Richtung mache, werde das als Annahme des ganzen Pakets ausgelegt.

Der *Bundeskanzler* weist darauf hin, daß die Gefahr, überstimmt zu werden, in diesen Fragen nicht bestehe, da Einstimmigkeit erforderlich sei. Er stellt die Frage, ob Frau Thatcher sich in die Richtung des Berichts bewegen und die erste Stufe akzeptieren könne, wenn dies nicht bedeuten würde, gleichzeitig auch die weiteren Stufen zu akzeptieren.

PM *Thatcher* betont, daß sie auch nicht alles, was als erste Stufe vorgesehen sei, akzeptieren könne. So sei sie bekanntlich für die Liberalisierung des Kapitalverkehrs; sie könne jedoch nicht alle Zuständigkeiten übertragen. Die vorgesehnen Kontrollen seien viel zu detailliert. Sie sei mißtrauisch. Es gebe noch viel Arbeit bis 1992⁴ zu erledigen. Sie wolle hier nur an die zahlreichen Subventionen erinnern, die in vielen Ländern noch beständen und den Wettbewerb verfälschten. Diese unterschiedliche Behandlungsweise müsse grundsätzlich beseitigt werden, sonst werde man nie das Ziel 1992 erreichen. Es treffe allerdings zu, daß viele Überschüsse im Landwirtschaftsbereich inzwischen hätten beseitigt werden können.

Der *Bundeskanzler* bemerkt, die Landwirtschaft brauche zur Anpassung noch Zeit, der Zug fahre jedoch in die richtige Richtung. Die Stimmung bei den Bauern sei trotz aller Schwierigkeiten jetzt verändert. Bei Milch habe man die Vorstellungen schneller durchsetzen können, als dies erwartet worden sei. Ein Problem gebe es noch beim Getreide. Aber die großen Getreideberge seien verschwunden.

PM *Thatcher* weist auf die immer noch bestehenden Garantiepreise hin. Sie stimmt zu, daß die Entwicklung in die richtige Richtung gehe. Sie fährt fort, daß sie über das Ausmaß von Betrügereien im Zusammenhang mit den Garantiepreisen schockiert sei. Die letzte Preisvereinbarung⁵ sei im übrigen nicht schlecht gewesen; die Mitverantwortungsabgabe müsse jedoch überprüft werden. Die Entwicklung des Weltmarktes sei nicht vorauszusehen. Sie wisse nicht, wie MP González den Delors-Bericht aufnehme.

Der *Bundeskanzler* bemerkt hierzu, er glaube, daß González eine erste Diskussion im Kreis der Regierungschefs bei dem Europäischen Rat in Madrid⁶ wolle

⁴ Zur Einführung des Europäischen Binnenmarkts vgl. Dok. 3, Anm. 14.

⁵ Bei der EG-Ratstagung auf der Ebene der Landwirtschaftsminister vom 18. bis 22. April 1989 in Luxemburg wurde eine Einigung über die Agrarpreise und die flankierenden Maßnahmen für das Wirtschaftsjahr 1989/90 erzielt. Vgl. dazu BULLETIN DER EG 4/1989, S. 47–56.

⁶ Zur Tagung des Europäischen Rats am 26./27. Juni 1989 vgl. Dok. 189 und Dok. 194.

und anschließend Auftrag an den Ministerrat geben werde, an diesen Fragen weiterzuarbeiten.

PM *Thatcher* fragt, ob der Bundestag z.B. akzeptieren würde, daß die Entscheidung über die Steuerpolitik nicht mehr von ihm getroffen werde.

Der *Bundeskanzler* bemerkt hierzu, dies sei erst die dritte Stufe.

Auf die Frage PM *Thatchers*, was das Endziel des Bundeskanzlers sei, führt dieser aus, man müsse dies im Zusammenhang mit der Politischen Union sehen.

PM *Thatcher* bemerkt, zu einer Politischen Union werde man nicht kommen. Die Arbeiten an dem Bericht sollten jetzt dem EcoFin-Rat überlassen bleiben.

Der *Bundeskanzler* wendet ein, die Frage müsse im Kreise der Regierungschefs diskutiert werden.

PM *Thatcher* gibt der Hoffnung Ausdruck, daß die Möglichkeit eines neuen Vertrags ausgeschlossen werde. Sie kommt dann auf die Bedeutung des Tierschutzes zu sprechen. Sie habe ein starkes Interesse, daß alle diesbezüglichen Vorschriften unter Artikel 100 des Vertrags ergehen. Der EuGH sei der Auffassung, hier sei Artikel 43 einschlägig.⁷ Mehrheitsentscheidungen in diesen Fragen seien jedoch nicht gut. Sie wolle hier nur auf die Fragen der Tollwut, der Maul- und Klauenseuche, der Salmonellen und der Lysteria hinweisen.

Der *Bundeskanzler* bemerkt, diese Fragen würden schon von der Kommission erörtert.

PM *Thatcher* fährt fort, dies sei schon seit einiger Zeit der Fall. Sie kommt dann auf das Problem der Hormone im amerikanischen Rindfleisch zu sprechen.⁸ Diese Hormone seien nach Auffassung der Wissenschaftler unschädlich. Dann habe der EuGH eine Mehrheitsentscheidung für angebracht gehalten, was zu großen Schwierigkeiten mit den USA geführt habe.

Der *Bundeskanzler* wirft ein, Großbritannien sei in diesen Fragen normalerweise viel strenger.

PM *Thatcher* erwidert, das sei richtig, aber die US-Hormone seien nicht schädlich. Bei der Insellage Großbritanniens sei es sinnvoll, nochmals eine Prüfung im Eingangshafen vorzunehmen. Bei der Zeichnung der Europäischen Akte⁹ habe

⁷ Für den Wortlaut von Artikel 43 bzw. Artikel 100 des EWG-Vertrags vom 25. März 1957 vgl. BUNDES GESETZBLATT 1957, Teil II, S. 798–800 bzw. S. 836.

⁸ Zu den Auseinandersetzungen mit den USA über die Einfuhr von Fleisch hormonbehandelter Tiere in die Europäischen Gemeinschaften vgl. Dok. 46, Anm. 19.

In einer Aufzeichnung des Referats 411 vom 10. Mai 1989 wurde vermerkt: „Im handelspolitischen Streitfall zwischen den USA und der EG um die Handelsfolgen des EG-Hormonverbots war am 17.2.89 von beiden Seiten die Einsetzung einer gemeinsamen Arbeitsgruppe zur Prüfung von Lösungsmöglichkeiten verabredet worden. Diese Arbeitsgruppe hat am 5.5.89 ihren Bericht vorgelegt.“ Das Ergebnis sei eine Übergangsmaßnahme, „deren Umsetzung und Wirksamkeit bis 15.7.89 geprüft werden soll. [...] Die jetzige Übergangsmaßnahme wird hormonfreie amerikanische Fleischexporte in die EG ermöglichen, die vom Handelsvolumen her mit mindestens 15 % des jetzigen Streitwerts von 140 Mio. US-Dollar (vor Inkrafttreten der Hormon-R[icht]L[ine]) übliche Jahresexporte der USA in die EG bei den betroffenen Produkten) veranschlagt werden können. [...] Die amerikanische Regierung hat angekündigt, daß sie ihre einseitigen Maßnahmen gegen bestimmte EG-Exporte in die USA in dem Maße zurücknehmen wird, wie die amerikanischen Fleischexporte in die EG wieder aufgenommen werden.“ Vgl. Referat 411, Bd. 160536.

⁹ Für den Wortlaut der Einheitlichen Europäischen Akte und der Schlußakte vom 17. bzw. 28. Februar 1986 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1986, Teil II, S. 1104–1115. Vgl. dazu ferner AAPD 1986, II, Dok. 189 und Dok. 278.

Großbritannien einen Vorbehalt eingelegt, was die Kontrolle von Terroristen, Drogen, Straftätern und den Tierschutz anbelange. Im übrigen sei die Europäische Akte unter einem falschen Verständnis durchgegangen. Großbritannien habe bei allen Fragen stets Artikel 100 im Sinne gehabt. Der EuGH weite ständig die Kompetenzen der Kommission aus. PM Thatcher kommt auf Umweltfragen zu sprechen und bemerkt, sie glaube, daß gute Maßnahmen ergriffen worden seien. Dies gelte insbesondere im Hinblick auf die Regenwälder. Sie sei hier in voller Übereinstimmung mit dem Bundeskanzler. Man müsse jedoch im Auge haben, daß die betroffenen Länder sehr empfindlich seien.

Der *Bundeskanzler* bezeichnet diese Frage als äußerst wichtig. Er halte es für unbedingt erforderlich, bei dem Weltwirtschaftsgipfel¹⁰ die Frage des Regenwaldes anzusprechen. Präsident Bush und Präsident Mitterrand seien auch dafür. Er glaube, er werde dort viel Unterstützung finden. Wenn die Entwicklung nicht gestoppt werde, werde es zu einer Katastrophe in bezug auf das Klima kommen.

PM Thatcher stimmt zu.

Der *Bundeskanzler* fährt fort, die wissenschaftlichen Prognosen für den Regenwald seien katastrophal. Wenn sich nichts ändere, sei er in ca. zehn Jahren verschwunden. Der Bundeskanzler macht Ausführungen zu den Vorgängen in Brasilien. Der Regenwald werde durch die Brandrodung vernichtet, durch Vernichtung von Wald, um Edelhölzer zu gewinnen, wobei für zwei oder drei Stämme etwa 1ha Land geopfert werden müsse, und die Beheizung von Stahlwerken mit Holzkohle. Bei dem Projekt zur Energiegewinnung, für das bei der Weltbank ein Kredit¹¹ beantragt worden sei, werde eine riesige Fläche für den Stau von Wasser benötigt, da es keine Täler gebe. Noch schlimmer sei, daß der entstehende See nur saures Wasser enthalten werde. Ein totes Gewässer. Er würde es sehr begrüßen, wenn die Länder, die auf dem Weltwirtschaftsgipfel vertreten seien, übereinstimmten, von dort aus ein Signal im Hinblick auf die Klimaveränderung durch die Vernichtung der Regenwälder geben würden. Dies sei ein großes Thema geworden. Brasilien werde natürlich die Gegenfrage stellen, was die entwickelten Länder beitragen würden, um seine Probleme zu lösen.

PM Thatcher führt aus, man könne den Menschen dort Geld geben, um die Wälder in Ordnung zu halten und Arbeitsplätze zu schaffen. Sie weist darauf hin, daß z. B. 50 Millionen Pfund im Jahr von Großbritannien nach Bangladesch als Hilfe bei Überflutungskatastrophen gegeben werden. Das Wasser komme jedoch aus dem Hinterland; dort seien die Wälder abgeholt, der Boden weggeschwemmt. Man müßte mit Indien und Nepal wegen dieser Ursachen verhandeln. Indien würde jedoch beleidigt sein. Diese Länder wollten sich nicht sagen lassen, was sie tun sollten. Man müsse das eigene Interesse dieser Länder an einer Verbesserung wecken.

Der *Bundeskanzler* fährt fort, es müsse konkret darüber geredet werden, welches Angebot die Industrienationen machen könnten. In diesem Zusammenhang weist der Bundeskanzler auf den Schuldenerlaß für Kenia in Höhe von 817 Mil-

¹⁰ Zum Weltwirtschaftsgipfel vom 14. bis 16. Juli 1989 in Paris vgl. Dok. 231.

¹¹ Zur Haltung der Bundesregierung zu einem Kredit der Weltbank für Brasilien vgl. Dok. 32, Anm. 28.

lionen DM hin¹², für Zusagen in bezug auf die Erhaltung des Regenwalds hin.¹³ Brasilien solle ein konkretes Angebot gemacht werden, z. B. Hilfe bei der Energiegewinnung mit der Gegenleistung, den Regenwald für die Welt zu erhalten. Hierfür gebe es gute Chancen, da auch viele Brasilianer gegen die Vernichtung des Regenwaldes seien.

PM *Thatcher* weist darauf hin, daß man sehr sorgfältig vorgehen müsse, um die Empfindlichkeit der Brasilianer zu schonen. Es dürften keine Irritationen auftreten.

Das Gespräch wendet sich noch kurz Polen zu. Der *Bundeskanzler* bezeichnet die Entwicklung als ermutigend. Sie sollte unterstützt werden. Die Erklärung von Präsident Bush¹⁴ bewertet der Bundeskanzler als sehr positiv.

PM *Thatcher* fügt hinzu, daß die Polen, wenn sie zu mehr politischer Freiheit gelangten, auch mehr Hilfe erhalten würden.

Der *Bundeskanzler* bemerkt abschließend, er wolle in den nächsten Tagen mit Präsident Bush telefonieren.¹⁵ Anschließend wolle er mit Frau Thatcher ein Gespräch führen, um über die Technik der Abstimmung zu reden.¹⁶

Bundesarchiv, B 136, Bd. 34088

¹² Zum Schuldenerlaß der Bundesrepublik für Kenia vgl. Dok. 36, Anm. 5.

¹³ So in der Vorlage.

¹⁴ Für den Wortlaut der Rede des amerikanischen Präsidenten Bush am 17. April 1989 in Hamtramck (Michigan) vgl. PUBLIC PAPERS, BUSH 1989, S. 430–433. Für den deutschen Wortlaut vgl. AMERIKADIENST vom 19. April 1989, Dokumentation, S. 1–5.

Gesandter Paschke, Washington, berichtete am 20. April 1989: „Die Rede ist politisch insofern bemerkenswert, als sie sich ganz eindeutig verbendt an die polnische Gemeinschaft in den Vereinigten Staaten und zugleich Polen zum Testfall für die weitere Entwicklung in Osteuropa erklärt. Sie bestätigt dabei zugleich – auch für die übrige amerikanische Zuhörerschaft – den vorsichtig abwartenden, aber dennoch positiven ‚approach‘ gegenüber den Entwicklungen in der Sowjetunion und in Osteuropa. Für die Europäer hat dies den positiven Effekt, daß zum ersten Mal sich die Umrisse einer amerikanischen Osteuropa-Politik der neuen Administration abzeichnen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1748; Referat 214, Bd. 139868.

¹⁵ Für das Telefongespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem amerikanischen Präsidenten Bush am 5. Mai 1989 vgl. Dok. 120.

¹⁶ Bundeskanzler Kohl führte am 8. Mai 1989 ein Telefongespräch mit der britischen Premierministerin Thatcher. Vgl. dazu <https://www.margaretthatcher.org/source/prem19/prem19-2617>, S. 130f.

Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem italienischen Ministerpräsidenten De Mita in Rom

2. Mai 1989¹

Treffen des Bundeskanzlers mit dem italienischen Ministerpräsident Ciriaco De Mita am 2. Mai 1989 in Rom, 11.10–13.10 Uhr

Teilnehmer: der Bundeskanzler; BM Klein; MDg Neuer; VLR I Bitterlich; Dolmetscher; MP De Mita; Herr Manzella, Generalsekretär im Amt des Ministerpräsidenten; Botschafter Vattani; Note-taker; Dolmetscher.

Aus dem Gespräch ist im wesentlichen festzuhalten:

1) Innenpolitische Entwicklung in beiden Ländern

Auf Frage des Bundeskanzlers erläutert MP *De Mita* zunächst die innenpolitische Lage in Italien: Die wirtschaftliche Entwicklung sei sehr positiv. Um die schwierige finanzielle Situation des Landes mittelfristig mit Blick auf 1992² in den Griff zu bekommen, bräuchte Italien aber eine geschlossenerere Regierung. Die jetzige Fünf-Parteien-Regierung sei in Wahrheit keine richtige Koalition. Entscheidenden Schwachpunkt stellten die Sozialisten (PSI) dar, die zwar Mitglied der Regierung seien, ständig aber an Alternativen dächten; sie seien aber zumindest vorläufig gezwungen, in der Regierung zu bleiben. Dies bringe aber ein hohes Maß an Unsicherheit mit.

Auf Bitten von MP *De Mita* erläutert der *Bundeskanzler* dann seinerseits die innenpolitische Lage in Deutschland: Er verweist auf die mittlerweile schon im siebten Jahr exzellente Wirtschaftsentwicklung, auch 1990 verspreche gut zu werden; bei den Investitionen herrsche im Grunde sogar Euphorie. Man habe auch bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit Erfolge erzielt; es bestehe zugleich ein eklatanter Mangel an qualifizierten Arbeitskräften. Wenn die Statistiken richtig wären, hätten wir eine Arbeitslosigkeit von ungefähr 6 %. Diese beruhe auf regionalen und strukturellen Problemen; Beispiele hierfür seien die Schuhindustrie in Rheinland-Pfalz oder die Werften oder der Kohlebereich. Die Landwirtschaft bereite viel politischen Ärger, aber in ungefähr drei bis fünf Jahren würde man auch hier aus der Talsohle heraus sein. Grundproblem in der Bundesrepublik Deutschland sei es, daß es den Leuten zu gut gehe. Sie meinten, es könne nichts mehr passieren. Zur Sicherung der Zukunft habe die Bundesregierung aber grundlegende Reformen einleiten müssen, um in dem künftigen europäischen Binnenmarkt und angesichts der immer stärker werdenden internationalen Konkurrenz langfristig bestehen zu können. Der Vorschlag der SPD, die

¹ Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Bitterlich, Bundeskanzleramt, am 5. Mai 1989 gefertigt und am selben Tag von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Kaestner, Bundeskanzleramt, über Bundesminister Seiters an Bundeskanzler Kohl geleitet „mit der Bitte um Billigung und mit der Bitte um Zustimmung zur Unterrichtung des Auswärtigen Amts über den wesentlichen Inhalt.“

Hat Seiters vorgelegen.

Hat Kohl vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Teltschik er[ledigen].“ Vgl. den Begleitvermerk; Bundesarchiv, B 136, Bd. 34030.

² Zur Einführung des Europäischen Binnenmarkts vgl. Dok. 3, Anm. 14.

30-Stunden-Woche einzuführen, sei angesichts der niedrigsten Geburtenrate und des höchsten Altersdurchschnitts in Europa absurd. Die SPD suche zudem das Bündnis mit den Grünen, die im Grunde anarchische Züge aufweisen und Verbindungen zum Terrorismus hätten. Auch das extreme rechte Spektrum bereite Probleme. Die Union müsse darauf hinarbeiten, daß es bei den Bundestagswahlen 1990³ nicht zum Zünglein an der Waage werde. Wichtigstes Ziel der Bundesregierung müsse es sein, mit Blick auf die Wahlen Ende 1990 den Menschen die Alternativen klarzumachen.

2) Vorbereitung NATO-Gipfel⁴

Der Bundeskanzler verweist darauf, daß die innenpolitische Lage sich auf alle Themen auswirke, auch auf die Sicherheitspolitik. SPD und Grüne wie die Mehrheit der öffentlich verfaßten Meinung seien für einseitige Abrüstung; Teile in der FDP, aber nicht die Mehrheit, würden ähnlich denken. Die Koalition habe ihre Position zur Modernisierung bzw. zu SNF klar umschrieben.⁵ Er sei zuversichtlich, bis zum NATO-Gipfel zu einer einvernehmlichen Lösung zu kommen.

Der Bundeskanzler weist darauf hin, daß die Anlage der WINTEX-Übung⁶ eine verheerende psychologische Wirkung in der Bundesrepublik Deutschland gehabt habe. Er selbst habe deswegen einschreiten müssen. Er könne unsere und seine Linie wie folgt zusammenfassen:

- Die Bundesregierung wolle den Erfolg des NATO-Gipfels Ende Mai. Er wolle dadurch auch Unterstützung für den neuen US-Präsidenten⁷ bekunden, der weitaus mehr als frühere Präsidenten Europa kenne und ein Freund Europas sei.
- Die Zugehörigkeit zur NATO und die Erhaltung einer starken NATO seien für die Deutschen existentiell. Hieran habe sich seit Konrad Adenauer nichts geändert. Die Politik der Bundesrepublik Deutschland beruhe auf den zwei Säulen: Europäische Gemeinschaft mit dem Ziel der politischen Union und die Atlantische Allianz – aus seiner Sicht sei die Westbindung, wie er es wiederholt ausgedrückt habe, Teil der Staatsraison der Bundesrepublik Deutschland. Deutschland sei nicht käuflich, auch nicht um den Preis der Einheit. Wir verdankten der NATO die längste Periode des Friedens in Freiheit in Europa. Daher müsse die NATO auch in Zukunft stark sein. Er sei sich bewußt, daß die Europäer in Sachen Lastenteilung künftig mehr tun müßten.
- Die Bundesregierung bleibe ein Anhänger der Harmel-Philosophie⁸. Dabei sei sie aber ohne jede Illusion gegenüber der Sowjetunion. Es wäre aber ein verhängnisvoller Fehler, die Entwicklung in der Sowjetunion nicht sorgfältig

³ Die Wahlen zum Bundestag fanden am 2. Dezember 1990 statt.

⁴ Zur NATO-Gipfelkonferenz am 29./30. Mai 1989 in Brüssel vgl. Dok. 153, Dok. 154 und Dok. 156.

⁵ Vgl. dazu das Positionspapier der Bundesregierung vom 21. April 1989 zum Thema SNF; Dok. 111, Anm. 10.

⁶ Die NATO-Übung „WINTEX-CIMEX 89“ fand vom 24. Februar bis 9. März 1989 statt.

⁷ George H.W. Bush.

⁸ Für den Wortlaut des „Berichts des Rats über die künftigen Aufgaben der Allianz“ (Harmel-Bericht), der dem Communiqué über die NATO-Ministerratstagung am 13./14. Dezember 1967 in Brüssel beigefügt war, vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1949–1974, S. 198–202. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1968, D 75–77. Vgl. dazu auch AAPD 1967, III, Dok. 435, und AAPD 1968, I, Dok. 14.

zu beobachten, die Chancen für den Westen genau zu analysieren und sie, wenn immer es vernünftig erscheine, zu nutzen.

- Er sei nicht Erfinder des INF-Abkommens⁹ gewesen, auch nicht der sogenannten „Brandmauer“. Es sei schwierig für ihn, der deutschen Bevölkerung klarzumachen, daß über alle Bereiche der Abrüstung Verhandlungen laufen würden, nicht aber über den SNF-Bereich, der Deutschland in besonderer Weise betreffe. Es sei wichtig, Gorbatschow auf konventionellem Gebiet zu echten Abrüstungsschritten zu drängen. Der Warschauer Pakt müsse seine Invasionsfähigkeit verlieren. Unter Bezugnahme auf das in der Koalition erarbeitete Positionspapier verweist er darauf, daß der Westen auf absehbare Zeit nukleare und konventionelle Waffen zu seiner Verteidigung brauche – er wolle keine Denuklearisierung Europas und keine dritte Null-Lösung für den SNF-Bereich.
- Zu den aktuellen Problemen in bezug auf das NATO-Gesamtkonzept gelte:
 - GB wolle, daß die NATO jetzt die Entwicklung eines Nachfolgesystems für die Lance durch die USA begrüße. Dies sei allein eine GB-Forderung, die USA würden insofern nicht insistieren. Er wolle nur darauf verweisen, daß die USA in früheren Fällen eine solche Forderung nie erhoben hätten; im übrigen gehe es um einen lächerlichen Betrag von 30 Mio. Dollar. Ferner sei es unmöglich, der Bevölkerung klarzumachen, daß die Zustimmung zur Entwicklung nicht mit der zur endgültigen Produktion und Stationierung gleichgesetzt werden könne.
 - Nach den ihm vorliegenden Informationen brauche die Lance nicht vor 1996 ersetzt zu werden, d.h., man müsse über die Stationierung ungefähr 1992 entscheiden. In dem Positionspapier sei klar festgehalten, daß die Bundesrepublik Deutschland dann stationieren werde, wenn es bis dahin¹⁰ nicht zu entscheidenden Veränderungen in der konventionellen Abrüstung gekommen sei. Die Worte „ausschlaggebend und entscheidend“ könnten nicht anders als als eine klare Bedingung ausgelegt werden. Er glaube letztlich, daß es hier möglich sei, zu einer Einigung mit den USA zu kommen; dies sei eher eine Frage der Formulierung.
 - Die Amerikaner seien im Rahmen des Gesamtkonzepts gegen ein Mandat für SNF-Verhandlungen. Abrüstung unter Ausklammerung des SNF-Bereichs könne er aber nicht akzeptieren. Er sei wirklich irritiert über Teile in der westlichen öffentlichen Meinung, die uns als unsichere Kantonisten verdächtigen. Er verteidige hier elementare deutsche Interessen. Aber auch hier sehe er durchaus eine gute Chance, zu einem Kompromiß zu kommen. Er wolle in diesem Sinne einmal laut nachdenken: Man könnte vielleicht sagen, daß SNF-Verhandlungen aufgenommen werden sollten, wenn ein bestimmter Abschnitt bei den konventionellen Abrüstungsverhandlungen erreicht ist.

MP *De Mita* entgegnet, daß er mit den Argumenten des Bundeskanzlers einverstanden sei, insbesondere was seine grundsätzlichen Aussagen zur EG und zur NATO betreffe. Auch in bezug auf die Fragen, die Deutschland besonders

⁹ Für den Wortlaut des INF-Vertrags vom 8. Dezember 1987 vgl. UNTS, Bd. 1657, S. 4–595. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1988, D 18–30 (Auszug). Vgl. dazu auch AAPD 1987, II, Dok. 360.

¹⁰ Korrigiert aus: „wenn es dahin“.

beträfen, könne er auf die Solidarität Italiens bauen. Bei seinem Treffen mit PM Thatcher¹¹ habe er die Premierministerin gefragt, ob es im Interesse des Westens sei, die Bundesregierung in dieser für sie so wichtigen Frage im Stich zu lassen, zumal dies dazu beitragen könne, künftig mit einer Regierung von SPD und Grünen zurechtkommen zu müssen. PM Thatcher habe darauf keine Antwort gegeben.

Hinsichtlich der SNF-Verhandlungen habe er gegenüber PM Thatcher folgende Auffassung vertreten: Wichtigstes, unmittelbares Ziel müsse es sein, die Asymmetrien bei den konventionellen Waffen zu reduzieren und insbesondere die Angriffsfähigkeit des Warschauer Pakts zu beseitigen. Wenn hier substantielle Fortschritte erreicht würden, dann solle man auch über die taktischen Atomwaffen verhandeln.

Für die Frage der SNF-Verhandlungen stelle sich die Frage der richtigen Taktik: Sollte man sofort damit beginnen oder solle man dies erst nach Einigung bzw. zumindest wesentlichen Ergebnissen bei der konventionellen Abrüstung tun? Er habe nichts gegen einen baldigen Beginn von SNF-Verhandlungen, wie wir es forderten. Man könne sich aber auch vorstellen, diese erst dann aufzunehmen, wenn bei den Wiener Verhandlungen über die konventionelle Abrüstung¹² ein bestimmter Zeitraum vergangen und ein gewisses Ergebnis erreicht worden sei.

Auf Frage von MP De Mita bestätigt der *Bundeskanzler* ausdrücklich, daß wir nicht auf eine dritte Null-Lösung abzielen. Auf erneuten Einwurf von MP *De Mita*, daß GB Angst davor habe, die SU könne eine dritte Null-Lösung vorschlagen, betont der *Bundeskanzler*, daß man auf diese Weise die Debatte über die dritte Null-Lösung nicht aus der Welt bringen könne. Es sei die falsche Taktik, immer auf Initiativen von Gorbatschow zu warten.

In bezug auf den NATO-Gipfel könne er sich folgende Kompromißformel vorstellen:

- Betonung, daß Verhandlungen über die konventionelle Abrüstung am vor dringlichsten seien; Notwendigkeit zügiger Verhandlungen in diesem Bereich;
- Bereitschaft zu Verhandlungen über den SNF-Bereich unter der Voraussetzung, daß bei der konventionellen Abrüstung beachtliche Fortschritte erzielt worden sind.

MP *De Mita* erklärt sich mit einer solchen Formel ausdrücklich einverstanden, bei der man die Voraussetzung auch in der Weise formulieren könnte, daß die konventionellen Verhandlungen „gut laufen“. Vielleicht könnte man hinzusetzen, daß man keine dritte Null-Lösung anstreben wolle.

MP *De Mita* kommt sodann auf die Frage der Modernisierung der Lance und fragt nochmals den Bundeskanzler nach der Position der Bundesregierung im einzelnen.

Der *Bundeskanzler* verweist darauf, daß der genaue Zeitpunkt – ob 1992 oder, wie die USA gegenüber BM Genscher und BM Stoltenberg betont hätten¹³, bis

¹¹ Der italienische Ministerpräsident De Mita hielt sich am 28. April 1989 in Großbritannien auf. Zum Gespräch mit der britischen Premierministerin Thatcher vgl. <https://www.margaretthatcher.org/source/prem19/prem19-3058>, S. 95–100.

¹² Zu den VKSE vgl. Dok. 223.

¹³ Zu den Gesprächen der Bundesminister Genscher und Stoltenberg am 24. April 1989 in den USA vgl. Dok. 111 und Dok. 112.

Ende 1991 – kein Problem sei. Schwierigkeit bilde aber die Forderung von GB, daß die NATO entsprechende Forschungsarbeiten seitens der USA begrüßen sollte. Aus Sicht der Bundesregierung sei dies eine nationale amerikanische Entscheidung, wobei einige ohnehin darauf verweisen würden, daß die USA diese Arbeiten ohnehin bereits aufgenommen hätten.

MP *De Mita* fragt, ob man hier nicht eine neutralere Formel finden könnte.

Der *Bundeskanzler* betont, er verstehe das Problem nicht. Auch in der Vergangenheit hätten die Amerikaner die NATO nie gefragt. Im übrigen gehe es um geringfügige Summen – es gehe um 30 Millionen Dollar, die bereits im Verteidigungshaushalt für 1989 eingestellt seien. Wenn er sich jetzt damit einverstanden erkläre, entsprechende Forschungsarbeiten zu begrüßen, dann würde dies aus der Sicht seiner Kritiker ein erhebliches Präjudiz für die tatsächliche Entwicklung und Stationierung darstellen.

Der *Bundeskanzler* erinnert nochmals an die WINTEX-Übung sowie an die Diskussion um das Zonenkonzept in Wien¹⁴, die sich auf die öffentliche Meinung in der Bundesrepublik Deutschland sehr negativ ausgewirkt hätten. Die Bundesregierung könne alle Entscheidungen in der Bundesrepublik Deutschland nur dann durchbringen, wenn sie von dem Grundsatz geprägt seien: Einheit der NATO – gleiche Sicherheit und gleiches Risiko für alle. In bezug auf die konkrete Formulierung des Textes zu SNF-Verhandlungen sei er zu einem Kompromiß bereit – er sei jedoch nicht bereit, die USA aufzufordern, ein Lance-Nachfolgemodell zu entwickeln.

MP *De Mita* erwidert, es sei wohl am besten, diese Frage im Text nicht zu erwähnen.

Der *Bundeskanzler* stimmt dem zu und kommt noch einmal zurück auf die Frage des Zeitpunkts der Entscheidung über die Produktion des Lance-Nachfolgesystems. In dem Positionspapier der Bundesregierung genannter Zeitpunkt „1992“ gehe auf ausdrücklichen Wunsch von BM Genscher zurück. Er habe davon abgeraten.

Der *Bundeskanzler* und *De Mita* vereinbaren, in der weiteren Vorbereitung des NATO-Gipfels, auch über die Mitarbeiter, engen Kontakt zu halten, ggf. miteinander zu telefonieren.

3) West-Ost-Verhältnis, insbesondere Polen

Der *Bundeskanzler* spricht sodann das West-Ost-Verhältnis, insbesondere die Entwicklung in Polen, an. Er verweist darauf, daß wir mit Polen in wichtigen Verhandlungen für einen Neuanfang in den bilateralen Beziehungen stünden.¹⁵ Die Chancen für einen Abschluß in diesem Sommer wären gut; er habe die Absicht, zur Unterzeichnung nach Warschau zu reisen. Die Reformbemühungen in Polen – wie auch in Ungarn – seien für das West-Ost-Verhältnis wie für Europa von besonderer Bedeutung; ein Scheitern hätte katastrophale Auswirkungen. Wir arbeiteten ferner intensiv an der Vorbereitung des Gegenbesuches von Generalsekretär Gorbatschow in der Bundesrepublik Deutschland vom 12. bis 15. Juni 1989¹⁶; auch hier habe man beachtliche Fortschritte erzielt, die früher

¹⁴ Zum regionalen Ansatz bei den VKSE vgl. Dok. 67.

¹⁵ Zum Stand der Gespräche mit Polen vgl. Dok. 135.

¹⁶ Zum Besuch des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, und des sowjetischen Außenministers Schewardnadse vgl. Dok. 178, Dok. 179 und Dok. 182.

undenkbar gewesen seien. MP Ryschkow habe beim Gespräch in Luxemburg am 18. April 1989¹⁷ die angelaufene Ausbildung von Industriemanagern nahezu euphorisch gefeiert. Auf Frage von MP De Mita nach unserer Bewertung des Reformprozesses in der Sowjetunion betont der Bundeskanzler, daß seiner Meinung nach Gorbatschow „den Rubikon überschritten“ habe: Entweder setze er die Reformen entschlossen fort oder aber er stürze. Kernproblem sei die schlechte Wirtschaftslage. Wir würden diesem Prozeß ohne Illusion gegenüberstehen, die Chancen zur vernünftigen Zusammenarbeit aber nutzen.

MP *De Mita* stimmt dieser Analyse des Bundeskanzlers ausdrücklich zu und verweist darauf, daß MP Thatcher, die ja der Sowjetunion zutiefst mißtraue, an sich, wenn sie logisch wäre, jegliche Verhandlungen ablehnen müßte. Er ergänzt, er würde nicht unbedingt darauf wetten wollen, daß Gorbatschow gewinne – obwohl er dafür sei, daß Gorbatschow Erfolg habe.

Der *Bundeskanzler* stimmt dem zu, die Chancen stünden z. Zt. noch eher gegen Gorbatschow als für ihn, wenn man die Lage objektiv bewerte.

4) Vorbereitung des Europäischen Rats in Madrid¹⁸

MP *De Mita* spricht die Vorbereitung des Europäischen Rats an, in dessen Vordergrund die Erörterung des Berichtes des Delors-Ausschusses zur Währungspolitik¹⁹ stehen werde. Nach seinem Eindruck bestehe über das grundsätzliche weitere Vorgehen Einvernehmen zwischen D, F, SPA und IT. Es werde darauf ankommen, wie schon in Hannover²⁰ auch in Madrid in positiver Weise voranzukommen.

Der *Bundeskanzler* betont, er glaube nicht, daß es gelingen könne, schon bei der ersten Diskussion alle Probleme unter Kontrolle zu bekommen. Seine Erwartung gehe vielmehr dahin, daß man zwischen den beiden nächsten Europäischen Räten an den strittigen Punkten weiter arbeiten werden müsse, um dann endgültige Beschlüsse im Dezember 1989²¹ unter französischem Vorsitz zu fällen.

MP *De Mita* erwidert, er sei durchaus damit einverstanden, die endgültigen Beschlüsse erst im Dezember zu fällen; man sollte, um ein Signal nach vorne zu zeigen, in Madrid den Bericht des Delors-Ausschusses verabschieden und die Zeit bis zum ER im Dezember nutzen, die notwendigen Instrumente zur Umsetzung zu formulieren.

Der *Bundeskanzler* erklärt, er habe auch mit diesem Vorgehen kein Problem. Wesentlich sei, daß der ER in Madrid das Zeichen setze, es geht vorwärts in Europa.

Der Bundeskanzler weist darauf hin, daß in Madrid unbedingt auch über die soziale Dimension – hierfür gebe es vernünftige Vorschläge von Delors²² – und über den Abbau der Grenzkontrollen für Personen gesprochen werden müsse. Vor allem müsse die Zusammenarbeit der nationalen Polizeibehörden mit dem Ziel intensiviert werden, eine europäische Bundespolizei zu schaffen. Es sei viel-

17 Für das Gespräch vgl. Dok. 100.

18 Zur Tagung des Europäischen Rats am 26./27. Juni 1989 vgl. Dok. 189 und Dok. 194.

19 Zum Delors-Bericht vgl. Dok. 94.

20 Zur Tagung des Europäischen Rats am 27./28. Juni 1988 vgl. AAPD 1988, II, Dok. 191.

21 Die Tagung des Europäischen Rats fand am 8./9. Dezember 1989 in Straßburg statt. Vgl. dazu Dok. 405.

22 Zur Frage einer europäischen Sozialcharta vgl. Dok. 180.

leicht von ihm psychologisch falsch gewesen, in Rhodos²³ das Wort „FBI“ in den Mund zu nehmen, aber man brauche in der Sache eine zentrale Polizei mit vergleichbarer Kompetenz.

MP *De Mita* gibt zu bedenken, ob man nicht in einer ersten Stufe eine „koordinierende Polizeibehörde“ schaffen könnte, aus der sich dann quasi natürlich ein echtes Euro-FBI entwickeln werde.

Der *Bundeskanzler* stimmt dem zu.

5) Vorbereitung Wirtschaftsgipfel Paris²⁴

Der *Bundeskanzler* verweist auf seine vorbereitenden Gespräche mit Staatspräsident Mitterrand²⁵ und betont, daß eine Verständigung der Zwölf in Madrid über die grundlegenden Themen des Wirtschaftsgipfels – Verschuldung der Schwellenländer und globaler Umweltschutz – wichtig sei. Der Wirtschaftsgipfel in Paris müsse vor allem den globalen Umweltschutz voranbringen. Er erläutert in diesem Zusammenhang unsere Haltung zu dem anhängigen Brasilien-Kredit der Weltbank (Problematik der Regenwälder).²⁶ Im Falle von Kenia hätten wir Schulden in Höhe von 800 Mio. DM unter der Bedingung erlassen, daß das Land den Regenwald schützt.²⁷ Er sei sich²⁸ bewußt, daß dieses Thema schwierig und sensibel sei. Die Industrieländer müßten ehrlich sein und ihre Hilfe für den Fall anbieten, daß die Entwicklungsländer Umweltschutzmaßnahmen ergreifen. Ein konkretes Angebot der EG und der Industrieländer beim Wirtschaftsgipfel würde großen Eindruck in der Öffentlichkeit und in der Dritten Welt machen.

MP *De Mita* stimmt diesem Ansatz grundsätzlich zu. Man müsse von allgemeinen Vorgaben nunmehr zu präzisen Angeboten und Maßnahmen kommen. Er bietet dem *Bundeskanzler* enge Zusammenarbeit an.

6) Soldatenfriedhof Costermano²⁹

Der *Bundeskanzler* spricht abschließend MP *De Mita* kurz auf die Vorgänge im Zusammenhang mit dem Soldatenfriedhof an und bittet ihn, sich diesen Fragenkomplex einmal näher anzuschauen und ihm persönlich seine Meinung zu übermitteln.

MP *De Mita* erwidert, er kenne das vom *Bundeskanzler* angesprochene Problem nicht, werde sich aber gerne damit näher befassen.³⁰

Bundesarchiv, B 136, Bd. 34030

²³ Auf Rhodos fand am 2./3. Dezember 1988 die Tagung des Europäischen Rats statt. Vgl. dazu AAPD 1988, II, Dok. 353.

²⁴ Der Weltwirtschaftsgipfel fand vom 14. bis 16. Juli 1989 in Paris statt. Vgl. dazu Dok. 231.

²⁵ Bundeskanzler Kohl und der französische Staatspräsident Mitterrand trafen am 4. April 1989 in Günzburg zusammen. Vgl. Dok. 83.

Ferner fanden am 19./20. April 1989 in Paris die deutsch-französischen Konsultationen statt. Vgl. dazu Dok. 106, Dok. 108 und Dok. 109.

²⁶ Zur Haltung der Bundesregierung zu einem Kredit der Weltbank für Brasilien vgl. Dok. 32, Anm. 28.

²⁷ Zum Schuldenerlaß der Bundesrepublik für Kenia vgl. Dok. 36, Anm. 5.

²⁸ Korrigiert aus: „Er sich“.

²⁹ Zur Diskussion um den Soldatenfriedhof in Costermano vgl. Dok. 25.

³⁰ Vortragender Legationsrat Born notierte am 5. Mai 1989 Informationen des Bundeskanzleramts, im Anschluß an sein Gespräch mit dem italienischen Ministerpräsidenten De Mita am 2. Mai 1989 in Rom habe Bundeskanzler Kohl seinen Mitarbeitern „eindeutige Weisung erteilt, daß am Friedhof Costermano in den betreffenden Fällen keine Änderungen vorgenommen werden sollen. Dies betreffe

118

Gesandter Paschke, Washington, an das Auswärtige Amt

114-12329/89 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 1928

Aufgabe: 3. Mai 1989, 18.40 Uhr¹
Ankunft: 4. Mai 1989, 01.04 Uhr

Betr.: SNF;
hier: Brief BM vom 2.5.1989

Bezug: DE 3642 vom 2.5.1989²

1) In Abwesenheit des Botschafters³ übergab ich am 3.5.1989 Under Secretary for Political Affairs Robert Kimmitt den Brief BM an seinen amerikanischen Amtskollegen. Ich betonte dabei das außerordentliche Interesse der Bundesregierung, in den noch offenen Fragen rechtzeitig vor dem Gipfel⁴ Einvernehmen zu erzielen. Die Bundesregierung würde es sehr begrüßen, wenn die amerikanische Regierung uns über deren Überlegungen für ein Einvernehmen informieren würde, damit die beiderseitigen Bemühungen rechtzeitig zu einem Ergebnis führten. Ich hob des weiteren hervor, daß es in der Frage von SNF-Verhandlungen in Deutschland einen nationalen Konsens gebe. Dies sei während der Bundestagsdebatte am 27.4.1989⁵ sehr deutlich geworden.

Fortsetzung Fußnote von Seite 527

sowohl eine Umbettung als auch eine Verlegung/Änderung der Grabplatte oder der Grabinschrift. Bundeskanzler hat ferner intern wissen lassen, daß die Frage Costermano/Steinkühler im Koalitionskreis diskret angesprochen worden sei. Auch dabei habe Bundeskanzler die obige Haltung eindeutig vertreten.“ Vgl. Referat 206 (203), Bd. 140538.

¹ Das Fernschreiben wurde von Botschaftsrat Mülmenstädt, Washington, konzipiert. Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Seibert vorgelegen, der die Weiterleitung an Botschafter Holik, „[ach] Rückkehr!“ verfügte.
Hat Holik am 8. Mai 1989 vorgelegen.
Hat Ministerialdirigent Roßbach vorgelegen.

² Ministerialdirektor Kastrup bat die Botschaft in Washington, „das als Anlage folgende Schreiben des BM an US-AM Baker unverzüglich im State Department zu übergeben“.
In dem Schreiben führte Bundesminister Genscher mit Blick auf die deutsch-amerikanischen Regierungsgespräche am 24. April 1989 in Washington aus: „1) Wir haben klargestellt, daß wir uneingeschränkt zu der Erklärung der NATO-Gipfelkonferenz vom 3. März 1988 in Brüssel stehen. Sie stimmten uns zu, die dort in Ziff. 5 zur Strategie der Kriegsverhinderung getroffenen Aussagen bei der bevorstehenden Gipfelkonferenz zu wiederholen. 2) Sie haben sich vorbehaltlich einer Gesamteinigung damit einverstanden erklärt, daß die Entscheidung, ob für 1996 die Einführung eines Lance-Nachfolgesystems in das Bündnis und demzufolge Produktion und Stationierung erforderlich ist oder nicht, Anfang 1992 getroffen und nicht auf den Gipfel 1989 vorgezogen wird. Unser internes Verständnis ging dahin, daß sich die Außenministertagung im Herbst 1991 mit dieser Frage befassen wird. Die Sachkonditionen, die wir dafür als ausschlaggebend und entscheidend ansehen, sind in unserem Ihnen übergebenen Positionspapier aufgeführt. 3) Wir haben unsere Auffassung dargelegt, daß Ziff. 7 der Erklärung der Außenminister vom 12. Juni 1987 in Reykjavík und Ziff. 14 der Erklärung der Gipfelkonferenz vom 3. März 1988 in Brüssel die Bereitschaft zur Aufnahme von Verhandlungen über die nuklearen Kurzstreckenraketen enthalten. Wir sollten von diesen Erklärungen ausgehend jetzt gemeinsam klären, wie die grundsätzliche Verhandlungsbereitschaft des Bündnisses bald durch einen entsprechenden Auftrag implementiert werden kann.“ Vgl. VS-Bd. 12250 (220); B 150, Aktenkopien 1989.

³ Jürgen Ruhfus.

⁴ Zur NATO-Gipfelkonferenz am 29./30. Mai 1989 in Brüssel vgl. Dok. 153, Dok. 154 und Dok. 156.

⁵ Für den Wortlaut der Bundestagsdebatte vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, 11. WP, 140. Sitzung, S. 10291–10366.

Ich unterstrich den besonderen deutsch-deutschen Aspekt, den BM Genscher in seinem Debattenbeitrag im Bundestag herausgehoben habe und der in der SNF-Frage von nicht unerheblicher Relevanz sei. Abschließend führte ich unter Hinweis auf Ziffer 2 des BM-Briefes aus, daß in der Modernisierungsfrage bereits ein Kompromiß erzielt worden sei. Dies berechtige zu der Hoffnung auf eine einvernehmliche Lösung hinsichtlich von SNF-Rüstungskontrollverhandlungen. Abschließend erklärte ich, die Diskussion der SNF-Frage, auch wenn sie sehr wichtig sei, dürfe nicht dazu führen, daß diesem Thema eine unverhältnismäßig hohe Bedeutung beigemessen werde. Es komme jetzt vielmehr darauf an, daß das Bündnis beim Gipfeltreffen in Brüssel die Perspektiven seiner Politik für das nächste Jahrzehnt darlege.

2) Kimmitt wies eingangs darauf hin, er werde unmittelbar nach unserem Gespräch AM Baker sehen, dem er bei dieser Gelegenheit den Brief des Bundesministers übergeben werde.

Kimmitt betonte, daß die amerikanische Regierung mit uns zusammenarbeiten wolle, damit eine einvernehmliche Lösung gefunden werde. Er erklärte, die USA seien bemüht gewesen, uns entgegenzukommen. Die amerikanische Regierung habe sich eine Position erarbeitet, die sie bereits zu einem früheren Zeitpunkt mit uns habe erörtern wollen. Sie könne nun als Grundlage für die gegenwärtige Diskussion genutzt werden.

Die USA seien sich durchaus der „deutschen Frage“ im weiteren Sinn im SNF-Zusammenhang bewußt (mindful of broader German question). Kimmitt erläuterte, nach amerikanischer Auffassung berühre die SNF-Frage den Kern der Bündnisstrategie der nuklearen Abschreckung. Gleichzeitig wies er darauf hin, die SNF seien nur „a part of a part of a part of the Alliance“. Das Bündnis habe eine militärische, aber auch eine politische und ökonomische Komponente. Letztere seien sehr wichtig. Das militärische Element der Allianz lasse sich in einen konventionellen und nuklearen Teil gliedern. Das nukleare Element setze sich aus Nuklearwaffen kurzer und interkontinentaler Reichweite zusammen. Der Kurzstreckenbereich wiederum umfasse Raketen und Artillerie.

Auch die USA seien unglücklich darüber, daß das SNF-Thema zu große Aufmerksamkeit gefunden habe und von den Erfolgen der Allianz, die sich in ihrer vierzigjährigen Geschichte bewährt habe, ablenke. Es sei die Stärke des Bündnisses gewesen, die die Reformpolitik in der Sowjetunion ausgelöst habe. Der Osten bewege sich politisch und ökonomisch auf westliche Vorstellungen zu. Auch auf sicherheitspolitischem Gebiet unternehme er Schritte, die im westlichen Interesse lägen.

Kimmitt betonte, auch in den USA werde die SNF-Position der Regierung von einem breiten Konsens getragen. Es werde der Aufmerksamkeit der Botschaft sicherlich nicht entgangen sein, daß in der öffentlichen Diskussion in den Medien auch Stimmen zu Wort kämen, die eine andere Position als die der Regierung vertreten. Hierbei handele es sich jedoch um Personen, die außerhalb der Regierung ständen (ein Hinweis auf Äußerungen Paul Nitzes in der New York Times vom heutigen Tage⁶). Auch wenn es einige unterschiedliche Auffassungen in den

⁶ Zu den Äußerungen des ehemaligen amerikanischen Sonderbotschafters Nitze wurde berichtet, er werfe Präsident Bush vor, mit der Ablehnung von Verhandlungen über SNF einen Fehler zu begehen.

USA gebe, so erwarte das amerikanische Volk, daß der Präsident⁷ in militärisch-strategischen Fragen die Führung übernehme.

[gez.] Paschke

VS-Bd. 12250 (220)

119

Botschafter Ruhfus, Washington, an das Auswärtige Amt

Fernschreiben Nr. 1946

Aufgabe: 4. Mai 1989, 19.32 Uhr¹

Ankunft: 5. Mai 1989, 01.57 Uhr

Betr.: Politische Bedeutung der EG;
hier: Verständnisprobleme der USA

Zur Unterrichtung

I. Zusammenfassung

Durch den Trade Act 1988² ist es schwieriger geworden, Administration, Kongreß und Medien die sicherheitspolitische Bedeutung der EG klarzumachen. Folge davon ist, daß es bei den unvermeidlichen Handelskonflikten zwischen USA und EG schwierig ist, amerikanische Mäßigung durch Appell an die Verantwortung des Präsidenten für die weiterreichenden transatlantischen Interessen der USA zu erreichen. Es war für uns zwar wohltuend, daß Präsident Bush bei der Amtseinführung der Handelsbeauftragten pointiert darauf hinwies, daß die Länder, mit denen die USA ernste Handelsprobleme haben, nicht Feinde, sondern Alliierte seien.³ Dennoch ist Bush nicht der souveräne Chef der Handelspolitik, den wir uns wünschen. Bisher gehen die USA behutsam mit Japan und der EG um, was allerdings dem Kongreß bereits unangenehm aufgefallen ist. Die EG muß wegen der handelspolitischen Schwächung des Präsidenten eine größere Verantwortung für die Wahrung ihrer handelspolitischen Interessen und die Einordnung dieser Interessen in die transatlantische Gesamtpolitik über-

Fortsetzung Fußnote von Seite 529

Verhandlungen über diese Frage seien im militärischen Interesse der NATO, da ein großer sowjetischer Vorteil auf diesem Gebiet bestehe: „Mr. Nitze said the West should try to negotiate equal ceilings at a low level of about 200 to 300 warheads on each side, a limit that would require huge reductions on the Soviet side.“ Vgl. den Artikel „Reagan Arms Adviser Says Bush Is Wrong on Short-Range Missiles“, THE NEW YORK TIMES vom 3. Mai 1989, S. A 1 bzw. A 10.

⁷ George H.W. Bush.

¹ Das Fernschreiben wurde von Gesandtem Graf Lambsdorff und Botschaftsrat I. Klasse Dahlhoff, beide Washington, konzipiert.

Hat Vortragendem Legationsrat Leonberger am 5. Mai 1989 vorgelegen.

² Zum amerikanischen Handelsgesetz vom 23. August 1988 vgl. Dok. 103, Anm. 10.

³ Für den Wortlaut der Äußerungen des amerikanischen Präsidenten Bush anlässlich der Amtseinführung der Handelsbeauftragten Hills am 6. Februar 1989 in Washington vgl. PUBLIC PAPERS, BUSH 1989, S. 55–57.

nehmen. Dazu gehört eine verstärkte Lobby auf dem Hill und eine verbesserte EG-Öffentlichkeitsarbeit.

II. Im einzelnen

1) Gegenstand des Berichts ist die von der Botschaft beobachtete zunehmende Schwierigkeit, der amerikanischen Regierung (Administration und Kongreß) und den Medien die sicherheitspolitische Bedeutung der EG klarzumachen und bei den eher zu- als abnehmenden Handelskonflikten im Interesse einer Schadensbegrenzung zur Geltung zu bringen. Letzteres fürchten diejenigen Kräfte im Kongreß, der Administration und der Wirtschaft, denen wir den Trade and Competitiveness Act of 1988 verdanken. Zu den Zeichen ihres Erfolges gehörte eine von der US-Handelskammer veröffentlichte Karikatur, in der wegen des Trade Act nun auch die amerikanische Handelsbeauftragte mit dem Verteidigungs- und Außenminister ins Ovale Büro des Präsidenten gehen darf.

Es geht hier um den innenpolitischen Kampf um den Rang der Sachwalter der Handelspolitik verglichen mit dem der Sachwalter der Sicherheits- und Außenpolitik Washingtons. Von Truman bis Nixon hatten die Präsidenten relativ weiten handelspolitischen Spielraum. Unter dem Eindruck der schwachen Handelsbilanzen nach dem Vietnamkrieg engte der Kongreß den Spielraum der Präsidenten Carter bis Reagan zunehmend ein (Trade Acts von 1974⁴, 1984⁵ und 1988). Wesentlicher Zweck dabei war, die Möglichkeiten des Präsidenten zur Unterordnung handelspolitischer Probleme unter Sicherheits- und Außenpolitik zu beschränken. Die originäre Zuständigkeit für den Außenhandel liegt nach der Verfassung⁶ allein beim Kongreß. Sie liegt beim Präsidenten nur, soweit sie ihm vom Kongreß übertragen worden ist. Auch für die Außenpolitik hat der Präsident eine mit dem Kongreß geteilte Zuständigkeit. Nur als Oberkommandierender der Streitkräfte ist der Präsident durch die Verfassung in seiner Position gesichert.

2) Der Kongreß hat mit dem Trade Act nun sogar weitere handelspolitische Zuständigkeiten des Präsidenten in den Kongreß zurückgeholt und sie de facto reinen Wirtschaftsausschüssen (Senate Finance, House Ways and Means) überantwortet. Damit wird im Kongreß einer institutionellen Trennung der Handelspolitik von der Außenpolitik (Senate Foreign Relations, House Foreign Affairs) wesentlicher Vorschub geleistet. Gleichzeitig hat der Kongreß mit dem Trade Act die Stellung des Handelsbeauftragten – und in seinem Schatten des Handelsministers – in der Administration gegenüber dem Präsidenten und damit dem Außen- und Verteidigungsminister gestärkt. Er hat es erreicht, daß alle Komponenten amerikanischer Weltgeltung nun auch der Handelspolitik zu dienen haben. Nur eine Großmacht kann es sich leisten, ihren Präsidenten zum Handelskonflikt mit Verbündeten zu zwingen (Super 301 und andere Vorschriften über Mandatory Trade Action).

Neue materielle, prozedurale und institutionelle Regeln erschweren es dem Präsidenten, handelspolitische Interessen den höheren Interessen der auswärtigen

⁴ Für den Wortlaut des amerikanischen Handelsgesetzes vom 3. Januar 1975 (Trade Act of 1974) vgl. US STATUTES AT LARGE, Bd. 88 (1974), S. 1978–2076.

⁵ Für den Wortlaut des amerikanischen Handelsgesetzes vom 30. Oktober 1984 (Trade and Tariff Act of 1984) vgl. US STATUTES AT LARGE, Bd. 98 (1984), S. 2948–3050.

⁶ Für den Wortlaut der amerikanischen Verfassung vom 17. September 1787 in der Fassung vom 30. Juni 1971 vgl. Edward Conrad SMITH (Hrsg.), *The Constitution of the United States. With Case Summaries*. 11. Auflage, New York u. a. 1979, S. 37–58.

Politik unterzuordnen. Es war für uns zwar wohltuend, daß Präsident Bush bei der Amtseinführung von Frau Hills, der Handelsbeauftragten, pointiert darauf hinwies, daß die Länder, mit denen die USA ernste Handelsprobleme haben, nicht Feinde, sondern Alliierte seien. Aber Bush ist, wie dargelegt, nicht der souveräne Chef der Handelspolitik, den wir uns wünschen.

- 3) Die relativ weitgehende Emanzipation der Handelspolitiker von den hauptsächlichen Zentralen politischer Gesamtverantwortung hat ihre Entsprechung in zwei einseitigen Sichtweisen von der EG, die weitgehende Eigenleben führen. Selten nur hört man beide der folgenden Elemente im Zusammenhang. Die Träger der Gesamtverantwortung anerkennen bereitwillig den Beitrag der EG zur Geschlossenheit des europäischen Flügels der NATO, zur Stabilisierung der Demokratie in Portugal, Spanien und Griechenland, zur Bindung der Bundesrepublik an den Westen, zur Anziehungskraft des Westens auf Mittel- und Osteuropa. Weist man die Sachwalter der Handelspolitik auf diese Elemente hin, wird im allgemeinen gesagt, das möge wohl so sein, aber Amerika habe ein Handelsdefizit und könne sich die unfairen Handelsbräuche des Auslands nicht mehr leisten. Japan und Westeuropa seien selbst reich und brauchten keine Geschenke mehr aus den USA. Amerika müsse seine „leverage“ hart und aggressiv gegen ein hartgesottenes Ausland einsetzen.
- 4) Trotz der erkennbaren neuen Strukturen wird in der Praxis des neuen Präsidenten der Trade Act noch nicht so heiß aufgetischt, wie er gekocht worden ist. Bisher gehen die USA in der Sache noch behutsam mit Japan und der EG um. Die Handelsbeauftragte und der Handelsminister⁷ tun sich schwer mit der Anwendung des Super-301-Verfahrens gegen Japan, und insgesamt hat sich die Administration im Hormonstreit⁸ und in der Uruguay-Runde⁹ bei Wahrung der nationalen Positionen um Entschärfung des Agrarkonflikts bemüht. Bei Airbus¹⁰ sind die Zeichen eines bewußten Konfliktmanagements zwar schwach, es ist aber auch noch nicht völlig ausgeschlossen, daß es trotz der qua Genfer Demarche verlangten Verhandlungen¹¹ nicht zu einem eskalierenden Konflikt kommt. Aller-

⁷ Robert A. Mosbacher.

⁸ Zu den Auseinandersetzungen mit den USA über die Einfuhr von Fleisch hormonbehandelter Tiere in die Europäischen Gemeinschaften vgl. Dok. 116, Anm. 8.

⁹ Zur „Uruguay-Runde“ des GATT vgl. Dok. 152.

¹⁰ Seit Herbst 1988 liefern Verhandlungen über eine Übernahme von MBB und damit auch der Deutschen Airbus GmbH durch Daimler-Benz. Vgl. dazu Dok. 228.

Referat 411 vermerkte am 24. April 1989, das Mandat des Kabinetts vom 7. November 1988 für die Verhandlungen sehe u. a. die Verpflichtung der Bundesregierung zum Ausgleich von Wechselkursrisiken vor. Die amerikanische Regierung habe daraufhin am 20. März 1989 im GATT Beschwerde gegen die „Airbus-Privatisierung“ eingelegt: „Währungsrisikoversicherung wird als Verstoß gegen GATT-Subventionskodex betrachtet. Gleichzeitig hat Washington die Airbus-Partner aufgefordert, die seit Jahren laufenden bilateralen Verhandlungen über eine Neufassung der GATT-Zivilflugzeug-Konvention fortzusetzen. Eine Annäherung der Sachpositionen ist bisher nicht erkennbar.“ Vgl. Referat 430 (411), Bd. 163042.

¹¹ Am 9./10. Mai 1989 fanden in Genf Verhandlungen zwischen den Europäischen Gemeinschaften und den USA über Airbus statt. Dazu berichtete die Ständige Vertretung bei den Internationalen Organisationen in Genf am 11. Mai 1989, diese Gesprächsrunde habe das deutliche Interesse der USA an einem Abkommen gezeigt: „Klar erkennbare Taktik der USA ist, mit Druck auf die deutsche Seite über GATT-Konsultationen in den Verhandlungen über Subventionen möglichst viel zu erreichen. Wir sollten den Amerikanern bald klarmachen, daß sie einen (möglichen) GATT-Streit und Bemühungen um einvernehmliche und dauerhafte Lösungen nicht gleichzeitig betreiben können. [...] Die Aussichten auf Fortschritte in den Subventionsverhandlungen sind nach bisherigem Eindruck gut; ob

dings hat der Trade Barriers Report¹² Ende April das Thema wieder genannt. Er dürfte die Super-301-Länderliste Ende Mai mitbestimmen und so die lange Liste der Konfliktparteien und -punkte noch länger machen.

5) Die zumindest im Moment noch geübte Behutsamkeit im Umgang mit den handelspolitischen „Folterwerkzeugen“ ist dem Kongreß bereits unangenehm aufgefallen. Vor allem die beim Trade Act hervorgetretenen Senatoren, allen voran Bentsen und Baucus, drücken bereits auf die Administration, um sie aggressiver und härter zu machen. Auch Danforth engagiert sich bei Airbus, Telekommunikation¹³ und Bankenrichtlinie¹⁴. Bentsen hat, bevor Bush 100 Tage im Amt war, Hearings zur Implementierung des Trade Act angesetzt.

6) Die EG und ihre Mitgliedstaaten können, wie es derzeit aussieht, vom Präsidenten Einsicht in ihre Bedeutung für seine Europapolitik erwarten, nicht aber gleichermaßen Schutz vor handelspolitischen Schritten der Sachwalter der US-Handelspolitik. Die EG muß daher gegenüber Washington eine größere Verantwortung für die Wahrung ihrer handelspolitischen Interessen und die Einordnung dieser Interessen in die transatlantische Gesamtpolitik übernehmen.

Dazu gehört die Bereitschaft der EG zur handelspolitischen Vergeltung. Schon jetzt hat sich die Gemeinschaft damit bei den handelspolitischen Scharfmachern Respekt verschafft und ihnen das Vorhandensein einer „countervailing leverage“ jenseits des Atlantik bewußt gemacht. Die EG hat dadurch eine von anderen Handelsnationen wie Japan oder Korea beneidete Stellung. Gleichzeitig ist aber auch die Verantwortung der EG für die größeren transatlantischen Zusammenhänge gewachsen. Eine allgemein gültige Antwort auf die Frage, wie Bereitschaft zur handelspolitischen Vergeltung in Einklang gebracht werden kann mit etwa notwendiger Zurückhaltung im Einzelfall aus allgemein politischen Gründen, gibt es leider nicht.

7) Das amtliche Washington kennt und schätzt unsere Rolle in der EG, wenn es darum geht, einen handelspolitischen Konflikt EG–USA nicht außer Kon-

Fortsetzung Fußnote von Seite 532

die USA GATT-Druckmittel wegen der Wechselkurslösung einsetzen werden, bleibt abzuwarten.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1194/1995; Vgl. Referat 430 (411), Bd. 163042.

12 Für den vom Büro der amerikanischen Handelsbeauftragten herausgegebenen „1989 National Trade Estimate Report on Foreign Trade Barriers“ vgl. <https://babel.hathitrust.org/cgi/pt?id=umn.3195100156828q>.

13 Referat 432 erläuterte am 16. März 1989: „Das US-Handelsgesetz von 1988 enthält einen Sonderteil über Telekommunikation (‘Telecommunications Trade Act’). Ausgangspunkt ist die Feststellung, daß ein Ungleichgewicht beim Handel im Telekommunikationssektor existiert (Offenheit des US-Marktes einerseits, hohe Marktzugangsbarrieren durch staatlichen Einfluß auf fremden Märkten andererseits). Ziel der US-Politik ist, gegenseitig vorteilhafte Handelsbeziehungen für Telekommunikationsgüter und -dienste zu erreichen.“ Die Europäischen Gemeinschaften hätten die Forderung der USA, Verhandlungen über den Handel mit Telekommunikationsgütern und -diensten aufzunehmen, abgelehnt und auf das GATT verwiesen: „Gespräche zwischen der EG und den USA über die Telekommunikationsmärkte können indessen fortgesetzt und die Beschaffungsregeln beider Seiten geprüft werden.“ Vgl. Referat 432, Bd. 162964.

14 In einer gemeinsamen Aufzeichnung des Bundesministeriums für Wirtschaft und des Auswärtigen Amts vom 16. Mai 1989 wurde dargelegt, mit Blick auf den Europäischen Binnenmarkt 1992 überwögen in den USA Skepsis und Sorgen vor einer „Festung Europa“: „Besonders kritische Aufmerksamkeit der USA (Regierung und Kongreß) richtet sich auf sog. 2. EG-Bankenrichtlinie. Ursprünglich vorgesehene Reziprozitätsformel, d. h. Zulassung von Drittlandsbanken in der EG nur, wenn europäische Banken in diesen Ländern auch zugelassen werden, in jüngster Fassung allerdings weitgehend entschärft.“ Vgl. Referat 411, Bd. 160514.

trolle geraten zu lassen (jüngste Beispiele sind der Hormonstreit und die Revision der zweiten Bankenrichtlinie durch die Kommission). Gleiches gilt für England und Holland. Gleichwohl werden uns die weitestgehenden Erwartungen entgegengebracht.

8) Die Botschaft hält es für erforderlich, daß die EG als ganzes und die wichtigsten Mitgliedstaaten ihren Einsatz auf dem Hill und in der Public Diplomacy steigern, um der veränderten Landschaft, in der die EG in Washington zu agieren hat, gerecht zu werden. Sie muß sich als selbstbewußter und verantwortungsbewußter Handelspartner und Stütze der transatlantischen Sicherheitspolitik präsentieren.

[gez.] Ruhfus

Referat 411, Bd. 160514

120

Telefongespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem amerikanischen Präsidenten Bush

5. Mai 1989¹

Telefongespräch des Herrn Bundeskanzlers mit Präsident Bush am Freitag, dem 5. Mai 1989, von 15.20 bis 15.35 Uhr²

Der *Bundeskanzler* begrüßt Präsident Bush und teilt ihm mit, er habe ein sehr gutes Gespräch mit Botschafter Walters geführt. Er freue sich, daß der Präsident Botschafter Walters nach Bonn entsandt habe. Er schätze Walters wegen seiner Persönlichkeit und seiner Nähe zu Präsident Bush.

Er wolle folgendes dem Präsidenten sagen:

- 1) Er, der Bundeskanzler, wolle alles tun, um einen vernünftigen Kompromiß vor dem Brüsseler Gipfel³ zu erreichen.
- 2) Er wolle an dem Kompromiß mitarbeiten und glaube, daß eine gute Chance bestehe.

Nach dem Vorschlag von Ministerpräsident Mulroney, der ihm gerade vorgelegt worden sei⁴, den er jedoch noch nicht geprüft habe, und nachdem auch Minister-

¹ Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirigent Neuer, Bundeskanzleramt, gefertigt, der die Weiterleitung an Bundeskanzler Kohl verfügte.

Hat Kohl vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Teltschik. Persönlich.“

Hat Ministerialdirektor Teltschik, Bundeskanzleramt, am 8. Mai 1989 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „H. GL 21 z[ur] Klenntnisnahme, dann zurück.“

Hat Ministerialdirigent Hartmann, Bundeskanzleramt, am 9. Mai 1989 vorgelegen.

² Für das amerikanische Gesprächsprotokoll vgl. <https://bush4library.tamu.edu/archives/memcons-telcons>.

³ Zur NATO-Gipfelkonferenz am 29./30. Mai 1989 vgl. Dok. 153, Dok. 154 und Dok. 156.

⁴ Der kanadische Ministerpräsident Mulroney hielt sich am 4. Mai 1989 in den USA auf. Botschafter Ruhfus, Washington, übermittelte am 6. Mai 1989 Informationen der kanadischen Botschaft zur

präsident Lubbers zu Präsident Bush kommen werde⁵, der auch Überlegungen angestellt habe⁶, frage er sich, ob dies alles sehr sinnvoll sei. Es sei zwar sehr gut, jedoch gehe es vielleicht wie in dem deutschen Sprichwort: „Viele Köche verderben den Brei.“

Der Bundeskanzler macht den Vorschlag, Präsident Bush solle einen Mitarbeiter nach Bonn zu Gesprächen entsenden. Dieser Mitarbeiter brauche nicht im Ministerrang sein. Er solle aber eine Persönlichkeit sein, die direkten Zugang zum Präsidenten habe.

Präsident *Bush* führt aus, er sei zuversichtlich, daß man die Sache so handhaben könne. Wie der Bundeskanzler glaube auch er, daß Gespräche nur gut sein könnten. Er werde gerne einen Mann seines Vertrauens entsenden.⁷ Allerdings meine er, dieses solle tunlichst nicht im Lichte der Öffentlichkeit geschehen, denn es habe bereits allzu viele Spekulationen gegeben, und in der Tat könnten hier zu viele Köche den Brei verderben.

Der *Bundeskanzler* bemerkt, dies könne sehr diskret geschehen. Z. B. könne der Abgesandte von Präsident Bush den amerikanischen Botschafter in Bonn besuchen und mit zwei oder drei Mitarbeitern des Bundeskanzlers zusammentreffen. Er halte es für sehr wichtig, daß Präsident Bush und er selbst Kontakt hielten. Später könne das Ergebnis in die offiziellen Kanäle gehen. Er schlage dies vor, um hilfreich zu sein.

Präsident *Bush* entgegnet, dieser Vorschlag sei in der Tat sehr hilfreich. Er sei allerdings deswegen besorgt, weil er sich bemühe, auf stille Weise eine Lösung

Fortsetzung Fußnote von Seite 534

Erörterung der SNF-Frage: „Die kanadische Seite habe folgende Position vertreten: grundsätzliche Zustimmung zu Verhandlungen; sorgfältige Vorbereitung der ‚terms‘ der Verhandlungen durch eine Arbeitsgruppe; unmißverständliche Ablehnung einer dritten Null-Lösung; ein SNF-Ergebnis müsse im Zusammenhang mit den Wiener Verhandlungen gesehen werden; auch ein CW-Abkommen sei zu berücksichtigen (CW deal ingredient for SNF-outcome).“ Mulroney habe erklärt, „Kanada würde eine Modernisierungsentscheidung unterstützen, wenn sie notwendig sei (when that must happen). Mulroney habe weiter ausgeführt, nach kanadischem Verständnis seien nukleare Kurzstreckenwaffen in Europa nicht für alle Zeiten erforderlich. Eine Abschaffung dieser Systeme könnte in Erwägung gezogen werden, wenn die Wiener Verhandlungen zu einem Ergebnis führten, das konventionelle Stabilität in Europa herstelle.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1980; Referat 220, Bd. 144787.

⁵ Der niederländische Ministerpräsident Lubbers traf am 9. Mai 1989 in Washington mit dem amerikanischen Präsidenten Bush zusammen. Für das amerikanische Gesprächsprotokoll vgl. <https://bush4library.tamu.edu/archives/memcons-telcons>.

⁶ Botschafter von der Gablentz, Den Haag, erläuterte am 2. Mai 1989, die Niederlande hätten folgenden Vorschlag vorgebracht: „SNF-Verhandlungen mit dem Ziel gleicher Obergrenzen auf niedrigerem Niveau unter Ausschluß einer Null-Lösung werden für einen späteren Zeitpunkt ins Auge gefaßt. Vorausgehen sollen einseitige Reduzierungen, um östliche Überlegenheit abzubauen und nukleare Artillerie abzuschaffen. Gleichzeitig soll westliches Potential von kürzerer nach längerer Reichweite umgerüstet werden. Obergrenzen sollen im Zusammenhang mit Ergebnissen konventioneller Ab- rüstung festgesetzt werden.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 292; Referat 220, Bd. 144787.

⁷ Am 12. Mai 1989 fand im Bundeskanzleramt ein Gespräch mit einer amerikanischen Delegation statt. Ministerialdirektor Kastrup notierte dazu am selben Tag für Bundesminister Genscher: „1) Wir haben mehrfach sehr nachdrücklich unterstrichen, daß für uns im Gesamtkonzept ein Hinweis auf die Bereitschaft zu SNF-Verhandlungen unverzichtbar ist. 2) Zu dem amerikanischen Wunsch, den Ausschluß einer dritten Null-Lösung ausdrücklich festzuschreiben, hat Teutschik erklärt, er halte dies inner- politisch nicht für machbar. Ich habe dies bekräftigt. Botschafter Walters warf ein, er habe vor einigen Tagen mit dem Kanzler gesprochen. Dieser habe gesagt, seine Position sei klar. Eine dritte Null- Lösung komme für ihn nicht in Betracht. 3) Die amerikanischen Gesprächspartner appellierten an uns, die politischen Probleme in Rechnung zu stellen, die der Präsident zu Hause und im Bündnis habe. Nachdem er uns in der Modernisierungsfrage entgegengekommen sei, dürften wir ihn in der Verhandlungsfrage nicht überfordern.“ Vgl. Referat 010, Bd. 178933.

zu erzielen, inzwischen aber fortgesetzt amerikanischer Kritik ausgesetzt sei, wonach er unentschlossen und unwillig sei, die Führung zu übernehmen. Er habe sich über Indiskretionen in der Presse geärgert, aber auch der Bundeskanzler wisse ja ein Lied von Indiskretionen zu singen. Er werde zusätzlich von Senatoren und Kongreßabgeordneten attackiert. Er erkläre diesen, daß seine Position sehr klar sei und daß er mit dem Bundeskanzler und den anderen eine gute Lösung herbeiführen wolle, damit der Gipfel ein Erfolg werde. Der Bundeskanzler habe aber seine Position ja nun einmal einnehmen müssen, und auch dieses führe zu Attacken seitens der amerikanischen wie vermutlich auch der europäischen Presse. Er wolle die Dinge auf harmonischem Wege lösen; alles auf ein gutes Ergebnis hinlenken.

Der Vorschlag, einen Mitarbeiter nach Bonn zu entsenden, sei sehr gut. Er werde sehr bald mitteilen, wer dies sein werde.

Der *Bundeskanzler* unterstreicht nochmals die Gründe, die ihn zu seinem Vorschlag veranlassen. Er wolle, daß die NATO erfolgreich sei, und er wolle, daß Präsident Bush einen Erfolg habe. Es sei dies die erste Europa-Reise in seiner Eigenschaft als Präsident.⁸ Er sei ein erprobter Freund der Europäer und der Deutschen. Er, der Bundeskanzler, werde das nie vergessen. Er habe Botschafter Walters auch gesagt, im Sommer solle man über die Lastenverteilung sprechen.

Er sei bereit, einen Schritt auf Präsident Bush zuzugehen, damit auch der Kongreß sehe, daß man zusammenstehen wolle. Der Präsident werde nach Polen und Ungarn reisen.⁹ Dort werde er gewaltige Entwicklungen feststellen können. Er sei der letzte, der Gorbatschow als neuen Helden sehe. Man dürfe Worte nicht mit Taten verwechseln. Wir erlebten aber zur Zeit den Zusammenbruch der östlichen Ideologie, und zwar politisch wie wirtschaftlich. Es sei dies die Stunde des Triumphes für den Westen. Dies sei nicht zuletzt den USA zu verdanken. Deshalb solle die Rolle Präsident Bushs im Vordergrund stehen. Dies habe auch etwas mit der Rolle der NATO und dem Erfolg des Gipfels zu tun. Der Bundeskanzler wiederholt seine Anregung, am Montag¹⁰ eine Nachricht an Herrn Teltschik zu geben, wen Präsident Bush als Abgesandten benennen wolle. In der nächsten Woche – wenn die Vorstellungen auf beiden Seiten genau bekannt seien – könne man nochmals miteinander telefonieren.¹¹ Jedenfalls solle der Präsident wissen, daß er am Ball bleibe.

Präsident *Bush* antwortet, er werde am Montag wissen lassen, wen er entsende und wann der Emissär komme. In der Tat denke er an Polen und Ungarn. Die Reisepläne seien aber zwischen den Regierungen noch nicht definitiv abgesprochen, wenngleich sie durch Indiskretionen bekannt geworden seien.

⁸ Der amerikanische Präsident Bush hielt sich vom 26. bis 28. Mai 1989 in Italien und im Vatikan auf, vom 28. bis 30. Mai anlässlich der NATO-Gipfelkonferenz in Belgien, am 30./31. Mai in der Bundesrepublik und vom 31. Mai bis 2. Juni 1989 in Großbritannien.

Für das Gespräch zwischen Bush und Bundeskanzler Kohl am 30. Mai 1989 vgl. DEUTSCHE EINHEIT, Dok. 1.

⁹ Der amerikanische Präsident Bush hielt sich vom 9. bis 11. Juli in Polen und vom 11. bis 13. Juli 1989 in Ungarn auf.

¹⁰ 8. Mai 1989.

¹¹ Ein weiteres Telefongespräch zwischen Bundeskanzler Kohl und dem amerikanischen Präsidenten Bush fand am 16. Mai 1989 statt. Vgl. dazu die Gesprächsaufzeichnung; Bundesarchiv, B 136, Bd. 59727, bzw. das amerikanische Gesprächsprotokoll; <https://bush4library.tamu.edu/archives/memcons-telcons>.

Er habe jedenfalls die Absicht, nach Osteuropa zu reisen. Gorbatschow reise demnächst nach Westeuropa.¹² Er sei der Auffassung, daß er den Veränderungen in der Welt auch dadurch Ausdruck verleihen solle, daß er nach Osteuropa reise.

Im übrigen reise Jim Baker nach Moskau¹³ und werde über eine sehr weite Spanne von Fragen, die auch für den Bundeskanzler von Interesse seien, mit Schewardnadse sprechen.

Der *Bundeskanzler* unterstreicht, daß er die Reise Präsident Bushs nach Osteuropa für wichtig und notwendig erachte. Es sei wichtig, daß die Stimme Amerikas deutlich werde. Vermutlich werde er selbst in der zweiten Hälfte Juli nach Warschau reisen¹⁴, also nach Präsident Bush. Dort bestünden große Erwartungen. Er wolle noch sagen, daß Gorbatschow nicht die Stimme Europas sein dürfe. Er sei für Fortschritte, aber nicht dafür.

Präsident *Bush* stimmt dem zu.

Die Reise von Jim Baker solle vor der Öffentlichkeit durchaus bekannt werden, also die Bereitschaft der USA, sich weiter auf die Sowjetunion einzulassen. Bereits die Tatsache der Reise werde sicher von der europäischen Öffentlichkeit positiv aufgenommen werden. Sie solle auch zeigen, die USA haben keine Angst, mit diesen Leuten zu sprechen.

Mit der Einschätzung der Situation, die der Bundeskanzler selbst gerade vorgenommen habe, stimme er überein. Er, Präsident Bush, werde nach Rückkehr von Jim Baker die Schlußfolgerungen aus der Reise gerne mit dem Bundeskanzler erörtern.

Der *Bundeskanzler* dankt Präsident Bush und bestätigt nochmals, daß man am Montag wegen des Abgesandten Kontakt aufnehmen wolle.

Zur Mitteilung an die Presse schlägt der Bundeskanzler vor, daß lediglich die Tatsache des Telefongesprächs bestätigt werden solle. Er werde noch hinzufügen, daß solche Telefongespräche regelmäßig stattfinden. Über den Inhalt solle nichts gesagt werden.

Präsident *Bush* stimmt dem zu. Der Presse gegenüber werde über den Inhalt des Gespräches kein Wort von ihm geäußert werden. Er dankt für den Geist dieses Gespräches. Das Bündnis müsse als stark und zusammenstehend aus dem Gipfel hervorgehen, denn in der Tat sei dies der Zeitpunkt, in dem der Westen gewinne.

Bundesarchiv, B 136, Bd. 59727

¹² Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, und der sowjetischen Außenminister Schewardnadse besuchten vom 12. bis 15. Juni 1989 die Bundesrepublik. Vgl. dazu Dok. 178, Dok. 179 und Dok. 182.

Ferner hielten sie sich vom 4. bis 6. Juli 1989 in Frankreich auf. Vgl. dazu Dok. 218, Anm. 8.

¹³ Der amerikanische Außenminister Baker besuchte die UdSSR am 10./11. Mai 1989. Vgl. dazu Dok. 136.

¹⁴ Zum Stand der Vorbereitungen eines Besuchs von Bundeskanzler Kohl in Polen vgl. Dok. 83, Anm. 18.

121

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Kastrup**204-321.15-194/89 geheim****5. Mai 1989¹**

Betr.: Vierer-Konsultationen auf Direktorenebene am 4.5. in London

I. Kurzfassung

Nach Einarbeitung der neuen US-Administration und dadurch bedingter mehrmonatiger Unterbrechung fanden 1989 erstmals wieder Vierer-Konsultationen der Politischen Direktoren statt (Fretwell/GB, Dufourcq/F, D 2², Ch. Thomas für R. Ridgway/USA). Aus den 5 1/2stündigen, kollegial und offen geführten Gesprächen ist festzuhalten:

- Bewertungen über gefestigte Stellung Gorbatschows liegen nahe beieinander; abweichende Äußerungen von VM Cheney geben nicht die offizielle Haltung der US-Administration wieder (siehe unter Ziff. 1);
 - Kissinger-Plan für Osteuropa ist erledigt („dead“, Ziff. 2);
 - hinsichtlich weiterem Vorgehen gegenüber Polen (Ziff. 3) besteht weitgehend Übereinstimmung (gewisse Zurückhaltung bei GB); bei der Besuchsplanung besteht die Gefahr, daß D ins Hintertreffen gerät;
 - ein Ende der Ära Ceaușescu ist auch nach Einschätzung der Partner nicht absehbar. Wir haben die USA gebeten, gemeinsam mit Kanada bei der wirtschaftlichen Zusammenarbeit – ähnlich wie die EG – Zurückhaltung zu üben. Das Vorgehen des Westens soll vor Ort in Bukarest koordiniert werden (s. Ziff. 4);
 - zu Jugoslawien bestand Übereinstimmung, über die Zusammenarbeit im IWF auf eine Konkretisierung des wirtschaftlichen Reformprogramms³ hinzuwirken;
 - die Behandlung der innerdeutschen Beziehungen und der Lage in der DDR wurde auf die Berlin und Deutschland als Ganzes gewidmete Begegnung am Vorabend des NATO-Gipfels (28.5.)⁴ vertagt. Wir stellten in Aussicht, Papier als Diskussionsgrundlage zu zirkulieren.
- Auf Frage D 2 stellte GB klar, daß es seinen Vorschlag zu Gipfelerklärung⁵ nicht als ausschließl. künftige Arbeitsgrundlage, sondern lediglich als Ideensammlung versteht;

¹ Ablichtung.

Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat Kölsch konzipiert.

Hat Bundesminister Genscher vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Mützelburg am 10. Mai 1989 vorgelegen, der den Rücklauf über Ministerialdirektor Kastrup an Referat 204 verfügte.

Hat Kastrup am 10. Mai 1989 erneut vorgelegen.

² Dieter Kastrup.

³ Zur jugoslawischen Wirtschaftspolitik vgl. Dok. 70, Anm. 8.

⁴ Im Vierertreffen über Berlin- und Deutschlandfragen am 28. Mai 1989 in Brüssel, das weitgehend auf der Ebene der Politischen Direktoren stattfand, wurden das weitere Vorgehen in der Berlin-Initiative des ehemaligen amerikanischen Präsidenten Reagan sowie der Antrag der Lufthansa auf Direktflüge in die DDR zu Messezeiten erörtert. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 653 des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Lambach, z. Z. Brüssel, vom 29. Mai 1989; Referat 210, Bd. 140774.

⁵ Für den britischen Entwurf vom 21. April 1989 für eine Erklärung der NATO-Gipfelkonferenz am 29./30. Mai 1989 in Brüssel vgl. VS-Bd. 12186 (201).

- zu SNF bestand Übereinstimmung, daß alle Seiten ihre Bemühungen auf politischer Ebene intensivieren, um vor dem NATO-Gipfel⁶ eine Einigung zu erzielen, und deshalb eine parallele Behandlung der Thematik auf Direktoren-ebene nicht angezeigt erscheint;
- bei VKSE drängt SU gegenüber USA bilateral offenbar auf baldige Ergebnisse, die lt. USA binnen zwei Jahren für möglich gehalten werden (Ziff. 5);
- als Ergebnis des AM-Treffens in Moskau erwarten die USA die Ankündigung der Wiederaufnahme der START-Verhandlungen und der Gespräche zu den Nuklear-Teststopp-Schwellenverträgen für Juni d. J. (s. Ziff. 6);
- bei CW drängten D und F sehr auf baldige Fortschritte in Genf, auch um bei europäischer Öffentlichkeit dem Eindruck entgegenzuwirken, der Westen sei an Ergebnissen nicht interessiert (s. Ziff. 7);
- F und D zeigten sich erstaunt, daß GB dem Informationsforum London bisher in der Pressearbeit nur geringes Profil zukommen läßt; dies hat offensichtlich innenpolitische Gründe (Vorbeugung gegen andernfalls zu befürchtende Vorwürfe wegen restriktiver Presse- und Informationspolitik); GB verhielt sich rezeptiv (s. Ziff. 8);
- amerikan. und brit. Zurückhaltung gegenüber Eröffnung der Pariser CHD-Konferenz auf Ministerebene hat neben terminlichen auch substantielle Gründe (befürchtete Präzedenzwirkung für Moskau, s. Ziff. 9);
- Iran streckt gegenüber USA und GB derzeit keine Fühler zu erneuter Annäherung aus (s. Ziff. 10);
- im Nahen Osten soll parallel auf Arafat (Absage an kurzfristigen Vorteil im Falle von WHO-Mitgliedschaft der PLO⁷ bei Inkaufnahme gleichzeitiger Gefährdung des langfristigen Friedensprozesses) und auf Shamir (Zustimmung zu Einbettung seines Wahlen-Vorschlags⁸ im langfristigen Friedensprozeß) eingewirkt werden. Hinsichtlich des Libanon sollen die Bemühungen der AL weiter unterstützt werden (s. Ziff. 11);
- bei Kambodscha zeigte F sich nach jüngsten Gesprächen und Berichten von Sihanouk hinsichtlich eines Abzugs der vietnames. Truppen und der Etablierung eines Mehrparteiensystems hoffnungsvoll (s. Ziff. 12);
- die Lage in Südafrika bezeichnete GB so ermutigend wie zuletzt vor fünf oder zehn Jahren. Der Druck im US-Kongreß in Richtung Sanktionen hält an (s. Ziff. 13);
- die USA baten um noch stärkere Unterstützung ihrer neuen Zentralamerika-Politik durch die Europäer. Die Entwicklung in ZA habe unmittelbare Implikationen für das amerikanisch-sowjetische Verhältnis. Wir sagten zu, bei Besuch in Bonn entsprechend auf Ortega einzuwirken. F wird an Konferenz in Stockholm teilnehmen (Ebene „senior official“), GB nicht, D offen (s. Ziff. 14).

⁶ Zur NATO-Gipfelkonferenz am 29./30. Mai 1989 in Brüssel vgl. Dok. 153, Dok. 154 und Dok. 156.

⁷ Die PLO beantragte am 7. April 1989 die Aufnahme in die WHO als „Staat Palästina“. Gesandter Martius, Genf (Internationale Organisationen), teilte am 13. Mai 1989 mit, die vom 8. bis 19. Mai 1989 tagende Weltgesundheitsversammlung habe am 12. Mai 1989 den Antrag für das Jahr 1989 abgelehnt und die Entscheidung über eine Aufnahme auf das Jahr 1990 vertagt. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 1208; Referat 232, Bd. 161135.

⁸ Zu den Vorschlägen des israelischen Ministerpräsidenten Shamir vgl. Dok. 91, Anm. 4. Vgl. dazu ferner Dok. 183.

- polit. Erklärung beim WWG soll lt. F behandeln Menschenrechte, Ost-West; außerdem (USA) Terrorismus-, Rauschgifthandel-Bekämpfung, evtl. auch Erneuerung Appell zu weltweitem CW-Verbot (USA). Vorschlag von D2, Erklärungsentwurf vorher zu zirkulieren, wurde angenommen. Alle Partner sind an angemessener Beteiligung ihrer AM bei Billigung des Erklärungstextes beim Gipfel selbst interessiert;
- im Umfeld NATO-Gipfel Vierertreffen der Direktoren (28.5.) und Außenminister (29.5.);
- nächstes reguläres Direktoren-Treffen: 29.6. Paris.⁹

II. Zu einzelnen Punkten ist ergänzend festzuhalten:

1) Gorbatschow habe, so Fretwell, mit der Straffung und den Neubesetzungen im ZK¹⁰ einen weiteren Erfolg verbucht; wie er die Opposition in Schach halte, gebe Rätsel auf (so später auch Dufourcq). Nationalitätenproblem und Versorgungslage blieben die größten Herausforderungen (so im weiteren Verlauf auch D2). Schewardnadse habe bei Besuch mit G. in London¹¹ interne Schwierigkeiten bei der Reformpolitik zwar zugegeben, jedoch explizit keine westliche Hilfe erbeten (Kredite o. ä.), offensichtlich aus Furcht vor „Beifall aus der falschen Ecke“. Er habe sich aber an einer Lockerung der COCOM-Vorschriften interessiert gezeigt; unklar sei die Haltung der Militärs. Ihren Angaben über sowjetische CW-Bestände, so auch bei Besuch in London (50 000t), schenke Gorbatschow wohl Glauben, die britischen Experten dagegen – auch nach Folgegesprächen mit Karpow in Moskau – nicht. Fraglich sei auch, wer in Georgien¹² den Einsatz von „some form of re-enforced teargas“ angeordnet und darüber anschließend eine Informationssperre verhängt habe. Umgekehrt waren lt. Einschätzung der US-Seite (so Thomas) die von Gorbatschow in New York angekündigten Truppenreduzierungen¹³ nicht mit den Militärs abgesprochen. D2 trug lt. Sprechzettel vor (gefestigte Stellung von G., zunehmende Unterstützung der „Perestroika“ auch durch den „Mann auf der Straße“). Auf seine Frage stellte Thomas klar, daß die Einschätzung von VM Cheney („Gorbatschow might not last“¹⁴) nicht die

⁹ Zum Vierertreffen der Politischen Direktoren vgl. Dok. 202 und Dok. 203.

¹⁰ Vortragender Legationsrat I. Klasse Neubert vermerkte am 27. April 1989, Michael Gorbatschow habe auf dem Plenum des ZK der KPdSU am 25. April 1989 in Moskau „den bisher massivsten Personalwechsel in der sowjetischen Führung seit seiner Wahl zum GS durchgeführt“ und somit „in diesem nach wie vor wichtigsten Organ der Partei die Gewichte weiter zu seinen Gunsten verschoben und so seine Ausgangsposition für weitere beabsichtigte Reformschritte verbessert. Der Anteil echter Reformer ist von knapp 10% auf etwa 25% gestiegen; der ‚harte Kern‘ der Konservativen von ca. 30% auf ca. 10% zurückgegangen.“ Vgl. Referat 201, Bd. 151167.

¹¹ Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, und der sowjetische Außenminister Schewardnadse besuchten Großbritannien vom 5. bis 7. April 1989. Vgl. dazu Dok. 93, Anm. 11, und Dok. 115, Anm. 17.

¹² Zu den Unruhen in Georgien vgl. Dok. 93, Anm. 18.

¹³ Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, kündigte am 7. Dezember 1988 in New York einseitige Reduzierungen der sowjetischen konventionellen Streitkräfte innerhalb von zwei Jahren an. Für den Wortlaut der Rede vgl. EUROPA-ARCHIV 1989, D 23–37. Vgl. dazu ferner AAPD 1988, II, Dok. 359.

¹⁴ Botschafter Ruhfus, Washington, berichtete am 5. Mai 1989, der amerikanische Verteidigungsminister Cheney habe am 29. April 1989 in einem Fernsehinterview ein Scheitern des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vorausgesagt und erklärt: „If I had to guess today I would guess that he would ultimately fail ... and when that happens, he is likely to be replaced by somebody who will be far more hostile than he has been in the terms of his attitude towards the rest“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 1954/1955/1956; Referat 200, Bd. 144243.

Haltung der US-Administration wiedergebe und im Hinblick auf die Durchsetzung der Haushaltsansätze des Pentagon im Kongreß zu sehen sei.

Die Partner unterrichteten über den Stand ihrer Vorbereitungen für die weiteren Begegnungen mit der sowjetischen Seite.

– D2 informierte in Verbindung mit Schewardnadse- (12./13.5.)¹⁵ und Gorbatschow (12. bis 15.6.)-Besuch in Bonn¹⁶ ausführlich über den Stand der Arbeiten am Entwurf für eine Gemeinsame Erklärung und unsere Bemühungen um die Einbeziehung von Berlin¹⁷ in weitere bilaterale Verträge und Begegnungen (Ausw. Ausschuß BT/Oberster Sowjet¹⁸; Begleitung Momper bei Gespräch mit AM Schewardnadse durch dt. Botschafter¹⁹). Wir wollten den Beziehungen eine „neue Qualität“ verleihen; gleichzeitig suchten wir dem Eindruck einer Sonderbehandlung entgegenzuwirken. Unser Standort sei klar, auch für die Zukunft.

D2 sicherte in Ergänzung zu gegenseitiger Information in Bonner Vierergruppe weitere Unterrichtung auch in diesem Kreise zu.

– Thomas gab eine Vorschau auf den Besuch von AM Baker in Moskau (10./11.5.)²⁰: zusätzl. Dialogfeld „transnationale Fragen“ (USA: Terrorismus, Bekämpfung Rauschgifthandel, Naturkatastrophen), Arbeitsgruppe allenfalls zu Rüstungskontrollfragen, Ankündigung Wiederaufnahme START²¹- und Teststopp- (Schwellenverträge)²² Gespräche²³ im Juni als voraussichtliches Ergebnis

¹⁵ Zum Besuch des sowjetischen Außenministers Schewardnadse vgl. Dok. 133.

¹⁶ Zum Besuch des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, und des sowjetischen Außenministers Schewardnadse vom 12. bis 15. Juni 1989 in der Bundesrepublik vgl. Dok. 178, Dok. 179 und Dok. 182.

¹⁷ Zur Einbeziehung von Berlin (West) in die deutsch-sowjetische Zusammenarbeit vgl. Dok. 129 und Dok. 140.

¹⁸ Zur Frage der Beteiligung von Abgeordneten aus Berlin (West) an einem Besuch des Auswärtigen Ausschusses des Bundestags in der UdSSR vgl. Dok. 129, Anm. 13.

¹⁹ Vortragender Legationsrat I. Klasse Freiherr von Groll, z. Z. Bonn, erläuterte am 7. April 1989 zu einem möglichen Besuch des Regierenden Bürgermeisters von Berlin, Momper, in der UdSSR: „Bisher scheiterten solche Projekte seit Vorliegen der ersten Einladung nach Unterzeichnung des V[ier-]M[ächte-]A[bkommens] an der Weigerung der SU, bei Regierungskontakten die Begleitung durch den Botschafter der Bundesrepublik Deutschland zu akzeptieren und den Besuch durch die Botschaft vorbereiten zu lassen.“ Die sowjetische Seite sei bislang lediglich bereit gewesen, Momper eine Begleitung durch einen Botschaftsrat zuzugestehen. Vgl. Referat 213, Bd. 147147.

²⁰ Zum Besuch des amerikanischen Außenministers Baker in der UdSSR vgl. Dok. 136.

²¹ Die elfte Runde von START fand vom 19. Juni bis 7. August 1989 in Genf statt. Vgl. dazu Dok. 243.

²² Für den Wortlaut des Vertrags vom 3. Juli 1974 zwischen den USA und der UdSSR über die Begrenzung unterirdischer Kernwaffenversuche (TTBT) sowie des dazugehörigen Protokolls vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 71 (1974), S. 217f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1974, D 364–367. Vgl. dazu ferner AAPD 1974, II, Dok. 197 und Dok. 200.

Für den Wortlaut des Vertrags vom 28. Mai 1976 zwischen den USA und der UdSSR über unterirdische Kernsprengungen zu friedlichen Zwecken (PNET) mit dazugehörigem Protokoll vgl. UNTS, Bd. 1714, S. 431–472. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1976, D 539–542.

²³ Botschafter Ruhfus, Washington, erläuterte am 14. Dezember 1988 zu den im Herbst 1987 vereinbarten amerikanisch-sowjetischen Gesprächen über die Ausarbeitung von Verifikationsprotokollen der Schwellenverträge, beide Seiten hätten mit Abschluß der Gespräche zwar „ein ad referendum vereinbartes Verifikationsprotokoll zum Vertrag über friedliche Kernsprengungen (Peaceful Nuclear Explosion Treaty – PNET, 1976)“ erarbeitet, „unvollendet bleibt jedoch das analoge Protokoll zum Schwellen-Teststopp-Vertrag (Threshold Test Ban Treaty – TTBT, 1974)“. Habe man „noch vor wenigen Monaten gehofft, daß die Vereinbarung und erfolgreiche Durchführung der gemeinsamen Verifikationsexperimente (Joint Verification Experiment) den politischen Durchbruch bringen würde, der die rasche Vereinbarung beider Texte zuließe, so mußte man zwischenzeitlich einsehen, daß die hochkomplizierte Materie nicht in der zur Verfügung stehenden Zeit bewältigt werden konnte.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 5017; Referat 222, Bd. 162065.

nis, Fortsetzung des Dialogs über VKSE, offensichtl. Interesse der SU an baldigen Ergebnissen; bei Regionalfragen Schwerpunkt Nicaragua, daneben Bestandsaufnahme zu Nahem Osten und Gespräche über Kambodscha und Südafrika; Botschaften-Frage²⁴ als drängendstes bilaterales Problem; Weiterflug nach Brüssel noch am 11.5. abends, somit wohl NATO-Briefing 12.5. am frühen Vormittag.

- Dufourcq erwartet beim Besuch von Gorbatschow in Paris (4. bis 6.7.)²⁵ neben zahlreichen Begegnungen (Präsident, PM²⁶, Auswärtiger Ausschuß, Intellektuelle/Sorbonne, Präsentation hochauflösendes Fernsehen) die Unterzeichnung von zwölf bilateralen Abkommen (u.a. Errichtung Kulturinstitute, Investitionschutz, Jugendaustausch, Vermeidung Zwischenfälle auf Hoher See nach US- und D-Muster, wirtschaftl. und techn. Zusammenarbeit). Bei Rede vor Europarat²⁷ sieht F eigene AM-Beteiligung als Sonderfall (Gastgeberland).
- 2) Die inzwischen abgeschlossene Bestandsaufnahme zu Osteuropa wird lt. Thomas zu einer Fortsetzung der amerikanischen Politik der Differenzierung führen. („Policy Review“ ist Verschlußsache und soll nicht veröffentlicht werden; Kongreß werde mündlich unterrichtet. Thomas rechnet jedoch damit, daß Ergebnisse aufgrund gezielter Indiskretion in der Presse nachzulesen sein werden.) Auf Frage von D2 stellt er klar, daß es keine wesentliche Änderung des bisherigen Ansatzes gebe und der sog. Kissinger-Plan²⁸ (D2: Wirkung in D verheerend) erledigt sei.

Kissinger habe keinerlei offiziellen Status. Er sitze AM Baker und seinen anderen „Kameraden“ (Eagleburger, Scowcroft) im Nacken, die sich von ihm freischwärmen („no Kissinger network“).

Im übrigen finde Kissinger in Europa sehr viel mehr Gehör als in den USA, auch wenn häufige, auf eigene Pressepolitik und persönliche Eitelkeit von Kissinger

²⁴ Die Referate 204 und 213 vermerkten am 2. März 1989: „Die Aufenthalts- und Arbeitsbedingungen der jeweiligen Botschaften und Konsulate sind weiterhin Gegenstand von Verhandlungen, die demnächst aufgenommen werden sollen. Die Frage der Nutzung des US-Botschaftsneubaus in Moskau (und damit wegen der Reziprozität auch des SU-Neubaus in Washington) ist wegen der in Moskau von der SU eingebauten Abhöreinrichtungen weiterhin ein ungeklärtes Problem.“ Vgl. Referat 221 (204), Bd. 179537.

²⁵ Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, hielt sich vom 4. bis 6. Juli 1989 in Frankreich auf. Vgl. dazu Dok. 218, Anm. 8.

²⁶ Michel Rocard.

²⁷ Für den Wortlaut der Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vor dem Europarat am 6. Juli 1989 in Straßburg vgl. EUROPA-ARCHIV 1989, D 587–595.

²⁸ Gesandter Paschke, Washington, berichtete am 20. April 1989: „In einem Artikel in der Washington Post vom 16.4.1989 hat Kissinger sich von dem ihm zugeschriebenen ‚Kissinger-Plan‘ einer Vereinbarung zwischen USA und Sowjetunion über die Sicherung des Status quo in Europa bei gleichzeitiger Liberalisierung in den osteuropäischen Staaten distanziert und erklärt, AM Baker habe eine fragmentarische und verfälschte Zusammenfassung einer privaten Unterhaltung in der Öffentlichkeit wiedergegeben. Im gleichen Artikel stellt Kissinger einen weiteren modifizierten Plan vor, der nun nicht mehr Vereinbarungen zwischen der Sowjetunion und den USA, sondern nur noch vertrauliche Gespräche vorsieht. In der politischen Substanz fordert Kissinger ein Europa vom Atlantik bis zu polnischen Ostgrenze.“ Die Europäischen Gemeinschaften sollten „als Nukleus europäischer Vereinigung dienen und Assoziationsabkommen mit den osteuropäischen Staaten suchen. Dabei müsse zugleich den legitimen sowjetischen Sicherheitsinteressen Rechnung getragen werden.“ Vorgesehen sei eine begrenzte Truppenpräsenz beider Großmächte: „Bei diesem Konzept hätte die Sowjetunion die notwendige militärische Sicherheit und könnte sich von den unnötigen Kosten und Risiken der Stützung unpopulärer Regime in Osteuropa befreien. Zugleich blieben die Vereinigten Staaten als Garantiemacht für die Sicherheit ihrer Alliierten erhalten, die dabei die Zukunft ihres eigenen Kontinents stärker in die eigenen Hände nehmen könnten.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1752; Referat 213, Bd. 147165.

zurückgehende Nennung seines Namens in den US-Medien einen anderen Eindruck vermittele.

3) D2 begrüßte nachdrücklich den neuen Kooperationsansatz der USA gegenüber Polen. Sowohl das Verfahren (vorherige Konsultation und Unterrichtung) als auch die Substanz verdiene Unterstützung, die BM auch bereits öffentlich geäußert habe. Zusammen mit Dufourcq forderte er, die Ergebnisse des Round Table²⁹ zu respektieren und die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Polen jetzt nicht an weitere Bedingungen zu knüpfen. Dies könne allenfalls, so Dufourcq, für die ČSSR und Bulgarien gelten, nicht jedoch für Polen und Ungarn. Thomas bezeichnete die westliche Haltung gegenüber Polen im Unterschied zur Vergangenheit („easy money“) jetzt als „stimmig“ („well calibrated“). Zwar wolle man die IWF-Beistandskreditvereinbarung³⁰ abwarten, arbeite aber bereits jetzt aktiv an der Vorbereitung des Weltbank-(IFC³¹-)Programms. Präsident Bush lasse derzeit einen (noch nicht bekanntgegebenen) Besuch in Polen und Ungarn³² wohl noch vor dem WWG in Paris (14.–16.7.)³³ vorbereiten.

Fretwell stellte klar, daß GB vor eigenen Maßnahmen die Vereinbarungen des IWF und dann des Pariser Clubs abwarten wolle. D2 und Dufourcq appellierte nachdrücklich an GB, die bisherige Politik nur schrittweiser, jeweils an weitere Bedingungen geknüpfter Unterstützung aufzugeben.

Jaruzelski wird lt. Fretwell am 10.6. zu Gesprächen in London erwartet.³⁴ Mitterrand reist, so Dufourcq, am 20.6. (damit ca. zehn Tage vor Bush) nach Polen.³⁵ Auf Frage von Fretwell stellte D2 fest, daß es auf deutscher Seite außer einem evtl. Besuch des polnischen AM³⁶ in Bonn noch³⁷ keine konkreten Besuchstermine³⁸ gebe.³⁹

4) Alle Partner stimmten überein, daß ein baldiges Ende der Ära Ceaușescu nicht abzusehen sei; der Druck auf Rumänien müsse aufrechterhalten werden, seinen im Rahmen des KSZE-Prozesses eingegangenen Verpflichtungen nachzukommen (öffentliche Kritik/Fretwell; Vorenthalten wirtschaftlicher Zusammenarbeit nicht nur durch EG, sondern auch durch USA und Kanada/D2; entsprechend breite Darstellung der westlichen Proteste auch in den für Osteuropa bestimmten Rundfunksendungen der eigenen Auslandssender/Dufourcq). Das gemeinsame Vorgehen des Westens soll soweit wie möglich vor Ort durch die Botschafter in Bukarest koordiniert werden.

29 Zu den Verhandlungen am „Runden Tisch“ in Polen vgl. Dok. 90.

30 Zur bilateralen und multilateralen Umschuldung polnischer Verbindlichkeiten vgl. Dok. 135.

31 International Finance Corporation.

32 Der amerikanische Präsident Bush hielt sich vom 9. bis 11. Juli in Polen und vom 11. bis 13. Juli 1989 in Ungarn auf.

33 Zum Weltwirtschaftsgipfel vgl. Dok. 231.

34 Der polnische Staatsratsvorsitzende Jaruzelski hielt sich am 10./11. Juni 1989 in Großbritannien auf.

35 Der französische Staatspräsident Mitterrand besuchte Polen vom 14. bis 16. Juni 1989.

36 Tadeusz Olechowski.

37 Dieses Wort wurde von Ministerialdirektor Kastrup handschriftlich eingefügt.

38 Dieses Wort wurde von Ministerialdirektor Kastrup handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „Besuchsplanungen“.

39 Zum Stand der Vorbereitungen eines Besuchs von Bundeskanzler Kohl in Polen vgl. Dok. 83, Anm. 18.

- 5) Die erste Verhandlungsrounde von VKSE/VSBM⁴⁰ werteten alle Partner als eindeutigen Erfolg. Lt. Thomas kommen von der SU bilateral deutliche Signale, das Verhandlungstempo jetzt zu beschleunigen. Anders als in der Vergangenheit seien jetzt klarere Ansätze zu einem integralen sowjet. Konzept erkennbar (Einbeziehung Flugzeuge, Aktivitäten Seestreitkräfte). Die USA hätten den Eindruck, daß die SU binnen zwei Jahren zu einem Abschluß kommen wolle. Sie habe angekündigt, bei der nächsten Runde⁴¹ mit verstärkten Delegationen anzureisen. Thomas bat nachdrücklich (namentlich F, das für VKSE und VSBM nur eine Delegation hat), für einen raschen Verhandlungsfortschritt auch personell Vorsorge zu treffen. Thomas warnte davor, dem sowjetischen Drängen nach Berücksichtigung qualitativer Faktoren nachzugeben. Bisher habe die SU kein Zahlenmaterial vorgelegt. Das Ausweichen auf eine Einführung qualitativer Material-äquivalente (ein T 80-Panzer gleich x/10 eines Leo-II-Panzers) sei geeignet, die Verhandlungen zu komplizieren und über den Haufen zu werfen („to screw up“). Kongreß und US-Medien hätten keine Vorstellung von der Kompliziertheit der Materie. Bis auf weiteres müsse es darum gehen, den westlichen VKSE-Vorschlag⁴² offensiver als bisher zu präsentieren. Bei VSBM berichtete Fretwell – bei deutlicher Skepsis von Thomas – über britische Überlegungen, Manöver der Luft- und Seestreitkräfte miteinzubeziehen, allein schon, um entsprechendem Druck von seiten der eigenen informierten Öffentlichkeit vorzubeugen. (Thomas: US-Öffentlichkeit hat keine Ahnung, was VSBMs sind.) Hinsichtlich der Erörterung von Militär-Doktrinen unterstrich Thomas die Bedeutung des deutsch-polnischen Seminars in Ebenhausen⁴³ als „Probelauf“. Außerdem bat er nachdrücklich, die Schlüsselstaaten der N+N-Gruppe (namentlich Schweden, Österreich Schweiz) auch bilateral intensiv über den Fortgang der VKSE-Arbeiten zu unterrichten.
- 6) Bei START kann nach Wiederaufnahme der Verhandlungen im Juni d. J. lt. Thomas der gemeinsame Vertragsentwurf als Grundlage dienen. Nach der Entscheidung von Bush für eine schienenbewegliche MX- und eine straßenbewegliche Midgetman-Rakete müsse geklärt werden, wie mobile ICBMs künftig behandelt würden. Weitere Fragen seien Zulässigkeit von mobilen Raketen mit MIRV-Gefechtsköpfen sowie eine höhere Obergrenze als 1600 für strategische Trägerwaffen.
- 7) Dufourcq unterstrich – nachdrücklich unterstützt von D2 – bei CW die Notwendigkeit eines neuen westlichen Anstoßes in der Verifikationsfrage. D2 zeigte sich enttäuscht, daß der Konsens der Pariser CW-Konferenz vom Januar d. J.⁴⁴ nicht in einen Impuls für die Verhandlungen in Genf⁴⁵ umgesetzt worden sei. Es gelte, dem Eindruck vorzubeugen, daß der Westen dort nicht an Fortschritten

⁴⁰ Zur ersten Runde der VKSE vom 9. bis 23. März 1989 in Wien vgl. Dok. 74.

Zur ersten Runde der VSBM-Verhandlungen vom 6. bis 23. März 1989 in Wien vgl. Dok. 75.

⁴¹ Zur zweiten Runde der VKSE vom 5. Mai bis 13. Juli 1989 in Wien vgl. Dok. 223.

Zur zweiten Runde der VSBM-Verhandlungen vom 5. Mai bis 12. Juli 1989 in Wien vgl. Dok. 219.

⁴² Für den Wortlaut des VKSE-Vorschlags der NATO-Mitgliedstaaten vom 9. März 1989 vgl. VERTRAG ÜBER KONVENTIONELLE STREITKRÄFTE, S. 471–475.

⁴³ Zum geplanten informellen Expertentreffen vom 21. bis 24. Juni 1989 vgl. Dok. 75, Anm. 11.

⁴⁴ Zur Konferenz über das Verbot chemischer Waffen vom 7. bis 11. Januar 1989 vgl. Dok. 5.

⁴⁵ Zu den Verhandlungen über chemische Waffen bei der Genfer Abrüstungskonferenz (CD) vgl. Dok. 87, Anm. 5.

interessiert sei. Auch dürfe die für Sept. d.J. in Aussicht genommene Konferenz der Australischen Gruppe⁴⁶ nicht von Genf als Hauptort des Geschehens ablenken. Er hoffe, so D2, daß ein baldiger Abschluß der Bestandsaufnahme innerhalb der US-Administration Perspektiven für Fortschritte in Genf eröffne. Thomas verwies ausweichend auf personelle Engpässe; gleichzeitig unterstrich er das persönliche Engagement von Bush schon als Vizepräsident für ein weltweites CW-Verbot.

8) Fretwell zeigte sich befriedigt über den bisherigen Verlauf des Informationsforums in London.⁴⁷ Es bestand Übereinstimmung, daß kein Abschlußdokument, sondern lediglich ein kurzes Kommuniqué angestrebt werden solle. Dufourcq erkundigte sich nach dem Medienecho in GB, das in F (und, so D2, in D) gleich Null sei. Fretwell ließ auf persönlicher Basis erkennen, daß für die zurückhaltende britische Pressearbeit innenpolitische Rücksichtnahmen ausschlaggebend seien. Die Regierung habe in der Vergangenheit wegen eines restriktiven Pressegesetzes, der Zurückhaltung von Informationen im Zusammenhang mit der IRA und dem Widerstand gegen Veröffentlichungen über die britischen Geheimdienste bereits Kritik über sich ergehen lassen müssen.

Größere Sichtbarkeit des Forums und der dort erhobenen Forderungen hätten Anlaß zur Wiederholung dieser Vorwürfe bieten können. D2 bedauerte die britische Zurückhaltung sehr. Im Bewußtsein der europäischen Bevölkerung in Ost und West, aber auch in den USA, müsse die KSZE als fortlaufender Prozeß mit einer Abfolge von Veranstaltungen verankert werden. Der Westen müsse dabei für die Pressearbeit im Osten Maßstäbe setzen. Diese Treffen seien nicht nur die Angelegenheit einer Handvoll Experten.

9) Dufourcq legte das franz. Interesse dar, die Pariser CHD-Konferenz⁴⁸ auf Ministerebene zu eröffnen (bereits Zusage von DDR und NL). Fretwell und Thomas machten hiergegen neben Terminproblemen von AM Baker sachliche Bedenken geltend (Präzedenzwirkung für Moskau⁴⁹ und übrige Folgeveranstaltungen). Dufourcq verwies auf bisherige Übung (VKSE). Er⁵⁰ unterstrich, daß nur die Etablierung einer gängigen Praxis ein Abweichen hiervon i.S. eines Sanktionsmechanismus (falls erforderlich für Moskau) erlaube. Dufourcq berichtete, daß für eine umfassende Teilnahme der nichtstaatlichen Organisationen/NGOs (ohne Rederecht) Sorge getragen sei. Thomas begrüßte dies sehr als Präzedenzfall für Moskau, wo Präsident Bush auf eine Beteiligung der NGOs großen Wert lege.

10) Es bestand Einigkeit, mit dem Iran im Umfeld der Rushdie-Affäre⁵¹ keine politischen Besuche auszutauschen. D2 legte dar, daß der franz.⁵² und der dt.

⁴⁶ Zur Konferenz gegen chemische Waffen vom 18. bis 22. September 1989 in Canberra vgl. Dok. 311.

⁴⁷ Zum KSZE-Informationsforum vom 18. April bis 12. Mai 1989 vgl. Dok. 137.

⁴⁸ Zur Konferenz über die „menschliche Dimension der KSZE“ (CHD) vom 30. Mai bis 23. Juni 1989 vgl. Dok. 191 und Dok. 192.

⁴⁹ In Moskau wurde vom 10. September bis 4. Oktober 1991 die dritte Konferenz über die „menschliche Dimension der KSZE“ (CHD) durchgeführt.

⁵⁰ Dieses Wort wurde von Ministerialdirektor Kastrup handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „D 2“.

⁵¹ Zu den Morddrohungen gegen den Schriftsteller Salman Rushdie vgl. Dok. 43 und Dok. 49.

Zu den Beschlüssen der EG-Ministerratstagung am 20. Februar 1989 in Brüssel vgl. Dok. 48.

⁵² Christian Graeff.

Botschafter⁵³ als letzte unter den Zwölf in der kommenden Woche nach Teheran zurückkehren werden. Fretwell und Thomas teilten mit, daß es keine Anzeichen dafür gebe, daß der Iran eine Annäherung zu ihren Ländern suche. Fretwell berichtete im Gegenteil von einer „schwarzen Todesliste“ mit britischen und amerikanischen Diplomaten, die in Teheran auf Posten waren.

11) Unter dem TOP „Nahost“ berichtete Dufourcq ausführlich über den Besuch Arafats in Paris⁵⁴ (vgl. hierzu die bilaterale Berichterstattung). Zum Libanon gab er die französische Einschätzung wieder, daß Syrien nach dem Kompromiß mit General Aoun von einer amerikanischen Unterstützung seiner Politik ausgehe. Er bat Thomas, die USA sollten dem Eindruck entgegenwirken, als ob sie einen Status minderer Souveränität nach Art der Breschnew-Doktrin⁵⁵ für den Libanon akzeptierten. Auf die mit fragendem Unterton vorgetragene Feststellung von Fretwell, daß alle am Tisch vertretenen Länder die Bemühungen der Arabischen Liga zu der Libanon-Frage⁵⁶ unterstützten, reagierte⁵⁷ Dufourcq deutlich affirmativ, Thomas dagegen gar nicht.

12) Nach seinem Treffen mit Sihanouk Ende März d.J. in Peking berichtete Dufourcq über dessen Bericht über ein Treffen mit Hun Sen in Jakarta zu Beginn dieses Monats. Beide hätten grundsätzliche Einigung über einen internationalen Mechanismus zur Kontrolle des vietnamesischen Truppenabzugs erzielt, nicht dagegen hinsichtlich der Überwachung der für den Jahreswechsel vorgesehenen Wahlen (Hun Sen: nationale Überwachung; Sihanouk: internationale Überwachung). Beide Seiten hätten ansonsten Zugeständnisse gemacht (Hun Sen: Zubilligung eines Mehrparteiensystems; Sihanouk: Flaggenfrage und Staatsbezeichnung). Der weitere Terminplan sehe vor: weiteres Treffen Hun Sen/Sihanouk am 24./25.7. in Paris⁵⁸; Internat. Konferenz Ende Aug./Anfang Sept.⁵⁹, evtl. unter VN-Schirmherrschaft zur Absegnung der Abmachungen und der bis dahin im Detail zu vereinbarenden Überwachungsmechanismen. Insgesamt zeigte sich Dufourcq über den Gang der Dinge sehr ermutigt. Thomas bat, auf Peking einzuwirken, die Roten Khmer Pol Pots unter Kontrolle zu halten.

⁵³ Armin Freitag.

⁵⁴ Der Vorsitzende des Exekutivkomitees der PLO, Arafat, hielt sich vom 2. bis 4. Mai 1989 in Frankreich auf.

⁵⁵ Zur „Breschnew-Doktrin“ vgl. Dok. 34, Anm. 8.

⁵⁶ Zu den Vermittlungsbemühungen der Arabischen Liga im Libanon vgl. Dok. 110, Anm. 10. Referat 310 erläuterte am 10. Mai 1989, die Arabische Liga habe im Anschluß an eine außerordentliche Sitzung des Ministerrats am 26./27. April 1989 in Tunis die Konfliktparteien zu einem endgültigen Waffenstillstand ab dem 28. April 1989 aufgerufen und die Entsendung einer arabischen Beobachtertruppe in den Libanon angekündigt: „Sowohl die beiden libanesischen Regierungen unter General Aoun und MP Hoss wie auch Präsident Assad reagierten in ersten Reaktionen positiv auf die von der AL bekanntgegebenen Resolutionen. Der Waffenstillstand wurde zunächst eingehalten. Allerdings kam es in der Folgezeit zu Streitigkeiten über einen illegalen Hafen (Jyeh), die zur Wiederaufnahme des syrischen Beschusses der Küste führten. Seit 5.5. werden auch wieder Wohngebiete im christlichen Gebiet von syrischer Artillerie massiv beschossen, worauf die christlichen Verbände das Feuer erwiderten. Derzeit ist wieder eine neue Eskalation der Kampfhandlungen zu befürchten.“ Vgl. Referat 310, Bd. 149781.

⁵⁷ Korrigiert aus: „regierte“.

⁵⁸ Am 25. Juli 1989 trafen in La Celle-Saint-Cloud bei Paris Vertreter der vier kambodschanischen Konfliktparteien zusammen. Vgl. dazu Dok. 203, Anm. 44.

⁵⁹ Vom 30. Juli bis 30. August 1989 fand in Paris die internationale Kambodscha-Konferenz statt. Vgl. dazu Dok. 258.

13) Lt. Fretwell beurteilt GB die Lage an der Grenze Angola/Namibia jetzt wieder hoffnungsvoller und die Perspektiven für eine nationale Aussöhnung in Angola günstiger (Ausschluß Savimbis offensichtlich nicht mehr notwendige Vorbedingung; Abzug der Kubaner zunehmend sicher; damit schwindende Basis für Angriff der MPLA-Regierung auf UNITA; Vermittlungsbemühungen vieler afrikanischer Staats- und Regierungschefs). Dufourcq berichtete auf Frage, daß F Ende Mai d.J. nach D und GB ebenfalls eine Mission in Windhuk einrichten werde. Ähnlich positiv äußerte sich Fretwell zu den Reformansätzen in Südafrika. Auch von schwarzafrikanischen Führern (Ausnahme: Mugabe) werde GB nicht zu Sanktionsmaßnahmen gegenüber Südafrika gedrängt. Demgegenüber berichtete Thomas, daß der Druck im Kongreß unverändert stark sei; aber wohl nicht hinreichend groß, um die Widerstände der Administration gegen Sanktionsgesetze aus dem Weg zu räumen.

14) Thomas bezeichnete die neue Zentralamerika-Politik der USA als Schwenk um 180 Grad, den AM Baker prozedural dem Kongreß gegenüber so elegant eingefädelt habe, daß selbst die konservative Rechte wie Leute um Newt Gingrich sich hofiert fühlten und die Substanzänderung nicht bemerkten oder zumindest nicht wahrhaben wollten. Mit Nachdruck erbat Thomas für den neuen (nicht-militärischen) US-Ansatz die kräftige Unterstützung der Europäer, die das Überleben dieser Politik sichern helfe. Die Europäer sollten auf Nicaragua einwirken, die für Jan./Febr. 90 in Aussicht genommenen Wahlen⁶⁰ zu einem Erfolg zu machen. Andernfalls würden die USA wieder auf andere Mittel der Einflußnahme verfallen. Die Entwicklung in ZA sei für die USA von großer Bedeutung; sie habe Implikationen auch für die amerikanisch-sowjetischen Beziehungen. D2 sicherte zu, daß wir in den Gesprächen mit Präsident Ortega⁶¹ in Bonn (9.5.)⁶² die Wiederaufnahme der EZ unmißverständlich an die Einhaltung des Fahrplans für den Demokratisierungsprozeß knüpfen würden. Fretwell versicherte, daß auch PM Thatcher mit Ortega bei seinem Aufenthalt in London⁶³ eine deutliche Sprache wählen werde. Dufourcq berichtete über die Gespräche Ortegas in Paris (24.4.): PM Rocard habe sich gegenüber der Bitte, F möge in einer Wahlbeobachterkommission mitwirken, rezeptiv verhalten. An der Konferenz in Stockholm⁶⁴ werde F auf hoher Beamtenebene teilnehmen, zusätzlich zu der von der EG in Aussicht genommenen Zusammenarbeit dort jedoch keine eigene bilaterale Hilfe anbieten. Lt. Fretwell wird GB nicht teilnehmen und wirtschaftliche Unterstützung von weiteren vorherigen Demokratisierungsfortschritten abhängig machen.

Kastrup

VS-Bd. 13036A (204)

⁶⁰ Zu den vorgesehenen Wahlen in Nicaragua vgl. Dok. 55, Anm. 2.

⁶¹ Korrigiert aus: „AM Ortega“.

⁶² Der nicaraguanische Präsident Ortega hielt sich am 9./10. Mai 1989 in der Bundesrepublik auf. Für sein Gespräch mit Bundeskanzler Kohl am 9. Mai 1989 vgl. Dok. 125.

⁶³ Der nicaraguanische Präsident Ortega besuchte Großbritannien vom 6. bis 8. Mai 1989.

⁶⁴ Am 11./12. Mai 1989 fand in Stockholm eine Geberkonferenz für Nicaragua statt. Vgl. dazu Dok. 125, Anm. 10.

122

Botschafter Terfloth, Bukarest, an das Auswärtige Amt

Fernschreiben Nr. 384
Citissime

Aufgabe: 5. Mai 1989, 09.35 Uhr¹
Ankunft: 5. Mai 1989, 09.24 Uhr

Betr.: Deutsch-rumänische Beziehungen;
 hier: Schreiben BM an AM Totu

Bezug: DE Nr. 119 vom 18.4.1989 – 214-321.00 RUM²

Gestern empfing mich AM Totu zu dem seit 19. April erbetenen Gespräch. Ich übergab ihm den Brief des BM mit Anlagen und einer rumänischen Übersetzung, die er sofort durchlas.

Umgehend reichte er mir den Brief zurück und erklärte, der Außenminister Rumäniens „sei keine Post“, er denke nicht daran, den Brief an Ex-AM Mănescu³ weiterzuleiten.⁴ Ich erwiderte, daß es offenbar ja keine andere Möglichkeit gebe, dem Adressaten das Schreiben zuzustellen, worauf Totu meinte, da müsse man sich eben etwas anderes einfallen lassen.

Um dem sofortigen Abbruch der Begegnung, wie dies im Parallelfall beim französischen Botschafter⁵ geschehen war, zuvorzukommen, ergriff ich meinerseits das Wort, um unser tiefes Bedauern darüber auszudrücken, wie sich unsere Beziehungen in den letzten Monaten verschlechtert hätten. Unsere Beziehungen zu allen Ländern Ost- und Mitteleuropas entwickelten sich fortlaufend besser. Selbst zu konservativeren Ländern wie Tschechoslowakei und Bulgarien unter-

¹ Hat Legationsrat I. Klasse Götz am 5. Mai 1989 vorgelegen.

² Vortragender Legationsrat I. Klasse Derix bat Botschafter Terfloth, Bukarest, „umgehend Termin bei AM Totu zu beantragen und das als Anlage aufgeführte Schreiben des BM, einschließlich der beiden dort vorliegenden Briefe an Ex-AM Mănescu, zu übermitteln“.

In dem Schreiben an den rumänischen Außenminister Totu führte Bundesminister Genscher aus: „Sehr geehrter Herr Kollege, folgender Vorgang erfüllt mich mit großer Sorge: Dem Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Bukarest wurde am 3. April die Zustellung eines Schreibens an den ehemaligen Außenminister Corneliu Mănescu verwehrt. Am 15. April haben Sie Botschafter Terfloth auf seine Frage erklärt, daß Sie bei der Zustellung zweier Schreiben, darunter eines persönlichen Schreibens von mir, an Herrn Mănescu nicht behilflich sein könnten. Um eine Belastung der deutsch-rumänischen Beziehungen zu vermeiden, möchte ich Sie dringend bitten, eine Zustellung der beiden beiliegenden Schreiben über das rumänische Außenministerium herbeizuführen. Dabei vertraue ich darauf, daß der Empfänger beide Briefe ungeöffnet erhält. Für eine baldige positive Antwort wäre ich Ihnen sehr verbunden.“ Vgl. Referat 214, Bd. 139894.

³ Zur Kritik des ehemaligen rumänischen Außenministers Mănescu an Präsident Ceausescu vgl. Dok. 72, Anm. 11.

⁴ In einem Schreiben vom 12. April 1989 an den ehemaligen rumänischen Außenminister Mănescu würdigte Bundesminister Genscher dessen Rolle bei der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Rumänien 1967 und bat ihn, eine Einladung der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik zu einem Vortrag anzunehmen. Vgl. dazu Referat 214, Bd. 139894.

In einem zweiten Schreiben führte Genscher aus: „Mit großem Interesse habe ich zur Kenntnis genommen, daß Sie sich persönlich zusammen mit anderen Politikern in einem Schreiben an Staatspräsident Ceausescu gewandt haben. Diese Initiative verfolge ich mit großem Respekt, kann doch in der Politik nur eine dynamische Entwicklung das Wohl der Bürger sichern und damit zum Frieden beitragen.“ Vgl. den undatierten Entwurf; Referat 214, Bd. 139894.

⁵ Jean-Marie Le Breton.

hielten wir ein konstruktives Verhältnis. Auch zur DDR ließen sich positive Entwicklungen vermerken. Es sei wirklich außerordentlich zu beklagen, daß nur zu Rumänien, einem europäischen Land, die Beziehungen zu einem Niveau verkommen seien, daß nur noch Unfreundlichkeiten und Zwischenfälle die Regel seien. Damit sei Rumänien das einzige Land, mit dem offensichtlich die Gestaltung des Zusammenlebens nicht gelinge.

Der weitere Verlauf des Gesprächs drehte sich wie üblich im Kreise. Totu erklärte, man könne nicht miteinander reden, wenn immer nur die Menschenrechte angesprochen und auf keinem anderen Gebiet Vorstellungen entwickelt würden. Ob nicht eine Persönlichkeit aus Bonn „ganz gleich, welchen Ranges“ nach Bukarest kommen könne, um einmal die ganze Breite der Beziehungen, politisch, wirtschaftlich, kulturell, und auch humanitär, zu erörtern. (Es sei daran erinnert, daß F einen solchen Vorschlag gemacht hat, auf den die Rumänen nicht eingegangen sind.)

Ich erwiderte, wir seien im Zuge des KSZE-Prozesses fest engagiert. Voraussetzung eines vernünftigen Gesprächs müsse die Einhaltung der Grundsätze des Wiener Dokuments⁶ sein. Unsere Vorstellungen hätte ich ihm ja in meinem Gespräch vom 31.3., vor meiner Rückberufung nach Bonn, unter Hinterlassung eines Non-papers dargelegt.⁷ Ich möchte nochmals an die rumänische Seite appellieren, sich den Stand unserer Beziehungen zu überlegen.

Totu schloß damit ab, eine einseitige Unterhaltung nur über Menschenrechte komme nicht in Frage. Wenn wir wieder bereit wären, über die ganze Breite der Beziehungen zu sprechen, würden sich auch die humanitären und Fragen der Menschenrechtslage als lösbar erweisen.

[gez.] Terfloth

Referat 214, Bd. 139894

⁶ Für den Wortlaut des Abschließenden Dokuments der KSZE-Folgekonferenz in Wien vom 15. Januar 1989 und sämtlicher dazugehöriger Dokumente vgl. BULLETIN 1989, S. 77–105. Vgl. dazu auch Dok. 7.

⁷ Zum Gespräch zwischen Botschafter Terfloth und dem rumänischen Außenminister Totu vgl. Dok. 72, Anm. 17.

123

Botschafter Schoeller, Warschau, an das Auswärtige Amt**Fernschreiben Nr. 831****Citissime****Aufgabe: 5. Mai 1989, 17.00 Uhr¹****Ankunft: 5. Mai 1989, 18.21 Uhr**

Betr.: Besuch des Vorsitzenden der FDP, MdB Dr. Otto Graf Lambsdorff, in Polen²;

hier: Gespräch Lambsdorff/Jaruzelski am 3. Mai im Schloß Belweder

Von dem Gespräch halte ich fest:

Jaruzelski begrüßte Lambsdorff als hervorragenden Politiker aus der Bundesrepublik Deutschland. In Polen gingen zur Zeit interessante, risikoreiche Entwicklungen vonstatten. Die Demokratische Partei nehme hierbei eine wesentliche Rolle ein. Sie beabsichtige, auch in Zukunft mit der PVAP harmonisch zusammenzuarbeiten. Dies allerdings in einer neuen Form der Koalition, die möglichst³ umfassend sein sollte angesichts der Probleme, denen sich Polen gegenüber sähe.

Das bisherige System sei weder politisch noch wirtschaftlich effizient gewesen. Deshalb habe man sich bereits seit einigen Jahren in eine neue Richtung bewegt. Die seitdem eingeleiteten Veränderungen hätten zu einer neuen Qualität der politischen Strukturen geführt. Über Jahrzehnte sei man in die falsche Richtung gegangen. Statt durch Opposition habe man versucht, die Probleme durch Selbstkontrolle zu lösen. Heute sei er der Auffassung, daß eine politische Konkurrenzsituation günstig für Polen sei. Die neue Linie beabsichtige man auf längere Sicht beizubehalten. Mit diesem Glaubensbekenntnis wolle er das Gespräch einleiten.

Graf Lambsdorff antwortete, daß mit diesen Erklärungen schon ein Teil seiner Fragen beantwortet sei. Er danke für die erwiesene Gastfreundschaft und die Einladung durch die Demokratische Partei. Seinen Bemühungen, ein Bild von der aktuellen Lage in Polen zu erhalten, sei die Regierung durch umfassende Informationen in wenigen Tagen entgegengekommen. Er wolle nicht die von Jaruzelski genannte Ineffektivität in der Vergangenheit kommentieren. Wichtig seien die Konsequenzen, die aus diesen Erfahrungen gezogen werden. Er spreche nicht für die Bundesregierung, jedoch gehöre die FDP der Regierung an. Sie sei die erste Partei gewesen, die eine aktive Ostpolitik entwickelt habe, die heute zum Allgemeingut der im Bundestag vertretenen Parteien geworden sei. Die innerpolnische Entwicklung der letzten Wochen finde in der Bundesrepublik Deutschland breite Zustimmung.

¹ Das Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 12.

Hat Vortragendem Legationsrat Petersmann vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat Lutz und Vortragenden Legationsrat I. Klasse von Wistinghausen „n[ach] R[ückkehr]“ verfügte.

Hat Lutz vorgelegen.

² Der FDP-Vorsitzende Graf Lambsdorff hielt sich vom 1. bis 4. Mai 1989 in Polen auf.

³ Korrigiert aus: „möglich“.

Die Beziehungen zwischen Deutschen und Polen seien schwierig, doch habe vieles, was von deutscher Seite in den letzten Jahren gekommen sei, in Polen Anerkennung gefunden und habe zu einem neuen Deutschlandbild bei zahlreichen Polen beigetragen. Eine günstige Atmosphäre sei der Lösung von Sachfragen förderlich.

Die deutsch-polnischen Gespräche hätten sich gut entwickelt und könnten bald abgeschlossen werden. Er habe von polnischer Ungeduld gehört. Für die deutsche Seite seien die Ergebnisse des Runden Tisches⁴ ein wichtiges, förderndes Ereignis. In Europa, nicht nur im EG-Rahmen, seien Prozesse von Bedeutung in Gang gekommen. Man mache die Erfahrung, daß wirtschaftliche Freiheit nicht von gesellschaftlicher Freiheit getrennt werden könne. Je größer der Freiheitsraum, desto besser seien die Entfaltungsmöglichkeiten. Die EG sei gegenüber ihren Nachbarn eine offene Gemeinschaft. In der Bundesrepublik herrsche Übereinstimmung, daß die Reformpolitik im Osten geeignet sei, die Beziehungen zu den dortigen Staaten zu erweitern und zu vertiefen. Es sei ein beinahe einmaliger Vorgang, daß eine lange Zeit herrschende Partei ihre Mehrheitsansprüche aufgebe. Er frage sich, wie man sich in Polen nach den Wahlen⁵ organisieren werde.

Jaruzelski äußerte zu den Beziehungen Bundesrepublik Deutschland – Polen, daß das Tempo der Entwicklung nicht den polnischen Wünschen entspreche. 50 Jahre seien seit dem Kriegsausbruch vergangen. Es sei an der Zeit, dieses Kapitel abzuschließen. Zur Zeit sei die alte Wunde von einer dünnen Haut bedeckt, die noch empfindlich sei. Polen seien überhaupt empfindlich, wenn es sich um ihre Würde handele, wenn man sie fühlen ließe, daß man glaubt, mit ihnen aus einer Position der Stärke verhandeln zu können. Man wisse, daß Wirtschaftsbeziehungen ihre eigene Logik hätten. Als Militär versuche er stets, sich in die Lage der anderen Seite zu versetzen. In der Politik und in der Wirtschaft gäbe es keine Philanthropen. Er glaube, daß die Bundesregierung interessiert sei, die Beziehungen zu Polen zu entwickeln, damit die alte Wunde vernarben könne. Auch glaube er, daß man sich bewußt ist, daß zwischen Polen und der SU eine enge Abstimmung hinsichtlich der Bundesrepublik Deutschland gegeben sei. Die Bundesrepublik sei u.a. Thema seines letzten Gesprächs mit Gorbatschow in Moskau⁶ vor einigen Tagen gewesen. Polen unterhalte auch besondere Beziehungen zur DDR, das Problem Swinemünde⁷ existiere nicht mehr.

Was die polnische Verschuldung gegenüber der Bundesrepublik Deutschland angehe, so sei eine effizientere Nutzung des polnischen Wirtschaftspotentials anzustreben. Die Bundesrepublik sei ein wirtschaftlicher Riese, sie sei der größte Exporteur in der Welt. Zur Zeit würden die beiden Bevollmächtigten verhandeln und ein Paket schnüren.⁸ Hierbei freue er sich über den Optimismus seines Gesprächspartners, der von einem baldigen Abschluß der Gespräche ausgehe.

⁴ Zu den Verhandlungen am „Runden Tisch“ in Polen vgl. Dok. 90.

⁵ Zu den Parlamentswahlen am 4. Juni 1989 in Polen vgl. Dok. 168.

⁶ Der polnische Staatsratsvorsitzende Jaruzelski hielt sich am 28. April 1989 in der UdSSR auf.

⁷ Die DDR und Polen schlossen am 22. Mai 1989 einen Vertrag über die Abgrenzung der Seegebiete in der Oderbucht. Für den Wortlaut vgl. GESETZBLATT DER DDR 1989, Teil II, S. 150f.

⁸ Zu den Gesprächen zwischen Ministerialdirektor Teitschik, Bundeskanzleramt, und dem Abteilungsleiter im ZK der PVAP, Kucza, vgl. Dok. 83, Anm. 18.

Doch die Zeit vergehe, und nun stehe die Bundesrepublik Deutschland – die einmal ganz vorne lag – am Ende der Reihe der westlichen Staaten.

Polen habe jetzt gute Kontakte zu zahlreichen führenden Persönlichkeiten im Westen. Im Juni gehe er nach London und Brüssel⁹, Cossiga komme am 10. Mai nach Polen¹⁰, vor allem die wirtschaftlichen, kulturellen und wissenschaftlichen Kontakte zu Italien entwickelten sich gut. Anschließend erwarte er Mitterrand.¹¹ Die Bundesrepublik Deutschland bleibe zurück. Das sei auch im Hinblick auf den bevorstehenden 50. Jahrestag des Kriegsbeginns bedauerlich.

¹²Zudem habe er Informationen, daß die Vertreter der Bundesrepublik im Pariser Club¹³ nicht zu denen gehören, die polnischen Interessen wohlwollend gegenüberstehen¹⁴. Er wolle seinen Gesprächspartner nicht verärgern, aber Offenheit sei auch ein Zeichen der Wertschätzung. Er wisse um die positive Arbeit der FDP, er schätze Herrn Scheel und unterhalte gute Kontakte zu Herrn Genscher.

In Polen habe sich ein Rad in Bewegung gesetzt. Man sei im Wahlkampf sicher demokratischer als die Opposition, die ihre Kandidaten ohne Befragung der Basis bestimmt habe. In der PVAP habe man sich über die Kandidaten mit der Basis abgestimmt. Da die Wahlen weitgehend demokratisiert seien, sei auch die Situation nach den Wahlen offen. Es treffe zu, daß man mit der Opposition bestimmte Normen über die Sitzverteilung im Sejm abgesprochen habe. Der Senat, der bestimmte Verfassungsrechte habe, würde dagegen frei gewählt.

Die Wahlergebnisse würden respektiert, und man werde versuchen, mit allen gesellschaftlichen Kräften zusammenzuarbeiten. Man sei sich bewußt, daß Demokratie zunächst einmal erlernt werden müsse. Es sei jetzt eine historische Chance, auch hinsichtlich des Funktionierens des Staats, gegeben. Jeder wolle seine eigene Identität wahren. Der Rest würde sich am 4. Juni (erster Wahlgang) ergeben.

Graf Lambsdorff äußerte Hoffnung, daß Polen seine zahlreichen Probleme lösen könne. Im Rahmen ihrer Möglichkeiten sei die Bundesrepublik interessiert, Polen hierbei behilflich zu sein. Man definiere die deutschen Interessen dahin, daß gute Beziehungen zu Polen wichtig seien.

Ein deutscher Politiker wäre schlecht beraten, sollte er versucht sein, eine Politik der Stärke zu betreiben. Es sei richtig, daß die Bundesrepublik eine hohe Exportkraft habe und daß sie in EG und NATO eine Rolle spiele. Doch leide die Bundesrepublik nach wie vor unter der deutschen Trennung und befände sich in einer schwierigen geopolitischen Lage. Dies würde eine Politik der Stärke ausschließen.

Die Bundesrepublik sei bemüht um Berechenbarkeit und Verständnis nach Westen und Osten.

⁹ Der polnische Staatsratsvorsitzende Jaruzelski besuchte Belgien am 9. und Großbritannien am 10. Juni 1989.

¹⁰ Der italienische Präsident Cossiga hielt sich vom 10. bis 13. Mai 1989 in Polen auf.

¹¹ Der französische Staatspräsident Mitterrand besuchte Polen vom 14. bis 16. Juni 1989.

¹² Beginn des mit Drahtbericht Nr. 832 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

¹³ Zur bilateralen und multilateralen Umschuldung polnischer Verbindlichkeiten vgl. Dok. 135.

¹⁴ Der Passus „die Vertreter ... wohlwollend gegenüberstehen“ wurde von Vortragendem Legationsrat Petersmann hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich „P[ariser]C[lub]“: vgl. auch S. 2,3.“ Vgl. Anm. 15 und 16.

Das Bild von der dünnen Haut könne er nur bestätigen. Man bewege sich auf dünnem Eis. Es gäbe immer wieder unkluge Zeitgenossen, die das Eis beschädigen bzw. die Haut verletzten. Die Bundesregierung tue dies nicht.

Es sei richtig, die anstehenden Probleme zwischen Polen und Deutschen anzusprechen. Polen sei gegenüber der Bundesrepublik hochverschuldet. Die Bundesrepublik sei zudem Polens wichtigster Handelspartner. Er sei nicht sicher, daß die Informationen über eine Polen gegenüber negative Haltung im Pariser Club zuträfen.¹⁵

Jetzt müßten bilaterale Umschuldungsverhandlungen durchgeführt werden. Polnischerseits müsse man gewisse Leistungen erbringen. Eine Ungleichbehandlung von privaten Banken und öffentlicher Hand solle vermieden werden. Soeben habe er gehört, daß Polen seine Zahlungen gegenüber den Privatbanken eingestellt habe. Polen müsse in die Lage versetzt werden, seine Probleme zu lösen. Mit Schuldenregelungen allein könnte das Problem nicht gelöst werden.

Was den Jumbo-Kredit angehe, so gäbe es Umwandlungsvorschläge in Zloty. Im Zusammenhang mit der Gewährung von Minderheitenrechten für Deutsche in Polen könne man diese Vorschläge der deutschen Bevölkerung erklären.

Das nun vorgesehene fünfte Treffen Teltschik–Kucza sollte abschließend sein. Der Bundeskanzler habe vor kurzem erklärt, er beabsichtige, im Sommer Polen zu besuchen. Das zeige, daß die Bundesrepublik nicht hinterherhinken wolle. Aus deutscher Sicht sei es zu begrüßen, daß Italiener, Briten, Amerikaner und Franzosen ebenfalls an Polen interessiert seien. Ob die Deutschen 14 Tage später kämen, sei nicht erheblich. Er sei auch von anderer Seite auf die polnische Ungeduld hingewiesen worden. Nachdem Jaruzelski die Entwicklung der deutsch-polnischen Beziehungen noch mit einem Fußballspiel verglichen hatte, äußerte er, daß der Besuch Graf Lambsdorffs hilfreich sei und die Beziehungen sich weiter entwickeln würden. Er bat, den Bundeskanzler und den Bundesminister des Auswärtigen sowie alle gemeinsamen Bekannten zu grüßen.

Wertung

Das Gespräch fand in einer ernsten, jedoch vertrauensvoll offenen Atmosphäre statt. Jaruzelski war gelockert, soweit ihm das möglich ist. Der Zeitablauf seit Beendigung des Zweiten Weltkriegs, die Ablösung des ideologisch einseitig gebundenen Systems in Polen, die neue Qualität der Beziehungen zur SU, das etwas blauäugige Vertrauen in die deutschen Organisationskapazitäten und in die deutsche Wirtschaftskraft lassen ihn um eine rasche Normalisierung der Beziehungen und um eine engere Zusammenarbeit mit uns bemüht sein. Seine Äußerungen zu den polnisch-sowjetischen Beziehungen, zur DDR ändern nichts an dem Eindruck, daß eine grundsätzliche wirtschaftliche Hinwendung zum Westen angestrebt wird. Über gute Beziehungen zur Bundesrepublik soll dieser langfristige Prozeß gefördert werden. Auch erhofft er, durch deutsche Hilfestellung bei der Umschuldung, neue Hermes-Bürgschaften und deutsches wirtschaftliches Engagement die labile Übergangszeit des Systemwechsels abzukürzen. Seine erneute Erklärung über angebliche deutsche Gefühllosigkeit gegenüber polnischen Wünschen im Pariser Club sollte nicht auf die leichte Schulter genommen werden.

¹⁵ Dieser Satz wurde von Vortragendem Legationsrat Petersmann hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich „Pariser Club“. Vgl. Anm. 14.

men werden. Es mag sein, daß derartige¹⁶ Bemerkungen unfundiert gestreut werden, es mag aber auch sein, daß unsere Partner tatsächlich unter dem Eindruck einer wenig flexiblen deutschen Haltung stehen und diesen Eindruck weitergeben.

[gez.] Schoeller

Referat 422, Bd. 149293

124

Botschafter Meyer-Landrut, Moskau, an das Auswärtige Amt

VS-NfD
Fernschreiben Nr. 1733

Aufgabe: 8. Mai 1989, 18.28 Uhr¹
Ankunft: 8. Mai 1989, 17.02 Uhr

Betr.: Haltung der SU zur Diskussion im Bündnis

Zur Unterrichtung

1. 1) Die SU beobachtet die derzeitige Diskussion im Bündnis sehr genau. Sie ist ihr über die westlichen Medien weitgehend zugänglich. Sie hat erkannt, daß es in ihr inzwischen keineswegs nur mehr um einen Streit über die Frage geht, welche nuklearen Mittel in welcher Zahl in Europa disloziert werden müssen, damit die Strategie der flexiblen Antwort² glaubwürdig implementierbar bleibt. Eventuelle Implikationen dieser Debatte für den Status quo in Europa und die deutsche Frage sind ihr ebenso bewußt und werden in das Kalkül miteinbezogen.
- 2) In der gegebenen Lage konkurriert das sowjetische Interesse an der Bewahrung des Status quo in Europa bzw. einer Schwächung des westlichen Verbundes mit dem Interesse an Abbau der militärischen Konfrontation und Gewinnung von Zeit und Ressourcen für die Verbesserung der eigenen wirtschaftlichen Lage.
- 3) Solange die innerwestliche Diskussion nicht bis zu einem gewissen Ende gekommen ist, also vermutlich bis zum NATO-Gipfel³, sind neue größere westpolitische Initiativen der SU eher unwahrscheinlich.
- 4) Grund dafür ist nicht nur die Kraftanstrengung, die Gorbatschow benötigte, um die bedeutenden, einseitigen Kürzungen im konventionellen Bereich⁴ inner-

¹⁶ Der Passus „der Umschuldung ... daß derartige“ wurde von Vortragendem Legationsrat Petersmann hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „P[ariser]C[lub]“. Vgl. Anm. 14.

¹ Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Dreher vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Interessant!“
Das Dokument wurde bereits teilweise veröffentlicht in: ARNIM, Zeitnot, S. 148–150.

² Zur Strategie der „flexible response“ vgl. Dok. 27, Anm. 15.

³ Zur NATO-Gipfelkonferenz am 29./30. Mai 1989 in Brüssel vgl. Dok. 153, Dok. 154 und Dok. 156.

⁴ Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, kündigte am 7. Dezember 1988 in New York einseitige Reduzierungen der sowjetischen konventionellen Streitkräfte innerhalb von zwei Jahren an. Für den Wortlaut der Rede vgl. EUROPA-ARCHIV 1989, D 23–37. Vgl. dazu ferner AAPD 1988, II, Dok. 359.

sowjetisch durchzusetzen. Außenpolitisch kommt das andauernde Interesse der SU hinzu, ihre Westpolitik mehrgleisig und hier insbesondere mit den USA voranzutreiben. Sie hat grundsätzlich kein Interesse daran, unsere Position als der einzigen echten Nicht-Status-quo-Macht entscheidend zu stärken.

II. Unsere Beobachtungen und Gespräche in den letzten Wochen ergeben folgenden Eindruck zur sowjetischen Haltung:

- 1) Die sowjetische Westpolitik ist in ihren Details nicht festgelegt, sondern entwickelt sich in einer ständigen innersowjetischen Diskussion. Ihr wesentlicher Antrieb geht nicht von der Entwicklung der Diskussion unter den Mitgliedstaaten des westlichen Bündnisses aus. Er ergibt sich vielmehr aus der ständigen Verfolgung des grundlegenden außenpolitischen Interesses der SU an der Bewahrung ihrer Position als zweite Weltmacht und erst in zweiter Linie aus dem dringenden sowjetischen Interesse an der Freimachung von bisher für die Rüstung eingesetzten Ressourcen für die Hebung des Lebensstandards der Bevölkerung und der Gewinnung westlicher Unterstützung für die Entwicklung der hiesigen Wirtschaft. Dieses Interesse richtet sich grundsätzlich an alle hochentwickelten Länder des Westens, einschließlich Japan. Wenn es nicht rasch genug gelingt, ein solches Freiwerden in zweiseitigen Verhandlungen zu erzielen, so ist grundsätzlich die sowjetische Führung mehrheitlich auch zu einseitigen Maßnahmen bereit, da sie erkannt hat, daß das Bündnis seinerseits eine Veränderung des Status quo mit militärischen Mitteln nicht beabsichtigt. Der Verdacht, die wichtigsten Mitgliedstaaten des Bündnisses wollten die Weltmacht-position der SU unterhöhlen, sitzt jedoch tief.
- 2) Mit den bedeutenden einseitigen Kürzungen im konventionellen und den damit verbundenen unbedeutenden Kürzungen im nuklearen Bereich ist diese Mehrheit der Führung zunächst einmal an den Rand des in der SU derzeit Durchsetzbaren gegangen. Die sich in letzter Zeit häufenden öffentlichen Stellungnahmen führender Militärs in den großen Zeitungen deuten darauf hin, daß insbesondere in der militärischen Führung erhebliche Befürchtungen bestehen, daß diese Politik einseitiger Kürzungen sich fortsetzen und auch andere Bereiche als die bisher vor allem betroffenen Landstreitkräfte erfassen könnte. Auch von daher sind die nachdrücklichen Forderungen auf Verhandlungen über taktische Nuklearwaffen, Flugzeuge und Marinestreitkräfte zu erklären. (Abgesehen davon, dienen sie wohl auch der Beruhigung der Streitkräfte, daß auch die neue Militärführung ihre Anliegen wahrnimmt.) Obwohl Gorbatschow auf dem letzten ZK-Plenum seine Stellung weiter konsolidiert hat⁵, ist deutlich erkennbar, daß er Gegner im Parteiapparat hat, denen die „Demokratisierung“ bereits jetzt erheblich zu weit geht. Sie scheinen ihre eventuelle politische Chance in einem längeren Ausbleiben wirklicher Verbesserungen des Lebensstandards der Bevölkerung zu sehen. Sie haben ein Interesse daran, das weitere Freiwerden von bisherigen Rüstungsressourcen zu verhindern oder zu verzögern. In ihnen haben konservative Kräfte unter den Militärs also eine Stütze und eventuelle Verbündete.
- 3) Grundsätzlich so dem Westen gegenüber aus der Defensive agierend, ist es für Gorbatschow verlockend, innerwestliche Diskussionen über die Modernisierung

⁵ Zum Plenum des ZK der KPdSU am 25. April 1989 in Moskau vgl. Dok. 121, Anm. 10.

auszunutzen. Er kann, so erkennbar bei seiner Junktim-Andeutung in London⁶, versuchen, die Wirkung der Perestroika im Westen in Form einer Verschiebung der Modernisierung zu dem Beweis zu Hause verwenden, daß eine Politik einseitiger Reduzierungen das Sicherheitsrisiko für die SU nicht erhöht, sondern sogar verringert. Umgekehrt ist der eventuelle Wille des Bündnisses zur Modernisierung für die Gegner Gorbatschows zu Hause das beste Mittel, um plausibel zu machen, daß seine Politik eben nicht zu einem Nachlassen westlicher Rüstungsanstrengungen führt. Für diese Kräfte ist daher die Junktim-Drohung nicht Mittel, um den Abrüstungsprozeß auf breitere Gebiete zu erstrecken, sondern um mögliche Fortschritte in einzelnen Gebieten durch den Hinweis auf Mangel an Fortschritt in anderen zu verhindern und damit der Gesamtentwicklung zwischen West und Ost ihren Schwung zu nehmen. Diese Gefahr des Überziehens der Junktim-Drohung, auch weil sie Gegnern von Veränderungen im westlichen Bündnis mit der Verweigerung von Fortschritten im nuklearen Bereich den Hebel in die Hand gibt, um das gleiche Ziel wie die hiesigen Gegner von Bewegung zu erreichen, ist Gorbatschow und seinen Anhängern inzwischen sicherlich bewußt. Das Außenministerium ist uns gegenüber deshalb von der Junktim-Drohung auch erkennbar abgerückt.

4) Es ist insofern auch bezeichnend, daß von sowjetischen Gesprächspartnern in den letzten Tagen ungefragt die deutsche Frage aufgeworfen worden ist. Dies führt nicht nur aus der Beobachtung, daß die innerwestliche Modernisierungsdebatte in den Medien stark mit Argumenten pro und contra Wiedervereinigung Deutschlands geführt wird und es für die SU insofern naheliegt, unsere Verbündeten implizit als uns gegenüber unehrlich darzustellen. Allerdings bringt eine solche Argumentation, wenn sie öffentlich verwendet würde, für die Sowjets die Gefahr mit sich, dann vom Westen in eine Debatte darüber verwickelt zu werden, wer nun mehr bereit wäre, den Status quo zu verändern. Offenlich hat es solche Angriffe deshalb bisher nicht gegeben.

Gleichzeitig ist denkbar, daß bei den hiesigen Verteidigungspolitikern die Absicht eine Rolle spielt, uns deutschlandpolitische Hoffnungen zu machen, wenn wir zuvor sicherheitspolitische Schritte unternehmen, die dem definierten Interesse unserer Hauptverbündeten zuwiderlaufen.

Dieses Spiel mit deutschen Hoffnungen ist für die SU grundsätzlich gefährlich, solange sie – wie seit dem Zweiten Weltkrieg – ihre Weltmachtstellung wesentlich auf eine Hegemonie im Warschauer Pakt aufbaut, die sie durch Verteidigung der politischen Systeme des „realen Sozialismus“ zementiert. Es gibt in Moskau jedoch schon Wissenschaftler, die einräumen, daß das Grundprinzip der „Freien Welt“ nicht nur die Breschnew-Doktrin⁷ aus den Angeln hebt, sondern gerade auch für die deutsche Frage von fundamentaler Bedeutung sein könnte. Aussagen von verantwortlichen Personen zur Deutschlandfrage sind nach wie vor selten. Sie fallen aber insofern auf, als in ihnen, z.B. durch Moissejew gegenüber unseren Militärattachés⁸, das Element der potentiellen Bewegung auch in dieser

⁶ Vgl. dazu die Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 7. April 1989 in der Londoner Guildhall; Dok. 115, Anm. 17.

⁷ Zur „Breschnew-Doktrin“ vgl. Dok. 34, Anm. 8.

⁸ Brigadegeneral Wetter, Moskau, berichtete am 8. Mai 1989, der Chef des sowjetischen Generalstabs, Moissejew, sei am 3. Mai 1989 zur Begrüßung des eintreffenden Generalinspekteurs der Bundeswehr,

Frage, wie schon durch Gorbatschow persönlich während des Besuchs des BK⁹, nicht mehr a limine bestritten wird.

Darin liegt der deutliche Versuch einer Captatio benevolentiae in einer jedenfalls kurzfristig am Status quo nichts ändernden Weise. Schon dieser Versuch geht aber der DDR zu weit, wie z.B. bei der kürzlichen Feier des Endes des Zweiten Weltkrieges in einer Rede des hiesigen DDR-Botschafters¹⁰, wenn auch nur implizit, deutlich wurde. Die in allen operativen Fragen der Deutschlandpolitik (Berlin) harte Haltung des SAM ist bezeichnend dafür, daß man sich dort der Verwundbarkeit der DDR für eine Entwicklung solcher Diskussionen sehr wohl bewußt ist.

5) In dieser in sich widersprüchlichen sowjetischen Interessenlage, in der das Interesse an der Stabilität des Status quo in Europa nach wie vor dominiert und auch das Interesse an rascher weiterer Entlastung von Rüstungsanstrengungen übersteigt, sind erneute, größere einseitige Abrüstungsschritte der SU in nächster Zeit eher unwahrscheinlich, wenn auch nicht auszuschließen. Das überwiegende sowjetische Interesse konzentriert sich daher z.Z. auf den Versuch, die Gesamtbewegung durch fühlbare Fortschritte der Wiener Verhandlungen¹¹ in Gang zu halten, da diese Fortschritte wohl Status-quo-neutral sein werden, gleichzeitig aber die dringend gewünschte ökonomische Entlastung fördern. Gleichzeitig kann man davon ausgehen, daß die Kräfte der Beharrung in der SU, aber auch im WP insgesamt (DDR, ČSSR), die Stagnation, selbst auf einem so begrenzten Gebiet wie in den Wiener Verhandlungen, Fortschritten vorziehen würden.

6) Von daher macht es Sinn, daß die Bemühungen der Bundesregierung um einen raschen Beginn von SNF-Verhandlungen sich in den hiesigen Medien bisher nicht vergleichbar wie in den westlichen niederschlagen. Die sowjetische Führung hat derzeit kein Interesse daran, diese Frage die West-Ost-Agenda dominieren zu lassen.

- Sie wird von den fraglichen Waffensystemen nicht unmittelbar bedroht.
- Sie muß befürchten, die deutschen Bemühungen im Bündnis durch übermäßigen Druck zu diskreditieren.
- Sie will auch mit den anderen bedeutenden Staaten des Westens Politik machen und will deshalb vermeiden, uns in eine allzu bedeutsame Rolle zwischen West und Ost zu versetzen.

Bei aller Bedeutung, die unsere Politik angesichts unseres wachsenden Gewichts in den West-Ost-Beziehungen für die SU besitzt, steht im sowjetischen Kalkül die Politik der USA ganz vorn. Die Sowjets haben hier die Hoffnung auf Konti-

Fortsetzung Fußnote von Seite 556

Wellershoff, am Flughafen erschienen und habe gegenüber dem anwesenden Militärattachéstab der Botschaft Moskau erklärt: „Sein kürzlicher Besuch in der DDR habe ihm bewußt gemacht, daß das deutsche Volk geteilt sei – dies sei das Werk der Geschichte. Geschichte werde aber von Menschen gemacht, und wir jetzt lebenden Menschen könnten unsere Geschichte gestalten – und wir könnten sie verändern.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1734; Referat 201, Bd. 151167.

⁹ Bundeskanzler Kohl und Bundesminister Genscher besuchten die UdSSR vom 24. bis 27. Oktober 1988. Vgl. dazu AAPD 1988, II, Dok. 300, Dok. 301, Dok. 303, Dok. 304 und Dok. 309.

¹⁰ Gerd König.

¹¹ Zu den VKSE vgl. Dok. 223.

Zu den VSBM-Verhandlungen vgl. Dok. 219.

nuität der Bush-Administration nicht aufgegeben. Dieses Prinzip zu bekräftigen, ist ihr wohl wichtigstes Ziel in den in diesen Tagen stattfindenden Gesprächen mit AM Baker¹². Das Risiko einer grundsätzlichen Verhärtung der amerikanischen Politik gegenüber der SU bei allzu offensichtlichem „Keile-Treiben“ ist den Sowjets, wie ihre laufenden Dementis dieser Absicht zeigen, bewußt. Gleichzeitig vermeidet die SU, in Westeuropa einen privilegierten Gesprächspartner zu schaffen, sondern bemüht sich um ein ausgewogenes Vorgehen, wie die Reiseabfolge Gorbatschows in den bevorstehenden Wochen zeigt.¹³ Sie weiß, daß wir uns, anders als GB, F oder I, mit unserem gesamten Gewicht aktiv für weitere Bewegung im West-Ost-Verhältnis einsetzen, wenn sie in Richtung auf eine Lockerung des Status quo verläuft, während diese anderen Westeuropäer kein über den jeweiligen konkreten Bereich hinausgehendes, vitales Interesse an einer solchen Bewegung haben.

7) Taktisch befindet sie sich so in der schwierigen Lage, uns Hoffnung auf Bewegung zu machen, die über den Bereich der Abrüstung und Rüstungskontrolle hinaus trägt, während sie den USA, GB und F gegenüber wohl eher glaubt, Versuche zur Veränderung des Status quo im Keim ersticken zu sollen. Dieses taktische Dilemma entspringt dem zugrundeliegenden Problem, daß der innere Wandel des politischen Systems der SU und die sich daraus ergebenden Folgen für ihre Verbündeten im WP dem Westen gegenüber ambivalente Konsequenzen haben, weil sie die westliche Bereitschaft zur Hilfe fördern, die Dominanz der SU in den WP-Staaten dadurch aber potentiell abnimmt. So spricht vieles dafür, daß die SU, nach den Gesprächen Schewardnadses mit Baker hier und mit uns in Bonn¹⁴, erst einmal das Ergebnis des NATO-Gipfels abwartet, bis sie, auch in Kenntnis der Ergebnisse der Peking-Reise Gorbatschows, ihr weiteres operatives Vorgehen in der Westpolitik, hinsichtlich der Bonn-Visite des Generalsekretärs, festlegt.

[gez.] Meyer-Landrut

Referat 201, Bd. 151167

12 Der amerikanische Außenminister Baker besuchte die UdSSR am 10./11. Mai 1989. Vgl. dazu Dok. 136.

13 Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, und der sowjetische Außenminister Schewardnadse besuchten vom 15. bis 18. Mai 1989 die Volksrepublik China. Vom 4. bis 6. Juli 1989 hielten sie sich in Frankreich auf.

Zu ihrem Besuch vom 12. bis 15. Juni 1989 in der Bundesrepublik vgl. Dok. 178, Dok. 179 und Dok. 182.

14 Zum Besuch des sowjetischen Außenministers Schewardnadse am 12./13. Mai 1989 vgl. Dok. 133.

**Gespräch des Bundeskanzlers Kohl
mit dem nicaraguanischen Präsidenten Ortega**

9. Mai 1989¹

Der *Bundeskanzler* heißt Präsident Ortega willkommen.² Sein Besuch sei für beide Seiten ein wichtiges Ereignis. Es gebe viel Schutt wegzuräumen. Er hoffe, daß dies gelinge.

Präsident *Ortega* dankt für die Gelegenheit zu dem Gespräch. Er wolle über Themen sprechen, die für beide Seiten, aber auch für die gesamte Region Zentralamerika von Bedeutung seien.

Am 5. Mai hätten sich die Außenminister der fünf zentralamerikanischen Staaten³ getroffen und einen Plan für die Repatriierung der Contras ausgearbeitet. Dieser Plan müsse von den Staatschefs noch formell gebilligt werden. Er enthalte u.a. die Forderung, daß die amerikanische Regierung die bisher für die Unterstützung der Contras vorgesehenen Mittel nunmehr für Repatriierungsmaßnahmen zur Verfügung stelle. Eine derartige Verwendungsmöglichkeit sei bereits in der Vorlage an den Kongreß vorgesehen.

Seine Regierung habe eine Reihe Initiativen ergriffen, um den Demokratisierungsprozeß voranzubringen:

- Vorziehen der Wahlen von November 1990 auf Februar 1990⁴,
- Revision des Wahlrechtes und der Mediengesetze,
- Veränderungen in der Zusammensetzung des Wahlrates,
- Begnadigung von ehemaligen Somoza-Garden.

¹ Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirigent Hartmann, Bundeskanzleramt, gefertigt und am 29. Mai 1989 von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Ueberschaer, Bundeskanzleramt, „zur Unterrichtung des Auswärtigen Amtes“ an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Bächmann übermittelt mit dem Hinweis, daß sie von Bundeskanzler Kohl genehmigt sei.

Hat Legationssekretär Reichel am 30. Mai 1989 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „1) Über D 3 Dg 33 RL 331 m[it] d[er] B[itte] um Übernahme und ggf. weitere Veranlassung. 2) Durchdruck 331 vorab, 010, 014.“

Hat Bächmann am 31. Mai 1989 vorgelegen.

Hat Ministerialdirektor Schlagintweit am 31. Mai 1989 vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Heymer am 1. Juni 1989 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat Schmiegelow verfügte.

Hat Schmiegelow am 1. Juni 1989 vorgelegen, der die Weiterleitung an Ministerialdirigent Henze „n[ach] R[ückkehr]“ verfügte und handschriftlich vermerkte: „1) Durchdruck mit Schnellbriefumschlag an BMZ-135 als Unterlage für die Reise BM Warnkes nach Nicaragua. 2) Durchdruck D 3.“ Vgl. das Begleitschreiben; Referat 331, Bd. 146939.

² Der nicaraguanische Präsident Ortega unternahm vom 23. April bis 14. Mai 1989 eine Europareise und hielt sich am 23./24. April in Frankreich, am 24./25. April in Belgien, vom 26. bis 28. April in Spanien, am 28. April in Norwegen, am 29. April in Schweden, vom 30. April bis 2. Mai in Griechenland, vom 3. bis 5. Mai 1989 in Italien, vom 6. bis 8. Mai in Großbritannien, am 9./10. Mai in der Bundesrepublik und vom 10. bis 14. Mai 1989 in Irland auf.

³ Ricardo Acevedo Peralta (El Salvador), Miguel D'Escoto Brockmann (Nicaragua), Carlos López Contreras (Honduras), Rodrigo Madrigal Nieto (Costa Rica) und Mario Palencia Lainfiesta (Guatemala).

⁴ Zu den vorgesehenen Wahlen in Nicaragua vgl. Dok. 55, Anm. 2.

Nicaragua habe daher schon erfüllt, was es erfüllen könne. Allein das Wahlrecht sei in 32 Punkten geändert worden. Die Mediengesetze in Nicaragua seien heute flexibler als in jedem anderen zentralamerikanischen Land. Jeder könne heute in Nicaragua frei seine Meinung äußern. Es befänden sich Beobachter der UNO und OAS in Nicaragua, die die Entwicklung verfolgen könnten.

Allerdings sei die Opposition immer noch nicht zufrieden und erhebe ständig neue Forderungen. Aber dies sei nun einmal das Verhalten von Oppositionsparteien in jedem Land. Es gebe derzeit in Nicaragua 21 Oppositionsparteien. Die Regierung sei bereit, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß sich alle am Wahlprozeß beteiligen könnten. So würden sollten⁵ beispielsweise dem Nationalen Wahlrat künftig je zwei Vertreter der Opposition und der Regierung sowie ein Unparteiischer angehören.

Die Außenminister hätten bei dem erwähnten Treffen auch die Problematik der Menschenrechte in Zentralamerika erörtert und seien sich einig gewesen, daß dieser Bereich weiterhin von den zuständigen internationalen Organisationen wie der Interamerikanischen Menschenrechtsorganisation, dem Internationalen Roten Kreuz, Amnesty International etc. sorgfältig beobachtet werden soll. Der Außenminister von El Salvador habe auf eine rasche Verabschiedung des entsprechenden Beschlusses gedrängt, da dort bekanntlich eine Partei die Regierung übernehmen werde, die die Menschenrechte systematisch verletzt habe.⁶

Eine weitere wichtige Absprache betreffe das Verbot, das eigene Hoheitsgebiet zu Angriffen gegen andere Staaten zu benutzen. Um die Einhaltung dieser Absprache zu überwachen, habe man daran gedacht, daß einige Länder wie die Bundesrepublik Deutschland, Spanien und Kanada sowie möglicherweise noch ein lateinamerikanisches Land wie Venezuela eine Beobachtergruppe bilden sollten.⁷

Des weiteren wollten die zentralamerikanischen Länder zusammen mit den Contadora-Staaten Ende Mai darüber sprechen, wie man den Rüstungsprozeß in Mittelamerika begrenzen und das Rüstungspotential reduzieren könne. Dabei gehe es vor allem auch um die Frage, wie man die militärische Präsenz anderer Länder abbauen und allmählich völlig beseitigen könne.

Hierbei komme es sehr darauf an, daß die USA respektierten, was die zentralamerikanischen Länder gemeinsam forderten. Er sei überzeugt, daß – ungeachtet des amerikanischen Druckes hiergegen – dieser Wunsch der zentralamerikanischen Präsidenten schließlich obsiegen werde.

⁵ So in der Vorlage.

⁶ Vortragender Legationsrat I. Klasse Heymer legte am 22. März 1989 dar, bei den Präsidentschaftswahlen am 19. März 1989 in El Salvador habe Hochrechnungen zufolge der Kandidat der Alianza Republicana Nacionalista (ARENA), Cristiani, bereits im ersten Wahlgang die erforderliche Mehrheit erzielt: „Die ARENA wird jetzt ab Anfang Juni d. J. – mit Ausnahme der Streitkräfte – den gesamten Staatsapparat beherrschen. Sie stellt dann nicht nur die Regierung, sondern verfügt auch über die absolute Mehrheit im Parlament (32 von 60 Sitzen) und kontrolliert außerdem den Obersten Gerichtshof und die Generalstaatsanwaltschaft. Wie ihre Politik im einzelnen aussehen wird, läßt sich noch nicht sagen. Eine Rückkehr zu den schlimmen Verhältnissen der Jahre 1979 bis 1983, in denen tausende links eingestufter Politiker, Studenten, Gewerkschaftler, Arbeiter und Bauern umgebracht wurden, ist jedoch kaum zu befürchten. Eine gewisse Zunahme der innenpolitischen Polarisierung ist jedoch nicht auszuschließen.“ Der designierte Präsident Cristiani werde dem gemäßigten Flügel zugerechnet. Vgl. Referat 331, Bd. 143911.

⁷ Zur Beteiligung der Bundesrepublik an einer VN-Friedenstruppe für Zentralamerika vgl. Dok. 245, Anm. 17.

Für all dies benötige man auch die Unterstützung Europas, und zwar sowohl der Europäischen Gemeinschaft als auch der einzelnen Mitgliedstaaten.

Damit helfe man auch Präsident Bush, für den es natürlich schwierig sei, sich von der Reagan-Politik abzusetzen. Für Bush sei es innenpolitisch einfacher, wenn er vor vollendete Tatsachen gestellt werde (sic!).

Die wirtschaftliche Lage sei für Nicaragua äußerst schwierig. Der Deutsche Bundestag habe eine Resolution verabschiedet, in der zwischen dem Ausgang der Wahlen und der Gewährung von Wirtschaftshilfe eine Verbindung hergestellt werde. Für Nicaragua wäre es hilfreicher gewesen, wenn sich der Bundestag für eine Soforthilfe ausgesprochen und die Fortsetzung der Hilfe vom Ausgang der Wahlen abhängig gemacht hätte.

Für den Erfolg des Demokratisierungsprozesses seien wirtschaftliche Faktoren von nicht zu unterschätzender Bedeutung. Er wolle nur an die sozialen Konflikte erinnern, denen sich der neu gewählte venezolanische Präsident⁸ vor wenigen Monaten gegenübergesehen hätte.⁹ Die Wirtschaft von Nicaragua sei aber in einem wesentlich schlechteren Zustand als die Venezuelas.

Für ihn sei es deshalb wichtig, daß die Bundesrepublik Deutschland an der Geberkonferenz in Stockholm teilnehme, die in Kürze stattfinden werde.¹⁰ Für die deutsche Seite könne beispielsweise Herr Leisler Kiep teilnehmen, der eine wichtige Rolle bei der Erstellung des Berichts der Sanford Commission¹¹ gespielt habe.

Der *Bundeskanzler* erklärt, er wolle zunächst einige grundsätzliche Anmerkungen machen. Wir befänden uns derzeit an einem Wendepunkt der Weltpolitik. Dies gelte vor allem für den Bereich der West-Ost-Beziehungen, die uns als geteiltes Land in besonderer Weise berührten. Die Chancen für den Frieden seien gewachsen. Zentralamerika sei ein zentraler Punkt des Geschehens, der zugleich geschichtlich belastet sei.

Wir müßten einen neuen Anfang finden. Das bedeute vor allem, daß Vertrauen entstehen müsse. Vertrauen lasse sich allerdings nicht kommandieren, sondern müsse wachsen.

⁸ Carlos Andrés Pérez.

⁹ Zu den Unruhen in Venezuela im Februar 1989 vgl. Dok. 71, Anm. 8.

¹⁰ Am 11./12. Mai 1989 fand in Stockholm eine Geberkonferenz für Nicaragua statt. Botschafter Schenk, Stockholm, berichtete dazu am 16. Mai 1989, zwar hätten die Geberländer die Maßnahmen Nicaraguas zur Wirtschaftssanierung gewürdigt, jedoch weitere Maßnahmen zur Demokratisierung und inneren Befriedung angemahnt. Die Hilfszusagen von bis zu 50 Mio. \$ seien jedoch hinter den erhofften 250 Mio. \$ zurückgeblieben: „Die Dinge lägen anders, hätten die USA, Großbritannien, Japan und BR Deutschland sowie die Weltbank mit ihrer nicht zu unterschätzenden Rolle aktiv am Konferenztisch gesessen und Zusagen in Aussicht gestellt.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 141/144; Referat 331, Bd. 143950.

¹¹ Vortragender Legationsrat I. Klasse Heymer notierte am 28. Februar 1989, die 1987 vom amerikanischen Senator Sanford gegründete Kommission, der neben anderen Senatoren auch Mitglieder aus Westeuropa, Japan und Lateinamerika angehörten, habe im Februar 1989 einen Plan vorgelegt. Dieser sehe Sofortmaßnahmen im humanitären Bereich, Maßnahmen zur Auslösung einer sich selbst tragenden Wirtschaftsentwicklung, eine Stärkung der demokratischen Strukturen sowie Empfehlungen an die internationale Staatengemeinschaft vor. Vgl. dazu Unterabteilung 33, Bd. 146692.

Für den Wortlaut des Berichts vgl. THE REPORT OF THE INTERNATIONAL COMMISSION FOR CENTRAL AMERICAN RECOVERY AND DEVELOPMENT. Poverty, Conflict, and Hope. A Turning Point in Central America, Durham/North Carolina, London 1989.

Für uns Deutsche – wie auch für die anderen Europäer – sei entscheidend, daß der Demokratisierungsprozeß sich durchsetze. Dies bedeute faire Wahlen und ein Wechselspiel zwischen Regierung und Opposition. Aus seiner Sicht habe Präsident Ortega den Weg in die richtige Richtung eingeschlagen. Andererseits wolle er aber auch ganz offen sagen, daß es noch viel Skepsis gebe.

Zum Wahlprozeß müsse man beispielsweise fragen, ob die Opposition wirklich eine Chance habe, auch die Regierung zu übernehmen. Es werde sehr darauf ankommen, wie dieser Prozeß von den internationalen Beobachtern beurteilt werde, vor allem, daß jede Manipulation ausgeschaltet sei.

Für ihn persönlich sei die Frage der Menschenrechte sehr wichtig. Nach den ihm vorliegenden Unterlagen gebe es noch immer eine beachtliche Zahl von Gefangenen, die auf die im Abkommen von Esquipulas¹² vorgesehene Amnestie warteten. In dem Maße, in dem Nicaragua dieses Abkommen erfülle, werde auch das Vertrauen wachsen.

Dazu gehöre auch ein gutes Verhältnis der Regierung von Nicaragua zur katholischen Kirche. Dies spiele für die internationale Reputation Nicaraguas eine wichtige Rolle.

Er selber glaube, daß Nicaragua durchaus die Chance habe, mit der neuen amerikanischen Administration zu vernünftigen Beziehungen zu kommen. Man könne vor dem historischen Hintergrund psychologisch vieles verstehen. Am Beispiel der deutsch-französischen Beziehungen führt der Bundeskanzler aus, wie wichtig es ist, die Konsequenzen aus der Geschichte zu ziehen.

Wenn man sich die heutige Einstellung des amerikanischen Kongresses vor Augen halte – Präsident Ortega selber habe ja die Sanford Commission erwähnt –, so sei dort eine Entwicklung eingetreten, die vor Jahren noch undenkbar gewesen sei.

Wir seien enge Freunde der Vereinigten Staaten von Amerika, wir seien keine Vasallen, aber Partner. Die USA hörten auf unser Wort, vor allem auch der neue Präsident Bush. Unser Interesse sei, daß in der Region Lateinamerika Friede einkehre, daß man neue Grundlagen für die Zukunft finde.

Ohne konsequenter Demokratisierungsprozeß werde es auch keine positive wirtschaftliche Entwicklung geben. Wenn Nicaragua ein vernünftiges Verhältnis zu den USA entwickeln wolle, empfehle er – obwohl er keine Ratschläge zu erteilen habe –, daß Nicaragua in den vorgenannten Bereichen – Demokratisierung, Menschenrechte, Verhältnis zur Kirche – deutliche Anstrengungen unternehme, damit die noch vorhandene Skepsis allmählich verschwinde.

Zur Frage einer deutschen Teilnahme an einer unparteiischen Beobachtergruppe erklärt der Bundeskanzler, wir hätten diesbezüglich unsere grundsätzliche Bereitschaft erklärt. Eine Entscheidung könnten wir allerdings erst fällen, wenn das förmliche Ersuchen des Generalsekretärs der Vereinten Nationen¹³ vorliege.

Der Bundeskanzler wiederholt, unser vorrangiges Interesse sei, daß das Abkommen von Esquipulas voll erfüllt werde, damit die Region Zentralamerika befriedet werde. Wenn die Dinge sich in diese Richtung entwickelten, würden wir und auch die anderen EG-Mitgliedstaaten positiv reagieren.

¹² Zu den Abkommen von Esquipulas vgl. Dok. 55, Anm. 7.

¹³ Javier Pérez de Cuéllar.

Was die Stockholmer Geberkonferenz angehe, so werde BM Warnke, mit dem der Präsident heute nachmittag zusammentreffe, hierzu im einzelnen unsere Position darlegen.¹⁴ In diesem Zusammenhang sei auch wichtig, daß Nicaragua mit dem IWF und der Weltbank ins reine komme.

Er sehe insgesamt durchaus die Chance zu einem Neubeginn. Die Tatsache des Besuches von Präsident Ortega beweise, daß auch er diese Chance wahrnehmen wolle. Die entscheidenden Schritte müsse allerdings Nicaragua, müsse Präsident Ortega tun. Unser Wunsch sei es, daß Nicaragua seine Souveränität auf demokratische Weise ausübe.

Präsident *Ortega* erwidert, die Opposition habe in Nicaragua mehr Bewegungsraum als in anderen zentralamerikanischen Ländern. Beispielsweise sei es in Costa Rica den Kommunisten untersagt, als solche aufzutreten. In Nicaragua hingegen könnten sowohl linksextreme als auch rechtsextreme Parteien agieren.

Inzwischen hätten sich sogar frühere Sympathisanten der Contra dafür entschieden, sich in das politische Leben zu integrieren. Leider könne die Opposition insgesamt nicht davon ablassen, die Entwicklung nach wie vor negativ darzustellen.

Der *Bundeskanzler* erklärt, ihm liege eine Liste mit politischen Haftfällen vor, die er von der Konrad-Adenauer-Stiftung erhalten habe. Dabei handele es sich keineswegs um Leute, die mit Somoza etwas zu tun gehabt hätten, sondern um solche, die in den letzten Jahren verurteilt worden seien. Für ihn sei es sehr wichtig, daß die Amnestie auch auf diese Personen ausgedehnt werde. Er würde gerne wissen, wie Präsident *Ortega* die Erfolgschancen hierfür beurteile.

Präsident *Ortega* erwidert, es gebe in Nicaragua derzeit keine politischen Gefangenen. Alle politischen Gefangenen seien freigelassen worden. Lediglich Contra-Angehörige – darunter auch frühere FSLN-Anhänger, die übergelaufen seien – säßen noch im Gefängnis, und diese seien nicht wegen ihrer politischen Einstellung verurteilt worden, sondern wegen bestimmter Delikte.

Er sei aber bereit, die Liste der Fälle, die der *Bundeskanzler* erwähnt habe, entgegenzunehmen und diese zu überprüfen.

Der *Bundeskanzler* erklärt, er werde noch heute dem Präsidenten einen Brief mit der entsprechenden Liste übermitteln. Für eine alsbaldige Reaktion hierauf wäre er dankbar.¹⁵

Der *Bundeskanzler* fährt fort, uns gehe es nicht darum, die Vergangenheit aufzuarbeiten, sondern den Blick in die Zukunft zu richten. Er verkenne keineswegs

¹⁴ Im Gespräch mit dem nicaraguanischen Präsidenten *Ortega* am 9. Mai 1989 wies Bundesminister Warnke darauf hin, daß Finanzhilfen nur gewährt werden könnten, wenn keine Rückstände beständen: „Falls diese nicht beglichen werden könnten, müsse der Weg eines Anpassungsprogramms über IWF/Weltbank und im Rahmen des Pariser Clubs gegangen werden. [...] Eine Übereinkunft mit dem IWF sei daher Voraussetzung für eine Finanzhilfe. [...] BM Dr. Warnke erklärte sodann, daß die Bundesregierung an der Konferenz in Stockholm nicht als Mitglied teilnehme, da man die Führerschaft für eine solche Aufgabe den internationalen Institutionen und nicht einem bilateralen Geber überlassen wolle. Man werde jedoch möglicherweise über die Botschaft als Beobachter sich beteiligen, um auch das Urteil der anderen zu sehen und einbeziehen zu können.“ Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 331, Bd. 146939.

¹⁵ Für die am 9. Mai 1989 von *Bundeskanzler Kohl* übergebene Liste von Inhaftierten vgl. Referat 331, Bd. 146939.

Für das Antwortschreiben des nicaraguanischen Präsidenten *Ortega* vom 11. September 1989 vgl. die Anlage zum Schriftbericht Nr. 349 der Botschaft in Managua vom 20. September 1989; Referat 331, Bd. 146939.

die Schwierigkeiten, denen sich Nicaragua gegenübersehe. Wenn Präsident Ortega einen ernsthaften Versuch zur Demokratisierung seines Landes mache, so werde ihm dies in Europa – auch persönlich – viel Sympathie eintragen.

Die Bundesrepublik Deutschland betrachte sich nicht als den Nabel der Welt, aber spiele in Europa eine wichtige Rolle. Diese könne sie auch gegenüber den Vereinigten Staaten von Amerika einsetzen.

Wir seien in der einzigartigen Situation, daß in nächster Zeit innerhalb von 14 Tagen sowohl der amerikanische Präsident¹⁶ als auch Generalsekretär Gorbatschow¹⁷ nach Bonn kämen. Wir wollten einen vernünftigen Beitrag zum Frieden leisten. Dies könnten wir um so mehr, als wir eine eindeutige Position verträten.

Wenn es gelinge, in Zentralamerika die Dinge zum Besseren zu wenden, werde dies auch Auswirkungen auf das übrige Lateinamerika haben. In der EG gebe es, bedingt durch die kolonialen Bindungen einiger Mitgliedstaaten, die Tendenz, sich insbesondere nach Afrika hin zu orientieren. Er persönlich sei jedoch der Auffassung, daß Lateinamerika im 21. Jahrhundert größte Bedeutung haben werde. Durch den Beitritt von Spanien und Portugal zur EG seien bessere Brücken zu Lateinamerika entstanden. Er ermuntere daher immer wieder Felipe González, diese Brückefunktion wahrzunehmen.

Wenn es gelinge, den Friedensprozeß zu entwickeln, werde dies auch unmittelbar Auswirkungen auf die Wirtschaft haben. Er könne die deutsche Wirtschaft, die vom Staat unabhängig sei, nicht kommandieren. Aber die Wirtschaft selber beobachte genau, wie sich der politische Prozeß in bestimmten Regionen entwickle, und handele dementsprechend.

Er, der Bundeskanzler, schlage vor, daß man im Gespräch bleibe. Er werde die Entwicklung in Lateinamerika weiterhin mit größtem Interesse verfolgen. Dadurch, daß man sich jetzt kennengelernt habe, sei es auch leichter, das Denken des jeweils anderen zu verstehen.

Präsident *Ortega* erinnert daran, daß er den Bundeskanzler bereits schon einmal bei einem Empfang Präsident Reagans in New York gesehen habe. In der Tat könne man nach dem heutigen Gespräch – das ein gutes Gespräch gewesen sei – den Kontakt aufbauen.

Der *Bundeskanzler* wiederholt, entscheidend werde sein, was Präsident *Ortega* persönlich in den Fragen Demokratisierung, Menschenrechte und Verhältnis zur Kirche tun werde. Sein Gespräch mit Kardinal Obando y Bravo habe große Wirkung in der Bundesrepublik Deutschland gehabt.

Präsident *Ortega* erklärt, er habe gestern abend in London bis spät in die Nacht mit Vertretern von Amnesty International gesprochen, die ihre Kritik vorgebracht hätten.

Mit dem IWF und der Weltbank unterhalte Nicaragua rein formale Beziehungen, da die USA seinem Land praktisch den Zugang zu beiden Institutionen

¹⁶ Der amerikanische Präsident Bush und Außenminister Baker besuchten die Bundesrepublik am 30./31. Mai 1989. Vgl. dazu Dok. 157.

¹⁷ Zum Besuch des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, und des sowjetischen Außenministers Schewardnadse vom 12. bis 15. Juni 1989 in der Bundesrepublik vgl. Dok. 178, Dok. 179 und Dok. 182.

versperrt hätten. Auch aus diesem Grunde sei es wichtig, daß die Bundesrepublik Deutschland in Stockholm vertreten sei, denn dort werde möglicherweise auch ein Vertreter des IWF anwesend sein.

Seine große Sorge sei, daß wirtschaftliche Hilfe, wenn sie erst nach Ablauf des politischen Prozesses geleistet werde, zu spät komme. Auch deshalb habe er seine Reise zum jetzigen Zeitpunkt angetreten. Nicaragua kämpfe praktisch um sein wirtschaftliches Überleben. Was solle er tun? Eine Kriegswirtschaft einführen? Seine Regierung habe sich für eine Politik der wirtschaftlichen Anpassung entschieden und zum Teil sehr harte Maßnahmen durchgesetzt.

Der *Bundeskanzler* erklärt, ihm sei durchaus bewußt, daß man sich hier in einem gewissen Teufelskreis befindet. Er werde über die Problematik sowohl mit dem amerikanischen Präsidenten Bush als auch mit seinen europäischen Kollegen reden. Aber er wolle noch einmal deutlich sagen, daß entscheidend sei, was Präsident Ortega zu Hause tue.

Der Bundeskanzler bittet in diesem Zusammenhang noch einmal um eine baldige Reaktion auf seinen Brief. Je eindeutiger sich Nicaragua in der Frage der Menschenrechte verhalte, um so besser sei dies für das politische Klima und die wirtschaftlichen Fragen.

Präsident *Ortega* erklärt, er habe bei allen bisherigen Gesprächspartnern viel Verständnis und Anerkennung für das gefunden, was Nicaragua bisher gemacht habe – mit Ausnahme bei der britischen Premierministerin. Beispielsweise hätten die christlich-demokratischen Politiker in Italien, mit denen er gesprochen habe – Präsident *Ortega* nennt *Forlani* und *Piccoli* – erklärt, sie seien völlig einverstanden mit dem, was er in die Wege geleitet habe. Es gebe daher schon Vertrauen in die Politik Nicaraguas.

Der *Bundeskanzler* erklärt, alles was Präsident *Ortega* tun könne, um Vertrauen zu schaffen, werde in der Tat nützlich sein. Er selber habe gestern abend mit PM Thatcher ein langes Gespräch geführt¹⁸, und die britische Premierministerin habe ihm hierbei auch über ihr Zusammentreffen mit Präsident *Ortega* berichtet.

Präsident *Ortega* wirft ein, er habe gegenüber Frau Thatcher auf das Beispiel Polen verwiesen. Dort sei man bereit, schon Mittel zu investieren, bevor es politische Resultate gebe.

Der *Bundeskanzler* erklärt, wir selber hätten bei der Normalisierung des Verhältnisses zu Polen und Ungarn eine führende Rolle, und wiederholt abschließend, man werde in Kontakt bleiben.

Referat 331, Bd. 146939

¹⁸ Für eine britische Aufzeichnung über das Telefongespräch vgl. <https://www.margaretthatcher.org/source/prem19/prem19-2617>, S. 130f.

126

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Jelonek

424-411.10 ISR VS-NfD

9. Mai 1989¹Über Herrn Staatssekretär² Herrn Bundesminister³Betr.: Lieferung von U-Booten nach Israel⁴Bezug: Vorlage vom 17.1.1989 – 424-411.10 ISR⁵Anlg.: Bezugsvorlage⁶Vorlage vom 25.11.1988⁷Zweck der Vorlage: Zustimmung zu III.⁸

I. 1) Die Werften Thyssen Nordseewerke und Howaldtswerke-Deutsche Werft AG haben mit Schreiben vom 10.11.1988 beim Auswärtigen Amt eine gemeinsame Voranfrage zu den Genehmigungsaussichten der Lieferung von zwei kompletten dieselelektrischen U-Booten mit Option für ein drittes U-Boot nach Israel eingereicht. Jüngste Pressemeldungen über angeblichen Verzicht Israels auf Bestellung der U-Boote wurden nicht bestätigt. Stellungnahme der israelischen Regierung räumte zwar nicht alle Zweifel an festem Kaufentschluß aus, beteiligte deutsche Firmen haben aber angegeben, daß VM Rabin das Projekt weiterverfolge. Verhandlungen über Einzelheiten des Vertrages würden nach Ostern⁹ in New York aufgenommen. Vertragsabschluß sei für Mai 1989 geplant, Voranfrage behalte daher Gültigkeit.

2) Die Firmen haben zum geplanten Geschäft folgendes angegeben:

Die U-Boote sollen komplett (einschließlich des Einbaus von je zehn Torpedoröhren) in der Bundesrepublik Deutschland gebaut werden. Eine ursprünglich

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Ackermann und Legationsrat I. Klasse Cappell konzipiert.

2 Hat Staatssekretär Lautenschlager am 23. Mai 1989 vorgelegen.

3 Hat Bundesminister Genscher am 18. Juni 1989 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Warum BSR? Negatives] Votum genügt.“

Hat Legationsrat Berger am 18. Juni 1989 vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre, Ministerialdirektor Jelonek und Ministerialdirigent von Kyaw an Referat 424 verfügte und dazu handschriftlich vermerkte: „[Siehe] Bemerkung BM.“

Hat Staatssekretär Lautenschlager am 19. Juni 1989 erneut vorgelegen, der Referat 424 um Stellungnahme zum Vermerk Genschers bat.

Hat Jelonek am 20. Juni 1989 erneut vorgelegen.

Hat Kyaw am 21. Juni 1989 vorgelegen.

4 Zur Frage der Lieferungen von U-Booten an Israel vgl. AAPD 1988, II, Dok. 302.

5 Ministerialdirektor Jelonek unterrichtete über den Stand der Frage der Lieferung von U-Booten an Israel. Vgl. Referat 424, Bd. 162398.

6 Dem Vorgang beigelegt. Vgl. Anm. 5.

7 Dem Vorgang beigelegt. Vortragender Legationsrat I. Klasse Ackermann informierte über den Wunsch der beteiligten Unternehmen, die Bundesregierung möge eine entstandene Finanzierungslücke bei der von Israel gewünschten Lieferung von U-Booten schließen. Dazu führte er aus: „Bei der Finanzierungslücke ist das AA der falsche Ansprechpartner, da dem AA für solche Projekte keine Mittel zur Verfügung stehen. Die Rüstungsonderhilfe ist auf NATO-Staaten beschränkt.“ Vgl. Referat 424, Bd. 162398.

8 An dieser Stelle vermerkte Staatssekretär Lautenschlager handschriftlich: „d. h. BSR-Befassung mit negativem Votum.“

9 26./27. März 1989.

geplante Gewichtsreserve für den Einbau von fünf Anti-Hubschrauber-Raketen in Israel sei aus Kostengründen aufgegeben worden. Die U-Boote seien gemäß den Wünschen des israelischen Verteidigungsministeriums völlig neu durch das Ingenieurkontor Lübeck entwickelt worden. Es sei das modernste konventionelle U-Boot entwickelt worden, das es zur Zeit gebe.

USA seien am Erwerb der konventionellen U-Boote durch Israel interessiert. US-Firma Litton/Ingalls sei Generalunternehmer für die gesamte Modernisierung der israelischen Marine. Da in den USA keine konventionellen U-Boote mehr gebaut würden, plane amerikanischer Generalunternehmer, HDW Unter- auftrag für den Bau von zwei für Israel bestimmten U-Booten zu erteilen. USA hätten Israel für den Erwerb der U-Boote 360 Mio. US-\$ im Rahmen der US-Militärhilfe zur Verfügung gestellt. Die komplette elektronische Ausrüstung der U-Boote (Feuerleitanlagen, Sonargeräte, Funkausrüstung etc.) müsse deshalb aus den USA bezogen und in der Bundesrepublik Deutschland eingebaut werden.

Die Auslieferung der U-Boote solle direkt aus der Bundesrepublik Deutschland nach Israel erfolgen. Die Finanzierung der U-Boot-Projekte sei inzwischen geklärt. Technische Ausstattung der U-Boote wurde verringert. Preis von DM 600 Mio. mit Preisgleitklausel für zwei U-Boote könne mit den zur Verfügung stehenden Mitteln finanziert werden.

3) BMVg erhebt keine Bedenken gegen die Inaussichtstellung einer Genehmigung. Es sei wenig wahrscheinlich, daß die israelischen Verteidigungsstreitkräfte ihre U-Boot-Waffe für Vergeltungszwecke oder sogar offensive präventive Schläge einsetzen.

BMWi könnte unter Hinweis auf die positive Bescheidung des BSR vom 16.3. 1987 zu acht U-Booten nach Saudi-Arabien einer positiven Bescheidung der o. a. Voranfrage zustimmen.

II. 1) Die geplante Lieferung von U-Booten nach Israel ist rechtlich als Export von Kriegswaffen nach Israel zu beurteilen.

Gemäß § 6 Abs. 3 Nr. 1 KWKG¹⁰ ist die Genehmigung zu versagen, wenn die Gefahr besteht, daß die Kriegswaffen bei einer friedensstörenden Handlung, insbesondere bei einem Angriffskrieg, verwendet werden. Ein solcher zwingender Versagungsgrund ist nicht ersichtlich. Israel befindet sich zwar im De-jure-Kriegszustand mit seinen Nachbarn (mit Ausnahme Ägyptens). Es ist aber nicht erkennbar, daß Israel mit den U-Booten einen Angriffskrieg plant.

Gemäß § 6 Abs. 2 Nr. 1 KWKG kann die Genehmigung insbesondere versagt werden, wenn Grund zu der Annahme besteht, daß ihre Erteilung dem Interesse der Bundesrepublik an der Aufrechterhaltung guter Beziehungen zu anderen Ländern zuwiderlaufen würde. Die Ausübung dieses Ermessens wurde durch die Rüstungsexportpolitischen Grundsätze der Bundesregierung¹¹ konkretisiert. Gemäß Nr. 9 dieser Grundsätze ist eine ausnahmsweise Genehmigung nur bei Vorliegen vitaler Interessen der Bundesrepublik Deutschland möglich. Ferner

¹⁰ Für den Wortlaut von § 6 des Ausführungsgesetzes vom 20. April 1961 zu Artikel 26 Absatz 2 des Grundgesetzes (Kriegswaffenkontrollgesetz) vgl. BUNDESGESETZBLATT 1961, Teil I, S. 445.

¹¹ Für den Wortlaut der „Politischen Grundsätze der Bundesregierung für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern“ vom 28. April 1982 vgl. BULLETIN 1982, S. 309–311. Vgl. dazu auch AAPD 1982, I, Dok. 126.

darf gemäß Nr. 13 dieser Grundsätze die Lieferung von Kriegswaffen nicht zu einer Erhöhung bestehender Spannungen beitragen.

Ob diese Voraussetzungen bzw. Hindernisse einer Genehmigung vorliegen, bedarf einer Abwägung.

2) Für eine Inaussichtstellung einer Genehmigung sprechen folgende Gründe:

- Wir haben Verständnis für das Sicherheitsbedürfnis Israels. Angemessene Mittel, die voraussichtlich nur zur Verteidigung bestimmt sind, sollten daher nicht verweigert werden.
- Israel könnte sich auf folgenden Präzedenzfall berufen:

BSR hat am 16.3.1987 der positiven Bescheidung der Voranfrage zur Lieferung von bis zu acht U-Booten nach Saudi-Arabien zugestimmt. Saudi-Arabien hat allerdings bisher keine Entscheidung über die Realisierung des U-Boot-Projektes getroffen. Saudi-Arabien befindet sich mit Israel im De-jure-Kriegszustand. Diese Entscheidung der Bundesregierung hat Israel bisher nicht kritisiert. Israel dürfte deshalb für eine ablehnende Entscheidung kaum Verständnis aufbringen.

– Bei U-Boot-Lieferungen wurde bisher immer – nicht zuletzt aufgrund der Werftenproblematik – ein weniger strenger Maßstab angelegt als bei sonstigen Kriegswaffenlieferungen (z.B. U-Boot-Lieferung nach Südkorea: Ja, aber Tornado: Nein). U-Boot-Lieferungen wurden bisher nur im Falle Irans (wegen iranisch-irakischen Konflikts) und Taiwans (erhält keine Rüstungsgüter) und Pakistans (wegen fehlender Endverbleibserklärung) abgelehnt.

BSR hat Inaussichtstellung von Genehmigungen für U-Boot-Lieferungen in folgende Länder außerhalb der NATO zugestimmt:

Argentinien	1970	2 U-Boote (in Teilen)
	1977	6 U-Boote (davon 4 in Teilen)
		2 U-Boote geliefert
		2 U-Boote im Bau
Brasilien	1982	2–4 U-Boote + 1 U-Boot in Teilen
		1 U-Boot geliefert
		2 U-Boote im Bau
Chile	1980	2 U-Boote
		2 U-Boote geliefert
Ecuador	1973	2 U-Boote
		2 U-Boote geliefert
Indien	1977	2 U-Boote
	1979	2–3 U-Boote
	1980	1 U-Boot in Teilen
		2 U-Boote geliefert
		2 U-Boote im Bau
Indonesien	1976	3 U-Boote
		2 U-Boote geliefert

Iran	1977	3–4 U-Boote nicht geliefert; Verlängerung Herstellungsgenehmigung 1985 von BSR abgelehnt.
Korea	1983	2 U-Boote + Option für 2 weitere U-Boote
	1988	6 U-Boote Vertragsverhandlungen
Kolumbien	1971	2 U-Boote (in Teilen) 2 U-Boote geliefert
Peru	1970	2 U-Boote (in Teilen)
	1977	4 U-Boote 6 U-Boote geliefert
Pakistan	1976	3 U-Boote nicht realisiert
	1977	1 U-Boot wegen fehlender Endverbleibsusage abgelehnt
Saudi-Arabien	1987	bis zu 8 U-Boote Bisher hat Saudi-Arabien noch nicht entschieden, ob Projekt realisiert wird.
Venezuela	1971	2 U-Boote (in Teilen) 2 U-Boote geliefert

- Israel ist bereits im Besitz von drei U-Booten, die mit erheblicher deutscher Mitwirkung gebaut wurden. Diese U-Boote wurden 1976/1977 von der britischen Werft Vickers Shipbuilding nach Fertigungsunterlagen der deutschen Firma IKL¹² gebaut. Eine Genehmigung für die Lieferung der Fertigungsunterlagen wurde nicht beantragt. Das BMVg hatte aber die Lieferung unterstützt. Diese U-Boote wurden mit Genehmigung der Bundesrepublik vor Auslieferung nach Israel im Druckdock der Bundesmarine in Kiel überprüft. Israel mußte davon ausgehen, daß die Entwicklung der U-Boote mit Kenntnis der Bundesregierung erfolgte. Seit 1983 werden laufend Ersatzteillieferungen für die Überholung und Reparatur dieser U-Boote genehmigt (bis heute ca. im Wert von 11 Mio. DM). Es dürfte für Israel unverständlich sein, wenn wir Ersatzteile für U-Boote genehmigen, aber komplette U-Boote verweigern.
 - USA befürworten das Geschäft. Andererseits dürfte eine eventuelle Ablehnung das deutsch-amerikanische Verhältnis nicht ernsthaft belasten.
- 3) Gegen eine Inaussichtstellung einer Genehmigung sprechen folgende Gründe:
- Kriegswaffenlieferungen nach Israel wurden bisher mit Ausnahme von „geheimen“ Panzerlieferungen in den 60er Jahren¹³ und geringfügigen Munitionslieferungen nicht genehmigt.

¹² Ingenieurkontor Lübeck.

¹³ Bundeskanzler Adenauer genehmigte im August 1962 eine Ausrüstungshilfe an Israel mit einem Gesamtumfang von 240 Mio. DM. Im Oktober 1964 gelangten Nachrichten über die durchgeführten und noch durchzuführenden geheimen Lieferungen, die unter dem Decknamen „Frank[reich]/Kol[onien]“ liefen und auch 150 Panzer aus amerikanischer Produktion beinhalteten, an die Öffentlichkeit. Nach

- Israel befindet sich mit seinen Nachbarn (mit Ausnahme Ägyptens) im Dejure-Kriegszustand. Auch wenn es das BMVg für wenig wahrscheinlich hält, ist nicht völlig auszuschließen, daß Israel die U-Boote zu Präventivschlägen gegen Schiffe im Mittelmeerraum einsetzt. Israel ist durch militärische Aktionen zu Lande und zu Wasser im Libanon verwickelt. Aus israelischer Sicht sollen die U-Boote jedoch zur Verhinderung einer möglichen Seeblockade israelischer Häfen eingesetzt werden. Die Inaussichtstellung einer Genehmigung für die Lieferung von U-Booten könnte uns bei jetzigem Stand des Friedensprozesses im Nahostkonflikt als einseitige Unterstützung Israels vorgeworfen werden und daher auf erhebliche Kritik bei den arabischen Staaten stoßen.
- Es ist mit erheblich größerer innenpolitischer Kritik im Falle einer Genehmigung der U-Boot-Lieferung zu rechnen als im Falle einer Ablehnung. Die Opposition (MdB Gansel) hat bereits jetzt zu erkennen gegeben, daß sie eine solche Genehmigung nicht für vertretbar hält.
- Der Berufung auf die genehmigten U-Boot-Lieferungen nach Saudi-Arabien kann nach Ansicht der Abteilung 3 entgegengehalten werden:

Im Unterschied zu Israel war Saudi-Arabien bisher nicht aktiv in die militärischen Konflikte im Nahen Osten verwickelt. Selbst wenn Saudi-Arabien von uns U-Boote erwerben sollte, kann nicht ohne weiteres angenommen werden, daß diese gegen Israel eingesetzt werden.

- 4) Die Abwägung ist schwierig, weil die Spannungslage im Nahen Osten und die Einsatzmöglichkeiten der modernen U-Boote durch Israel in einem Nahostkonflikt gegen die Inaussichtstellung einer Genehmigung sprechen. Andererseits ist eine Ablehnung mit der bisherigen Praxis nicht zu vereinbaren. Sie wäre daher – ganz besonders wegen der positiven Entscheidung im Falle Saudi-Arabien – den Israelis kaum verständlich zu machen. Eine Belastung der deutsch-israelischen Beziehungen wäre die unvermeidliche Folge.

Am 17.2. fand eine Hausbesprechung unter Teilnahme beider Staatssekretäre¹⁴ statt, in der diese Problematik ausführlich erörtert wurde. Sie kam zu dem Ergebnis, daß die Gründe für ein negatives Votum überwiegen. Gegenüber Israel muß diese Entscheidung mit einer grundsätzlichen Verschärfung der deutschen Rüstungsexportpraxis aufgrund der jüngsten innenpolitischen Diskussionen begründet werden.¹⁵ Diese neue¹⁶ Linie muß im Interesse unserer Glaubwürdigkeit dann allerdings auch gegenüber Wünschen aus dem arabischen Lager durchgehalten werden¹⁷. Insoweit kommt der hier zu treffenden Entscheidung durchaus prinzipielle Bedeutung zu.

Fortsetzung Fußnote von Seite 569

Bekanntwerden der Waffenlieferungen an Israel bekräftigte die Bundesregierung am 26. Januar 1965 ihren Willen, künftig keine Waffen mehr in Spannungsgebiete zu liefern. Vgl. dazu AAPD 1964, II, Dok. 289 und Dok. 396, sowie AAPD 1965, I, Dok. 2, Dok. 39 und Dok. 40.

¹⁴ Hans Werner Lautenschlager und Jürgen Sudhoff.

¹⁵ Dieser Satz wurde von Staatssekretär Lautenschlager handschriftlich wie folgt geändert: „Gegenüber Israel muß diese Entscheidung mit der Notwendigkeit strikter(er) Anwendung unserer Exportrichtlinien aufgrund der jüngsten (innenpolitischen) Diskussionen im Hinblick auf unsere Genehmigungspraxis bei sensitiven Exporten begründet werden.“

¹⁶ Dieses Wort wurde von Staatssekretär Lautenschlager gestrichen.

¹⁷ An dieser Stelle wurde von Staatssekretär Lautenschlager handschriftlich eingefügt: „(insbesondere) im Hinblick auf etwaige Wünsche Saudi-Arabien“.

III. Es wird vorgeschlagen, daß Sie der Fertigung einer BSR-Vorlage des AA mit negativem Votum zustimmen. Diese BSR-Vorlage würde Ihnen dann nach Abstimmung mit den Ressorts zur Zeichnung und Übermittlung an ChBK¹⁸ vorgelegt werden.¹⁹

D3²⁰ und D2²¹ haben mitgezeichnet.

Jelonek

Referat 424, Bd. 162398

127

Botschafter Ellerkmann, Bagdad, an das Auswärtige Amt

VS-NfD

9. Mai 1989¹

Schriftbericht Nr. 305

Betr.: Deutsche Exportpolitik gegenüber Irak

2 Doppel

1) Die Botschaft erhielt Kopie der BBC-Fernsehproduktion „The Condor Conspiracy“, eine Panorama-Reportage über angebliche deutsche Firmen-Hilfe bei der Raketentechnik an Argentinien, Ägypten und den Irak, verfaßt von der englischen Journalistin Jane Corbin.

Die gründlich recherchierte und geschickt verfaßte Reportage geht von der „Consen-Gruppe“ mit Sitz in Zug in der Schweiz als geschäftliches und geistiges Zentrum aus und kommt u.a. zu dem Schluß, daß die deutschen Firmen MBB und Gildemeister durch das Projekt „Saad 16“² bei Mossul den Irak in die Lage versetzt haben, Raketen mit chemischen Sprengköpfen von 500 kg Tragfähigkeit und 1000 km Reichweite zu produzieren und damit Israel zu bedrohen. Beide Firmen hätten bereits Irak im Krieg gegen den Iran mit der Lieferung von Raketentechnologie unterstützt. Die Reportage erhält besonderes Gewicht durch Interviews mit dem amerikanischen Vizepräsidenten Quayle, dem britischen Vize-Außenminister Waldegrave, dem israelischen Deputy Chief of Staff Barak und PStS Riedl vom BMWi.

2) Die Botschaft möchte aus hiesiger Sicht zu den in letzter Zeit in zunehmendem Maße zu beobachtenden, überwiegend aus den USA, GB und Israel stammenden Vorwürfen, deutsche Firmen stärkten den Irak militärisch, Stellung nehmen.

¹⁸ Rudolf Seiters.

¹⁹ Ministerialdirektor Jelonek legte am 15. November 1989 den Entwurf einer Vorlage an den Bundes sicherheitsrat vor, die ein offenes Votum bezüglich der Lieferung von U-Booten an Israel enthielt. Vgl. dazu Referat 424, Bd. 162398.

²⁰ Reinhard Schlagintweit.

²¹ Dieter Kastrup.

¹ Hat Vortragendem Legationsrat Vorwerk am 17. Mai 1989 vorgelegen, der die Weiterleitung an Referat 424 „m[it] d[er] B[itte] u[m] Übernahme z[u] Ziff. 14“ verfügte.

² Zur irakischen Anlage „Saad 16“ vgl. Dok. 82.

- 3) Zunächst ist festzustellen, daß während des achtjährigen irakisch-iranischen Krieges der Irak aus deutschen Quellen keine einzige Waffe erhalten hat. Hauptwaffenlieferanten waren die fünf Ständigen Mitglieder des SR, ohne deren Raketen, Panzer, Geschütze und Flugzeuge der Golfkrieg nicht stattfinden könnten.
- 4) Die während des Golfkrieges an den Irak gelieferten Raketen, die im Städtekrieg Verwendung fanden, sind sowjetischen Ursprungs. Es handelt sich um außer Dienst gestellte Kurzstreckenraketen, die wahrscheinlich mit französischer Hilfe, allerdings wohl mit Unterstützung von aus Deutschland stammenden Experten, auf größere Entfernungen umgerüstet wurden. Auch der von den Israelis 1981³ durch einen Luftangriff zerstörte Atomreaktor Tammuz⁴ ist französischen Ursprungs. Deutsche Firmen sind bisher weder bei der Raketenherstellung noch im Bereich der Atomindustrie tätig gewesen.
- 5) Auf der vom 28.4. bis 2.5.1989 in Bagdad veranstalteten Rüstungsmesse kam deutlich zutage, wer die Hauptinteressenten an der weiteren Lieferung von Kriegsgeräten auch hochmoderner Art an den Irak sind, nämlich F, GB, SU, Ägypten, Jugoslawien, auch USA. Die Bundesrepublik war so gut wie nicht vertreten.
- 6) Ob „Saad 16“ tatsächlich der Raketenforschung dient, wird von unserer Staatsanwaltschaft im Augenblick ermittelt. Nach den mir am 26.4. in Bonn zugänglich gemachten Erkenntnissen muß die mir vom hiesigen MBB-Delegierten gegebene Darstellung von einem waffentechnisch eher allgemeinen Research and Development Centre zweifelhaft erscheinen. Andererseits liegen aber bisher wohl keine Erkenntnisse dafür vor, daß in Mossul Raketen mit chemischen Sprengköpfen hergestellt werden können.
- Wenn in diesem Zusammenhang die schrecklichen Bilder von dem verwerflichen Gasangriff der irakischen Armee auf kurdische Frauen und Kinder in Halabdscha⁵ gezeigt werden, ist dies geradezu maliziös, da diese Angriffe im März 1988 mit Kampfhubschraubern entweder sowjetischen oder französischen Ursprungs geflogen wurden, als „Saad 16“ noch nicht betriebsfähig war.
- 7) Dem israelischen Sicherheitsbedürfnis ist andererseits auch durch uns Rechnung zu tragen. Denn durch die Beendigung des irakisch-iranischen Konfliktes sind zwei potentielle Gegner Israels zu einer zusätzlichen Bedrohung geworden, Irak durch seine Militärmacht, Iran durch seinen internationalen Terrorismus. Insofern erscheint es legitim, das Projekt „Saad 16“ mit dem allergrößten Mißtrauen zu betrachten, auch wenn man selbst über ein Arsenal von Raketen mit Atomsprengköpfen verfügt.
- 8) Bei aller verständlichen Sorge um militärisch nutzbaren deutschen Technologietransfer kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, daß die USA und GB diese mit der Gelegenheit koppeln, den deutschen Export zu diskreditieren, wobei sie sich der Erkenntnisse oder angeblicher Erkenntnisse ihrer Geheimdienste bedienen.

³ Korrigiert aus: „1982“.

⁴ Zum israelischen Angriff auf die irakische Nuklearanlage „Osirak“ (Tammuz-1 und Tammuz-2) am 7. Juni 1981 vgl. AAPD 1981, II, Dok. 173 und Dok. 179.

⁵ Im März 1988 kam es in der Nähe der Stadt Halabdscha im Norden Iraks zum Einsatz chemischer Waffen. Vgl. dazu AAPD 1988, I, Dok. 99.

9) So hart und unerbittlich wir gegen direkte oder indirekte Verstöße gegen unsere Außenwirtschaftsgesetze vorgehen sollten, um den weiteren Export von Technologie oder Produkten zur Herstellung von Waffen insbesondere der Massenvernichtung zu verhindern, sollten wir in gleicher Weise unsere „saubere“ Exportwirtschaft vor unlauteren Angriffen schützen. Es gibt so gut wie keine Industrieanlage, deren Produkte nicht als Dual-use-Güter deklariert werden könnten.

10) Sicherlich ist es nicht einfach für die USA, GB und F zuzusehen, wie die Bundesrepublik dabei ist, in den Handelsbeziehungen zu Irak wieder auf einen der ersten Plätze vorzurücken. Wir sollten uns jedoch dagegen wehren, wenn mit unlauteren Mitteln unsere Exportindustrie behindert wird.

11) Möglicherweise wird die Daimler-Benz AG das nächste Opfer sein. Der Zehn-Jahres-Vertrag zur Produktion von LKWs, Bussen und anderen Nutzfahrzeugen könnte mit dem Verdacht belegt werden, daß hierdurch die Transportkapazität der Armee verbessert wird, wobei sicherlich verschwiegen werden dürfte, daß gleichzeitig ein ebenso umfassender Vertrag mit General Motors zur Herstellung von PKWs und Geländefahrzeugen abgeschlossen wurde. Möglicherweise wird das Engagement von Daimler-Benz und MBB im Irak Eingang finden in die Gespräche um die Fusion beider Unternehmen.⁶

12) Der Irak wird bis Ende 1989 Aufträge für etwa weitere acht Großprojekte aus der im vergangenen Jahr angelaufenen Industrialisierungsphase vergeben. Zahlreiche deutsche Firmen, auch mittlerer Größe, haben ein erhebliches Interesse und auch gute Chancen, berücksichtigt zu werden.

Die Hauptkonkurrenten stammen aus GB, F und USA. Es sollte nicht verwundern, wenn, solange die Entscheidungen über den Zuschlag für diese Großprojekte ausstehen, die Versuche einer Mißkreditierung der deutschen Exportwirtschaft in den Irak andauerten.

13) Vielleicht wäre es von Interesse zu prüfen und zusammenzustellen, wer die Hauptwaffenlieferanten in andere Krisengebiete wie Libanon, Tschad, Sudan, Uganda, Sri Lanka usw. sind. Es wird vermutet, daß es dieselben sind, die auch den Golfkrieg militärisch ermöglicht haben.

14) Die Botschaft bittet um Übersendung der in der Panorama-Sendung der BBC mehrfach zitierten Vereinbarung zwischen USA, GB, F und D über eine Nichtverbreitung von Raketentechnologie aus dem Jahre 1985.

Ellerkmann

Referat 311, Bd. 154125

⁶ Seit Herbst 1988 liefen Verhandlungen über eine Übernahme von MBB und damit auch der Deutschen Airbus GmbH durch Daimler-Benz. Vgl. dazu Dok. 228.

128

Botschafter Meyer-Landrut, Moskau, an das Auswärtige Amt

Fernschreiben Nr. 1759

Aufgabe: 9. Mai 1989, 20.14 Uhr¹

Ankunft: 9. Mai 1989, 19.10 Uhr

Betr.: Nationalitätenpolitik in der SU²

Zur Unterrichtung

I. Zusammenfassung

Die Nationalitätenproblematik hat sich nach Jahrzehnten der konsequenten Verdrängung in den Vordergrund der innenpolitischen Probleme der SU geschoben. Sie hat insbesondere im Verlauf des letzten Jahres große Brisanz und Dynamik entfaltet. Die Notwendigkeit, die Beziehungen zwischen den Nationalitäten und den einzelnen Republiken neu zu ordnen, wird von der Zentrale zugegeben. Dennoch bleibt alles, was bisher in Moskau zu diesem Thema gesagt worden ist, im Rahmen des historisch Gewordenen. Vor einer radikalen Neuordnung schrekt man hier noch zurück. Dabei wird immer fraglicher, ob eine Lösung, die in diesem Rahmen bleibt, heute noch die zentrifugalen Kräfte an der Peripherie auf Dauer einbinden kann.

Dabei stellt sich die Nationalitätenproblematik in einzelnen Regionen der SU mit durchaus unterschiedlichem Profil dar:

- Im Baltikum verbinden sich moderate Methoden mit in der Substanz radikalen Forderungen. Hier wirkt die noch lebendige Erinnerung an die erst 1940 verlorene Eigenstaatlichkeit nach. Im Baltikum herrscht – mit Ausnahme Lettlands, wo sich zunehmend eine Zerreißprobe zwischen lettischer autochthöner Bevölkerung und den inzwischen etwa 50 Prozent der Bevölkerung ausmachenden Zugereisten bei weitgehend passiver Parteiführung anbahnt – Einstimmigkeit über die Ziele nationaler Selbständigkeit. Die estnische und litauische Parteiführung ist eng mit der Bevölkerung verbunden und weiß bisher den Konflikt mit Moskau in einer Weise zu steuern, die mit wohldosierten und zeitlich gut kalkulierten einseitigen Schritten den eigenen Manövrierraum behutsam erweitert und das Gesetz des Handelns bei sich hält.
- Umgekehrt verbinden sich im Kaukasus gewalttätige Methoden mit in der Substanz zwar kaum ernsthaft für den Bestand der SU gefährlichen Forderungen. In Armenien und in Georgien steht die Parteiführung weitgehend isoliert einer sich zunehmend in anderen Kanälen politisierenden Bevölkerung gegenüber. Anders als im Baltikum wäre eine Sezession sowohl für Georgien wie vor allem für Armenien keine echte Option. Jedoch könnte die starke emotional-irrationale Komponente vor allem in Georgien zu weiteren schweren Zusammenstößen³ führen.

¹ Das von Botschaftsrat Adam, Moskau, konzipierte Fernschreiben wurde in drei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 8 und 14.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Neubert am 10. Mai 1989 vorgelegen.

² Zur Entwicklung der Nationalitätenfrage in der UdSSR vgl. AAPD 1988, II, Dok. 337.

³ Zu den Unruhen in Georgien vgl. Dok. 93, Anm. 18.

- Moldawien, Ukraine und Weißrußland bilden eine „weiche Flanke“, auf der die SU äußersten Einflüssen besonders stark ausgesetzt ist. In Moldawien muß mit einem baldigen Wechsel in der gesamten Parteispitze gerechnet werden. Solange Ceaușescu und sein Vermächtnis in Rumänien die Lebensbedingungen bestimmen, dürften irredentistische Aspirationen in Moldawien bei aller Entschlossenheit, die eigene kulturelle Identität zu behaupten, vorerst keine echte Chance haben.⁴ Bedrohlicher könnte die Lage in Ukraine und Weißrußland werden. Sollte in Polen eine Liberalisierung gelingen, würden entsprechende Funken über kurz oder lang auch in den Zunder fliegen, der sich in den angrenzenden sowjetischen Republiken angehäuft hat. Spätestens nach dem Abtritt Schtscherbikjjs ist in der Ukraine mit der Gründung einer Volksfront zu rechnen, die es an Radikalität leicht mit ihren Schwesterorganisationen im Baltikum aufnehmen dürfte.⁵
- Trügerische Ruhe herrscht einstweilen in Zentralasien. Dort stehen mittelfristig die Zeichen auf Sturm. Objektive Faktoren (rasantes Bevölkerungswachstum, ökologische Katastrophen) verbinden sich mit einem wachsenden Selbstbewußtsein für nationale und religiöse Traditionen. Die verkrusteten Parteistrukturen dort lassen nicht hoffen, daß den sich heute schon abzeichnenden Problemen rechtzeitig und wirksam entgegengearbeitet wird. Ohne eine tiefgreifende Erneuerung der Parteikader in diesen Republiken ist nicht auf eine Umkehr der heutigen potentiell explosiven Tendenzen zu hoffen.

Angesichts dieser Dimensionen erscheinen die bisher bekannt gewordenen Themen für das Nationalitätenplenum voraussichtlich im Juli dieses Jahres⁶ inadäquat. Zwar befaßte sich die Ideologiekommission des ZK am 5.5.89 mit der Nationalitätenproblematik, konnte aber auch kaum substantielle Empfehlungen erarbeiten. Im wesentlichen wurde überhaupt erst einmal die richtige Frage gestellt: „Wie verhält sich die allgemeine Tendenz zur Internationalisierung und zur Annäherung der Völker aneinander zu dem Wachstum nationalen Selbstbewußtseins und zu den Forderungen nach nationaler Entwicklung?“ Die Kommission hob die Notwendigkeit hervor, die Souveränität der Republiken zu stärken, gleichzeitig jedoch auch Verständnis für den föderativen Aufbau der SU, seine Vorteile und Potentiale zu wecken. Ferner wurde gefordert, daß die Nationalitäten ohne eigenes Territorium, wie insbesondere die kleinen Nationalitäten im Norden der SU, ausreichende Mittel erhalten müssen, um ihr nationales Kulturerbe ungeschmälert zu bewahren. Aus heutiger Perspektive erscheint es wahrscheinlich, daß

- die Auseinandersetzungen um nationale Selbständigkeit in den Randrepubliken in den kommenden Monaten wieder an Schärfe gewinnen,
- das Nationalitätenplenum des ZK eher verbal-deklamatorische, diffuse und wenig operative Leitlinien verabschieden wird, die für die anstehenden praktischen politischen Entscheidungen wenig hergeben,
- damit die Initiative, einseitig Fakten zu schaffen, bei den Republiken bleibt, die diese mit unterschiedlichem Erfolg nutzen können: Am entschlos-

⁴ Dieser Satz wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Neubert durch Häkchen hervorgehoben.

⁵ Dieser Satz wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Neubert hervorgehoben. Dazu Häkchen.

⁶ Das Plenum des ZK der KPdSU fand erst am 19./20. September 1989 statt. Vgl. dazu Dok. 263, Anm. 41.

sensten und konkretesten gehen zur Zeit Estland und Litauen voran, Lettland zögert. In Ukraine und Weißrußland wächst der Druck in die gleiche Richtung. In den übrigen Randrepubliken werden die Prozesse vermutlich eher amorph verlaufen und sich eher in starken Worten und großen Gesten als in konkreten konstitutionellen Forderungen manifestieren. Schwierig könnte es sein, die starken Emotionen im Kaukasus zu stabilisieren. Andererseits entspringen diese Emotionen nicht nur einer Abneigung gegen Moskau, sondern stärker noch tiefssitzenden Haßgefühlen der transkaukasischen Völker untereinander (Abchasen–Georgier, Armenier–Aseris). Die Zähmung und Kanalisierung des Unzufriedenheitspotentials in Zentralasien dürfte mittelfristig das größte Problem darstellen.

Hinsichtlich der Entwicklung der Nationalitätenfrage bei der deutschen Minderheit wird auf die laufende Berichterstattung hingewiesen.

II. Im einzelnen

1) Immer mehr schiebt sich das Nationalitätenproblem in der SU in den Vordergrund der innenpolitischen Fragen, die einer raschen und umfassenden Lösung bedürfen. Noch vor gut zwei Jahren nahezu vollständig verdrängt, hat das Nationalitätenproblem vor allem seit Anfang 1988 eine erstaunliche Brisanz entfaltet. Wie ein Lauffeuer sind in allen Landesteilen der SU seither Unruhen aufgeflakt, die in ihrer Intensität und ihrer Stoßrichtung eine ernsthafte Gefahr für den staatlichen Bestand der SU in seiner heutigen Form darstellen könnten. Es steht im Prinzip zur Disposition die von Stalin 1924 bis 1936 weitgehend gewaltsam und ohne Konsultation mit den Betroffenen geschaffene interne territoriale Ordnung der Union, die dann 1940 und 1941 durch Einverleibung der westlichen Gebiete endgültig besiegt worden ist. Nach Jahrzehnten, in denen der „internationalistische Zusammenhalt“, die „brüderliche Verbundenheit“ der Nationen innerhalb der Union beschworen wurden, in denen das „Sowjetvolk“ in der Propaganda immer mehr die historisch gewachsenen Nationalitäten verdrängte – wohinter sich letztlich ein schleichender, unter Breschnew ziemlich unverhüllt zutage tretender Russifizierungs- und Uniformierungsprozeß verbarg –, brechen plötzlich alte nationale Identitäten wieder mit einer Leidenschaftlichkeit hervor, die potentiell eine gefährliche Sprengwirkung entfalten könnte.

Dabei heben sich vier größere Regionen voneinander ab, in denen die Probleme unterschiedlich liegen und in denen dementsprechend auch die Methoden der Konfrontation und die Lösungsansätze andersartig sind.

2) In der Substanz am schwierigsten, bisher jedoch in den Methoden der Konfliktaustragung und -beherrschung am einfachsten sind die nationalen Selbständigkeitstreiberungen im Baltikum. Hier verbindet sich eine im Grundsatz weitgehend nationalistisch gesonnene Parteiführung mit den Massenbewegungen der Volksfronten. Zu den Gruppen, die sich selbst als „Unabhängige Parteien“ bezeichnen, bestehen eher Unterschiede im taktischen Vorgehen als in der Definition des Endziels. Dabei darf man sich vom dort herrschenden Sprachgebrauch nicht irreführen lassen: Wenn die Forderung nach Souveränität immer wieder auftaucht, so wird dieser Begriff keineswegs immer in unserem Sinne gebraucht. Mit der Forderung nach Souveränität lässt sich für viele Balten durchaus eine weitgehende Delegierung von Außenpolitik und Verteidigungsaufgaben an Moskau verbinden.

Auf der Tagesordnung stehen die Wiederherstellung der eigenen Staatlichkeit und die Sicherung der nationalkulturellen Identität. Weiteres Hauptziel der baltischen Bewegungen ist die weitgehende Auskoppelung aus der ersticken Bevormundung durch die Moskauer Zentrale in Wirtschaftsfragen.

Hierbei liegen Estland und Litauen in der Radikalität und der intellektuellen Qualität ihrer Forderungen inzwischen weit vor Lettland, wo sich die starke russische Bevölkerung weitgehend gegen die dortige Volksfront organisieren konnte und eine unentschiedene und ängstliche Parteiführung primär bemüht ist, offene Konfrontation zu vermeiden. Die Stichwahlen in Lettland haben deswegen für die Volksfront nicht mehr die eindeutige Überlegenheit bestätigt, die sie im ersten Wahlgang am 26.3.89⁷ zunächst erringen konnte.

⁸Die Strategie der Volksfronten in Litauen und Estland besteht darin, die Initiative gegenüber Moskau zu behalten und mit einer Politik der wiederholten, kleinen und sorgsam kalkulierten Grenzüberschreitungen den eigenen Aktionsrahmen behutsam, aber ständig auszuweiten. Die Verabschiedung des Gesetzes über die eigene Gesetzeshoheit im Obersten Sowjet Estlands im November vergangenen Jahres muß als bewußt kalkulierte Konfrontation mit Moskau gesehen werden. Für die kommenden Monate bis zu dem für Juli erwarteten Nationalitätenplenum ist mit weiteren Schritten zu rechnen, die vor diesem Datum möglichst viele Faits accomplis zu schaffen suchen: Verabschiedung eines Gesetzes über Sprache, Staatsangehörigkeit, Staatssymbole und regionale wirtschaftliche Rechnungsführung. Unbeeindruckt von dem Zögern Moskaus und den relativ nebulösen „Prinzipien über eine Regionalisierung der Wirtschaft“, die im März veröffentlicht wurden, beharren Estland und Litauen darauf, zum 1.1.90 zu einem weitreichenden System wirtschaftlicher Autonomie überzugehen. Hierbei scheinen wiederum die Forderungen bewußt hoch angesetzt zu werden, um notfalls Verhandlungsspielraum zu haben.

Dabei deutet manches auf eine Radikalisierung der Stimmung in den baltischen Republiken hin. War es bisher gelungen, die stürmische Entwicklung nationalen Selbstbewußtseins trotz aller radikalen Schärfe der Forderungen in einer Atmosphäre lockerer, oftmals nahezu volksfesthafter Massendemonstrationen zu halten und echte Konfliktsituationen zu vermeiden, so kann man in letzter Zeit ungeduldigere, mehr auf Konfrontation hinsteuernde Töne vor allem aus Litauen und Estland vernehmen. Die besorgten Äußerungen der verantwortlichen Parteiführer, daß ein „schwerer Sommer bevorstehe“ (so I. Toome und A. Rüütel), häufen sich. Zwar ist beispielsweise die befürchtete massenhafte Verweigerung des Wehrdienstes in Estland bislang ausgeblieben, aber der Gedanke daran ist keineswegs tot. Die kürzlich veröffentlichte Verständigung zwischen estnischer Regierung und sowjetischem Verteidigungsministerium, wonach zumindest ein bestimmter Anteil junger Esten ihren Militärdienst innerhalb der eigenen Republik ableisten kann, hat hier offensichtlich gerade noch rechtzeitig die Lage entschärft. In Litauen mehren sich die Stimmen, die offen den Abzug der „sowjetischen Besatzungstruppen“ fordern.

⁷ Am 26. März 1989 wurden in der UdSSR Wahlen zum Kongreß der Volksdeputierten abgehalten. Vgl. dazu Dok. 78.

⁸ Beginn des mit Drahtbericht Nr. 1760 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

Allen drei Republiken ist gemeinsam die lebendige Erinnerung an eine funktionierende Marktwirtschaft und ein funktionierendes parlamentarisches System. Vermutlich ist es die auf die Zeiten vor 1940 zurückgehende Tradition im Umgang mit Meinungspluralismus, die es bisher den baltischen Staaten ermöglicht hat, trotz erheblicher interner Spannungen den Konsens zu wahren und gegenüber Moskau eine geschickte Strategie der dosierten Provokationen zu verfolgen.

Aus Moskauer Sicht wird eine befriedigende Antwort auf die baltischen Forderungen um so schwieriger zu finden sein, als hier die neuen Prinzipien der Perestroika erfolgreich gegen die Moskauer Parteizentrale angewandt werden: Die Drohung mit einem Appell an das Volk ist die stärkste Waffe in der Hand der baltischen Parteiführung. Die Tatsache, daß die Entwicklungen im Baltikum weiterhin ohne großes Aufsehen laufen, darf nicht zu der falschen Annahme verleiten, als hätten sie ihre potentielle Sprengkraft und die Radikalität ihrer Substanz verloren. Hier besteht – wenn überhaupt – die ernsteste Gefahr für den heutigen Bestand der Union.

3) Umgekehrt liegen die Dinge in der kaukasischen Region. Hier wird der Kampf um die nationale Selbständigkeit mit gewalttätiger Erbitterung geführt. Die realpolitische Chance echter secessionistischer Bestrebungen dürfte jedoch minimal sein: Armenien verdankt ohnehin den Rest seines eigenstaatlichen Territoriums der engen Einbindung in die SU und ist die einzige Randrepublik, die sich freiwillig der Union angeschlossen hat. Und Georgien dürfte als christlicher eigenständiger Staat auch nur äußerst geringe Chancen einer echten politischen und wirtschaftlichen Selbständigkeit zwischen der islamischen Türkei und der wirtschaftlich dominierenden SU haben. Hier ist der Konflikt bedrohlich durch die Mittel, mit denen er ausgetragen wird, weniger durch die Substanz. Dabei fällt auf, daß die nationalen Bestrebungen in Armenien von dem seit Januar dieses Jahres inhaftierten Karabach-Komitee zusammengefaßt und gesteuert sind. Seine Autorität ist nach wie vor unbestritten. Dagegen sind die nationalen Kräfte in Georgien aufgesplittet auf eine Reihe kleinerer Gruppen, die aus Rivalitätsdenken stärker zur Radikalität neigen. In beiden kaukasischen Republiken ist die Parteiführung relativ schwach. Sie läuft weitgehend den Ereignissen hinterher und hat in der Bevölkerung wenig Rückhalt. Auch dies ein Kennzeichen, durch das die Lage im Kaukasus sich grundlegend von der im Baltikum unterscheidet.

Voraussagen sind in der weitgehend von Emotionalität bestimmten politischen Situation im Kaukasus besonders schwer. Am wahrscheinlichsten erscheint eine Entwicklung, die bei einem Andauern eines gewissen Spannungszustandes keine substantielle Verschlechterung der Lage aus Moskauer Sicht bringt. Ein Überborden der aufgestauten, stark auch religiös gefärbten Leidenschaften kann freilich jederzeit wieder zu einer kritischen Sicherheitslage führen.

4) Die dritte Region nationaler Unruhe bilden Weißrussland, Ukraine und Moldawien. In Moldawien und der Westukraine sowie den weißrussischen Westgebieten spielen die nationalen Affinitäten über die Grenzen der SU hinaus eine immer größere Rolle. In dem Maße, wie vor allem in Polen eine wirtschaftliche und politische Liberalisierung gelingt, wird eine solche Entwicklung sofort auch auf die Stimmung in den ukrainischen und weißrussischen Westgebieten durchschlagen. Hier ist eine potentiell offene und verletzliche Flanke.

In Moldawien erscheint eine baldige Ablösung der Parteiführung immer wahrscheinlicher. Die Rufe nach Rückkehr zum lateinischen Alphabet und zur bewußteren Pflege der rumänisch geprägten Kultur werden immer nachdrücklicher. Damit verbinden sich zunehmend Forderungen nach mehr wirtschaftlicher Eigenständigkeit. Dennoch scheinen auch hier irredentistische Anschlußforderungen an Rumänien zumindest so lange unrealistisch, wie Ceaușescu und sein Vermächtnis das Land der Muttersprache selbst für Einwohner Moldawiens relativ unattraktiv machen müßten.

Potentiell sehr gefährlicher scheint die Lage in Minsk und Kiew. Zwar hat Schtscherbzikij es bisher verstanden, Ansätze zu einer ukrainischen Volksfront drakonisch zu unterbinden, es scheint aber nur noch eine Frage der Zeit, bis auch in der Ukraine eine solche Organisation entsteht – spätestens nach dem schon so oft erwarteten endgültigen Abgang Schtscherbzikjjs. In Weißrußland existiert bereits eine Volksfront, auch wenn sie bisher dank systematischer Schikanen der Behörden und einiger interner Abstimmungsschwierigkeiten noch keine nennenswerte Wirkung entfalten konnte. Die gewaltsame Auflösung einer Demonstration in Minsk für die nationalen Märtyrer am 30.10.88 gärt jedenfalls nach, und mit Wassil Bykau⁹ und Ales Adamowitsch verfügt die Volksfront in Weißrußland über zwei energische und wortgewaltige Fürsprecher.

Einzelne Zugeständnisse im Gebrauch der einheimischen Sprache dürften die angestauten nationalen Aspirationen in diesen beiden slawischen Randrepubliken kaum befriedigen. Zu den baltischen Volksfronten bestehen bereits vielfache einzelne Kontakte. Es ist nicht ausgeschlossen, daß, wenn erst einmal eine nationale Bewegung in der Ukraine entsteht, diese sich auf starke fortlebende Traditionen wird stützen können und dementsprechend radikal auftreten wird. Um den Schriftsteller Dratsch scheint der Kern einer solchen Bewegung möglicherweise schon zu entstehen. Gerade der Ukraine gegenüber dürfte jedoch der Bewegungsspielraum Moskaus am schmalsten sein.¹⁰

5) Bisher am ruhigsten, aber langfristig am beunruhigendsten ist die Lage in den zentralasiatischen, islamischen Republiken, zu denen in diesem Zusammenhang auch Aserbaidschan zu zählen ist. Hier verbindet sich nicht nur eine langsame Islamisierung und Politisierung mit einem erwachenden Gefühl, lange Jahre nur Kolonie Rußlands gewesen zu sein. Die mittelfristigen demographischen und ökologischen Entwicklungen deuten hier auf äußere objektive Probleme gewaltiger Ausmaße hin, die diese Bewußtseinsprozesse nur noch verschärfen können. Die jüngst veröffentlichten Zahlen der letzten Volkszählung weisen für Turkmenistan, Usbekistan und Kirgisien eine Bevölkerungszunahme von jährlich über drei Prozent aus. Hinzukommt die rapide ökologische Verschlechterung der hydrologischen Bedingungen: Die Austrocknung des Aralsees hat bereits größere Bevölkerungssteile zu unfreiwilligen Umsiedlungen gezwungen. Die Entwicklungen am Balchasch- und Issyk-Kul-See sind nicht weniger katastrophal. Der Karakum-Kanal läßt 40 Prozent des Wassers versickern oder verdunsten. Falsche Bewässerungsmethoden und langjährige Überdüngung der Felder Usbekistans drohen die Böden in einem großen Teil des Baumwollanbaugebietes versalzen und veröden zu lassen. Schon jetzt mehren sich die Klagen darüber,

⁹ Korrigiert aus: „Wasil Below“.

¹⁰ Dieser Satz wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Neubert durch Häkchen hervorgehoben.

daß die Hektarerträge rapide sinken und zu wenig Land mehr für die Nahrungsmittelerzeugung zur Verfügung steht.

Hinzu kommt eine bewußte Rückwendung zum Islam. Am 3.2.89 kam es in Taschkent zu einer größeren islamischen Demonstration, in deren Gefolge der Mufti Schamsuddin-Khan Babachanow¹¹ als Oberhaupt der sowjetischen Muslime abgelöst wurde. Sein Nachfolger wurde der 36jährige Direktor des Islamischen Instituts in Taschkent, Mohammad Sadik Mohammad Jusuf¹². Eine seiner ersten Handlungen bestand darin, eine alte Koranhandschrift in einer großen zeremoniellen Feier aus einem Museum, wo sie bis dahin gelagert hatte, zurück in eine der großen Moscheen zu tragen. In Aserbaidschan sind im Zusammenhang mit den Unruhen um Nagorny Karabach¹³ grüne Fahnen und Khomeini-Porträts aufgetaucht. In Aserbaidschan entsinnt man sich verstärkt der Tatsache, daß man – ähnlich wie die Armenier – in einem geteilten Land lebt. Die andere Hälfte Aserbaidschans liegt im Iran.

¹⁴Auch in Kasachstan wächst das Selbstbewußtsein der Kasachen. In den Reaktionen von Kasachen auf die Forderungen der bei ihnen unter Stalin angesiedelten Deutschen und Koreaner wird immer häufiger darauf verwiesen, daß die alte kasachische Lebensweise in den letzten fünf Jahrzehnten vollkommen zerstört worden sei und man sich im Grunde immer weniger mit der von Moskau auferzwungenen Industrialisierungspolitik abzufinden bereit sei, die so einseitig auf Rohstoffausbeute zugunsten des in der RSFSR gelegenen Industriegebietes im Südural ausgelegt sei.¹⁵

Sollten sich Rückbesinnung auf islamische Traditionen, Annäherung an die übrige islamische Welt, demographischer Druck und ökologische Krise weiter verstärken, so könnte sich daraus eine Mischung ergeben, die an Explosivität alles, was die SU bisher an nationalen Eigenständigkeitsbestrebungen erlebt hat, weit in den Schatten stellt. Bisher muß offenbleiben, wie weit man in Moskau die mittelfristige Gefährlichkeit dieser¹⁶ Entwicklungen voll begriffen hat. Hier hat man in der Tat mit anderen, drängenderen Problemen alle Hände voll zu tun. Um in Zentralasien rechtzeitig gegenzusteuern, bedürfte es nicht nur einer überzeugenden Konzeption für die wirtschaftliche Entwicklung dieser Region, bei der einige der schlimmsten Fehler der letzten Jahrzehnte schleunigst rückgängig gemacht werden müßten, sondern vor allem einer gründlichen Erneuerung der Parteiapparate. Gerade hier scheint wenig voranzugehen: Nischa-

¹¹ Korrigiert aus: „Schamsutdinkhan Barakanow“.

¹² Korrigiert aus: „Mohammad Sadik Mamajusupow“.

¹³ Im autonomen Gebiet Nagorny Karabach, das zur Aserbaidschanischen SSR gehörte, kam es im Februar 1988 zu Demonstrationen und Unruhen, bei denen die Eingliederung in die Armenische SSR gefordert wurde. Das Präsidium des Obersten Sowjet der UdSSR entschied jedoch am 18. Juli 1988 für den Verbleib des Gebiets bei der Aserbaidschanischen SSR.

Gesandter Heyken, Moskau, berichtete am 12. Mai 1989, am 8. Mai 1989 sei es in weiten Teilen Nagorny Karabachs erneut zu Unruhen und Streiks sowie gewaltsamem Zusammenstoßen zwischen Armeniern und Aseris gekommen. In einem Schreiben an den Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, hätten nahezu alle Bezirksparteisekretäre erneut den Anschluß an Armenien gefordert. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 1816; Referat 213, Bd. 147121.

¹⁴ Beginn des mit Drahtbericht Nr. 1761 übermittelten dritten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

¹⁵ Der Passus „weniger mit ... ausgelegt sei“ sowie gesondert das Wort „Rohstoffausbeute“ wurden von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Neubert hervorgehoben. Dazu Ausrufezeichen.

¹⁶ Der Passus „sich daraus ... Gefährlichkeit dieser“ wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Neubert hervorgehoben. Dazu Häkchen.

now kämpft ziemlich erfolglos gegen die unter Raschidow fest verwurzelten Mafia-Clans Usbekistans. Deutlichstes Beispiel hierfür war der jüngst erzwungene Rücktritt des Vorsitzenden des Präsidiums des Obersten Sowjets Usbekistans, Chabibullajew, wegen massiven Nepotismus. Daß Chabibullajew jedoch überhaupt erst sein Amt antreten (er wurde erst im Mai 1988 gewählt und sein Hang zum Nepotismus hatte sich in den vier Jahren, die er zuvor Präsident der usbekischen Akademie der Wissenschaften war, hinreichend manifestiert) und immerhin bis März 1989 ausüben konnte, zeigt die Machtlosigkeit Nischanows. In Tadschikistan, wo inzwischen auch ein Sprachgesetz vorbereitet wird, herrscht ebenso wie in Kirgisien und Turkmenistan unangefochten die alte Parteigarde, die zum größten Teil unter Breschnew nach oben gelangt ist. Die Ernennung neuer Erster Parteisekretäre 1986 hat in diesen Republiken keine spürbare Änderung der fest verwurzelten patriarchalisch-sippenmäßigen Machtstrukturen bewirkt. So lange hier keine durchgreifende personelle Erneuerung stattfindet, die auch die mittleren und unteren Parteiränge erfaßt, ist mit einer Änderung der zur Zeit sich abzeichnenden mittelfristig krisenhaften Tendenzen nicht zu rechnen.

6) Auch unter den Großrussen macht sich eine Strömung bemerkbar, die in Reaktion zu diesem Erwachen des Nationalbewußtseins neue Bekenntnisse slawophilen Charakters hervorbringt. Zwar ist diese Strömung eher romantisch-künstlerisch inspiriert und dürfte deshalb für die Parteiführung einstweilen keine allzu ernste Herausforderung darstellen. Sie kann jedoch in ihren Rückwirkungen auf das Nationalbewußtsein in den Randrepubliken verschärfend und polarisierend wirken.¹⁷

III. Wertung und Ausblick

Angesichts der Komplexität und der Dimensionen dieser Probleme – wobei die Probleme der Nationalitäten ohne eigenes Territorium bewußt ausgeklammert worden sind, weil sie den Rahmen dieser Kurzanalyse gesprengt hätten – wirken die Vorbereitungen für das Nationalitätenplenum, soweit sie bisher durchgesiekt sind, inadäquat. Die Ideologiekommission kam auf ihrer Sitzung am 5.5.89 allenfalls dazu, die Fragen richtig zu stellen. An konkreten Ideen, wie sich das bestehende System erneuern läßt, fehlt es noch weitgehend. Sicher ist einstweilen nur, daß sich künftige Maßnahmen nicht allein auf den Bereich der Verfassung beschränken dürfen, sondern auch Wirtschaft, Gesellschaft, Kultur und Kommunikationsstrukturen umfassen müssen.

Aus heutiger Sicht erscheint am wahrscheinlichsten, daß

- die Auseinandersetzungen um nationale Selbständigkeit in den kommenden Monaten wieder erheblich an Schärfe gewinnen werden,
- das Nationalitätenplenum sich eher auf verbaldeklamatorische, diffuse und operativ nicht genügend konkrete Leitlinien festlegt, die der Exekutive keine eindeutigen Vorgaben machen,
- das Gesetz des Handelns deshalb weitgehend bei den Republiken bleiben wird, die in einseitiger Setzung von vollendeten Tatsachen den Gang der weiteren Entwicklungen diktieren werden, soweit sie weiterhin die offene Konfrontation mit Moskau zu umgehen vermögen. Dabei werden Estland und Litauen an

¹⁷ Dieser Satz wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Neubert durch Häkchen hervorgehoben.

der Spitze bleiben, die Entwicklungen im Kaukasus dürften sicher eher in starken Worten und großen Gesten erschöpfen, aber kaum in konkrete konstitutionelle Forderungen münden. Langfristig am schwierigsten wird es sein, den sich aufstauenden Unmut in Zentralasien einzudämmen und einem Ausbruch chaotischer Unruhen rechtzeitig entgegenzuwirken.

[gez.] Meyer-Landrut

Referat 213, Bd. 147121

129

Bundeskanzler Kohl an Bundesminister Genscher

10. Mai 1989¹

Lieber Hans-Dietrich,

am Vorabend des Besuchs des sowjetischen Außenministers Schewardnadse² ist mir sehr daran gelegen, unsere Gesprächsführung in einem zentralen Punkt – Berlin – abzustimmen.

Wie Dir bekannt ist, habe ich während meines Moskau-Besuchs im vergangenen Oktober³ Generalsekretär Gorbatschow unter vier Augen mit allem Nachdruck darauf hingewiesen, daß der Ausbau der deutsch-sowjetischen Beziehungen nicht an Berlin vorbeigehen darf, daß vielmehr Berlin (West) voll in die abzuschließenden Abkommen und in die sich intensivierende Zusammenarbeit einbezogen werden muß.

Ich habe mit dem Generalsekretär hierzu vereinbart, daß die Außenminister auf der Grundlage des Vier-Mächte-Abkommens⁴ an langfristigen und vor allem an praktikablen Lösungen arbeiten. In diesem Sinne habe ich auch in Moskau die internationale Presse⁵ und anschließend in Bonn den Deutschen Bundesstag⁶ unterrichtet.

Überblickt man die Vorbereitungen für den Gegenbesuch von Generalsekretär Gorbatschow⁷, so muß man leider feststellen, daß die verstärkte und auf vielen Feldern neubegründete Zusammenarbeit zur Folge hat, daß die offenen Berlin-

¹ Hat Bundesminister Genscher am 11. Mai 1989 vorgelegen.

² Zum Besuch des sowjetischen Außenministers Schewardnadse am 12./13. Mai 1989 vgl. Dok. 133.

³ Bundeskanzler Kohl und Bundesminister Genscher besuchten die UdSSR vom 24. bis 27. Oktober 1988. Vgl. dazu AAPD 1988, II, Dok. 300, Dok. 301, Dok. 303, Dok. 304 und Dok. 309.

⁴ Für den Wortlaut des Vier-Mächte-Abkommens über Berlin vom 3. September 1971 sowie des Schlußprotokolls vom 3. Juni 1972, mit dem das Abkommen in Kraft trat, vgl. BUNDESANZEIGER, Nr. 174 vom 15. September 1972, Beilage, S. 44–73. Vgl. dazu auch AAPD 1971, II, Dok. 281.

⁵ Für den Wortlaut der Äußerungen von Bundeskanzler Kohl am 26. Oktober 1988 vgl. BULLETIN 1988, S. 1273.

⁶ Für den Wortlaut der Ausführungen von Bundeskanzler Kohl am 10. November 1988 vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, 11. WP, 106. Sitzung, S. 7283.

⁷ Zum Besuch des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, und des sowjetischen Außenministers Schewardnadse vom 12. bis 15. Juni 1989 in der Bundesrepublik vgl. Dok. 178, Dok. 179 und Dok. 182.

Fragen sich häufen. Es kann und darf nicht das Ergebnis einer verstärkten Zusammenarbeit sein, daß sich hieraus vermehrt politische Friktionen in einer Grundsatzfrage ergeben, bei der die Sowjetunion erkannt haben müßte, daß wir keinen Spielraum haben, und bei der wir auch keine Konzessionen machen werden. Bei seit langem verhandelten Abkommen, wie denen über See- und Binnenschifffahrt⁸, zeigt die sowjetische Seite keine Bewegung. Neue Vereinbarungen, etwa über Aus- und Fortbildung von Fach- und Führungskräften⁹, hängen wieder an diesem Punkt fest. Selbst die Wiederaufbauhilfe für Armenien¹⁰ wird durch Berlin-Probleme verzögert.

Als besonders schwerwiegend sehe ich an, daß in der ersten Verhandlungsrounde über ein „Gemeinsames Dokument“¹¹ die sowjetische Seite nicht einmal bereit war, die Brandt-Breschnew-Formel („... strikte Einhaltung und volle Anwendung des Vier-Mächte-Abkommens ...“¹²) zuzugestehen.

Angesichts dieser Lage wäre ich Dir sehr verbunden, wenn Du Außenminister Schewardnadse mit aller Deutlichkeit nahebringen würdest, daß die Sowjetunion in Berlin-Fragen nicht in „altem Denken“ verharren darf. Sie ist vielmehr aufgefordert, sich jetzt im Sinne meines Einvernehmens mit Generalsekretär Gorbatschow, daß Unterschiede in Grundsatzfragen nicht den Weg zu praktischen und vernünftigen Regelungen versperren dürfen, vorwärtszubewegen. Da dies offensichtlich auf der Arbeitsebene des sowjetischen Außenministeriums nicht zu erreichen ist, sollte Außenminister Schewardnadse sich selbst zu konkreten Zusagen und Problemlösungen bereit finden.

In gleicher Weise sollte die Sowjetunion sich nicht länger gegen einen Besuch des Auswärtigen Ausschusses des Deutschen Bundestages unter Beteiligung

⁸ Legationsrat I. Klasse Luy erläuterte am 28. März 1989, der Entwurf eines Binnenschifffahrtsabkommens mit der UdSSR sei am 27. Oktober 1986 in Moskau paraphiert worden. Die letzte Runde der Verhandlungen über ein Seeschifffahrtsabkommen habe im März 1987 stattgefunden: „Das entscheidende noch offene Problem ist bei beiden Abkommen die Frage, ob auch in Berlin registrierte Schiffe im See- und Binnenschifffahrtsverkehr mit der Sowjetunion die Bundesflagge führen können.“ Vgl. Referat 213, Bd. 147196.

⁹ Zur geplanten Zusammenarbeit im Bereich der Ausbildung von Fach- und Führungskräften vgl. Dok. 100, Anm. 5.

Vortragender Legationsrat I. Klasse Neubert vermerkte am 21. April 1989, in der Substanz sei Einigkeit erzielt worden bis auf die Frage der Einbeziehung des in Berlin (West) ansässigen Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB), weshalb es noch nicht zur Paraphierung eines Abkommens gekommen sei: „Möglichkeiten für Einbeziehung des BIBB entsprechend der personenbezogenen Lösung zeichnen sich ab. Die Form der Länderbeteiligung – und damit der Einbeziehung Berlins – in einer zu dem Abkommen zu bildenden Fachgruppe ist von den Ländern noch nicht abschließend entschieden.“ Vgl. Referat 213, Bd. 147130.

¹⁰ Zur Hilfe der Bundesrepublik nach dem Erdbeben in Armenien vgl. Dok. 3, Anm. 6.

Vortragender Legationsrat I. Klasse Neubert erläuterte am 21. April 1989, verhandelt werde über einen Notenwechsel mit Berlin-Klausel. Die Berlin-Frage stelle sich auch im Zusammenhang mit dem geplanten Bau eines Krankenhauses, da wegen der Bedeutung des Themas ein Regierungsumkommen geplant sei. Vgl. dazu Referat 213, Bd. 147130.

¹¹ Vortragender Legationsrat I. Klasse Neubert vermerkte am 11. Mai 1989, am 6./7. April 1989 habe eine erste Gesprächsrunde zwischen Ministerialdirektor Kastrup und dem Abteilungsleiter im sowjetischen Außenministerium, Bondarenko, stattgefunden, und legte den dabei erarbeiteten ersten Entwurf vor. Bezuglich der vertraglichen Beziehungen beider Staaten habe die Bundesrepublik folgenden Satz vorgeschlagen, der noch nicht von der sowjetischen Seite akzeptiert worden sei: „Berlin (West) nimmt an der Entwicklung der Zusammenarbeit unter strikter Einhaltung und voller Anwendung des Vier-Mächte-Abkommens vom 3. September 1971 teil.“ Vgl. Referat 213, Bd. 147138.

¹² Vgl. die Gemeinsame Erklärung vom 21. Mai 1973 über den Besuch des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, vom 18. bis 22. Mai 1973 in der Bundesrepublik; BULLETIN 1973, S. 575. Zum Besuch vgl. AAPD 1973, II, Dok. 145–152.

von Berliner Abgeordneten sperren.¹³ Es ist ein Unding, wenn einerseits Generalsekretär Gorbatschow eine SPD-Delegation unter Leitung des Berliner Abgeordneten Dr. Hans-Jochen Vogel¹⁴ und unter Beteiligung des früheren Regierenden Bürgermeisters und heutigen Berliner Abgeordneten Dietrich Stobbe empfängt, im Rahmen des Auswärtigen Ausschusses aber Berliner Abgeordnete nur als „Experten“ zulassen will. Dabei ist aufschlußreich, daß sowohl die SPD-Delegation als auch andere Moskau-Besucher nach Gesprächen im Zentralkomitee und im Obersten Sowjet Signale mitbringen, daß durchaus für uns annehmbare Lösungen gefunden werden können.¹⁵

Mit freundlichen Grüßen
Dein
Helmut Kohl

Referat 010, Bd. 178924

130

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Jansen

10. Mai 1989¹

Sprechzettel für Kabinett-Sitzung am 10.5.89

Betr.: Vorübergehender Abzug des entsandten Personals der Botschaft Beirut

Anlg.: DB Nr. 190 aus Beirut vom 9.5.89²

¹³ Referat 011 erläuterte am 29. Mai 1989, eine seit 1987 geplante Reise des Auswärtigen Ausschusses des Bundestags sei bislang an der Frage der Einbeziehung von Abgeordneten aus Berlin (West) gescheitert. Eine von Ministerialdirektor Kastrup und dem Abteilungsleiter im sowjetischen Außenministerium, Bondarenko, erarbeitete Formel habe nicht die Zustimmung des Auswärtigen Ausschusses gefunden. Diese Formel habe vorgesehen, daß Abgeordnete aus Berlin (West) „gleichberechtigt und im vollen Umfang“ am Besuchsprogramm teilnehmen könnten: „In Veröffentlichungen der sowjetischen Seite soll der Status der Berliner Abgeordneten dadurch Rechnung getragen werden, daß nach der namentlichen Aufführung der anderen Delegationsmitglieder folgender Satz anschließt: „An den Gesprächen (bzw. an der Reise) nimmt auch ein Vertreter von Berlin (West), Herr/Frau ... als Berater teil.“ Vgl. Referat 011, Bd. 138515.

¹⁴ Der SPD-Vorsitzende Vogel hielt sich vom 10. bis 13. April 1989 in der UdSSR auf. Vgl. dazu Dok. 93.

¹⁵ Für das Antwortschreiben von Bundesminister Genscher vom 18. Mai 1989 vgl. Dok. 140.

1 Ministerialdirektor Jansen vermerkte handschriftlich am 10. Mai 1989: „1) Herrn Staatssekretär zur Billigung vorgelegt. 2) H. Mützelburg mit der Bitte, den Sprechzettel dem Herrn Minister vorzulegen.“ Hat Staatssekretär Sudhoff am 10. Mai 1989 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Angesichts der Verschärfung der militärischen Lage und der hinzugetretenen Gefahrenerhöhung durch Entführungsabsichten der Hisbollah – siehe britisches Telegramm – schlage ich vor: 1) Heute oder morgen ein weiteres Gespräch des Botschafters mit liban[esischen] Stellen wg. der Entführung Quint (wie unter 4 Abs. 2 vorgesehen), um unser Engagement für diese Sache zu demonstrieren. 2) Abzug statt am 16./17.5. schon zum kommenden Wochenende.“

Hat Bundesminister Genscher am 10. Mai 1989 vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Elbe am 10. Mai 1989 vorgelegen, der den Rücklauf an Sudhoff verfügte und handschriftlich vermerkte: „Dg 31 + D1 sind informiert.“

Hat im Büro Staatssekretäre am 10. Mai 1989 erneut vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Hoessle am 11. Mai 1989 vorgelegen.

2 Botschafter Göttelmann, Beirut, berichtete: „Ich gehe davon aus, daß auch nach einer kurzen Phase der Beruhigung nochmals eine schwere militärische Eskalation zwischen Syrien und seinen libane-

- 1) Die Lage in Beirut³ hat sich in den letzten Tagen dramatisch zugespitzt. Trotz des Appells der Arabischen Liga zur Waffenruhe haben beide Seiten wieder mit schwerer Artillerie auf Wohnviertel in Ost- und West-Beirut geschossen. Nach Ansicht der Botschaft Beirut geht die Eskalation diesmal von den Syrern aus, obwohl General Aoun zunächst Bereitschaft zur Einhaltung der Beschlüsse der Arabischen Liga vom 17.4.89 gezeigt hatte. Botschafter Göttelmann rechnet damit, daß sowohl die Syrer als auch General Aoun versuchen werden, unmittelbar vor dem für 27.5. geplanten Arabischen Gipfel⁴ das Blatt zu ihren Gunsten durch einen vernichtenden militärischen Schlag zu wenden. Zunächst sei allerdings mit vorübergehender Beruhigung während der Anwesenheit der Emissäre der Arabischen Liga zu rechnen.
- 2) Botschafter Göttelmann schlägt vor, das entsandte Personal der Botschaft vorübergehend abzuziehen. Im einzelnen sieht sein Plan so aus, daß er selbst mit seiner Sekretärin⁵ und drei Sicherheitsbeamten am 16.5. über Zypern ausreist und der Kanzler⁶ sowie die restlichen Sicherheitsbeamten dann am 17.5. folgen. Gegenüber der libanesischen Seite sollte klargestellt werden, daß er nur vorübergehend zur Berichterstattung in der Geiselfrage nach Bonn zurückkehrt.
- 3) Bei Entscheidung über den Abzug ist die jüngste Geiselnahme eines deutschen Staatsangehörigen im Südlibanon⁷ zu berücksichtigen. Das Argument der Einsatzmöglichkeiten für die Geisel wiegt schwer. Allerdings kann die Bot-

Fortsetzung Fußnote von Seite 584

sischen Verbündeten und Aoun zu erwarten ist. [...] Tritt diese Situation ein, wird sich die Sicherheitslage vermutlich in einer so gravierenden Weise verschlechtern, daß ich die Verantwortung für den Verbleiben der entsandten Botschafts- und Sicherheitskräfte nicht mehr übernehmen kann.“ Die vorhandenen Schutzzäume seien bei einem intensiveren Beschuß nicht mehr ausreichend: „Da wegen des neu hinzugekommenen Problems der Verschleppung des ASME-Humanitas-Mitarbeiters Markus Quint meine Anwesenheit in Beirut noch erforderlich erscheint, schlage ich vor, das Risiko zunächst noch in Kauf zu nehmen und bis über den 15.5.1989 in Beirut zu bleiben.“ Vgl. Referat 110, Bd. 3499992.

³ Zur Lage im Libanon vgl. Dok. 121, Anm. 56.

⁴ Die außerordentliche Gipfelkonferenz der Arabischen Liga fand vom 23. bis 26. Mai 1989 in Casablanca statt. Botschafter Montfort, Rabat, teilte dazu am 27. Mai 1989 mit: „Die Libanon-Frage erwies sich als ein kaum überwindbares Hindernis. Der immer wieder aufbrodelnde Haß zwischen Saddam Hussein und Hafiz al-Assad, den Präsidenten Iraks und Syriens, blockierte jeden konkreten Lösungsansatz. So ist von einem Rückzug syrischer Truppen im Communiqué keine Rede mehr. Auch nicht von der Aufstellung einer gesamtarabischen Friedenstruppe. Beides scheiterte am Widerstand Syriens, das sich insofern durchgesetzt hat. Dafür wurde ein Dreier-Ausschuß eingesetzt, bestehend aus König Hassan von Marokko, König Fahd von Saudi-Arabien und dem algerischen Präsidenten Bendjedid. Dieser Ausschuß soll jetzt im Libanon schlachten und das Land aus dem Bürgerkrieg hinausführen. Dafür wurde eine Frist von sechs Monaten gesetzt.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 161; Unterabteilung 31, Bd. 147556.

⁵ Anneliese Werner.

⁶ Eberhard Staniszewski.

⁷ Am 4. Mai 1989 wurden im Libanon drei Mitarbeiter der Hilfsorganisation „ASME Humanitas“ entführt. In einer Besprechung bei Bundesminister Genscher wurde dazu am 8. Mai 1989 dargelegt, zwei der Entführten seien am nächsten Tag wieder freigelassen worden, während ein Dritter, Markus Quint, noch verschwunden sei. Ministerialdirigent Fiedler erläuterte: „Die Organisation ASME Humanitas sei keine rein humanitäre Organisation, sondern verfolge offensichtlich auch politische Ziele. [...] Vom Auswärtigen Amt wie von der Botschaft sei sie mehrfach und nachdrücklich vor dem Einsatz im Südlibanon gewarnt worden.“ Über die beiden Freigelassenen seien Forderungen der Entführer übermittelt worden, wonach keine Befreiungsversuche durch libanesische Konfliktparteien unternommen werden dürften. Ferner wünschten die Entführer Kontakt mit der Bundesregierung: „Es wird gefordert, daß Mohammed Ali Hamadi nur eine Gefängnisstrafe von maximal fünf Jahren erhält. Eine positive Antwort der Bundesregierung werde bis 15.5.1989 erwartet, andernfalls werde Markus Quint getötet.“ Bislang gebe es kein Lebenszeichen von Quint. Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 310, Bd. 196194.

Quint wurde am 14. Mai 1989 freigelassen. Dazu hieß es in einem Sprechzettel für die Kabinettssitzung am 17. Mai 1989, er sei unverletzt und wolle sich schnellstmöglich nach Zypern begeben: „Es

schaft angesichts der Bewegungsbeschränkung auf Beirut in diesem Falle zur Zeit nicht viel tun.

Bei einer Güterabwägung ist zu bedenken, daß im Vergleich zu früheren Situationen Schmidt/Cordes⁸ die neue Qualität darin besteht, daß Ost-Beirut jetzt massiv beschossen wird. Die Sicherheit der Botschaftsangehörigen ist bei der zu erwartenden Eskalation ernsthaft gefährdet. Die Sicherheit hat Vorrang.

4) Wir folgen dem Vorschlag von Botschafter Göttelmann. Sollte sich vor dem 16.5. die Lage erheblich verschlechtern, hat Botschafter Göttelmann generelle Ermächtigung, sofort Beirut mit seinen Mitarbeitern zu verlassen.

Bis zum Abzug hat Botschafter Göttelmann die Möglichkeit, entsprechend des Auftrags des Arbeitsstabes in der Geisellaffäre Gespräche mit libanesischen Stellen, insbes. MP Hoss, zu führen.⁹

[Jansen]¹⁰

Referat 310, Bd. 149786

131

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem britischen Außenminister Howe in London

Dg 20-363.30-467/89 VS-vertraulich

11. Mai 1989¹

Von BM noch nicht gebilligt

Gespräch zwischen BM und AM Howe in London am 11. Mai 1989;
hier: SNF

BM erläutert zunächst die fünf Punkte der Regierungserklärung des Bundeskanzlers.² Er weist darauf hin, daß die Festlegung, 1992 die Entscheidung im

Fortsetzung Fußnote von Seite 585

kann derzeit über die Hintergründe der Entführung und die Identität der Entführer nichts gesagt werden.“ Vgl. Referat 310, Bd. 196194.

8 Zum Geiselfall Schmidt/Cordes vgl. Dok. 40, Anm. 6.

9 Vortragender Legationsrat I. Klasse Kruse teilte der Botschaft in Beirut am 10. Mai 1989 mit: „1) Bundesminister hat entschieden, vorübergehenden Abzug des entsandten Personals – Phase 2 – wie folgt durchzuführen: 1.1) Botschafter wird hiermit bis zum Wochenende zur Berichterstattung im Entführungsfall Quint in die Zentrale einberufen. 1.2) Für Frau Werner und Kzl. I. [Klasse] Staniszewski wird hiermit Dienstreise nach Bonn angeordnet. Über weiteren Einsatz wird nach Eintreffen in der Zentrale entschieden. 1.3) Die BKA- und BGS-Beamten, die sich gegenwärtig noch in Beirut aufhalten, sollen nach Ausreise von Nikosia sobald [wie] möglich nach Bonn weiterreisen. [...] 1.4) Ausreise der entsandten Bediensteten – einschließlich BKA/BGS-Beamten – hat unverzüglich auf sicherstem Weg mit/nach Ausreise Botschafters zu erfolgen und soll insgesamt bis zum Wochenende abgeschlossen sein.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 3865; Referat 110, Bd. 349992.

10 Vermuteter Verfasser der nicht unterzeichneten Aufzeichnung.

¹ Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirigent Hofstetter am 13. Mai 1989 gefertigt.

² Zu den fünf Punkten vgl. das Positionspapier der Bundesregierung vom 21. April 1989; Dok. 111, Anm. 10.

Für den Wortlaut der Ausführungen des Bundeskanzlers Kohl vor dem Bundestag am 27. April 1989 vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, 11. WP, 140. Sitzung, S. 10302.

Lichte der politischen und sicherheitspolitischen Entwicklung zu treffen, dem Westen die Möglichkeit gebe, Druck auf den Osten auszuüben. Dieser Zeitpunkt sei nicht wahlpolitisch motiviert. BM erinnert sodann an Genesis der Reykjavik-Formel zu SNF-Verhandlungen³ und erwähnt Möglichkeit, eine besondere Gruppe einzusetzen, wie dies in Halifax im Zusammenhang mit Verhandlungen über konventionelle Streitkräfte geschehen sei.⁴

AM Howe führt aus, daß man zwei Themenkreise unterscheiden müsse, die Modernisierung einerseits und die SNF-Rüstungskontrolle andererseits.

Im Bereich der Modernisierung sei es axiomatisch, daß eine dritte Null-Lösung ausgeschlossen werde. Die Stationierung von SNF auf europäischem Boden sei eine wichtige Voraussetzung für die amerikanische militärische Präsenz in Europa. Landgestützte Flugkörpersysteme seien für die Strategie der flexiblen Erwiderung⁵ notwendig. Die Hauptbedenken gegen die fünf Punkte der Bundesregierung seien folgende:

- Der Gipfelpassus „kept up to date where necessary“⁶ sei darin nicht enthalten.
- Es werde in Ziffer 1 auf die „gegebenen Umstände“ abgestellt.
- Die Entwicklung werde als nationale amerikanische Entscheidung bezeichnet.
- Die Möglichkeit einer dritten Null-Lösung werde impliziert.

Auf britischer Seite sei man bereit, jetzt auf eine Entscheidung über Dislozierung und Produktion zu verzichten, dafür müsse aber die Entwicklung vom Bündnis unterstützt werden. Außerdem müsse die dritte Null-Lösung expressis verbis ausgeschlossen werden.

BM: Mit der Wiederholung des einschlägigen Passus der Gipfelerklärung habe er keine Schwierigkeiten. Der Satz: „Bei den nuklearen Streitkräften sind unter den gegebenen Umständen land-, see- und luftgestützte Systeme auch in Europa notwendig“, enthalte eine klare Aussage. Die Entscheidung, 1992 darüber zu entscheiden, ob die Einführung eines Lance-Nachfolgesystems erforderlich sei oder nicht, sei vernünftig und entspreche der Praxis des Bündnisses beim Doppelbeschuß 1979⁷. Auch damals seien die nationalen amerikanischen Entwicklungsarbeiten bereits im Gange gewesen. Ziffer 5 der Regierungserklärung des Bundeskanzlers enthalte strikte Voraussetzungen.

AM Howe: Der entscheidende Punkt sei die dritte Null-Lösung. Man müsse sie unter allen Umständen ausschließen. Es sei eine große Konzession für GB, erst

³ Vgl. dazu Ziffer 7 der Erklärung der NATO-Ministerratstagung am 11./12. Juni 1987 in Reykjavik; NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1986–1990, S. 16. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1987, D 383 f. Zur Tagung vgl. AAPD 1987, I, Dok. 170 und Dok. 174.

⁴ Am 29./30. Mai 1986 fand in Halifax die NATO-Ministerratstagung statt. Dabei wurde eine Erklärung zur Konventionellen Rüstungskontrolle verabschiedet, die u.a. die Einsetzung einer „High Level Task Force“ (HLTF) für konventionelle Rüstungskontrolle vorsah. Für den Wortlaut vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1986–1990, S. 11. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1986, D 381. Zur Tagung vgl. AAPD 1986, I, Dok. 158 und Dok. 159.

⁵ Zur Strategie der „flexible response“ vgl. Dok. 27, Anm. 15.

⁶ Vgl. Ziffer 5 der Erklärung der NATO-Gipfelkonferenz am 2./3. März 1988 in Brüssel; NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1986–1990, S. 19. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1988, D 202. Zur Konferenz vgl. AAPD 1988, I, Dok. 75.

⁷ Für den Wortlaut des NATO-Doppelbeschlusses vom 12. Dezember 1979 vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1975–1980, S. 121–123. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1980, D 35–37. Vgl. dazu ferner AAPD 1979, II, Dok. 373, Dok. 375 und Dok. 376.

1992 zu entscheiden, dafür insistiere man auf britischer Seite aber auf einer Unterstützung der amerikanischen Entwicklung.

BM: Die Bundesregierung habe immer und zu jeder Zeit die notwendigen Entscheidungen im Bereich der gemeinsamen Verteidigung getroffen. Jetzt gehe es darum, die Optionen offenzuhalten. Die Regierungserklärung sei von einer großen Mehrheit begrüßt worden.

AM Howe: GB sei von der fortbestehenden Notwendigkeit der Modernisierung überzeugt. „Unter den gegebenen Umständen“ und „erforderlich ist oder nicht“ seien Textstellen, die große Bedenken weckten.

BM: Die Option der Modernisierung, die das Bündnis gegenwärtig habe, werde offengehalten. Die Bedingungen in Ziffer 5 seien sehr strikt.

AM Howe: Die dritte Null-Lösung müsse ausgeschlossen werden. Man könne ja an eine geringere Zahl als die bisherige denken.

BM: SACEUR⁸ trete für eine größere Zahl ein.

Goulden: SACEUR wisse, daß dies nicht möglich sei. Auf britischer Seite denke man an die gleiche oder eine niedrigere Zahl. 1979 habe man sieben verschiedene Systeme gehabt, jetzt habe man nur noch drei, wobei man sich darüber im klaren sei, daß die Artillerie ziemlich nutzlos sei.

BM fragt, ob dies letztere die offizielle britische Position sei.

Goulden schränkt ein: Artillerie sei das „least useful system“.

BM weist erneut auf Ziffer 5 hin. Darin werde mehr als Parität verlangt.

AM Howe: Er könne verstehen, daß die Deutschen sich den nuklearen Gefechtsfeldwaffen mehr ausgesetzt fühlten als andere. Andererseits seien alle Allianzpartner dem Risiko nuklearer Waffen ausgesetzt. Auf britischem Boden gebe es eine große Zahl von Flugplätzen für DCA⁹. Die Bundesrepublik Deutschland sei also nicht singularisiert. Die Erhöhung der Reichweite des Lance-Nachfolgesystems mache die Dinge einfacher. Auf alle Fälle sollten wir die amerikanischen Entwicklungsarbeiten unterstützen und nicht von „erforderlich ist oder nicht“ sprechen.

BM erklärt die Genesis der Ziffer 2. Der SPD-Vorsitzende Vogel habe bei Rückkehr aus den USA¹⁰ erklärt, daß die Entwicklung in vollem Gange und daher die Lance-Modernisierung für das Bündnis eine beschlossene Sache sei. Dies habe man richtigstellen müssen. Im übrigen seien auf deutschem Boden mehr DCA stationiert als auf britischem.

*Dg 20*¹¹ führt aus, daß die Auswahl des MLRS¹²-Launchers und der SRAM¹³ auch nach amerikanischer Auffassung eindeutig eine nationale Entscheidung gewesen sei, über die wir von den USA erst nachträglich unterrichtet worden seien. Wir hätten dies zur Kenntnis genommen, weil Entwicklungsarbeiten am-

⁸ John R. Galvin.

⁹ Dual-capable aircraft.

¹⁰ Zum Besuch des SPD-Vorsitzenden Vogel vom 2. bis 5. April 1989 in den USA vgl. Dok. 85.

¹¹ Rolf Hofstetter.

¹² Multiple launch rocket system.

¹³ Short-range attack missile.

rikanische Angelegenheit seien, wobei gerade der MLRS-Launcher aus rüstungskontrollpolitischer Sicht nicht unbedenklich sei.

Goulden: Die Bedingungen in Ziffer 5 seien vage formuliert. Es bestehe die Gefahr, daß später darüber gestritten werde, wer die Schuld dafür trage, daß diese Bedingungen nicht erfüllt seien.

Dg20 widerspricht der Behauptung, Ziffer 5 enthalte vage Formulierungen. Er fügt an, daß man die richtigen Alternativen sehen müsse. Auf eine einfache Formel gebracht, habe man die Wahl: keine Modernisierungsentscheidung im jetzigen Zeitpunkt ohne oder mit Ziffer 5.

Die Diskussion wendet sich dann der SNF-Rüstungskontrolle zu.

AM Howe: Nach britischer Auffassung enthalte das Kommuniqué von Reykjavik keine Verpflichtung zu Verhandlungen. Man könne aber die SU auffordern, einseitig auf ihre Überlegenheit zu verzichten. Verhandlungen würden schwierige Verifikationsfragen aufwerfen. GB sei gegen Verhandlungen, für die es keine gemeinsame Grundlage gebe. Der Osten wolle die Denuklearisierung. Wir könnten dem Angebot einer dritten Null-Lösung nicht widerstehen.

BM: Nur durch Rüstungskontrollvereinbarungen könnten Reduzierungen irreversibel gemacht werden. Es sei nicht zu erklären, weshalb über alles, nur nicht über SNF verhandelt werden könne.

Dg20: Die Berufung auf die Gefahr einer dritten Null-Lösung sei nichts anderes als ein Argument der eigenen Schwäche, der fehlenden Zuversicht, an einer Rüstungskontrollposition des Bündnisses festzuhalten.

BM: Es sei unbegreiflich, daß wir in einer Zeit großen Erfolgs der westlichen Politik die SNF-Frage in den Mittelpunkt stellten. Jeder wisse, daß wir im Verteidigungsbereich immer das Erforderliche getan hätten.

BM weist abschließend darauf hin, daß der Meinungsaustausch nützlich gewesen sei. Wegen des Staatsbesuchs in Dänemark¹⁴ sei es ihm nicht möglich gewesen, auf der Rückreise aus den USA¹⁵ in London Station zu machen. Es sei wichtig, in dieser Frage untereinander in Verbindung zu bleiben.

AM Howe stimmt dem zu.

VS-Bd. 14162 (010)

¹⁴ Bundesminister Genscher begleitete Bundespräsident Freiherr von Weizsäcker bei dessen Staatsbesuch vom 25. bis 27. April 1989 in Dänemark.

¹⁵ Zu den Gesprächen der Bundesminister Genscher und Stoltenberg am 24. April 1989 in den USA vgl. Dok. 111 und Dok. 112.

132

Staatssekretär Bertele, Ost-Berlin, an das Auswärtige Amt

VS-NfD
Fernschreiben Nr. 1010

Aufgabe: 11. Mai 1989, 16.43 Uhr¹

Ankunft: 11. Mai 1989, 19.39 Uhr

Betr.: NATO-Gipfel in Brüssel am 29./30.5.89²;
 hier: Bericht über DDR und innerdeutsche Beziehungen

Bezug: DE AA Nr. 777 v. 21.4.89 – 210-362.05³

I. Zusammenfassung

Innere Lage der DDR ist äußerlich gekennzeichnet durch beträchtliches Maß an Immobilität, die durch Vergleich mit Entwicklungen in Sowjetunion, Ungarn und Polen besonders auffällt. Die Führung unter Honecker hat sich das Ziel gesetzt, an dem bisherigen Kurs bis zum 12. Parteitag der SED im Mai 1990 nichts zu ändern und die bisherige Linie durch ihn möglichst auch für die folgenden fünf Jahre bestätigen zu lassen. Damit steht im Einklang, daß nirgends personelle Veränderungen sichtbar werden.

Dem Bemühen um ein äußerlich ruhiges Bild entsprechen nicht die Diskussionslage in der Partei und die Stimmung in der Bevölkerung. Überall unterhalb der Führungsebene wird wachsende Ungeduld bemerkbar, daß der bisherige Kurs nicht beibehalten werden dürfe. Diese Kritik setzt sich aber noch nicht in einer Herausforderung der Führung um. Die Autorität und Integrationskraft Honeckers sind zur Zeit noch so stark, daß niemand ihn gegenwärtig mit Aussicht auf Erfolg in Frage stellen kann. Dem entspricht – aus wohlverstandenem eigenem Interesse möglicher Prätendenten – das Fehlen einer Personaldiskussion oder auch nur das Sichtbarmachen möglicher personeller Alternativen. Die politische Diskussion, die besonders auch im sog. Wahlkampf⁴ sichtbar geworden ist und auch

¹ Das Fernschreiben wurde Ministerialrat von Studnitz, Ost-Berlin, konzipiert.
 Hat Vortragendem Legationsrat Metscher vorgelegen.

² Zur NATO-Gipfelkonferenz vgl. Dok. 153, Dok. 154 und Dok. 156.

³ Mit Blick auf die NATO-Gipfelkonferenz am 29./30. Mai 1989 in Brüssel und das Vierertreffen der Außenminister über Berlin- und Deutschlandfragen am Vorabend bat Vortragender Legationsrat I. Klasse Lambach die Ständige Vertretung in Ost-Berlin „um Bericht zur Einschätzung der politischen Lage in der DDR sowie der innerdeutschen Beziehungen“ bis 8. Mai 1989. Vgl. Referat 210, Bd. 140774.

⁴ In der DDR fanden am 7. Mai 1989 Kommunalwahlen statt. Staatssekretär Bertele, Ost-Berlin, berichtete dazu am 8. Mai 1989, offiziell hätten 98,85 % der abgegebenen Stimmen für die Liste der „Nationalen Front“ gestimmt: „Die absoluten Zahlen von Nicht-Wählern und Nein-Stimmen verdeutlichen die Dimension einer politischen Protesthaltung. 1989 gingen 153 255 der 12,4 Millionen Wahlberechtigten nicht zur Wahl (1984: 79 000. 1979: 212 000). Die Zahl der Nein-Stimmen ist 1989 um das Zehnfache höher als 1984“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 973; Referat 210, Bd. 140682.

Am 16. Mai 1989 berichtete Bertele über zunehmende Vorwürfe, wonach es „in erheblichem Umfange“ zu Wahlfälschungen gekommen sein solle. Private Wahlbeobachtergruppen hätten bei der Auszählung in verschiedenen Wahllokalen in den Ost-Berliner Bezirken Weißensee und Prenzlauer Berg Diskrepanzen zwischen den Zahlen der örtlichen Wahlbeobachter und den im „Neuen Deutschland“ veröffentlichten Zahlen festgestellt. Es bleibe abzuwarten, wie die SED auf die Vorwürfe reagiere: „Es erscheint durchaus denkbar, daß der Vorwurf der Wahlmanipulation noch weitere Auswirkungen auf die innenpolitische Diskussion der DDR haben wird.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1026; Referat 210, Bd. 140682.

einen begrenzten Niederschlag in der Presse gefunden hat, hat indirekt zur Entspannung des Verhältnisses Staat–Kirche beigetragen, weil heute, anders als noch im Vorjahr, die Kirche nicht mehr das einzige verfügbare Ersatzforum für politische Diskussionen im Lande hergeben muß.

Die Stimmungslage der Bevölkerung bleibt schwierig, weil sie Dank der Informationsfülle durch das fast überall zu empfangende westliche Fernsehen über die Entwicklungen in der Sowjetunion, Polen und Ungarn gut unterrichtet ist und dadurch das Defizit der DDR im Bereich politischer Betätigungsmöglichkeiten und Reisefreiheit besonders stark empfindet. Wegen der gleichbleibenden Signale von der Führung, daß am bisherigen Kurs nichts geändert werden soll, bleibt der Ausreisedruck weiterhin hoch. Die bisher unerreichte Höhe von 15 000 Übersiedlungen in den ersten drei Monaten führt nicht zum Abbau der Ausreiseanträge, sondern bestärkt den Druck eher, weil Antragsteller eher Hoffnung schöpfen, zum Erfolg zu kommen, oder auch aus einer gewissen Torschlußpanik handeln. Trotz weiterhin hoher Besuchsreisezahlen bleibt die Bevölkerung wegen schikanöser Einengung der Antragsvoraussetzungen und befürchteter Einschränkung der Reisemöglichkeiten nach Ungarn unzufrieden. Die allgemeine Unzufriedenheit wird durch ständige Versorgungsengpässe, sei es bei Konsumgütern oder Ersatzteilen für Betriebe und im privaten Bereich weiter genährt. Hier wird bei guter Versorgungslage im Vergleich mit den sozialistischen Ländern der Rückstand gegenüber der Bundesrepublik besonders kraß empfunden. An dieser Situation ändert die vermehrte Freiheit nichts, die Künstlern und Intellektuellen durch Reisemöglichkeiten, Veröffentlichungen bisher unzugänglicher Literatur und Diskussionsfreiheit auf den Sprechbühnen eingeräumt wird, weil der Kreis der Begünstigten zu klein und der Zugang zu den eingeräumten Vorteilen zu schmal ist.

Die deutsch-deutschen Beziehungen sind von dem deutlich erkennbaren Bemühen der DDR geprägt, die Dialogpolitik fortzuführen. Die Besuchsabsage der Bundesminister Haussmann und Schneider⁵ dürfte aus DDR-Sicht nur eine vorübergehende Störung sein, weil der lebenswichtige Kontakt der DDR zur Bundesrepublik Deutschland nicht in Frage gestellt werden durfte. Die anhaltende Pressepolemik gegen die Bundesrepublik hat überwiegend apologetischen Charakter. Die DDR-Führung versucht hierdurch vergeblich, die Allgegenwart der Bundesrepublik in den Köpfen eines großen Teils der DDR-Bevölkerung aufzuwiegeln. Daß sie dies nur mit den Mitteln plumper Gegenpropaganda zu bewirken versucht, hängt mit der mangelnden Flexibilität der alt gewordenen Führung zusammen.

II. Im einzelnen

1) Honecker hat durch seine Rede vor dem 7. ZK-Plenum im Dezember 1988⁶ die Weichen bis zum 12. Parteitag der SED im Mai 1990 gestellt. Die Vorgaben

⁵ Referat 210 legte am 10. Mai 1989 dar: „Mehrere Fälle von Schußwaffengebrauch durch DDR-Grenzorgane an der Sektorengrenze im Februar und März 1989 haben zur Absage der ursprünglich vorgesehenen Besuche von BM Haussmann und BM Schneider bei der Leipziger Frühjahrsmesse geführt. Die DDR reagierte mit Absagen der geplanten Besuche von Umweltminister Reichelt und Hochschulminister Böhme sowie der für Ende März geplanten DDR-Reise BM Töpfers.“ Vgl. Referat 201, Bd. 151193.

⁶ Für den Wortlaut der Rede des Generalsekretärs des ZK der SED, Honecker, am 1. Dezember 1988 in Ost-Berlin vgl. NEUES DEUTSCHLAND vom 2. Dezember 1988, S. 3–10.

gehen eindeutig dahin, daß an dem als bewährt erkannten bisherigen Kurs nichts geändert werden soll. Dementsprechend erwarten SED-Gesprächspartner auch keine wesentlichen Veränderungen von dem Parteitag. Die Absicht der Führung unter Honecker dürfte dahin gehen, dem 12. Parteitag selbst das Gepräge zu geben, durch ihn auch für die Folgezeiten bestätigt zu werden, um auf diese Weise sicherzustellen, daß der bisherige Kurs auch möglichst lange fortgeführt werden kann. Gegenwärtig ist nicht erkennbar, daß Honecker die Zügel in andere Hände legen wird. Trotz spürbarer Ungeduld jüngerer Führungskräfte besteht anscheinend weitgehende Übereinstimmung, daß niemand derzeit die politische Kraft oder gar den geschlossenen politischen Anhang besitzt, um Honeckers Führung in Frage zu stellen. Honecker und seinen Altersgenossen ist es in den 18 Jahren seiner Amtszeit gelungen, sich als bestimmende Kraft zu etablieren und alle möglichen Konkurrenten entweder auszuschalten (Konrad Naumann) oder fernzuhalten (Modrow). Jede personelle Veränderung an der Führungs spitze birgt die Gefahr in sich, daß das sorgsam austarierte Gleichgewicht gestört wird. Hierauf gründet sich die das politische Leben der DDR lähmende Immobilität, die sowohl personell wie politisch ist, weil neue politische Gedanken das Risiko auch personeller Alternativen mit sich bringen.

2) Mit der Immobilität an der Spitze kontrastiert eine lebhafte Diskussion über notwendige Reformen in der DDR, die mittlerweile auch die SED in vollem Umfange erfaßt hat. Das Vorhandensein dieser Diskussion wird nicht nur von zahlreichen Gesprächspartnern bestätigt, sondern ist auch in den Presseberichten über den sog. Wahlkampf vor den Kommunalwahlen am 7. Mai erkennbar geworden. Diese Diskussion betrifft DDR-spezifisch die Themen, die in der Sowjetunion, in Ungarn und Polen unter den Stichworten Perestroika und Glasnost erörtert werden. Auch wenn die DDR-Wirtschaft unvergleichlich viel besser dasteht als diejenige der anderen sozialistischen Länder, so ist die Diskussion über die Ware-Preis-Beziehungen, die Konvertibilität der Währung, die enormen Subventionen, die Vorzüge einer Marktwirtschaft voll entbrannt. Die relevanten Fragen werden als solche auch gestellt, erhalten allerdings in der Öffentlichkeit die altbekannten Antworten. Gesprächsweise erfährt man allerdings, daß man sich in den internen Diskussionen damit nicht zufriedengibt. Indem die Führung jedoch an den altbewährten Rezepten festhält, tut sich hier zunehmend ein Dissens auf, der sich allerdings bisher noch nicht in eine offene Herausforderung der Führung konkretisiert hat. Das wird aber auch nur dann zu erwarten sein, wenn die wirtschaftliche Lage so bedrohlich werden sollte, daß eine Änderung des wirtschaftlichen Kurses unabdingbar wird. Trotz aller Schwierigkeiten befindet sich die DDR-Wirtschaft nicht an diesem Punkte. Sie ist insofern nicht mit der Situation in der Sowjetunion zur Zeit des Regierungsantritts von Gorbatschow⁷ vergleichbar. Die DDR-Führung ist sich darüber im klaren, daß die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des Systems die alles entscheidende Frage ist. Deshalb bemüht sich die Propaganda auch immer wieder, die eigenen Erfolge ins beste Licht zu rücken und unter Berufung auf das Prinzip der Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik zu verdeutlichen, daß die Menschen von den wirtschaftlichen Erfolgen auch profitieren.

⁷ Michail Sergejewitsch Gorbatschow wurde am 11. März 1985 Generalsekretär des ZK der KPdSU. Vgl. dazu AAPD 1985, I, Dok. 59.

3) Die Führung verspürt innerparteilichen Druck vor allem im Bereich der Wirtschaftsdiskussion. Das Thema Glasnost, d.h. vor allem der Aspekt der Auseinandersetzung mit dem Stalinismus, kommt, soweit erkennbar, nicht so sehr in der innerparteilichen Diskussion als in den Fragen der aus westlichen Quellen informierten Bevölkerung an die Partei-Agitatoren zum Ausdruck. Gerade hier verfolgt die SED-Führung einen strikt konservativen Kurs, weil sie sich darüber im klaren ist, daß eine uneingeschränkte Diskussion des Stalinismus notwendigerweise auch vor der Deutschlandpolitik Stalins nach dem Zweiten Weltkrieg nicht haltmachen kann. Damit liefe die DDR im 40. Jahre ihres Bestehens die Gefahr, ihre Grundlagen in Frage zu stellen. Daher bezieht die SED in allen Veröffentlichungen, zuletzt am 6. Mai 1989 in einem zweiseitigen Artikel des Neuen Deutschland⁸, den Standpunkt, daß der Zweck die Mittel heilige. Letztlich habe Stalin die Sache des Kommunismus entscheidend vorangebracht, und das allein sei wesentlich. In diesem Punkte geht es für die SED um die Machtfrage, und die weiß sie allemal in der richtigen Weise zu beantworten. Daß differenzierte Denker, zu denen auch Markus Wolf mit seinem Buch „Troika“⁹ gehört, die Auffassung vertreten, sich einer vertieften Diskussion der Stalin-Problematik stellen zu müssen, wie sie derzeit nur auf den Sprechbühnen der DDR stattfindet, wird von der alten SED-Führung, die persönlich durch den Stalinismus geprägt wurde, nicht nachvollzogen.

[4]) Für die breite Masse der Bevölkerung ist weder das Thema Glasnost (Stalinismus) noch das der schwierigen Wirtschaftslage, deren Auswirkungen auf die Versorgung mit murrender Ergebenheit hingenommen werden, der entscheidende Konflikt mit der Führung. Die Wünsche der Bevölkerung und ihre Stimmung werden vor allem geprägt durch das Gefühl des Eingeschlossenseins und Fremdbestimmtwerdens. 40 Jahre nach der Spaltung Deutschlands und 28 Jahre nach dem Bau der Berliner Mauer ist das Gefühl der Zusammengehörigkeit der Deutschen bei der DDR-Bevölkerung nicht schwächer geworden. Hieraus erfährt der allgemeine Drang, fremde Menschen und Länder kennenzulernen, einen zusätzlichen Druck in Richtung vermehrter innerdeutscher Reisemöglichkeiten. Die Bevölkerung ist nicht gewillt, sich mit dem bisher Zugestandenen zufriedenzugeben. Die Begrenzung des Kreises der Berechtigten auf Familienangehörige stößt wegen seines diskreditierenden Charakters auf weite Ablehnung. Auch die potentiell Berechtigten werden durch die kleinliche und schikanöse Auslegung der Bestimmungen durch die Behörden in Opposition getrieben. Es besteht der Eindruck, daß die DDR-Führung vermehrte Besuchsreisemöglichkeiten eher unter politischem Druck von außen (Verbesserung der Beziehungen zur Bundesrepublik, KSZE) eingeräumt hat als in der Absicht, die eigene Bevölkerung zufriedenzustellen. Anders ist die mangelnde Großzügigkeit bei der Handhabung der Vorschriften nicht zu erklären. Auch die vermehrte Genehmigung zur Übersiedlung entspringt nicht einer Großzügigkeit im Umgang mit den Bürgern, sondern dem Wunsch, unerwünschten Druck abzubauen. Daß die DDR-Bürger heute ihre Forderungen auf Besuchs- oder Ausreise mit größerem Nachdruck vertreten, daß sie sich im Kommunalwahlkampf kritisch zu Wort melden und in den Wahlen versuchen, ihre Ablehnung zum Ausdruck zu bringen, daß es immer wieder

⁸ Vgl. den Artikel „Zur Geschichte der Komintern“; NEUES DEUTSCHLAND vom 6./7. Mai 1989, S. 9f.

⁹ Vgl. Markus WOLF, Die Troika: Geschichte eines nichtgedrehten Films, Ost-Berlin, Weimar 1989.

(z. B. in Leipzig) öffentliche Demonstrationen gibt, ist Ausdruck dafür, daß die Bürger insgesamt mehr Zivilcourage aufbringen, aber auch dafür, daß der staatliche Repressionsapparat nicht mehr mit der gleichen Rücksichtslosigkeit wie zu Ulbrichts Zeiten eingesetzt wird. Dies ist nicht Ausfluß der Altersweisheit Honeckers, sondern Folge der außenpolitischen Rücksichtnahme, zu der sich die DDR genötigt sieht, seitdem sie ihre Westbeziehungen konsequent entwickelt hat und in ihren bilateralen Beziehungen wie auch im KSZE-Zusammenhang immer wieder auf ihre menschenrechtlichen Defizite schmerhaft aufmerksam gemacht wird. Hier zeigen sich trotz aller Mängel im einzelnen die positiven Auswirkungen der Außenpolitik auf die innere Lage der DDR. Ausdruck für gewachsenes Selbstbewußtsein der Bevölkerung ist der gegenüber 1984 zehnfach größere Anteil von Gegenstimmen in der Kommunalwahl. Rund 150 000 Gegenstimmen sind der Zahl nach klein, repräsentieren aber einen politisch bewußten Teil der Bevölkerung, der ebenso stark ist wie etwa die Mitgliedszahl der CDU in der DDR.

5) Das Verhältnis des Staates zur Kirche hat sich im Jahre 1989 entspannt. Seit Anfang des Jahres erscheinen die kirchlichen Zeitungen wieder unbeanstanden, obwohl sich redaktionell wenig gegenüber dem Jahre 1988 geändert hat. Die Kirche befindet sich gegenwärtig nicht mehr in der exponierten Lage, in der sie sich 1988 sah. Das hängt wesentlich damit zusammen, daß die Felder, in denen die Kirche ersatzweise die Diskussion öffentlicher Fragen führen mußte, heute durch parteiinterne Diskussionen oder solche zwischen der Führung und den Bürgern abgedeckt werden.

6) Trotz der Beeinträchtigung der deutsch-deutschen Beziehungen durch die Absage der Ministerbesuche Haussmann und Schneider Anfang März dieses Jahres sind die Beziehungen als ungestört zu bewerten. Die DDR ist sehr bald nach den Absagen und ihrer kontrollierten Gegenabsage von zwei Besuchen zu dem Schluß gekommen, daß ein Rückschlag in den Beziehungen vor allem für sie abträglich sein werde. Deshalb hat sie von Anbeginn den später terminierten Besuch von BM Riesenhuber aus der Absage ausgenommen und vielmehr auf einen eigenen Besuch (Reichelt) verzichtet. Die Behandlung des Albrecht-Besuches, insbesondere das unerwartete Unterbreiten eines Kompromißvorschlags zur Überwindung des Konflikts bei der Bestimmung des Grenzverlaufs in der Elbe¹⁰, zeigten deutlich, daß die DDR an der Fortsetzung des vor den Besuchsabsagen durch die Besuche von Engholm¹¹, Voscherau¹² und

¹⁰ Zum Grenzverlauf im Bereich der Elbe vgl. Dok. 89, Anm. 13.

Staatssekretär Bertele, Ost-Berlin, berichtete am 28. April 1989 über Äußerungen des Generalsekretärs des ZK der SED gegenüber dem niedersächsischen Ministerpräsidenten Albrecht am Vortag: „H[onecker] sprach dann die Elbe-Frage an, und zwar in bemerkenswert zurückhaltender Form (die Beziehungen DDR und Niedersachsen könnten noch besser werden, wenn es gelänge, die Elbe-Frage zu lösen). [...] Hilfweise könne man die Frage auch so lösen, wie die Berlin-Fragen im Vier-Mächte-Abkommen gelöst wurden, daß man nämlich auch unbeschadet von divergierenden Rechtsauffassungen zur Lösung von komplizierten Fragen kommen könnte. Auch sei denkbar, daß man eine Teilvereinbarung treffe hinsichtlich der rd. 40 Flukilometer, wo die Grenze, auch nach früheren Feststellungen der Grenzkommission, in der Flussmitte verlaufe.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 912; Referat 210, Bd. 140836.

¹¹ Der schleswig-holsteinische Ministerpräsident Engholm traf am 31. Januar 1989 mit dem Generalsekretär des ZK der SED, Honecker, in Ost-Berlin zusammen. Vgl. KOALITION DER VERNUNFT, Dok. 74.

¹² Der Erste Bürgermeister von Hamburg, Voscherau, führte am 24. Februar 1989 in Ost-Berlin ein Gespräch mit dem Generalsekretär des ZK der SED, Honecker. Vgl. KOALITION DER VERNUNFT, Dok. 76.

Späth¹³ geschaffenen Klimas in hohem Maße interessiert ist. Axen lieferte hierzu in überraschender Klarheit die Begründung, indem er sagte, die kleine DDR sei sich der Tatsache bewußt, daß sie das, was sie in Europa erreichen wolle, nur aufgrund von guten Beziehungen zur Bundesrepublik Deutschland bewirken könne¹⁴. Dieser politischen Grundaussage entspricht zugleich das Verlangen, die Beziehungen zur Bundesrepublik optimal im Interesse der DDR-Wirtschaft zu nutzen. Die DDR bleibt mangels ausreichender eigener Liefermöglichkeiten in hohem Maße auf Devisenzuflüsse aus der Bundesrepublik angewiesen, die sie vor allem für Industrieinvestitionen benötigt. Deshalb wird sie auch in Zukunft bei allen Verhandlungen versuchen, ein Höchstmaß an Geldleistungen herauszubekommen.

Das Pressebild der DDR wird von Polemik gegen die Bundesrepublik Deutschland beherrscht. Dies dient gerade wegen der Popularität der Bundesrepublik bei den DDR-Bürgern vor allem dem Hausgebrauch. So ist bei all diesen Angriffen der apologetische Grundton nicht zu überhören. Daß die DDR nicht sieht, sich hierdurch letztlich eher zu schaden als zu nutzen, ist Ausdruck der gegenwärtig zu konstatiierenden mangelnden Reformbereitschaft der DDR-Führung. Der die deutsch-deutschen Beziehungen immer wieder belastende Schießbefehl wurde inzwischen auch von der DDR als erhebliche Störquelle erkannt. Honeckers wiederholte Äußerungen sind ernst zu nehmen, daß nicht geschossen werden soll. Dennoch auftretende Zwischenfälle sind symptomatisch für die weiterhin angespannte Lage an der Mauer und die Überforderung der Grenzposten vor Ort, die disziplinarisch belangt werden, wenn sie schießen und wenn eine Flucht gelingt.

[gez.] Bertele

Referat 212, Bd. 158549

¹³ Der baden-württembergische Ministerpräsident Späth traf am 23. Februar 1989 in Ost-Berlin mit dem Generalsekretär des ZK der SED, Honecker, zusammen. Vgl. KOALITION DER VERNUNFT, Dok. 75. Für das Gespräch mit dem Mitglied des Politbüros des ZK der SED, Mittag, am selben Tag vgl. COUNTDOWN ZUR DEUTSCHEN EINHEIT, Dok. 29.

¹⁴ Der Passus „die kleine DDR ... Deutschland bewirken könne“ wurde von Vortragendem Legationsrat Metscher durch Ausrufezeichen hervorgehoben.

133

**Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem
sowjetischen Außenminister Schewardnadse**

12. Mai 1989¹

Gespräch des Bundeskanzlers mit dem sowjetischen Außenminister Schewardnadse am Freitag, dem 12. Mai 1989, 16.00 Uhr bis 17.00 Uhr²

An dem Gespräch zwischen dem Bundeskanzler und dem sowjetischen Außenminister Schewardnadse nahmen teil:

Auf deutscher Seite: BM Genscher, Botschafter Dr. Meyer-Landrut, MD Teltschik, MDg Dr. Neuer als Note-taker, Dolmetscher: VLR Scheel.

Auf sowjetischer Seite: Botschafter Kvizinskij, Herr Stepanow, Büro Schewardnadse, Dolmetscher: Herr Kurpakov.

Der *Bundeskanzler* begrüßt den sowjetischen Außenminister und weist darauf hin, daß das Gespräch am Vorabend einer wichtigen Reise stattfinde. GS Gorbatschows Besuch in Peking³ komme große Bedeutung zu. Er stelle eine neue Etappe in den sowjetisch-chinesischen Beziehungen dar.

AM *Schewardnadse* dankt dem Bundeskanzler für den freundlichen Empfang und übermittelt die Grüße von GS Gorbatschow. Die letzte Reise eines sowjetischen Generalsekretärs nach China habe im Jahr 1959⁴ – Chruschtschow – stattgefunden.

Der *Bundeskanzler* dankt für die Grüße von GS Gorbatschow und bittet AM Schewardnadse seinerseits, GS Gorbatschow zu grüßen und ihm mitzuteilen, er freue sich auf dessen Besuch in der Bundesrepublik Deutschland.⁵ Der Be-

¹ Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirigent Neuer, Bundeskanzleramt, am 16. Mai 1989 gefertigt.

Hat Bundeskanzler Kohl vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Teltschik.“

Hat Ministerialdirektor Teltschik, Bundeskanzleramt, am 19. Mai 1989 vorgelegen.

Vortragender Legationsrat I. Klasse Kaestner, Bundeskanzleramt, übermittelte die Gesprächsaufzeichnung am 24. Mai 1989 „zur Unterrichtung von Herrn Bundesminister Genscher“ an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Bächmann.

Hat Bächmann am 26. Mai 1989 vorgelegen.

Hat Legationssekretär Reichel am 26. Mai 1989 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „1) Über D2 Dg 21 RL 213 m[it] d[er] Bl[ette] um Übernahme und ggf. weitere Veranlassung. 2) Durchdruck 213 vorab, StS S[udhoff], StS L[autenschlager], 010, 014.“

Hat Ministerialdirektor Kastrup am 26. Mai 1989 vorgelegen.

Hat Ministerialdirigent Höynck am 28. Mai 1989 vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Neubert am 30. Mai 1989 vorgelegen. Vgl. das Begleitschreiben; Referat 213, Bd. 147138.

² Der sowjetische Außenminister Schewardnadse hielt sich am 12./13. Mai 1989 in der Bundesrepublik auf.

³ Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, und der sowjetische Außenminister Schewardnadse hielten sich vom 15. bis 18. Mai 1989 in der Volksrepublik China auf.

⁴ Korrigiert aus: „1957“.

Der Erste Sekretär des ZK der KPdSU, Chruschtschow, besuchte die Volksrepublik China vom 30. September bis 4. Oktober 1959.

⁵ Zum Besuch des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, und des sowjetischen Außenministers Schewardnadse vom 12. bis 15. Juni 1989 in der Bundesrepublik vgl. Dok. 178, Dok. 179 und Dok. 182.

such solle sehr gut vorbereitet werden, sowohl was die Substanz als auch was den protokollarischen Rahmen angehe. Falls noch Wünsche offen seien, bitte er darum, ihn dies rechtzeitig wissen zu lassen. Er wolle sich dann bemühen zu helfen.

Er erinnere sich an die Gespräche in Moskau im Oktober vergangenen Jahres⁶, wo man sich einig gewesen sei, seinen Besuch in der Sowjetunion und den Gegenbesuch des Generalsekretärs in der Bundesrepublik Deutschland als Einheit zu sehen. Es sei wichtig, ein gutes gemeinsames Dokument zu erarbeiten, das in die Zukunft weise und in einer verständlichen Sprache abgefaßt sei. Von Bedeutung sei auch, daß weitere Abkommen unterzeichnet werden könnten. In Moskau habe man gesagt, sie sollten ein Signal für einen neuen Abschnitt in der Geschichte der deutsch-sowjetischen Beziehungen sein. Soweit er sehe, verliefen die Vorbereitungen mit einer Ausnahme zufriedenstellend, nämlich der Frage der Einbeziehung Berlins⁷. Er hege den Wunsch, daß eine Formulierung gefunden werden könne, die dauerhaft sei und stets angewandt werden könne. Er wolle jedoch dieses Thema jetzt nicht vertiefen. Schon in Moskau habe er mit dem Generalsekretär besprochen, daß eine solche Formel nützlich sei. Es wäre gut, wenn die Außenministerien vor dem Besuch des Generalsekretärs eine entsprechende Formulierung finden würden. Mit großem Interesse beobachte er die Entwicklung der Zusammenarbeit auf wirtschaftlichem Gebiet. Herr Herrhausen habe berichtet, daß sich das Projekt eines Hauses der deutschen Wirtschaft in Moskau⁸ gut entwickele. Das Grundstück, das dafür in Aussicht genommen sei, liege günstig. Aus diesem Projekt könne man etwas Gutes machen. Bei dem zunehmenden Interesse der deutschen Wirtschaft an dem Ausbau der wirtschaftlichen Beziehungen zur Sowjetunion sei dies wichtig. Vor kurzem sei er mit MP Ryschkow in Luxemburg zusammengetroffen.⁹ Er habe es sehr interessant gefunden, was Ryschkow über die Reaktionen der sowjetischen Unternehmensleitungen in bezug auf die Schulungsaufenthalte in der Bundesrepublik berichtet habe. Dies sei eine gute Sache, die zügig vorangebracht werden solle. Er wolle diese Bemerkungen zu Anfang machen.

AM *Schewardnadse* bedankt sich nochmals für den freundlichen Empfang. Er erinnert an die erste Begegnung mit dem Bundeskanzler vor einem Jahr¹⁰ sowie

⁶ Bundeskanzler Kohl und Bundesminister Genscher besuchten die UdSSR vom 24. bis 27. Oktober 1988. Vgl. dazu AAPD 1988, II, Dok. 300, Dok. 301, Dok. 303, Dok. 304 und Dok. 309.

⁷ Zur Einbeziehung von Berlin (West) in die deutsch-sowjetische Zusammenarbeit vgl. Dok. 129 und Dok. 140.

⁸ Zum Projekt eines „Hauses der deutschen Wirtschaft in Moskau“ vgl. Dok. 100, Anm. 6.

Legationsrat I. Klasse Luy notierte am 19. Mai 1989, in einen am 17. Mai 1989 von der Deutschen Bank übermittelten sowjetischen Entwurf eines Protokolls über die Ziele und Fristen für die Einrichtung des „Hauses der deutschen Wirtschaft“ sowie eines Hauses der sowjetischen Wirtschaft in der Bundesrepublik sei Berlin (West) „weder formell noch praktisch einbezogen“. Auch sei das „deutsche Haus“ in der UdSSR „erheblich größer und umfangreicher konzipiert als das sowjetische Gegenstück in der Bundesrepublik“. Allerdings sei für das sowjetische Haus „die Ausstattung eines zusätzlichen Kulturinstituts ohne die Reziprozität und die Auflagen (Berlin-Einbeziehung!) des soeben nicht ohne Mühe ausgehandelten einschlägigen Abkommens“ vorgesehen. Luy empfahl daher, „die Einbeziehung Berlins nochmals mit besonderem Nachdruck bei der Deutschen Bank geltend zu machen“. Vgl. Referat 404 (421), Bd. 170625.

⁹ Für das Gespräch am 18. April 1989 vgl. Dok. 100.

¹⁰ Der sowjetische Außenminister Schewardnadse hielt sich vom 17. bis 19. Januar 1988 in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu AAPD 1988, I, Dok. 18 und Dok. 22.

an den Besuch des Bundeskanzlers in Moskau Ende 1988. Seither sei nicht viel Zeit verstrichen; es habe sich jedoch vieles verändert, und zwar, was das bilaterale Verhältnis angehe, in Europa und in der Welt. Zur Entwicklung der deutsch-sowjetischen Beziehungen wolle er sagen, daß sie von höchster Dynamik charakterisiert sei. Die Zusammenarbeit vertiefe sich. Es sei viel geleistet worden in Richtung der Eröffnung eines neuen Kapitels in den Beziehungen. Dem bevorstehenden Besuch Gorbatschows komme große Bedeutung zu. Unter Berücksichtigung der gemachten Erfahrungen könne man sicher sein, daß durch den Besuch eine neue Qualität der Beziehungen besiegelt werde. Diese positiven Veränderungen könnten durch diesen Besuch unumkehrbar gemacht werden. Er glaube, daß bis zu dem Zeitpunkt des Besuchs noch viel zu tun sei, um eine solide Grundlage für viele Jahre zu schaffen. Mit Rücksicht auf die Schlüsselrolle beider Staaten in Europa und nicht nur in Europa sei dies von ganz besonderer Bedeutung. Er glaube auch, daß man zur Berlin-Frage für beide Seiten annehmbare Lösungen finden werde. Grundlage sei das Vierseitige Abkommen¹¹, das von der Sowjetunion und auch von der deutschen Seite respektiert werde. Was die Arbeit an dem politischen Dokument angehe, so sei die gefundene Basis nicht schlecht. Wenn beide Seiten sich Mühe geben, werde man es zu einem guten Abschluß bringen können. Einige Besonderheiten und einige Termini schreckten noch die eine oder die andere Seite. So spüre man z. B. die Ideologisierung des Begriffes „gemeinsames europäisches Haus“. Er glaube jedoch, daß Formulierungen gefunden werden könnten, die dem Stand und den Perspektiven der deutsch-sowjetischen Beziehungen Rechnung tragen. Er meine auch, man werde in dem politischen Dokument eindrucksvolle Worte finden, um über die Notwendigkeit eines stabilen Gleichgewichts und der Überwindung der Konfrontation zu sprechen. Man sei bemüht, in dem Dokument Begriffe zu prägen, um den Zustand eines stabilen Gleichgewichts in Europa festzuschreiben. Wichtig sei es, daß das politische Dokument kein Mißtrauen auf der einen oder anderen Seite oder bei den jeweiligen Verbündeten auslöse.

Der *Bundeskanzler* bezeichnet diese Bemerkung Schewardnads als wichtig. Hierin liege im Positiven unsere Chance. Er wolle die Rolle der Bundesrepublik Deutschland nicht überbewerten, aber wenn man sie unter geographischen, geopolitischen und historischen Aspekten sehe, gebe es viele Gründe, die dafür sprächen, die vor uns liegende Chance zu nutzen.

AM *Schewardnadse* stimmt zu und fährt fort, er wolle einige Bemerkungen zu den bilateralen Beziehungen und zu den Abkommen und Vereinbarungen machen, über die man spreche. Die Entwürfe seien in gutem Zustand. Einige Abkommen wie z. B. der Vertrag über Schutz und Förderung von Investitionen¹² sowie Vereinbarungen auf dem Gebiet des kulturellen Austauschs und des Jugendaustauschs¹³ seien schon paraphiert worden. Es handele sich um ein

¹¹ Für den Wortlaut des Vier-Mächte-Abkommens über Berlin vom 3. September 1971 sowie des Schlußprotokolls vom 3. Juni 1972, mit dem das Abkommen in Kraft trat, vgl. BUNDESANZEIGER, Nr. 174 vom 15. September 1972, Beilage, S. 44–73. Vgl. dazu auch AAPD 1971, II, Dok. 281.

¹² Referat 421 informierte am 11. April 1989, während der Tagung der deutsch-sowjetischen Kommission für wirtschaftliche und wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit am 6./7. April 1989 sei ein Investitionsförderungs- und -schutzvertrag paraphiert worden. Vgl. dazu Referat 421, Bd. 140374.

¹³ Referat 610-1 erläuterte am 12. Mai 1989, der Text eines Abkommens über den Austausch im Bereich Wissenschaft und Hochschulen sei im wesentlichen vereinbart worden, die Frank-Falin-Klausel zu

Paket wichtiger und eindrucksvoller Vereinbarungen. Einige Formulierungsfragen insbesondere bezüglich Westberlins seien noch offen. Er möchte daran erinnern, daß der Bundeskanzler sich eindeutig für die Einhaltung des „Vierseitigen Abkommens“ ausgesprochen habe. Er wolle den Bundeskanzler darum bitten, BM Genscher zu beauftragen, dies bei der Weiterarbeit zu beherzigen. Es sei bisher immer ein Ausweg gefunden worden, und dies werde sicherlich auch in Zukunft der Fall sein. Er wolle noch einige¹⁴ ungelöste Fragen, über die die sowjetische Seite erstaunt sei, hervorheben. Als Beispiel wolle er die Frage des Satellitenstartes mit einer sowjetischen Rakete nennen. Er habe vor einem Jahr für die Perspektiven eines solchen Unternehmens geworben. Der Bundeskanzler habe positiv und eindeutig reagiert. Es sei dies eine aussichtsreiche Sparte der deutsch-sowjetischen Beziehungen. Die Sowjetunion könne in diesem Feld der Konkurrenz standhalten. Auch die Frage eines gemeinsamen Flugs von Kosmonauten¹⁵ wolle er anführen. Auch dies sei eine aussichtsreiche Angelegenheit, sowohl kommerziell als auch politisch. Er glaube nicht, daß es sich lohne, wegen eines Wortes eine solche Idee zu ruinieren. Es gehe hier um die Frage, ob es heiße Kosmonaut der BRD oder Kosmonaut von seiten der BRD (Mitflug von Berlinern). Über die Kosten könne man sprechen.

Der *Bundeskanzler* sichert zu, mit dem zuständigen Minister¹⁶ vor dem Besuch des Generalsekretärs zu sprechen. Botschafter *Meyer-Landrut* wirft ein, bei der Bezeichnung könne eine Regelung gefunden werden. Die Formulierung sei wegen Berlin noch problematisch.

AM *Schewardnadse* fährt fort, die Diskussion über das Projekt Kola-Halbinsel¹⁷ solle noch vertieft werden. Bei dem Treffen des Bundeskanzlers mit GS

Fortsetzung Fußnote von Seite 598

Berlin (West) sei akzeptiert worden. Auch ein Abkommen über den Jugendaustausch sei nahezu fertiggestellt, allerdings gebe es noch umstrittene Textteile zur Einbeziehung von Berlin (West). Ferner sei der Text eines Abkommens über die Einrichtung eines Schüler- und Lehreraustauschs im Rahmen von Schulpartnerschaften bis auf kleinere redaktionelle Änderungen von beiden Seiten gebilligt worden. Probleme beständen noch bei der Einbeziehung von zwei Berliner Schulen. Vgl. dazu Referat 213, Bd. 147212.

¹⁴ Korrigiert aus: „noch auf einige“.

¹⁵ Referat 431 vermerkte am 8. Mai 1989: „Anlässlich des BK-Besuchs in Moskau wurde am 25. Oktober 1988 [...] ein Ressortabkommen zwischen dem BMFT und der Akademie der Wissenschaften der UdSSR über wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Erforschung und Nutzung des Weltraums zu friedlichen Zwecken abgeschlossen.“ Das Abkommen sehe u.a. den Mitflug eines Astronauten aus der Bundesrepublik auf der sowjetischen Weltraumstation „Mir“ voraussichtlich Anfang der 90er Jahre vor. Über die Bedingungen des Mitflugs sei jedoch noch keine Einigung erzielt worden. Die sowjetische Seite verlange 21 Mio. DM, während die Bundesregierung keine kommerzielle, sondern vielmehr eine wissenschaftliche Gegenleistung erbringen wolle. Vgl. Referat 430 (431), Bd. 163022.

Am 9. Juni 1989 vermerkte Referat 431, auch nach zwei weiteren Verhandlungsrunden vom 16. bis 18. Mai 1989 in Moskau bzw. vom 5. bis 7. Juni 1989 in Bonn habe keine Einigung erzielt werden können. Zwar habe die sowjetische Seite ihre Forderungen auf 18 Mio. DM reduziert, das federführende Bundesministerium für Forschung und Technologie sei jedoch nicht bereit gewesen, mehr als 10 Mio. DM zu bezahlen: „Angesichts der weit auseinanderliegenden Verhandlungspositionen ist eine Einigung vor dem Gorbatschow-Besuch nicht mehr zu erwarten.“ Vgl. Referat 430 (431), Bd. 163022.

¹⁶ Heinz Riesenhuber.

¹⁷ Referat 421 erläuterte am 11. April 1989: „SU strebt Entwicklung der gewaltigen Rohstoff-Ressourcen der Halbinsel Kola an (25 Projekte im Volumen von 18 Mrd. Rubel). Sowjetische Idealvorstellung war, daß ein Großkonsortium deutscher Firmen für alle 25 Einzelprojekte einschließlich Infrastrukturausbau und Finanzierung gebildet wird, innerhalb dessen ein Ausgleich der Projektrisiken (Verluste/

Gorbatschow werde ohne Zweifel viel Aufmerksamkeit der Minderung der militärischen Konfrontation und der Verminderung der Rüstung gelten. Hier handele es sich um sehr komplizierte Aufgaben. In der Sowjetunion sei man der Meinung, es gebe hier mehr Berührungspunkte mit der Bundesrepublik Deutschland als mit manchen anderen Staaten. Das gemeinsame Interesse an Lösungen sei sehr groß. Die Äußerungen von BM Genscher, es sei wünschenswert, daß die Sowjetunion eine einseitige Geste mache, um die Verhandlungen über die taktischen Nuklearwaffen voranzubringen, habe er mit großer Aufmerksamkeit gehört. Die sowjetische Seite halte es für richtig, Verhandlungen aufzunehmen. Die Verhandlungen über strategische, konventionelle, chemische und taktische Nuklearwaffen müßten parallele Prozesse sein. Wenn diese Verhandlungen nicht parallel verliefen, könne es sein, daß eine Seite einen Durchbruch erziele, wodurch die andere Seite gezwungen werde, aufzuholen. So dauere das Wettrüsten an. Es sei gleichgültig, wie man neue Waffen nenne, ob Modernisierung oder nicht: Es bleibe beim Wettrüsten. Die sowjetische Seite sei der Auffassung, daß jetzt ein Durchbruch erzielt werden müsse. Es sei nicht einfach für die Bundesrepublik Deutschland, auch mit Rücksicht auf ihre Verbündeten, jetzt eine Wende herbeizuführen. Zum amerikanisch-sowjetischen Verhältnis bemerkt AM Schewardnadse, BM Genscher habe den Bundeskanzler wohl unterrichtet. Die sowjetische Seite habe ihre eigenen Einschätzungen. Sie meine – und dies beziehe auch GS Gorbatschow ein –, daß die Gespräche in Moskau mit AM Baker zur rechten Zeit stattgefunden hätten. Sie seien nützlich und sachlich gewesen und hätten in der richtigen Atmosphäre stattgefunden. Das wichtigste Ergebnis sei, daß die Pause in den amerikanisch-sowjetischen Beziehungen jetzt abgeschlossen sei. Diese Pause habe sich ausgedehnt. Mit Bedauern wolle er feststellen, daß in wichtigen Fragen in dieser Runde keine Fortschritte erzielt worden seien, nämlich auf dem Gebiet der Abrüstung. Die sowjetische Seite finde hierfür keine objektive Erklärung. Baker selbst habe gesagt, in den USA seien die strategischen Überlegungen abgeschlossen. Sie seien jedoch noch nicht umgesetzt worden. Daran werde man weiterarbeiten. Schewardnadse fuhr fort, er werde jetzt nicht die Vorschläge Gorbatschows vorbringen, da diese ja veröffentlicht worden seien.¹⁸

Der *Bundeskanzler* stellt die Frage, ob die Sowjetunion auch in Wien neue Vorschläge einbringen würde.

AM Schewardnadse bejaht dies und teilt mit, dies werde heute oder morgen der Fall sein.¹⁹ Über den einseitigen Abzug von 500 nuklearen Sprengköpfen sei schon

Fortsetzung Fußnote von Seite 599

Gewinne) stattfindet.“ Im September 1988 hätten Vertreter von Unternehmen aus der Bundesrepublik eine Besichtigungsreise unternommen und sich grundsätzlich an einzelnen Projekten, nicht aber an einem Gesamtconsortium interessiert gezeigt. Weitere Gespräche zu Wirtschaftlichkeit, Finanzierung und Machbarkeit seien noch erforderlich. Vgl. Referat 421, Bd. 140374.

¹⁸ Zu den vom Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, während des Besuchs des amerikanischen Außenministers Baker am 10./11. Mai 1989 unterbreiteten Abrüstungsvorschlägen vgl. Dok. 136.

¹⁹ Botschafter Hartmann, Wien (VKSE-Delegation), teilte am 18. Mai 1989 mit: „Wie erwartet, führte SU-DL Grinewskij die östlichen Zahlen für die Höchststärken, wie sie seit Tagen bekannt sind, in Form eines Arbeitspapiers [...] offiziell in die Verhandlungen ein.“ Dazu sei erklärt worden: „SU gehe davon aus, daß die Ziffern in fünf bis sechs Jahren nach Abschluß des Abkommens erreicht werden könnten. Reduzierung solle gleichzeitig im Raum vom Atlantik zum Ural erfolgen, so daß die Sicherheit keines Landes gefährdet werde.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 559/560; Referat 221, Bd. 144804.

gesprochen worden. Die Sowjetunion sei auch dafür, alle nuklearen Sprengköpfe außerhalb des nationalen Territoriums zurückzuziehen, wenn dies auch die USA tue. Sehr wichtig sei auch das Verbot der ballistischen Raketen, die auf einer flachen Bahn verließen. Auch der Abschluß eines Abkommens über die Nichtweiterverbreitung sei von Bedeutung. Auf sowjetischer Seite bestehe auch die Bereitschaft zu dem Abbau der Radarstation Krasnojarsk, wenn es gelinge, hierüber eine Vereinbarung mit den USA zu erreichen. Über die Verbreitung der nuklearen Raketen und der chemischen Waffen sei man sehr besorgt. Das wichtigste Ergebnis sei die Festlegung des Beginns der Verhandlungen über die Reduzierung strategischer Waffen.²⁰

Ergebnisreicher und hoffnungsvoller seien die Debatten über regionale Probleme verlaufen. Die Perspektiven für eine Grundlage der Zusammenarbeit im Nahen Osten seien nicht schlecht. AM Schewardnadse erwähnt in diesem Zusammenhang auch Zentralamerika. Auch in der Frage der „transnationalen Probleme“ gebe es interessante Probleme²¹. Hierunter verstehe er Fragen wie Bekämpfung des Terrorismus, Rauschgiftkriminalität usw. Es seien interessante und gute Gespräche gewesen. Bei den bilateralen Beziehungen seien 20 Programme herausgearbeitet worden, bei denen man weiter zusammenarbeiten werde. Ausführlich sei auch über die Perestroika berichtet worden. Mit GS Gorbatschow habe AM Baker ein Gespräch von vier Stunden geführt, davon fast 1 1/2 Stunden über die Perestroika und den Prozeß der Demokratisierung in der Sowjetunion. Er selbst habe die Möglichkeit gehabt, sich drei bis vier Stunden mit Baker zu unterhalten. Baker habe ihn förmlich verhört. Der Wunsch der USA, sich über die Verhältnisse in der Sowjetunion zu informieren und wissen zu wollen, inwieweit die Lage stabil sei, sei völlig legitim. Er glaube, er habe Baker überzeugt, daß die Perestroika stattfinde. Man wolle sich jetzt drei- bis viermal im Jahr treffen. Dies sei eine Fortsetzung der bereits bestehenden Tradition. Es sei auch über die Notwendigkeit eines Gipfeltreffens gesprochen worden. Hierfür gebe es noch keinen Termin. Im September wolle man auf diese Frage zurückkommen.²² Zusammenfassend könne er sagen, es sei kein schlechter Anfang gewesen. Es seien gute, positive Kontakte geknüpft worden, wie es scheine. Er zweifele nicht an dem bereits verkündeten Prinzip der Kontinuität. Zum Schluß wolle er noch sagen, daß Baker die Vorschläge von GS Gorbatschow ohne Enthusiasmus aufgenommen habe. Er sagte, sie seien politisch anziehend, aber sie paßten ihnen nicht.

Der *Bundeskanzler* bedankt sich für den interessanten und informativen Bericht. Er habe mit großem Interesse die Begegnungen in Moskau verfolgt. Es sei gut, daß schon konkrete Termine vereinbart worden seien. Von außen sehe man mit einem gewissen Optimismus auf die Entwicklung. Er kenne George Bush sehr gut. Er sei sicher, daß Bush einen Weg nach vorne suche. Er sei ein nachdenklicher Mann. Wichtig sei es, daß Bush von der atlantischen Seite der USA

20 Die elfte Runde von START fand vom 19. Juni bis 7. August 1989 in Genf statt. Vgl. dazu Dok. 243.

21 So in der Vorlage.

22 Der sowjetische Außenminister Schewardnadse hielt sich vom 21. bis 23. September 1989 in den USA auf. Zu seinen Gesprächen mit dem amerikanischen Präsidenten Bush am 21. September 1989 in Washington bzw. mit Außenminister Baker am 22./23. September 1989 in Jackson Hole (Wyoming) vgl. Dok. 293.

komme. Dies könne man im Gespräch mit ihm feststellen. Er sei Europa näher als andere. Jedenfalls habe er allen Grund zu der Annahme, daß die Gespräche über Abrüstung und Entspannung, die Wirtschaftsbeziehungen und andere Kontakte sich gut entwickeln würden. Es gehe vielleicht langsam, aber mit einer guten Perspektive. Für die Amerikaner seien die Gespräche über Zentralamerika und den Nahen Osten sehr wichtig. Insbesondere die Bedeutung der Entwicklung im Nahen Osten für die USA könne man gar nicht überschätzen. Sie habe eine tiefe Wirkung auf die amerikanische Innenpolitik. Der Libanon sei hierfür ein Beispiel. Er sei deshalb sehr froh über die diesbezüglichen Ausführungen Schewardnadses. Viele in Europa dächten so. Dies wisse er aus vielen Gesprächen. Wir hätten keine Funktion bei diesen Gesprächen, aber wenn wir einen Rat geben könnten, so sei es der, die Gespräche intensiv fortzusetzen. Sie seien auch wichtig für den eigentlichen Abrüstungsbereich. Wichtig sei es auch, über die Vorschläge des Generalsekretärs zum konventionellen Bereich in Wien intensiv zu verhandeln. Er wolle hinzufügen, daß man die Bedeutung von Fortschritten in Wien überhaupt nicht überschätzen könne. Die Verhandlungen dort hätten eine Pilotfunktion. Sie hätten psychologische Auswirkungen auf alle anderen Bereiche. Für uns sei dies sehr wichtig, da wir in der NATO noch in diesem Monat über diese Fragen sprechen würden.²³ Er sei daran interessiert, im Rahmen der NATO voranzukommen und auch mit der Sowjetunion und ihren Bündnispartnern. Deshalb sei der Termin für den Besuch Schewardnadses gut gewählt. Er wünsche ihm einen guten Aufenthalt in der Bundesrepublik Deutschland und anschließend einen interessanten Aufenthalt in Peking.

AM Schewardnadse bemerkt noch, er habe schon BM Genscher gesagt, daß man in Peking ein politisches Dokument unterzeichnen wolle, in dem die Normalisierung der Beziehungen zwischen China und der Sowjetunion festgestellt werde.²⁴ Dies sei wichtig.

Der Bundeskanzler schließt sich dieser Auffassung an und weist auch auf die psychologische Bedeutung hin.

Das Gespräch endet nach ca. einer Stunde.

Referat 213, Bd. 147138

²³ Zur NATO-Gipfelkonferenz am 29./30. Mai 1989 in Brüssel vgl. Dok. 153, Dok. 154 und Dok. 156.

²⁴ Vgl. dazu das Gemeinsame Communiqué über den Besuch des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 15. bis 18. Mai 1989 in der Volksrepublik China; EUROPA-ARCHIV 1989, D 515-518.